

Paed. Th. 5211

Volksschulwesen in Frankreich.

Über die Volksschulen nach den jetzt geltenden gesetzlichen Bestimmungen
unter Berücksichtigung der geschichtlichen Entwicklung der
Schulgesetzgebung.

Chr. Schröder

Königl. Kreis-Schulinspektor in Mainz a. d. Saar.

2. A.
78-87
1881

I. Teil.

Die Vorbildung, Prüfung und gesetzliche Stellung

Volksschullehrer in Frankreich.



Köln, 1884.
Verlag der M. Damm-Schubert'schen Buchhandlung.

Preis 1 M. 50 Pf.

9612

Das

Volksschulwesen in Frankreich.

Dargestellt nach den jetzt geltenden gesetzlichen Bestimmungen
unter Berücksichtigung der geschichtlichen Entwicklung der
Schulgesetzgebung

von

Chr. Schröder,

Königl. Kreis-Schulinspektor in Merzig a. d. Saar.

I. Teil.

Die Vorbildung, Prüfung und gesetzliche Stellung
der
Volksschullehrer in Frankreich.



KÖLN, 1884.

Verlag der M. DuMont-Schauberg'schen Buchhandlung.

Druck von M. DuMont-Schauberg.

Die Vorbildung, Prüfung und gesetzliche Stellung

der

Volksschullehrer in Frankreich

von

Chr. Schröder,

Königl. Kreis-Schulinspektor in Merzig a. d. Saar.



KÖLN, 1884.

Verlag der M. DuMont-Schauberg'schen Buchhandlung.

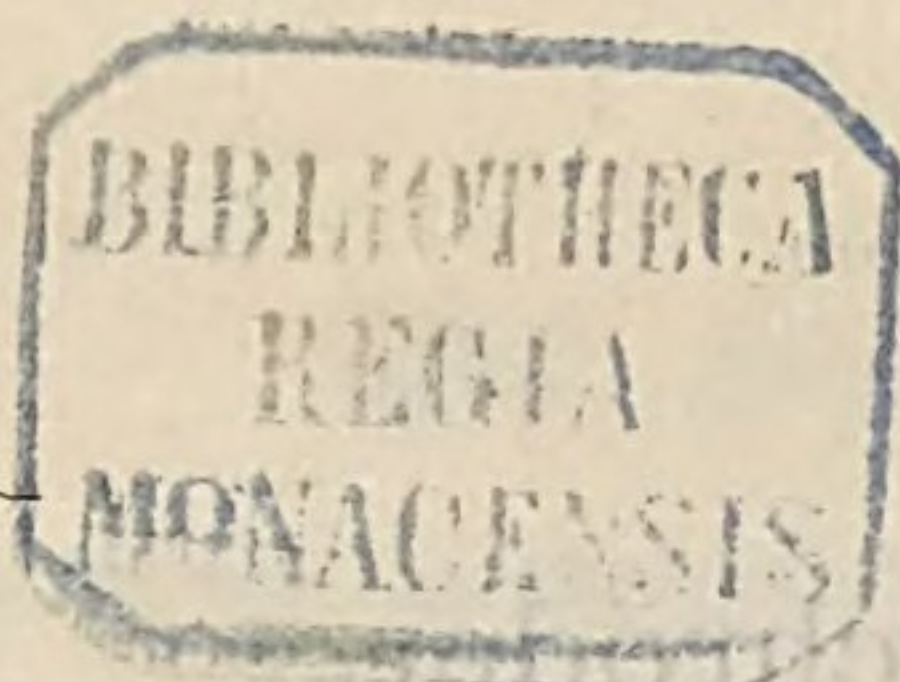
Druck von M. DuMont-Schauberg.

Die Vorbildung,

Prüfung und gesetzliche Stellung

der

Volksschullehrer in Frankreich



Alle Rechte vorbehalten.

Königl. Kreis-Schulinspektor in Altsayn a. d. Rh.



Köln, 1884.

Verlag der M. Buchhandlung in Altsayn a. d. Rh.

Buchhändler M. Buchhandlung in Altsayn a. d. Rh.

Vorrede.

Die vorliegende Arbeit hat den Zweck, uns mit dem Volksschulwesen Frankreichs näher bekannt zu machen, welches durch die großen Reformen der Jahre 1880, 1881 und 1882 auf ganz neuen Grundlagen aufgebaut ist und unsere Aufmerksamkeit und unser Interesse in hohem Grade in Anspruch nehmen muß. Der Umfang des Werkes beschränkt sich darauf, die gesetzlichen Bestimmungen über das Volksschulwesen darzustellen, wie sie heute in Geltung stehen und wohl in mancher Hinsicht zu einem Abschluß auf längere Zeit gekommen sind. Um diese Gesetzgebung verständlicher zu machen, mußte notwendig bei den einzelnen Abschnitten die geschichtliche Entwicklung seit der Gründung der eigentlichen Volksschule in Frankreich berücksichtigt werden.

Der Charakter der vorliegenden Arbeit erfordert eine möglichst objektive Darstellung; eine Kritik der französischen Schulorganisation sowie die Vergleichung derselben mit dem preussischen Volksschulwesen lagen zwar nahe und sind gewiß interessant genug, aber sie sind absichtlich unterlassen worden, zunächst weil die Bearbeitung einen größern Umfang genommen hätte, als bezweckt war, dann aber auch, weil erst nach Abschluß des ganzen Werkes Kritik und Vergleichung berechtigter erscheinen möchten. Eben- sowenig konnten jetzt schon die thatsächlichen Verhältnisse in Frankreich selbst, wie sie sich auf Grund der neuen Gesetzgebung zu gestalten beginnen, Berücksichtigung finden.

Indem der Verfasser den 1. Teil der Oeffentlichkeit übergibt, spricht er zugleich den Wunsch aus, daß die Arbeit dem Schulwesen unseres lieben Vaterlandes, wenn auch in noch so bescheidenem Maße, förderlich sein möge.

Vorrede.

Die vorliegende Arbeit hat den Zweck, eine mit dem Volke
schon längst bekannte, aber bisher nicht in der richtigen Weise
die großen Lehren der Jahre 1821 und 1822 hat ganz
neuer Grundriss aufgestellt und unsere Aufmerksamkeit auf
unser Interesse in diesem Grunde zu lenken. In der
Leitung des Werkes bestrebt sich der Verfasser, die
Stimmungen über die Volkswirtschaften darzustellen, wie sie heute
in Geltung stehen und wohl in manchen Hinsichten zu einem
schlechten und längere Zeit gedauert sind. In der Darstellung
versucht er zu machen, nicht nur die Tatsachen
Abzuleiten die geschichtliche Entwicklung seit der Erfindung
der menschlichen Volkswirtschaft in Frankreich berücksichtigt werden
Der Charakter der vorliegenden Arbeit ist aber eine rein
objektive Darstellung; eine Kritik der französischen Volkswirtschaft
von der die Vergleichung der selben mit dem französischen Volk
schon längst eine Zeit lang und sind große Interesse von
aber sie sind absichtlich unterlassen worden, zunächst weil die
Behandlung eines solchen Gegenstandes hätte, als das Werk
war, denn aber auch, weil erst nach Abschluss des ganzen Werkes
Kritik und Vergleichung der verschiedenen Erscheinungen möglich
sowohl können jetzt schon die tatsächlichen Verhältnisse in
Frankreich selbst, wie sie sich auf Grund der neuen Gesetzgebung
zu gestalten beginnen, berücksichtigt werden.
Indem der Verfasser den I. Teil der Öffentlichkeit übergeben
spricht er zugleich den Wunsch aus, dass die Arbeit dem Schick-
samen unseres Landes förderlich sein möge.

Inhalts - Verzeichnis.

I. Abschnitt.

Vorbildung, Prüfung und Fortbildung der Lehrer.

1. Kapitel.

Geschichtliche Entwicklung.

Seite

§. 1.	Die Revolution von 1789	1
§. 2.	Das Kaiserreich und die Restauration	10
§. 3.	Das Unterrichtsgesetz vom 17. Juni 1833	14
§. 4.	Das Unterrichtsgesetz vom 15. März 1850	18
§. 5.	Die Reformen des Unterrichtsministers Duruy	22
§. 6.	Die Befähigungszeugnisse seit 1833	28

2. Kapitel.

Die Organisation der Seminare.

§. 7.	Allgemeines	33
§. 8.	Der Unterricht in den Seminaren	34
§. 9.	Der Direktor der Anstalt	35
§. 10.	Das Lehrpersonal	40
§. 11.	Die Aufnahme ins Seminar	48
§. 12.	Die Verpflichtungen der Seminaristen	54
§. 13.	Die Aufsichtskommission	55
§. 14.	Die Anstaltsordnung und Zucht	56
§. 15.	Die Uebungsschule und die praktischen Uebungen	57
§. 16.	Unterhaltungskosten der Seminaristen	60
§. 17.	Einkommen und Rangordnung	61
§. 18.	Die Lehrpläne	63
§. 19.	Die ministerielle Instruktion	72

3. Kapitel.

Die Prüfung der Lehrer.

§. 20.	Allgemeines	86
§. 21.	Die Prüfungssitzungen	88
§. 22.	Die Einschreibung der Kandidaten und die Aufsicht im Examen	89

	Seite
§. 23. Das Examen für das Befähigungszeugnis zweiten Grades	90
§. 24. Das Examen für das Befähigungszeugnis ersten Grades	91
§. 25. Das pädagogische Befähigungszeugnis	93
§. 26. Beurteilung der Prüfungen	93
§. 27. Die ministerielle Instruktion	94
§. 28. Die Prüfungskommissionen	100
§. 29. Uebergangsbestimmungen	102
§. 30. Ausbildung und Prüfung der Turnlehrer	105
§. 31. Ausbildung und Prüfung der Zeichenlehrer	107
§. 32. Ausbildung und Prüfung der Lehrerinnen für weibliche Handarbeiten	110
§. 33. Ausbildung und Prüfung der Lehrer und Lehrerinnen für den Handfertigkeitsunterricht	113

4. Kapitel.

§. 34. Die Fortbildung der Lehrer	118
---	-----

II. Abschnitt.

Die rechtliche Stellung der Lehrer.

1. Kapitel.

Die freien Schulen.

§. 35. Freie Schulen. — Allgemeines	124
§. 36. Die Lehrer an freien Schulen	130

2. Kapitel.

Die öffentlichen Schulen.

§. 37. Ernennungs- und Disciplinarrecht. Geschichtliche Ent- wicklung	134
§. 38. Der jetzige Zustand	140
§. 39. Das Einkommen der Lehrer an öffentlichen Schulen . . .	146
§. 40. Die neuesten Gesetzesvorlagen	159
§. 41. Die Pensionsverhältnisse der Lehrer an öffentlichen Schulen	170
§. 42. Titel und Auszeichnungen	179
§. 43. Die Verpflichtung zu zehnjähriger Dienstzeit	181
§. 44. Die Unterlehrer	187

I. Abschnitt.

Die Vorbildung, Prüfung und Fortbildung der Lehrer.

—..—

1. Kapitel.

Geschichtliche Entwicklung.

§. 1.

Die Revolution von 1789.

Die eigentliche Geschichte des Volksschulunterrichts in Frankreich beginnt mit der französischen Revolution von 1789. Wenn es dieser auch nicht gelungen ist, Dauerndes zu schaffen, so hat sie doch das große Verdienst, für die gedeihliche Entwicklung des Volksschulunterrichts die Anregung gegeben und in großen Zügen die Wege gezeigt zu haben, welche einzuschlagen waren, um dem Volke die Wohlthaten einer allgemeinen Bildung zuzuwenden. Die Thatsache ist freilich charakteristisch genug, daß Friedrich der Große als absoluter Monarch durch das allgemeine Schulreglement von 1763 in seinen Landen den obligatorischen Schulbesuch proklamierte,¹⁾ einen Grundsatz, den die gesetzgebenden Körperschaften der ersten französischen Revolution ebenfalls als die erste Grundbedingung für die Hebung des Volkes ansahen, der aber in Frankreich erst in diesem Jahrzehnt nach fast hundertjährigem Kampfe zur Durchführung gelangt ist.

Die Konstitution von 1791 hatte die Verpflichtung des Staates anerkannt, ein System des öffentlichen Unterrichts zu schaffen und zu organisieren, welches allen Bürgern gemeinsam sein und diejenigen Kenntnisse unentgeltlich vermitteln soll, die für alle Menschen unumgänglich notwendig erscheinen. In diesem Sinne wurde Talleyrand von der konstituierenden Versammlung be-

1) Im Prinzip schon begründet durch die Verordnung Friedrich Wilhelms I. von Preußen vom 28. September 1717. —

auftragt, einen Gesetzentwurf über die Organisation des öffentlichen Unterrichts auszuarbeiten. Der Entwurf, welcher als Lehrgegenstände des Volksschulunterrichts¹⁾ die Elemente der französischen Sprache, Lesen, Schreiben, Sprechen, die Grundlehren der Religion, der Vernunft und der Moral, sowie die Verfassung bezeichnet, ferner Kenntnisse aus der Geschichte, Geographie und Botanik, sowie Uebungen zur Kräftigung und Entwicklung des Körpers, um ihn zur Arbeit tüchtig zu machen, kam nicht zur Beratung, indem die konstituierende Versammlung sich nach Vorlage desselben bald auflöste; jedoch wurde beschlossen, denselben der gesetzgebenden Versammlung zu überweisen. Diese ordnete am 14. Oktober 1791 die Einsetzung eines Unterrichtskomitees von 24 Mitgliedern an, welches den Abgeordneten Condorcet mit dem Entwurf eines neuen Unterrichtsgesetzes beauftragte. Allein auch letzterer kam nicht zur Beratung, denn die gesetzgebende Versammlung mußte bald dem Nationalkonvent weichen, welcher am 21. September 1792 seine erste Sitzung hielt. Der Konvent beschloß, zunächst von weitergehender, allgemeiner Unterrichtsreform Abstand zu nehmen und dem Volksschulwesen seine ganze Aufmerksamkeit zuzuwenden.

Der kurz nachher vom Komitee für den öffentlichen Unterricht vorgelegte Entwurf zu den Dekreten über die gesetzliche Ordnung des Volksschulwesens vom 12. Dezember 1792, welchem die Arbeit Condorcets teilweise zu Grunde gelegt war, besagt Art. 1, daß die Volksschulen die unterste Stufe des Unterrichtswesens bilden. Dort sollen diejenigen Kenntnisse beigebracht werden, welche allen Bürgern unbedingt nötig sind. Die Personen, welche mit dem Unterricht in diesen Schulen beauftragt sind, heißen „instituteurs“.²⁾ Nach den weitem Bestimmungen sollen die Kinder lesen und schreiben lernen, sie sollen ferner im Rechnen, sowie in den ersten Kenntnissen über Sittenlehre, Natur und Haushaltung unterrichtet werden. Es darf nur nach den Büchern Unterricht erteilt werden, welche auf Veranlassung des Nationalkonvents für den Volksschulunterricht abgefaßt sind und die Genehmigung der Versammlung erhalten haben. Als Grundlage soll denselben die Freiheit und Gleichheit dienen, die Reinheit der Sitten und die Hingebung an das öffentliche Wohl. Neben diesen für die Hände der Kinder bestimmten Büchern sollen auch Leitfäden für die Lehrer abgefaßt werden. Einmal in der Woche wird der Volksschullehrer öffentlichen Unterricht erteilen, wozu Einladungen an alle Bürger jeden Alters und Geschlechtes ergehen.

1) Die Bezeichnung „écoles primaires“ für Volksschulen wurde zuerst von Talleyrand gebraucht. Sie hießen früher petites écoles. —
2) Das Wort instituteur, welches früher nur sehr vereinzelt gebraucht wurde, wird in der französischen Sprache erst seit 1792 geläufig.

Dieser Unterricht umfaßt die Gegenstände, welche in der Volksschule gelehrt werden; ferner die Grundsätze der Moral und des Naturrechts, Gesetzeskunde, Mitteilung aller Nachrichten und Ereignisse, welche die Republik am meisten interessieren; Kenntniss der Künste und Wissenschaften nach den neuesten Entdeckungen. Zunächst soll in der Schule das Ziel erreicht werden, daß in möglichst kurzer Zeit die französische Sprache die Umgangssprache aller Provinzen des Landes werde; wo die deutsche Sprache sich bis jetzt erhalten hat, soll man sowohl französisch wie deutsch lesen und schreiben lernen, ebenfalls muß auch der übrige Unterricht in beiden Sprachen erteilt werden. In den Orten von 1500 und mehr Einwohnern, wo die deutsche Sprache im Gebrauch ist, müssen die Lehrer in beiden Sprachen zu unterrichten befähigt sein; in den kleinern Ortschaften soll diese Bestimmung gehandhabt werden, soweit die Verhältnisse es gestatten. Derjenige Lehrer jedoch, welcher wegen seiner sonstigen Fähigkeit im Amte belassen wird, ohne französisch unterrichten zu können, muß sich einen Unterlehrer mit der erforderlichen Befähigung beschaffen. Bei eintretenden Vakanzen darf in den betreffenden Bezirken kein neuer Lehrer angestellt werden, der nicht beider Sprachen mächtig ist. In jedem Departement wird eine Kommission von mindestens fünf, höchstens elf gebildeten Männern ernannt, welche die Prüfung sämtlicher Lehrer vorzunehmen hat, gleichviel ob sie sich im Amte befinden oder sich um ein solches bewerben wollen. Die Prüfung erstreckt sich über die Kenntnisse derselben, sowie über ihre Fähigkeit, klar und verständlich zu unterrichten; ferner informiert die Kommission sich über die moralische Befähigung der Kandidaten und stellt eine Liste derjenigen auf, welche sie für eine Lehrerstelle tauglich erachtet. Geistliche können nur dann zu einem Amt im öffentlichen Unterrichte zugelassen werden, wenn sie auf ihre geistlichen Funktionen verzichten.

Der Entwurf wurde nur zum kleinsten Teile diskutiert; ein Beschluß wurde vom Konvent nicht gefaßt mit Ausnahme des Art. 1, welcher zur Annahme gelangte. Man hatte vorläufig wichtigere Dinge zu thun: am 11. Dezember war der König vor den Konvent geladen.

Das erste Dekret, welches betreffs der Volksschulen zustande kam, war das vom 30. Mai 1793. Es bestimmte die Gründung von Volksschulen in allen Orten von 400 Einwohnern an; ¹⁾ die Lehrer haben die Verpflichtung, die Schüler in den elementaren Kenntnissen zu unterrichten, welche den Bürgern notwendig sind, um ihre Rechte auszuüben, ihre Pflichten zu erfüllen und ihre häuslichen Geschäfte zu verrichten. ²⁾ Ferner wurde der einmalige, wöchentliche Unterricht an Erwachsene beibehalten, ³⁾ aber etwas

1) Art. 1. — 2) Art. 2. — 3) Art. 4.

Näheres darüber nicht angeordnet. Der vom Komitee vorgelegte Gesetzesentwurf sollte jeden Donnerstag unwiderruflich auf die Tagesordnung gesetzt werden.¹⁾

Am folgenden Tage ging der Sturm gegen die Girondisten los, welche bisher in dem Unterrichtskomitee den bedeutendsten Einfluß gehabt hatten; nach dem Sturz derselben nahmen ihre Gegner die Reformen mit verdoppeltem Eifer auf.

Ein neuer Gesetzentwurf über die nationale Erziehung, welcher Lakanals Namen trägt, dessen thatsächliche Urheber jedoch der Abbé Sieyès und der ehemalige Oratorianer Daunou waren, wurde vom Komitee des öffentlichen Unterrichts angenommen und dem Konvent am 26. Juni 1793 vorgelegt. Der Entwurf stellt als Ziel des Unterrichts für beide Geschlechter die dem französischen Bürger notwendigen Kenntnisse hin. Mit der Verwaltung eines jeden Distriktes soll ein Inspektionsamt verbunden sein, welches mit der Aufsicht und Leitung der Nationalschulen betraut ist. Dieses Inspektionsamt besteht aus drei von dem Distriktsverwaltungsrat gewählten Kommissaren, welche die Lehrer und Lehrerinnen zu examinieren haben. Die Gegenstände, in welchen die Schüler unterrichtet werden sollen, sind Lesen, Schreiben, Rechnen, Gebrauch der Wörterbücher, die ersten Kenntnisse der Geometrie, der Physik, der Geographie, der Moral und der bürgerlichen Ordnung; dazu kommen Uebungen zur Erhaltung der Gesundheit und zur Entwicklung der Kräfte und der Gewandtheit des Körpers. Dann sollen die Schüler auch im Gesang und Tanz geübt werden, um bei den nationalen Festen mitwirken zu können. Das Projekt wurde theils lächerlich, theils wegen seines Ursprungs dem Konvent verdächtig gemacht, da Daunou zur Partei der Girondisten gehörte; zur Annahme gelangte es nicht.

Das Dekret vom 21. Oktober 1793 über die Organisation und die Verteilung der Volksschulen (*premières écoles*) stellt als Aufgabe der Volksschule hin die erste physische, moralische und intellektuelle Erziehung, geeignet, die republikanischen Sitten zu fördern, sowie die Liebe zum Vaterland und die Lust zur Arbeit.²⁾ Die Kinder sollen die französische Sprache sprechen, lesen und schreiben lernen, sowie in den Grundzügen der Tugend unterrichtet werden, welche am meisten die freien Männer ehrt, besonders aber die Grundideen der französischen Revolution sich aneignen, welche ihre Gesinnung heben und sie für die Freiheit und Gleichheit würdig machen; ferner einige geographische Kenntnisse von Frankreich, die Kenntnisse der Rechte und Pflichten des Menschen und des Staatsbürgers, der Fassungskraft der Kinder angemessen, erläutert an Beispielen und durch die eigene Erfahrung; die ersten Kenntnisse der Gegenstände der nächsten Um-

1) Art. 5. — 2) Art. 2.

gebung und die natürliche Wirkung der Elemente; sie sollen geübt werden im Gebrauch der Zahlen, des Kompasses, der Masse, Gewichte, des Hebels, der Rolle und der Zeitmessung. Sodann wird man den Kindern die Arbeiten des Landmannes und der Werkstätten zeigen; sobald ihr Alter es gestattet, sind sie auch praktisch darin zu üben.¹⁾ Militärische Uebungen, Märsche und Schwimmübungen stehen ebenfalls im Programm.²⁾

Die Mädchen, welche gleichen Unterricht wie die Knaben erhalten sollen, soweit es ihr Geschlecht gestattet, müssen noch besonders im Spinnen, im Nähen und in den häuslichen Arbeiten angewiesen und geübt werden.³⁾

Das ergänzende Dekret vom 28. Oktober schreibt die Massnahmen zur Ermittlung tauglicher Lehrer vor. Demgemäss werden Kommissionen von je fünf Mitgliedern in jedem Distrikt angeordnet, welche aufgeklärt sind und sich durch Patriotismus und gute Sitten auszeichnen.⁴⁾ Diese Kommissionen, welche ihren Sitz am Hauptorte des Distrikts haben, sollen alle Bürger einladen, die das ehrenvolle Amt eines Volksschullehrers zu übernehmen geneigt sind.⁵⁾ Zur Prüfung wird jeder zugelassen, welcher sich über ein gutes Betragen und guten Bürgersinn ausweisen kann, nur sind ausgeschlossen die ehemals Adeligen und die Geistlichen.⁶⁾ Die Kandidaten werden von der Kommission öffentlich geprüft; die Prüfung erstreckt sich sowohl auf ihre Kenntnisse als auf die Kunst des Unterrichtens, die Sitten und den Patriotismus nach einer Instruktion, welche vom Unterrichtskomitee entworfen und vom Nationalkonvent genehmigt sein muss.⁷⁾ Nach beendetem Examen proklamiert die Kommission die Namen derjenigen, welche bestanden haben und nun von einer Gemeinde als Lehrer gewählt werden können.⁸⁾ Gleiche Bestimmungen gelten für die Lehrerinnen.⁹⁾

Die Prüfungsinstruktion ist wohl nicht erschienen, denn gleich nach Publizierung des Dekrets fand eine lebhafte Opposition gegen dasselbe statt, wahrscheinlich von seiten des Wohlfahrtsausschusses, indem am 9. November die Revision desselben vom Konvent bereits beschlossen wurde. Die weitem Verhandlungen ergaben als Resultat das Dekret vom 19. Dezember 1793, welches den Unterricht für frei und öffentlich erklärte.¹⁰⁾ Die Bürger und Bürgerinnen, welche von der Freiheit des Unterrichts Gebrauch machen wollen, müssen: 1. dem Gemeinderat erklären, dass sie eine Schule eröffnen wollen; 2. die Fächer bezeichnen, in welchen sie zu unterrichten gedenken; 3. ein Zeugnis guten Bürgersinnes und guter Sitten beibringen, welches von der Hälfte des gesamten

1) Art. 3. — 2) Art. 3 der Zusatzartikel vom 26. Oktober 1793. — 3) Art. 5. — 4) Art. 1 und 3. — 5) Art. 8. — 6) Art. 12. — 7) Art. 14. — 8) Art. 15. — 9) Art. 21. — 10) Sekt. I. Art. 1 und 2.

Gemeinderats ihres Wohnortes und wenigstens von zwei Mitgliedern des Aufsichtskomitees der Gemeinde unterzeichnet ist.¹⁾ Der Konvent beauftragt das Komitee des öffentlichen Unterrichts, ihm die Elementarbücher zu bezeichnen, welche die absolut notwendigen Kenntnisse enthalten, um die Bürger heranzubilden. Erfordernis ist, daß diese Bücher zunächst die Menschenrechte, die Verfassung und Uebersicht heroischer und tugendhafter Thaten darstellen.²⁾ Die Bürger und Bürgerinnen, welche sich auf den Lese-, Schreib- und ersten Rechenunterricht beschränken, sind verpflichtet, sich in ihrem Unterricht an die vom Konvent genehmigten und zu diesem Zweck publizierten Elementarbücher zu halten.³⁾

Das Dekret, welches im Sinne und unter dem Einflusse Robespierres erlassen war, schloß die Geistlichen und die ehemaligen Adeligen vom Unterrichte nicht aus.

Mit dem Fall Robespierres (27. Juli 1794) machte sich die Reaktion gegen das vorige Dekret schnell geltend, denn nach einer Dauer von kaum 11 Monaten wurde es durch ein neues Dekret vom 17. November 1794 ersetzt, welchem im allgemeinen die Bestimmungen des Lakanalschen Gesetzentwurfs zu Grunde liegen. Die bereits früher in Vorschlag gebrachte Prüfung der Lehrer durch eine Kommission von drei Mitgliedern, welche außerhalb des Distriktsverwaltungsrats von letzterm aus den Familienvätern erwählt wurden, ist in diesem Dekret beibehalten, aber nur für die Dauer der revolutionären Regierung.⁴⁾ Die Lehrgegenstände sind: 1. Lesen, Schreiben; die Beispiele in den Lesestücken erinnern die Schüler an ihre Rechte und Pflichten; 2. Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte; die französische Verfassung; 3. die Grundlehren der republikanischen Moral; 4. die Elemente der französischen Sprache; 5. die Regeln des einfachen Rechnens und des Feldmessens; 6. die Elemente der Geographie und der Geschichte der freien Völker; 7. die HAUPTERSCHEINUNGEN in der Natur und die gebräuchlichsten Naturprodukte, Auswendiglernen einer Sammlung heroischer Handlungen und Siegesgesänge;⁵⁾ ferner militärische Uebungen, Turnen, Schwimmen und Handfertigungsübungen.⁶⁾ Der Unterricht darf nur in französischer Sprache erteilt, die Volkssprache nur als Aushülfsmittel gebraucht werden.⁷⁾

Bei allen diesen Verhandlungen hatte man sich bisher die Frage nicht vorgelegt, wie man einen passend vorgebildeten Lehrerstand schaffen sollte, denn ohne diesen konnte die Organisation des Volksschulwesens niemals zu einem gedeihlichen Abschlusse gelangen. Bei der Frage der Volksschullehrerbildung auf die Vergangenheit zurückzugreifen, war unmöglich, weil Lehrerbildungs-Institute nicht vorhanden gewesen und die geistlichen

1) Art. 3. — 2) Sekt. III. Art. 1. — 3) Art. 2. — 4) Chap. II, art. 1. — 5) Chap. IV, art. 2. — 6) l. c. Art. 4. — 7) Art. 3.

und weltlichen Kongregationen, die früher den wesentlichsten Teil des Lehrpersonals gestellt hatten, aufgehoben worden waren.

Die Idee, eine spezielle Bildungsanstalt für die angehenden Lehrer einzurichten, faßte zuerst der Wohlfahrtsausschuß. Indem Barrère im Namen desselben einen Gesetzesentwurf vorlegte, zur Ausbildung der militärischen Tüchtigkeit und echt republikanischer Gesinnung eine Marsschule zu gründen, stellte er zugleich am 1. Juni 1794 in einem zweiten Entwurf in Aussicht, in Paris eine Schule einzurichten zur Heranbildung von Volksschullehrern, um dieselben von dort aus in alle Distrikte des Landes zu verpflanzen.

Der Entwurf kam zwar nicht sofort zur Vorlage, aber die Idee wurde festgehalten, indem fünf Monate später Lakanal als Berichterstatter des Unterrichtskomitees dem Konvent einen Organisationsplan zur Gründung einer Lehrerbildungsanstalt vorlegte, für welche sich der Konvent schon vorher im Prinzip erklärt hatte. Demgemäß sollte, wie es durch das Dekret vom 30. Oktober 1794 bestimmt wurde und um den Zeitpunkt möglichst schnell herbeizuführen, bis zu welchem in der ganzen Republik gleichmäÙig der den französischen Bürgern notwendige Unterricht erteilt werden könnte, in Paris eine Musterschule¹⁾ ins Leben treten, wohin aus allen Teilen der Republik bereits unterrichtete Bürger berufen werden, um unter der Leitung der tüchtigsten Gelehrten in der Kunst des Unterrichtens ihre Ausbildung zu erhalten.²⁾ Die Distriktsbehörden sollen auf je 20 000 Einwohner einen Bürger zu diesem Zwecke nach Paris schicken.³⁾ Erfordernisse sind reine Sitten und erprobter Patriotismus, verbunden mit den nötigen Anlagen zur eigenen Ausbildung und zur Ausbildung anderer.⁴⁾ Als Aufnahme-Alter wird die Vollendung des 25. Lebensjahres festgesetzt.⁵⁾ Die Lehrer an der Musterschule bezeichnet das Unterrichtskomitee und der Konvent genehmigt dieselben.⁶⁾ Der Unterricht erstreckt sich zunächst auf die Kunst, in der Sittenlehre zu unterrichten, um die Zöglinge in den Stand zu setzen, die jungen Republikaner im öffentlichen und privaten Leben tüchtig zu machen,⁷⁾ sodann werden die Zöglinge darin unterrichtet, im Lesen, Schreiben, den Elementen des Rechnens, der praktischen Geometrie, der Geschichte und der französischen Grammatik diejenigen Methoden anzuwenden, welche in den von dem Nationalkonvent vorgeschriebenen Elementarbüchern verwertet sind.⁸⁾

1) École normale. Diese Bezeichnung, welche hier zum erstenmal auftritt, wird von Lakanal selbst erklärt in einer Anmerkung zu seinem Bericht: „Normales du latin norma, règle. Ces écoles doivent être en effet le type et la règle de toutes les autres.“ — 2) Art. 1. — 3) Art. 2. — 4) Art. 3. — 5) Art. 4. — 6) Art. 6. — 7) Art. 7. — 8) Art. 8.

Die Dauer des Kursus beträgt wenigstens vier Monate.¹⁾ Zwei Repräsentanten des Volkes, welche durch den Nationalkonvent bezeichnet werden, beaufsichtigen die Musterschule und korrespondieren mit dem Komitee des öffentlichen Unterrichts über alles, was für diese wichtige Anstalt von Interesse sein kann.²⁾ Nach Beendigung des Kursus kehren die so Ausgebildeten in ihre Distrikte zurück und eröffnen an den drei Hauptorten des Kantons, welche von der Distriktsverwaltung bezeichnet werden, eine Musterschule, deren Aufgabe es ist, den Bürgern und Bürgerinnen, welche sich dem Unterrichte widmen wollen, diejenige Unterrichtsmethode beizubringen, welche sie selbst in Paris gelernt haben.³⁾ Die letztern Kurse sollen ebenfalls mindestens vier Monate dauern.⁴⁾ Das Komitee des öffentlichen Unterrichts ist damit beauftragt, Einrichtung und Unterrichtsplan dieser Musterschulen zu entwerfen und die einzuschlagende Methode zu bestimmen.⁵⁾ Alle 10 Tage soll dasselbe sowohl über die Pariser Musterschule wie über diejenigen der Departements dem Nationalkonvent Bericht erstatten.⁶⁾

Die Musterschule in Paris, deren 1400 Zöglinge auf Kosten der Republik ihren Unterhalt bekamen, wurde am 20. Januar 1795 mit großartigem Pomp eröffnet. Aber die Ausführung entsprach den Vorschriften des Dekrets keineswegs: anstatt die Zöglinge in den Methoden des Unterrichts auszubilden, wurden vielfach nur rein wissenschaftliche Vorträge gehalten; man suchte die Schüler mit dem neuesten Standpunkt der speziellen Disziplinen bekannt zu machen. Unter den wissenschaftlichen Größen, die dort unterrichteten, nennen wir Lagrange, Laplace, Monge für den Unterricht in der Mathematik, Berthollet in der Physik, Buache und Mentelle in Geographie, Volney in Geschichte, la Harpe in der Litteratur, Vandermonde in der Staatsökonomie. Es ist unmöglich, eine glänzendere Vereinigung von gelehrten Koryphäen ersten Ranges zu ersinnen, und mit Grund hat man hervorgehoben, dass diese Vorträge keineswegs bloße Leistungen akademischer Schönrederei, sondern durchgängig ernste und gründliche Auseinandersetzungen gewesen. Nur die eine entscheidende Frage bleibt zurück, ob solche Vorträge, und seien sie die gelehrtesten und geistreichsten, die Wirksamkeit eines wohlgeordneten Lehrerseminars ersetzen konnten, und diese Frage ist durch die Erfahrung ohne weiteres verneinend beantwortet worden. Der künftige Lehrer blieb ohne eigene Uebung in der Anwendung des Gelernten, die für das seminaristische Studium das allein Wesentliche ist.⁷⁾ Es entstand bald ein allgemeiner Sturm gegen die Musterschule, umsomehr, als la Harpe in seinen Vorträgen

1) Art. 9. — 2) Art. 10. — 3) Art. 11. — 4) Art. 12. — 5) Art. 14. — 6) Art 15. — 7) von Sybel, Geschichte der Revolutionszeit. 2. Aufl. Bd. 4 p. 38.

gegen die Grundsätze der Jakobiner eiferte und die Erklärung ciceronianischer Reden zu politischen Anspielungen benutzte. Vor allem aber wurde von den Gegnern die Zwecklosigkeit derartiger Vorträge für die Heranbildung von zukünftigen Lehrern betont. Die Einrichtung von Musterschulen in den Departements nannte man unsinnige Unternehmungen und die Auflösung der Pariser Anstalt wurde dringend gefordert. Sie hatte kaum drei Monate bestanden, als Daunou im Namen des Unterrichtskomitees die Auflösung derselben beantragte. Der Nationalkonvent beschloß in diesem Sinne: Die Kurse sollen mit dem 19. Mai aufhören. Denjenigen Schülern, welche in ihre Heimat zurückkehren wollten, wurde dieses gestattet; die Professoren erhielten den Auftrag, die für die Volksschulen bestimmten Lehrbücher abzufassen; diejenigen Professoren, welche bis zum 19. Mai ihren Kursus noch nicht beendet hatten, konnten dies in dem Journal der Musterschule thun, welches gratis an die Schüler verteilt wurde.¹⁾ Bereits am 15. Mai stellte man die Vorlesungen ein, obgleich kein einziger dieselben vollendet hatte; die Musterschule verschwand, ohne irgendwelche nachhaltigen Spuren ihrer Wirksamkeit zu hinterlassen; zur Errichtung der in den Departements geplanten ähnlichen Musterschulen scheint kein ernstlicher Versuch gemacht worden zu sein.

Die im folgenden Jahre vom Konvent dekretierten Central-schulen hatten gleichfalls nur geringen und kurzen Erfolg, auch hatte die Organisation derselben nicht den Zweck, Lehrer für den Volksschulunterricht auszubilden. Das Gesetz vom 25. Oktober 1795, welches diese Centralschulen ins Leben rief, bestimmte ferner, daß in jedem Departement mehrere, höchstens aber sechs Prüfungskommissionen von je drei Mitgliedern ernannt werden sollten, und zwar von der Departementsbehörde; eine dieser Kommissionen soll die Volksschullehrer prüfen; die Unterrichtsgegenstände in der Volksschule werden auf Lesen, Schreiben, Rechnen und die Grundzüge der republikanischen Moral beschränkt.

Somit waren die Lehrgegenstände wieder auf ein sehr bescheidenes Maß zurückgeführt, aber fähige Lehrer fand man auch für diese nicht, die Klagen über die Unfähigkeit der öffentlichen Lehrer blieben allgemein. Auch war die Anzahl der Volksschulen sehr zusammengeschmolzen, es gab deren 1798 in ganz Frankreich nur etwa 5000. Die Thätigkeit der Revolutionsperiode ist in kurzen Zügen damit gekennzeichnet, daß sie vieles zerstört,

1) Die Vorlesungen wurden sämtlich stenographiert und in einem zu diesem Zweck besonders ins Leben gerufenen Journal publiziert, welches an die Mitglieder des Konvents, die Professoren der Schule, die Hörer, die Distriktsverwaltungen und die Agenten der Republik in den auswärtigen Ländern zur Verteilung gelangte.

vieles geplant und fruchtbare Ideen zutage gefördert, aber etwas Positives nicht geleistet hat. Die eigene Unfähigkeit der Machthaber, die grosse Geldnot und die feindliche Stellung der Kirche liessen die erwartete Entwicklung des Schulwesens nicht zu.

§. 2.

Das Kaiserreich und die Restauration.

Das Gesetz vom 21. April 1802 bestimmte über die Lehrer an Volksschulen nur, daß sie durch die Maires und die Gemeinderäte gewählt würden; von dem Nachweis einer Befähigung für das Schulamt ist keine Rede.

Bei der Gründung der kaiserlichen Universität¹⁾ ging die Volksschule fast leer aus, wenngleich immerhin der Umstand wesentlich ist, daß dadurch eine feste Basis gelegt war, auf welcher sich das gesamte Unterrichtswesen, die Volksschule nicht ausgeschlossen, mit Erfolg aufbauen konnte. Das Dekret vom 10. Mai 1806 bestimmte, daß unter dem Namen „Kaiserliche Universität“ eine Korporation gebildet werden sollte, welche ausschließlich mit dem öffentlichen Unterrichte und mit der Erziehung im ganzen Reiche beauftragt wird. Die Organisation der Universität wurde durch das Dekret vom 17. März 1808 festgesetzt und widmet dem Volksschulwesen nur einige Artikel. Der Art. 107 besagt, daß durch die Universität die nötigen Maßregeln getroffen werden sollen, damit die Kunst des Unterrichtens in Lesen, Schreiben und den ersten Kenntnissen des Rechnens in den Volksschulen in Zukunft nur durch hinlänglich gebildete Leute ausgeübt würde, um leicht und sicher diese ersten, allen Menschen notwendigen Kenntnisse zu übermitteln. Zu diesem Zwecke sollen nach Art. 108 bei jeder Akademie in Verbindung mit Staats- resp. Kommunal-Gymnasien eine oder mehrere Normalkurse eingerichtet werden, um an denselben Lehrer für die Volksschule auszubilden. Dort werden die geeignetsten Methoden gezeigt, um die Kunst zu vervollkommen, das Lesen, Schreiben und Rechnen zu lehren.

1) Universitäten in unserm Sinne kennt man in Frankreich nicht, die ehemaligen 24 Universitäten des Landes waren 1793 abgeschafft worden. — Unter der „Universität“ versteht man das gesamte vom Staate organisierte und überwachte Unterrichtswesen; es gehören zur Universität die sämtlichen Unterrichtsbehörden sowie sämtliche Unterrichtsinstitute, welche der staatlichen Aufsicht unterworfen sind, also auch die Volksschulen. Der Unterrichtsminister hat den Titel „Großmeister der Universität. Ganz Frankreich ist in 17 Akademien oder Unterrichtsbezirke eingeteilt, deren jeder mehrere Departements umfaßt. An der Spitze dieser Bezirke steht der Rektor der Akademie, unter diesem sind in jedem Departement die Inspektoren der Akademie und unter letztern die Inspektoren des Volksschulunterrichts.

Thatsächlich war es jedoch Napoleon weniger darum zu thun, einen weltlichen Lehrerstand zu gründen; man begnügte sich zunächst damit, den Brüdern der christlichen Schulen,¹⁾ welche Napoleon sehr begünstigte, die Schulen wieder anzuvertrauen. Es war dies vorläufig das einfachste und geeignetste Mittel, die Schulen wieder schnell mit Lehrkräften zu versehen, deren Wirksamkeit auch von vielen ihrer Gegner anerkannt wurde.

Das einzige Lehrerseminar, welches unter dem ersten Kaiserreiche gegründet wurde, das älteste Frankreichs, war das Seminar in Straßburg (1810), eine Anstalt, welche bald zu den entwickeltsten Schulen des Landes gehörte und sich in ihrem Lehrplan am meisten den deutschen Seminaren näherte.²⁾ Ernste Bestrebungen zur Herstellung eines tüchtigen Lehrerstandes geschahen unter dem Kaiserreiche von seiten des Staates nicht; in den Budgets findet man die klägliche Summe von 4250 Franken für das Volksschulwesen ausgeworfen, welche zur Unterstützung der Brüder der christlichen Schulen bestimmt war.

Während der Herrschaft der 100 Tage wurde Carnot Minister des Innern, derselbe, welcher 20 Jahre vorher durch seine rastlose Energie so viel zum Siege der republikanischen Heere beigetragen. Er stellte sich an die Spitze der eben entstehenden Gesellschaft für Volksschulbildung,³⁾ und auf seinen Antrag hin erließ der Kaiser am 27. April 1815 ein Dekret des Inhalts, daß 1. der Minister des Innern Männer um sich berufen sollte, welche befähigt wären, über die besten Methoden des Volksschulunterrichts

1) Die frères des écoles chrétiennes hatten 1789 in Frankreich 116 Häuser mit etwa 800 Brüdern, welche in 550 Klassen ungefähr 36 000 Kinder unterrichteten. Sie waren durch das Gesetz vom 18. August 1792 aufgelöst worden. — Wie sehr Napoleon die Brüder der christlichen Schulen begünstigte, beweist eine Aeußerung von ihm in einer Sitzung des Staatsrates vom 11. Mai 1806: „Ich begreife nicht den Fanatismus, mit welchem einige Personen gegen diese Brüder erfüllt sind; das ist nur ein Vorurteil. Ueberall fordert man die Wiedenzulassung derselben und dieser allgemeine Ruf beweist hinlänglich ihren Nutzen.“ — 2) Cfr. Näheres bei Hahn, das Unterrichtswesen in Frankreich, Breslau 1848, p. 311 ff. Kennzeichnend für dieses bedeutende Werk, nicht minder aber für die Entwicklung des französischen Schulwesens ist die Bemerkung des gelehrten Franzosen Bréal in seinem Werke *Quelques mots sur l'instruction publique en France*, 3. Aufl. 1881, p. 10: „L'auteur (Hahn) paraît avoir bien connu nos écoles et nos collègues: son livre, quoique déjà ancien, est encore d'une entière justesse; toutes les choses ont peu changé depuis vingt ans.“ Bréal ist auch ein genauer Kenner der deutschen Schulverhältnisse und war einer der besten Schüler des Professors Franz Bopp in Berlin. — 3) Die Société pour l'instruction élémentaire war ursprünglich eine Gesellschaft von Gelehrten und Schriftstellern, welche es sich zur Aufgabe gestellt hatten, „der untern Volksklasse diejenige Art geistiger und sittlicher Bildung zuzuwenden, welche ihren Bedürfnissen am besten entsprach“.

um Rat gefragt zu werden, sowie diese Methoden zu prüfen und die praktischen Versuche mit denselben zu leiten vermöchten; 2. daß zu Paris eine Versuchsschule (*une école d'essais*) für den Volksschulunterricht eingerichtet würde, derart, daß sie als Musterschule dienen und Seminar werden sollte zur Ausbildung von Volksschullehrern; 3. daß, wenn man mit dieser Schule genügende Resultate erzielt haben würde, der Minister geeignete Vorschläge machen sollte über die zu ergreifenden Maßregeln, um dem ganzen Lande die Vorteile der dort adoptierten Methoden zuzuwenden. Die Vorbereitungen zur Gründung der Anstalt waren bereits getroffen, das Komitee zu Beratungen zusammengetreten und ein passendes Gebäude gemietet, als Carnot, der eben in einer Sitzung des Komitees den Vorsitz führte, die Botschaft von der verlorenen Schlacht bei Waterloo überbracht wurde. Durch dieses Ereignis war dem Kaiserreich und mit ihm auch den neuen Reformplänen auf dem Gebiete des Unterrichts ein Ende gemacht.

Der Restauration war also ein grosses Arbeitsfeld zurückgelassen worden; aber auch sie that für die Gründung der Seminare sehr wenig. 1822—1823 wurden zwar noch drei weitere Lehrerseminare gegründet in Orléans, Metz und Commercy, aber wie weit man davon entfernt war, für die Heranbildung weltlicher Lehrer zu sorgen, zeigt die Ernennung Frayssinous zum Großmeister der Universität. Er war 1822 an die Spitze des öffentlichen Unterrichts gesetzt, wurde kurz nachher zum Bischof i. p. ernannt und zugleich mit ihm kamen Geistliche an die bedeutendsten Stellen der Universität. „Indem Se. Majestät“, so schrieb der neue Großmeister in einem Cirkular vom 17. Juni 1822, „einen mit der geistlichen Würde bekleideten Mann zur Leitung des Unterrichtswesens berufen hat, zeigt er ganz Frankreich deutlich, wie sehr er es verlangt, daß die gesamte Jugend des Königreichs in der religiösen und monarchischen Gesinnung erzogen werde; in diesem Sinne will ich mit Vertrauen das Ziel verfolgen, welches ich erreichen muß, die guten Erziehungsanstalten besser und diejenigen gut zu machen, welche es nicht sind.“ Die vereinten Anstrengungen der Bischöfe und der Regierung zielten darauf hin, die weltlichen Lehrer möglichst zu verdrängen und kongreganistische an ihre Stelle zu setzen. Die Umwälzung auf dem Gebiete des Volksschulunterrichts war eine vollständige; bisher waren die Brüder der christlichen Schulen allein zugelassen, vom 1. Mai 1822 bis zum 6. November 1825 wurden sieben Kongregationen autorisiert, in den Volksschulen den Unterricht zu erteilen.

Gegen Ende der Restauration geschah zwar, hauptsächlich angeregt durch die Bestrebungen des Ministers Vatisménil, noch ein neuer Anlauf zur Gründung von Lehrerseminaren, indem 1828

und 1829 vier neue Anstalten ins Leben traten. Die königliche Ordonnanz vom 14. Februar 1830 war das eigentlich Wesentliche, was für die Volksschule geschah; sie bestimmte, daß es königlicher Wille sei, allen Unterthanen einen genügenden Unterricht zuteil werden zu lassen; es wurden auch Staatsmittel in Aussicht gestellt zur Gründung von Musterschulen, um Lehrkräfte in denselben heranzubilden; aber der gute Wille kam zu spät, denn in der Julirevolution von 1830 brach der Thron Karls X. zusammen. Die Restauration hatte die ihr zugefallene Aufgabe also auch nicht gelöst.

Wir haben oben gesagt, daß die Befähigung der Lehrer vor einer durch das Gesetz vom 24. Oktober 1795 eingesetzten Prüfungskommission festgestellt wurde; für diese Prüfung war ein besonderes, allgemeines Reglement nicht erlassen worden, eine Gleichheit in den Anforderungen an die Kandidaten daher unmöglich. Aus den Dekreten und Instruktionen des ersten Kaiserreichs ist ersichtlich, daß diese Kommissionen nicht immer mit der nötigen Sorgfalt und Gewissenhaftigkeit verfahren haben, denn wir begegnen vielen Klagen über die Unfähigkeit der Lehrer, auch solcher, welche im Besitze von Befähigungszeugnissen waren. Seit der Gründung der kaiserlichen Universität finden wir diese Kommissionen nicht mehr in Thätigkeit; es scheint, daß dieselben aufgelöst worden waren und man seitdem auf administrativem Wege die Befähigung der Lehrer feststellte. Durch die Instruktion des Großmeisters der Universität vom 24. Februar 1810 an die Rektoren werden letztere beauftragt, sich von den Lokalbehörden und den Inspektoren der Akademie Kenntnis zu verschaffen von der Befähigung der Lehrer, welche im Dienst sind; sie sollen diejenigen bezeichnen, welche sie des weitem Verbleibens im Lehramte für würdig erachten, damit diese von dem Großmeister ihre Bestallung erhalten; der Art. 109 des Gründungsdekrets der Universität, durch welches die christlichen Schulbrüder anerkannt und bestätigt wurden, besagt, daß letztere ihr Befähigungszeugnis ebenfalls vom Großmeister der Universität bekommen. Um die Befähigung der Lehrer zu konstatieren, bediente sich der Großmeister der Verwaltungsbeamten, der Rektoren und Inspektoren der Akademie; oft wurden auch die Pfarrer von dem Rektor mit der Prüfung beauftragt. In dem Erlaß vom 3. Juli 1818 wird nochmals eingeschärft, daß die Verpflichtung zur Erlangung des Befähigungszeugnisses gemeinsam ist sowohl für die Lehrer, welche den geistlichen Orden angehören, wie für alle diejenigen, welche Schulen vorstehen, die entweder von Privaten oder von Gemeinden unterhalten werden. Aber diese Gleichheit dauerte nicht lange: während die ministerielle Instruktion vom 3. Juni 1819 Prüfungskommissionen von fünf Mitgliedern für das Examen der Lehrerinnen bestellt, wurde dies durch die

Instruktion vom 20. Juli 1819 insofern geändert, als die Lehrerinnen, welche den Kongregationen angehören, von der Beibringung des Befähigungszeugnisses dispensiert sind; die Ermächtigung zu unterrichten wird denselben durch ihren Obedienzbrief¹⁾ erteilt, welchen die geistlichen Obern ausstellen. Auch den Lehrern, welche Orden angehörten, wurde diese Bevorzugung gewährt, denn nach der Ordonnanz vom 8. April 1820 stellte der Rektor der Akademie denselben auf Vorzeigung des Obedienzbriefes hin das Befähigungszeugnis aus. Dieser Zustand dauerte bis zur Ordonnanz vom 18. April 1831, welche bestimmte, daß kein Lehrer an Volksschulen das Befähigungszeugnis erhalten soll, wenn er nicht die durch die Ordonnanz vorgeschriebene Prüfung bestanden habe. Für die Lehrerinnen aber blieben die alten, ungleichen Verhältnisse bestehen.

§. 3.

Das Unterrichtsgesetz vom 28. Juni 1833.

Der neue König Louis Philipp übertrug Guizot das Ministerium des Unterrichts am 11. Oktober 1832; mit ihm beginnt für die Entwicklung des Volksschulwesens in Frankreich eine neue, fruchtbringende Zeit, indem man mit den bisherigen Traditionen vollständig brach. Von dem Gedanken ausgehend, daß ein guter Volksschulunterricht ganz und gar auf der guten Vorbildung des Lehrpersonals beruhe, suchte er mit allem Eifer zunächst die Gründung von Lehrerseminaren zu fördern und dieselben in ihrer innern Gestaltung auszubilden und zu kräftigen. Und hier hatte man das Vorbild in Preussen gesucht: V. Cousin, welcher sich durch langen Aufenthalt in Deutschland genaue Kenntnis des dortigen Volksschulwesens erworben, erstattete 1831 einen Bericht an den damaligen Minister des öffentlichen Unterrichts über den Zustand des Unterrichts in einigen Ländern Deutschlands und besonders in Preussen. Er betont, daß die Erfahrungen, welche er in Deutschland, besonders in Preussen gemacht, für Frankreich nicht verloren gehen dürften, vor allem hebt er als Grundlage der preussischen Lehrerbildung die Befestigung des sittlichen Lebens, Voranstellung des christlichen Unterrichts und der religiösen Erziehung hervor.²⁾

Man wartete das in Aussicht stehende Unterrichtsgesetz nicht ab, sondern auf die im Auslande gemachten Erfahrungen gestützt

1) Lettre d'obédience. Es ist nichts anderes als der Auftrag, welcher einer Schwester oder einem Schulbruder von den Obern erteilt wird, eine Schule zu leiten. — 2) Cfr. Cousin, de l'instruction publique dans quelques pays de l'Allemagne et particulièrement en Prusse. 2 vol. 3. Ausg. Paris 1840.

schritt man mutig ans Werk. Das Reglement vom 14. Dezember 1832 beschäftigt sich mit der innern Organisation der Lehrerseminare.

Nach diesem Reglement besteht der Unterricht in den Seminaren aus folgenden Gegenständen: Religion und Sittenlehre, Lesen, Schreiben, Rechnen, dem gesetzlichen System der Masse und Gewichte, der französischen Grammatik, Linearzeichnen, Feldmessen und den übrigen Anwendungen der Mathematik, den im täglichen Leben nützlichen Kenntnissen aus der Chemie, der Musik und Gymnastik, den Elementen der Geographie und Geschichte, besonders von Frankreich.

Der Studienkursus dauert zwei Jahre; der Lektionsplan wird nach dem Vorschlage des Rektors vom Ober-Unterrichtsrath bestimmt. In den letzten sechs Monaten ihres Aufenthaltes im Seminar werden die Zöglinge in der Anwendung der verschiedenen Unterrichtsmethoden in einer oder in mehreren der Anstalt beigegebenen Schulklassen geübt.

Ferner lernen sie die Abfassung der Civilstandsakten und Protokolle, sowie das Pfropfen und Okulieren der Obstbäume.

An der Spitze der Anstalt steht der Direktor, welcher auf den Vorschlag des Präfekten und des Rektors der betreffenden Akademie von dem Minister des öffentlichen Unterrichts ernannt wird. Derselbe muß einen beträchtlichen Theil des Unterrichts selbst übernehmen. Die Lehrer, welche man ihm in einzelnen Unterrichtszweigen beizugeben für nötig erachtet, werden nach dem Bericht der Aufsichtskommission vom Rektor ernannt und vom Minister bestätigt. Sie heißen Hülfslehrer (*maîtres adjoints*).

Die Departements, Gemeinden, die Universität, Privatleute und Wohlthätigkeitsanstalten können ganze oder teilweise Freistellen stiften.

Niemand kann als Externe oder als Pensionär zugelassen werden, welcher nicht

1. ein Alter von 16 Jahren hat,
2. Führungs-, Gesundheits- und Impfzeugnis beibringt und
3. eine Prüfung besteht, in welcher richtiges Lesen und Schreiben, die ersten Begriffe der französischen Grammatik, des Rechnens und hinreichende Kenntnisse in der Religion gefordert werden.

Wer eine Freistelle haben will, muß sich verpflichten, 10 Jahre als Lehrer im öffentlichen Schuldienste zu bleiben; wer vorzeitig den Kursus verläßt oder die 10jährige Dienstzeit nicht aushält, muß die durch den Aufenthalt im Seminar erwachsenen Kosten zurückerstatten.

Die schon im Amte stehenden Volksschullehrer können im Laufe des Schuljahres, besonders aber in den Ferien, zu den Lehrstunden im Seminar zugelassen werden, um die früher

erworbenen Kenntnisse zu befestigen oder vollkommnere Methoden kennen zu lernen.

Die Aufsichtskommission, welche vom Minister ernannt wird, hat die Obhut über Verwaltung, Unterricht und Disziplin der Anstalt. Der Direktor hat in derselben Sitz und Stimme, außer wenn es sich um seine persönlichen Angelegenheiten handelt. Die Kommission trifft oder beantragt je nach den Umständen die Maßregeln, welche ihr zum Besten der Anstalt und für die Fortschritte der Studien angemessen erscheinen. Der Direktor ist verpflichtet, ein Register zu führen, in welchem über den Fleiß eines jeden Schülers in den einzelnen Unterrichtsfächern, sowie über das Betragen und den Charakter der Zöglinge Bemerkungen eingetragen werden. Nach diesem Register, welches der Kommission vom Direktor monatlich vorgelegt werden muß, entscheidet die letztere über das Aufsteigen der Zöglinge in den obern Kursus. Am Ende des zweiten Jahreskursus findet vor der Aufsichtskommission ein Examen und eine Lehrprobe statt; auf Grund derselben erhalten diejenigen, welche gut bestanden haben, von der Kommission das Befähigungszeugnis (*certificat d'aptitude*), auf welchem auch das Betragen und die Unterrichtsmethode vermerkt ist, die sie am besten handhaben. Die Vorlegung dieses Zeugnisses ist bei der Bewerbung um das eigentliche Befähigungszeugnis für den Volksschulunterricht (*brevet de capacité*) für die Zöglinge des Seminars unerläßlich. Die Prüfungskommission für das letztere Zeugnis ist nach Art. 25 des Gesetzes vom 28. Juni 1833 dieselbe, welche die Aufnahme- und Abgangsprüfungen im Lehrerseminar abhält.

Die Aufsichtskommission hat volle Disziplinarbefugnis; sie kann Verweis sowie teilweise und gänzliche Entfernung aus der Anstalt über einen Zögling aussprechen, jedoch muß derselbe vorgeladen und angehört werden.

Das grundlegende Unterrichtsgesetz vom 28. Juni 1833 bestimmt¹⁾, daß jedes Departement verpflichtet ist, ein Lehrerseminar zu unterhalten, entweder für sich allein oder in Verbindung mit einem oder mehreren benachbarten Departements, jedoch letzteres nur mit königlicher Genehmigung. Die Generalräte sollen in Beratung treten über die Beschaffung der Mittel zur Gründung dieser Anstalten.

Wie günstig das Gesetz auf die Hebung der Lehrerbildung einwirkte und wie sehr auch die Verwaltungsbehörden auf die möglichst schnelle Ausführung der gesetzlichen Bestimmungen drangen, zeigt der Umstand, daß von 1830 bis 1837 sechzig neue Seminare gegründet wurden, darunter einige für Lehrerinnen. Das Gesetz von 1833 hatte die Bildung und Erziehung der

1) Art. 11.

Mädchen nicht erwähnt, wiewohl Guizot in dem Entwurf zu dem Gesetze besonderer Mädchenschulen gedacht hatte; die königliche Ordonnanz vom 23. Juni 1836 holte dies nach, indem sie die durch das Gesetz erhöhten Anforderungen für die Knabenschulen auch auf die Mädchenschulen ausdehnte.

Die Regierung hatte die ganze Grösse ihrer Aufgabe erkannt, allein nach dem Rücktritte Guizots vom Ministerium, im April 1837, waren die organisatorischen Arbeiten ins Stocken geraten; ein grosser Feind der neuen Schöpfungen war der Klerus, denn je mehr weltliche Lehrer in den Seminaren ausgebildet wurden, um so mehr wurde die Ausbreitung der aus den Kongregationen genommenen Lehrer gehemmt. Wie nachdrücklich auch immer Guizot betont hatte, daß ohne einheitliches Zusammenwirken von Kirche und Schule letztere nicht gedeihen, ja sogar eine Gefahr für den Staat werden könne, so war und blieb doch die Geistlichkeit den Seminaren abgeneigt. Somit war es schwer, tüchtige Kräfte an die Spitze der Seminare zu stellen; auch die Gymnasiallehrer sahen mit Mißachtung auf die Seminarbildung herab¹⁾ und würden die Annahme eines Direktorpostens als Zurücksetzung betrachtet haben; die Volksschule selbst aber war bei ihrem niedrigen Standpunkte nicht in der Lage, tüchtige Seminarlehrer, geschweige denn fähige Seminardirektoren zu liefern. Daher entsprachen die Erfolge den Erwartungen nicht, daher sind auch die Klagen begreiflich, daß es häufig den Seminardirektoren an der nötigen Bildung und pädagogischen Fähigkeit fehle und die Leistungen der Seminare geringe seien.

Bis zum Jahre 1848 hatte sich die Gesamtzahl der Seminare auf 78 erhöht, darunter 6 für Lehrerinnen. Die Februarrevolution förderte die alten Ideen der grossen Revolution betreffs der Reorganisation des Volksschulwesens wieder zutage; Carnot, der Sohn des bekannten grossen Republikaners von 1793, Minister des öffentlichen Unterrichts, ein genauer Kenner der Schulverhältnisse Deutschlands und entflammt für die geistige Hebung des Volkes, brachte am 1. Juni 1848 einen Gesetzentwurf ein, wonach der Volksschulunterricht in Frankreich unentgeltlich und obligatorisch für beide Geschlechter sein sollte; am 4. Juli, dem vorletzten Tage seines Ministeriums, machte er in der konstituierenden Versammlung den Vorschlag, das Seminar ebenfalls für unentgeltlich zu erklären; auch hatte er verordnet, daß die Seminaristen Uniform und Degen tragen sollten, eine Bestimmung, welche durch den Erlaß vom 22. Oktober 1849 wieder aufgehoben wurde.

1) Es ist das auch heute noch so. Cfr. p. 26 f.

Das Unterrichtsgesetz vom 15. März 1850.

Am 5. Juli trat Carnot vom Ministerium zurück. Der fünfte und letzte der Minister des öffentlichen Unterrichts, welchen das Jahr 1848 in Frankreich sah und welcher nach Erlangung der Präsidentschaft durch Louis Napoléon am 20. Dezember das Ministerium antrat, de Falloux, war einer der hervorragenden Vertreter der ultramontanen Partei, deren Bestrebungen zur Unterdrückung der Seminare niemals geruht hatten und nun ihrem Ziele nahe zu sein schienen. Die in den maßgebenden Kreisen herrschende Stimmung drückte ein Artikel im „Ami de la religion“ vom November 1849 und eine Broschüre von 1850, welche dem Bischof Dupanloup zugeschrieben wird, rückhaltlos aus, indem die Lehrerseminare als „gefährlich, so mächtig für das Schlechte“ bezeichnet werden, „die auf so beklagenswerte Weise den Charakter und die Mission des Volksschullehrers verunstaltet haben“. Das Projekt zu dem Gesetze von 1850 hatte in der That einen Artikel zur gänzlichen Abschaffung der Lehrerseminare aufgenommen; die angehenden Lehrer sollten in der Schule bei einzelnen Lehrern, die der Departementalrat dazu befähigt erklärte, praktisch erzogen werden und zugleich die Dienste von Hülfslehrern versehen. Allein man wagte es doch nicht, die Seminare gesetzlich als aufgehoben zu erklären; ein solcher Rückschritt hinter das Gesetz von 1833 wäre zu fühlbar gewesen. Aber die durch das Gesetz vom 15. März 1850 gegebenen Bestimmungen waren dennoch dazu angethan, den Bestand der Seminare zu gefährden und sie zu langsamem Hinschwinden zu verurteilen. Denn das Gesetz betrachtete sie nur als provisorisch, indem Art. 35 desselben lautet:

„Jedes Departement ist verpflichtet, für die Ergänzung der Kommunallehrer zu sorgen, indem es Schulamtsaspiranten unterhält, entweder in den Volksschulen, welche durch den Departementsschulrat bestimmt werden (écoles stagiaires)¹⁾, oder auch in einem Seminar, welches zu diesem Zwecke in dem Departement errichtet ist.

„Die Seminare können durch den Generalrat des Departements aufgehoben werden; sie können gleichfalls durch den Minister nach Beschluß des Ober-Unterrichtsrats auf den Bericht des Departementsschulrats hin als aufgelöst erklärt werden.“

Damit war der Bestand der Seminare in die Hände von Körperschaften gelegt, von deren politischer Zusammensetzung ihr Fort-

1) Cfr. p. 20 f. p. 30.

bestehen bedingt war. „Wir haben jetzt“, so triumphierte man auf Seiten der Klerikalen, „durch die Stagiärschulen ohne mühsame Anstrengung, ohne große Auslagen und ohne den ganzen wissenschaftlichen Luxus der Seminare den richtigen, einfachen und fleißigen Volksschullehrer gefunden, bescheiden in seinen Bedürfnissen und Wünschen, für welchen seine Schüler und seine Gemeinde die ganze Welt sind, kurz, den Lehrer, den uns die Seminare niemals liefern und niemals liefern werden.“

Die Regierung verfuhr in der Praxis nicht so, sie ließ die Seminare nicht fallen. Am 24. März 1851 erließ sie ein Reglement für die Seminare, welches die fakultativen Fächer sämtlich in den dritten Jahreskursus verlegte; durch das am 31. Juli 1851 folgende Unterrichtsprogramm wurde der Lehrplan festgesetzt. Zum nähern Verständnis desselben mag hier kurz erwähnt werden, daß die obligatorischen Lehrfächer der Volksschule sich nach dem Art. 23 des Gesetzes vom 15. März 1850 auf die Sittenlehre und Religion, Lesen, Schreiben, die Elemente der französischen Sprache, Rechnen und das gesetzliche System der Maße und Gewichte beschränkten.

Der Unterrichtsplan der Seminare umfaßt demnach:

1. Lesen, und zwar a. einfaches Lesen zum Zweck der Erlernung der Orthographie durch Buchstabieren und der Erzielung reiner Aussprache; b. Lesen mit Betonung unter Berücksichtigung der Zeichensetzung und Erklärung der Lesestücke. Sechs Stunden pro Woche im ersten und zweiten Jahr; zwei Stunden wöchentlich im dritten Jahr. Für die Uebungen dürfen nur folgende Werke gebraucht werden: die Fabeln von Fénelon, Auswahl aus den Fabeln von La Fontaine, die Gebräuche der Israeliten und Christen von Fleury, die christliche Lehre, Geschichte der Religion und Kirchengeschichte von Lhomond, erster Teil der Abhandlung der Universalgeschichte von Bossuet, Sammlung von ausgewählten Abschnitten aus guten Schriftstellern, Manuskripte, welche vorschriftsmäßig zugelassen sind; für die lateinische Lektüre die Psalmen, das Diurnale und andere von der kirchlichen Behörde approbierte Bücher.

2. Memorierübungen. Drei Stunden pro Woche alle drei Jahre hindurch.

3. Schreiben. Die verschiedenen Schriftarten unter besonderer Pflege der Kurrentschrift. Fünf Stunden pro Woche im ersten und zweiten Jahr, zwei Stunden im dritten Jahr.

4. Die französische Sprache. Unter Zugrundelegung der Grammatik von Lhomond. Erstes Jahr grammatische Analyse und orthographische Diktate; letztere täglich. In den zwei letzten Jahren Auszüge aus der Lektüre. Aufsatzübungen. Den Lese- und den Sprachunterricht muß der Direktor selbst erteilen.

5. Rechnen. Erstes Jahr zählen. Die Grundrechnungsarten

und das gesetzliche System der Maße und Gewichte. Zweites Jahr: die Brüche, der Dreisatz, Zins-, Renten-, Teilungs- und Mischungsrechnung. Drittes Jahr: Anwendung obiger Rechnungsarten in praktischen Aufgaben. Sechs Stunden wöchentlich in allen drei Jahren.

6. Elemente der Geographie. Eine Stunde wöchentlich im dritten Jahre. Fünf Stunden über Vorbegriffe; sechs über Europa im allgemeinen; fünf über die übrigen Erdteile; 24 über die Geographie von Frankreich; wenigstens sechs von den letztern Stunden behandeln das betreffende Departement.

7. Geschichte. Sechs Stunden über Geschichte des Altertums bis zum Ende der römischen Republik; vier Stunden über die römische Kaiserzeit bis 476; dann Geschichte Frankreichs in 31 Stunden.

8. Physik, Chemie und Naturgeschichte in ihren Anwendungen im täglichen Leben. 33 Stunden.

9. Landwirtschaft im allgemeinen und Gartenbau.

10. Messkunst und Nivellieren.

11. Zeichnen. Im zweiten Jahr Linearzeichnen; im dritten Jahr Reliefzeichnen. Die Grundzüge der Perspektive.

In den drei letzten Fächern ist die auf dieselben zu verwendende Unterrichtszeit nicht angegeben. Der Gesang, welcher erst durch Erlaß vom 30. Januar 1865 für das Seminar als obligatorisch erklärt wurde, ist in dem Lehrplan nicht erwähnt. Zur Erlernung der fakultativen Lehrgegenstände von Nr. 6 an wurden nur die befähigten Seminaristen auf den Bericht der Aufsichtskommission hin vom Departementsschulrat im dritten Jahr zugelassen. Der Religionsunterricht wird durch den Almosenier der Anstalt unter der Kontrolle des Diözesanbischofs erteilt, er gehört in den Lehrplan und steht, wie 1833 und auch 1867, als das wichtigste Unterrichtsfach an der Spitze desselben. Für denselben sind zwei wöchentliche Lehrstunden in allen drei Jahren bestimmt.

In den letzten zwei Jahren wurden die Seminaristen in der mit der Anstalt verbundenen Uebungsschule praktisch angeleitet. Der Lehrer der Uebungsschule erstattet monatlich über jeden Zögling dem Direktor der Anstalt Bericht unter besonderer Angabe der pädagogischen Befähigung desselben.

Die in dem Lehrplan gestellten Anforderungen für angehende Volksschullehrer können als hohe keineswegs bezeichnet werden; aber im Verhältnis zu diesen stehen die Normalkurse, sowie der Ersatz, welchen das Gesetz von 1850 durch die Stagiärschulen geschaffen, bedeutend tiefer. Die Normalkurse waren mit den Vorschulen höherer Lehranstalten oder mit freien Schulen verbunden; hier wurden auf Kosten des Departements eine Anzahl Freischüler unterhalten und in besonderen Lehrstunden und nach

dem für die Seminare vorgeschriebenen Lehrgang zum Lehrstande vorbereitet. Die Zöglinge waren verpflichtet, drei Jahre in diesen Kursen zu verbleiben, über welche eine staatliche Beaufsichtigung fast gar nicht stattfand. Allein diese Berufsbildung war noch immer eine bei weitem bessere als die Vorbereitung in den Stagiärschulen. In den letztern wurden die Aspiranten unter Leitung eines Volksschullehrers praktisch ausgebildet. Die Schulen, welche diese Berechtigung hatten, wurden jährlich vom Departementsschulrat unter Vorbehalt jederzeitigen Widerrufs bezeichnet. Die Schulamtsaspiranten, welche dort in den obligatorischen Lehrgegenständen Unterricht erteilten und unter der Kontrolle der Volksschulinspektoren standen, konnten nach mindestens dreijährigem Aufenthalt sich das Zeugnis praktischer Ausbildung (*certificat de stage*) erwerben, welches das Prüfungszeugnis ersetzte. Jedoch nur zwei Departements machten von dem ihnen zustehenden Rechte dauernden Gebrauch; die Mehrzahl derselben kehrte bald wieder zur bessern Einsicht zurück und behielt die Seminare bei.

Für letztere interessierte sich die Regierung umsomehr, als sie in dem Einflusse derselben auf die zukünftigen Lehrer und in dem Einflusse der letztern auf die Bevölkerung eine wesentliche Handhabe zur Befestigung der Dynastie zu besitzen glaubte. Die ministerielle Instruktion vom 31. Oktober 1854 führt eine ganz andere Sprache als das Gesetz von 1850, sie nennt die Seminare eine unbedingt notwendige Garantie für die gute Ausbildung der Lehrer; die Vorurteile, welche man gegen diese Anstalten gehegt, könnten jetzt doch nicht mehr als begründete bezeichnet werden, umsoweniger als das neue Reglement die Leistungen derselben bedeutend gehoben habe. Auch habe die einfache und für die Ausbildung so einflußvolle Organisation der Seminare einen unendlichen Vorzug vor jeder andern Erziehung. Der Minister verspricht denselben die volle Unterstützung des Staates.

Durch das Dekret vom 7. August 1861 war das Lehrpersonal an den Seminaren derart vermehrt worden, daß von nun an ein dritter Lehrer neben dem Direktor angestellt werden sollte. Im Jahre 1863 gab es 76 Lehrerseminare, 7 Normalkurse und 24 Stagiärschulen; in den Lehrerseminaren wurden in diesem Jahre 3155, in den Normalkursen 133 und in den Stagiärschulen 71 Kandidaten ausgebildet; ferner gab es an Vorbereitungsanstalten für Lehrerinnen 11 Seminare und 53 Normalkurse. Die letztern Seminare, von denen drei unter weltlicher, acht unter Leitung von Ordensschwestern standen, wurden von 393 Schulamtsaspirantinnen besucht, während die Frequenz der Normalkurse zusammen 808 betrug. Von diesen waren acht mit weltlichen Schulen verbunden, während 45 in Verbindung mit religiösen Häusern standen. Das Gesamtlehrpersonal der Anstalten

für Lehrer umfaßte 83 Direktoren, 87 Anstaltsgeistliche, 308 Hilfslehrer und 135 externe Professoren; für Lehrerinnen 64 Vorsteherinnen, 41 Anstaltsgeistliche, 185 Hilfslehrerinnen und 47 externe Professoren.

§. 5.

Die Reformen des Unterrichtsministers Duruy.

Während des letzten Zeitraumes hatte sich vieles ereignet, was dazu angethan war, die Volksschulfrage mehr als je zu nationaler Bedeutung zu erheben. Eugen Rendu, General-Inspektor des Volksschulunterrichts, war von der Regierung nach Norddeutschland geschickt worden, um die dortigen Volksschulverhältnisse kennen zu lernen; sein Buch über die Volksbildung in Norddeutschland,¹⁾ seine Vorschläge über die Verbesserung des französischen Volksschul- und Seminarwesens waren nicht unbeachtet geblieben; die Schrift Roberts über die Unwissenheit der arbeitenden und ländlichen Bevölkerung Frankreichs,²⁾ sowie die über die Wohnungsnot der französischen Volksschullehrer³⁾ auf Grund beglaubigter Dokumente verfehlten nicht den tiefsten Eindruck hervorzurufen; vor allem aber waren das berühmte Buch von Jules Simon „Die Schule“⁴⁾ sowie die Denkschrift des Ministers des öffentlichen Unterrichts Duruy über den Zustand des Volksschulwesens in Frankreich,⁵⁾ welche als Beweis der Notwendigkeit von Reformen und zugleich als Grundlage zu denselben dienen sollte, auf die öffentliche Meinung von unberechenbarer Wirkung.⁶⁾ Wenn auch des vortrefflichen Unterrichtsministers Hauptpläne, der obligatorische unentgeltliche Schulbesuch, an des Kaisers persönlichem Willen scheiterten, so zeichnet sich doch seine Verwaltung durch bedeutende Reformen aus, auch auf dem Gebiete des Seminarwesens.

Am Tage vor der Schlacht bei Königgrätz erschien ein Dekret und die dasselbe erläuternden Ausführungsbestimmungen betreffs Reorganisation der Seminare. Die Unterrichtsgegenstände, welche in dem Dekret vom 24. März 1851 resp. dem Reglement

1) Rendu, de l'éducation populaire dans l'Allemagne du Nord. Paris 1855. — 2) Robert, L'ignorance des populations ouvrières et rurales de la France et des causes qui tendent à la perpétuer. Montbéliard et Paris 1864. — 3) Robert, Ch. Plaintes et vœux présentés par les instituteurs publics en 1861 sur la situation des maisons d'écoles, du mobilier et du matériel classiques. Paris 1864. — 4) Jules Simon, l'école. Paris 1864. — 5) Statistique de l'instruction primaire pour l'année 1863. Situation au 1 Janvier 1864. Paris 1865. — 6) Cfr. Zeitschrift des Königlich Preussischen Statistischen Büreaus. Jahrgang 1865, p. 134 — 155. Für die Verhältnisse dieser Zeit findet sich dort ein reichhaltiges Quellenmaterial aufgezeichnet.

vom 31. Juli desselben Jahres vorgeschrieben waren, wurden beibehalten; als neue kamen hinzu die Geometrie, die Buchführung und das Turnen; ferner Kenntniss der Gemeindeverwaltung und Führung der Civilstandsregister. In der Ausführungsinstruktion betont der Minister, daß im dritten Jahreskursus als neuer Unterrichtsgegenstand die Schulkunde eingeführt werden solle. Die Direktoren der einzelnen Seminare sollen einen Lehrplan dazu entwerfen und durch die Rektoren dem Minister übersenden, damit daraus wo möglich ein einheitliches Programm für sämtliche Anstalten entworfen werden könne. Im übrigen kann das Reglement vom 31. Juli 1851, welches als Basis des Unterrichts bleibt, an den einzelnen Anstalten nach Bedürfnis erweitert werden. Die Anzahl der Lehrgegenstände beträgt also fünfzehn: ¹⁾ Religion, Pädagogik (auf letztere wird nur im dritten Jahre eine Unterrichtsstunde wöchentlich verwendet), Schreiben, Lesen, Französische Sprache, Rechnen und Buchführung, Elemente der Geometrie, Feldmefskunst und Nivellieren, Zeichnen, Geschichte und Geographie (jetzt drei Stunden wöchentlich in allen drei Jahren), Gesang und Orgelspiel, die im täglichen Gebrauch anwendbaren Begriffe von Physik, Chemie und Naturgeschichte; Feld- und Gartenbau, sowie elementare Unterweisungen über den Gewerbeleis, Gesundheitslehre, Führung der Civilstandsregister und Gemeindeverwaltung (letzere zwei Fächer je eine Stunde im dritten Jahr), Turnen. Außer dem Turnen, welches in die Erholungszeit fällt, hat der erste Jahreskursus 33, der zweite und dritte 32 wöchentliche Lehrstunden. Die fakultativen Lehrgegenstände sind auf alle Jahre verteilt, fallen jedoch größtenteils in das zweite und dritte Jahr. Die einzelnen Jahreskurse müssen getrennt sein; gemeinsamer Unterricht ist nur im Gesang, Schreiben, Zeichnen, Turnen und Gartenbau gestattet. ²⁾ Die Lehrgegenstände sind für alle Seminaristen gleichmäfsig, nur hat die Aufsichtskommission das Recht, diejenigen Zöglinge, welche im dritten Kursus sind, von einem oder mehrern fakultativen Fächern zu dispensieren. ³⁾

Die Lehrer an der Übungsschule werden den Seminarlehrern in jeder Beziehung gleichgestellt, auch sind sie verpflichtet, von jetzt ab an der Beaufsichtigung der Seminaristen teilzunehmen. ⁴⁾ Die Zahl der Seminarlehrer, welche sämtlich ohne Genehmigung des Rektors der Akademie nicht auferhalb der Anstalt wohnen dürfen, ⁵⁾ wird nicht beschränkt; um denselben jedoch das beschwerliche Amt der Aufsicht zu erleichtern, ist es gestattet, daß zur Führung der Aufsicht solche Zöglinge des dritten Jahres zugelassen werden können, welche vom Direktor als die würdigsten bezeichnet werden. ⁶⁾

1) Art. 1 des Dekrets vom 2. Juli 1866. — 2) Art. 3. — 3) Art. 4. — 4) Art. 5. — 5) Art. 7. — 6) Art. 8.

Die Aufsichtskommission wird nicht mehr vom Minister, sondern vom Rektor der Akademie auf drei Jahre ernannt und besteht aus fünf Mitgliedern;¹⁾ der Direktor hat in derselben nur noch beratende Stimme, jedoch ist ihm das Recht eingeräumt, die Liste der Bücher aufzustellen, welche den Seminaristen in die Hände zu geben sind,²⁾ deren endgültige Genehmigung dem Rektor der Akademie zusteht.

Während das Dekret von 1851 die Ferien auf 14 Tage beschränkte, dagegen dem Direktor und den Seminarlehrern das Recht gab, jährlich einen Urlaub von 4 Wochen vom Rektor der Akademie zu nehmen, wurden sie jetzt auf 6 Wochen ausgedehnt und jede Beurlaubung des Lehrpersonals außer in Dringlichkeitsfällen untersagt.³⁾ Die Disziplinalgewalt über die Seminaristen ist bei leichtern Vergehen dem Direktor resp. der Aufsichtskommission übertragen; die Ausschließung eines Seminaristen kann jedoch nur der Präfekt aussprechen nach dem Gutachten des Direktors und nach Anhörung der Aufsichtskommission. In den Fällen, wo zwei Departements ein gemeinsames Seminar haben, übt der Rektor der Akademie die Disziplinalgewalt aus.⁴⁾

Ferner wurde die Frage wegen der Aufnahme geregelt. Das Gesetz vom 28. Juni 1833 hatte das Alter, in welchem die Aspiranten das Befähigungszeugnis erlangen konnten, auf 18 Jahre festgesetzt, das Zulassungsalter zum Lehrerseminar auf 16 Jahre. Seit der Inkrafttretung des Gesetzes vom 15. März 1850 wurde vor dem zurückgelegten 18. Lebensjahre niemand zur Aufnahme in das Seminar zugelassen, während die Bestimmungen über die Bewerbung um das Befähigungszeugnis nicht verändert wurden. Dadurch war ein Zustand geschaffen, wodurch derjenige, welcher den bessern Bildungsgang durch das Seminar genommen, eigentlich gestraft wurde, indem seine Altersgenossen ohne Seminarbildung in demselben Alter zur Befähigungsprüfung zugelassen wurden, in welchem ihm erst der Eintritt in das Seminar gestattet war. Durch das Dekret vom 2. Juli 1866 ist dieser lang gefühlte Uebelstand beseitigt worden, indem es bestimmte,⁵⁾ daß der Kandidat bei der Aufnahme in das Seminar das 16. Jahr am 1. Januar des Prüfungsjahres zurückgelegt haben müsse. Durch das ministerielle Cirkular vom 19. Mai 1868 wurde dies noch dahin erweitert, daß alle Kandidaten zugelassen werden konnten, welche bis zum 1. Oktober des Jahres, in welchem sie sich zur Aufnahme meldeten, das Alter von 16 Jahren erreichten.

Infolge Art. 17 des Dekrets vom 24. März 1851 war auch die Aufnahmeprüfung beseitigt und an deren Stelle eine Enquête durch die Volksschulinspektoren gesetzt worden, welche die fähigsten Aspiranten aus jedem Arrondissement zur Aufnahme in

1) Art. 9. — 2) Art. 6. — 3) Art. 19. — 4) Art. 21. — 5) Art. 14.

Vorschlag bringen sollten. Auf Grund der Berichte der Volksschulinspektoren wurde dann von der Aufsichtskommission die Zulassungsliste aufgestellt. Dafs bei der Zulassung zur Aufnahme auch die „Gesinnung“ der Kandidaten ein Maßstab für ihre Befähigung war, ist bei der Politik des zweiten Kaiserreichs eigentlich selbstverständlich; die Instruktion vom 31. Oktober 1854 verhüllt auch die Absichten der Regierung keineswegs: „Allerdings“, so heifst es, „soll auf die Fähigkeit und auf den Beruf der Kandidaten gesehen werden, aber die Präfekten dürfen nicht vergessen, dafs der Lehrer dazu berufen ist, nicht nur die weisen Grundsätze des Unterrichts und der Erziehung in Anwendung zu bringen, sondern auch die Gefühle der Hingebung an die Einrichtungen zu pflegen, welche Frankreich sich gegeben hat, sowie die Treue gegen die Person des Kaisers zu fördern.“ Durch diese Art der Rekrutierung der Seminare konnte leicht der Fall eintreten, dafs die fähigsten Aspiranten des einen Arrondissements oft vielleicht kaum mit den in letzter Linie vorgeschlagenen Aspiranten eines andern Arrondissements gleichstanden. Obgleich durch den Erlafs vom 2. Februar 1855 eingeschärft wurde, dafs der Departementsschulrat sich über die wissenschaftliche Befähigung der Aspiranten ein Urteil verschaffen sollte, so war dies doch ohne formelle Prüfung recht schwer, und die Fälle sind nicht grade selten, in welchen absolut unfähige Seminaristen nach Ablauf des ersten Jahres aus dem Seminar entlassen werden mußten. Auch dieser Ungleichheit wurde durch das Dekret vom 2. Juli 1866 abgeholfen, indem die Volksschulinspektoren nur noch über die Führung der Aspiranten ihres Bezirks Bericht erstatten, die Aufsichtskommissionen die Aufnahmelisten feststellen, dagegen die Aufnahme selbst nach einem Examen am Hauptorte des Departements ausgesprochen werden soll. Die Prüfungskommission, zu welcher der Direktor der Anstalt gehören muß, wird vom Rektor der Akademie ernannt.¹⁾

Nach dem Ministerial-Erlafs vom 31. Dezember 1867 zerfällt das Examen zur Aufnahme in eine schriftliche und mündliche Prüfung. Die schriftliche Prüfung besteht in der Anfertigung von Probeschriften in den verschiedenen Schriftarten, wobei nicht nur fließende, sondern regelmässige, feste Handschrift verlangt wird; in einem orthographischen Diktat, einer Erzählung, entweder aus der Bibel oder aus der französischen Geschichte entnommen, und in der Lösung einer oder mehrerer Rechenauf-

1) Art. 15. Vergl. über die Reform des Volksschul- resp. Seminarwesens von 1866: Die Volksschule und die Schullehrerbildung in Frankreich. Dargestellt und mit den entsprechenden Verhältnissen des preussischen Schulwesens verglichen von Dr. K. Schneider, Königlicher Waisenhaus- und Seminardirektor in Bunzlau. Bielefeld und Leipzig 1867.

gaben. In der mündlichen Prüfung kommen vor: Katechismus, biblische Geschichte, die sonntäglichen Evangelien, Lesen, Wort-, Satz- und Sinnerklärung, Lesen des Lateinischen und von Handschriften, die Elemente der französischen Sprache: die Formenlehre, die Hauptregeln der Syntax, Erklärung eines Abschnittes, Anwendung der vier Species in ganzen Zahlen und Dezimalbrüchen, Kopfrechnen, die Hauptfragen über die Theorie der vier Species, das metrische System, Abriss der Geschichte und Geographie Frankreichs.

Wer die schriftlichen Prüfungen nicht besteht, wird von den mündlichen ausgeschlossen; diejenigen Kandidaten, welche die Prüfung bestanden haben, werden nach den Leistungen geordnet auf die Aufnahmeliste gesetzt. Auf Grund der letztern spricht der Präfekt die definitive Aufnahme ins Seminar aus. Für die Aufnahme in die Lehrerinnenseminare ist dasselbe Examen erforderlich; nur müssen die Aspirantinnen sich noch einer Prüfung in weiblichen Handarbeiten unterwerfen.¹⁾

Nach diesen Bestimmungen wurde bis in die neueste Zeit verfahren.

Der Krieg von 1870/71 mit seinem für Frankreich so verhängnisvollen Ausgang öffnete den einsichtigen Franzosen die Augen. „Wir müssen“, so hatte Michel Bréal in seinem oben angeführten Werke²⁾ seinen Landsleuten zugerufen, „uns unsere Gegner zum Muster nehmen. Friedrich Wilhelm III. von Preußen hat am 10. August 1807 gesagt: Das Land muß an geistiger Kraft wiedergewinnen, was es an physischer verloren hat.“ So war denn auch in Frankreich die Begeisterung für die Hebung des Volksschulunterrichts allgemein; schon die Kammerverhandlungen des Jahres 1871 zeigen den stürmischen Drang nach den allseitigsten Reformen auf dem Gebiete der Schule. Es kann nicht unsere Aufgabe sein, die vielen Verhandlungen während des verflossenen Jahrzehnts, die vielen Entwürfe und Vorschläge betreffs der Schulreorganisation, sowie die Stellung der politischen Parteien zu den einzelnen Fragen zu verfolgen; die Einsichtigen waren sich darüber klar, daß das Volksschulwesen noch an sehr vielem krankte; bezüglich der Heranbildung des Lehrpersonals beantwortete man die Notwendigkeit der Reformen dahin, daß viel zu wenig Bildungsstätten vorhanden und daß die vorhandenen einer gründlichen Reorganisation zu unterwerfen seien.

Als Beweis, wie schlecht es noch mit der Besetzung der Direktor- und Lehrerstellen an den Seminaren bis in die neueste Zeit bestellt war, mag M. Bréal angeführt werden: „Das Personal an den Seminaren ist durch den Zufall bunt zusammengeworfen;

1) Betreffs der Beurteilung der Prüfungen cfr. p. 95 Anm. 2. —
2) L. c. p. 2.

zum Teil besteht es aus Professoren von Gymnasien, die allzu geneigt sind, diese Beschäftigung als ganz nebensächlich zu betrachten, zum Teil aus alten Elementarlehrern, zum Teil endlich aus Schülern, welche den Unterricht so eben verlassen haben oder noch daran teilnehmen. Anstatt einen Mann von bedeutenden wissenschaftlichen Kenntnissen und pädagogischer Erfahrung zum Direktor zu ernennen, wählt man dazu einen Elementarlehrer, weil man es für eine Zurücksetzung oder Kränkung halten würde, den bisherigen Professor einer höhern Lehranstalt zum Direktor eines Seminars zu machen. Ein so tiefer Abgrund trennt die Seminare von den Gymnasien. In Deutschland ist das Umgekehrte der Fall.“¹⁾

Zur Zeit, als das Gesetz betreffs der Gründung neuer Seminare vorlag, besaßen 78 Departements Seminare für Lehrer, drei Departements hatten Normalkurse und nur sechs entbehrten eigener Bildungsanstalten; die Fürsorge für die Bildung der Lehrerinnen²⁾ hatte eine bei weitem grössere Aufgabe vor sich: denn nur 19 Departements hatten Lehrerinnenseminare, während in 62 Normalkurse waren und in den übrigen jegliche Anstalt fehlte. Das Gesetz vom 9. August 1879 brachte Ordnung in die mangelhaften Verhältnisse. Es bestimmte,³⁾ daß jedes Departement ein Seminar für Lehrer und eins für Lehrerinnen haben müsse; diese Anstalten sollen in einem Zeitraume von vier Jahren von Verkündung des Gesetzes an überall eingerichtet sein. Durch Dekret des Präsidenten der Republik können auf das entsprechende Gutachten des Ober-Unterrichtsrats⁴⁾ hin zwei Departements ermächtigt werden, sich zur Gründung des einen oder andern Seminars oder auch beider zu vereinigen. Letzteres soll jedoch nur in ganz ausnahmsweisen Fällen geschehen, um die möglichst schnelle Ausführung des Gesetzes auch in den ärmsten Departements zu erleichtern. Das Gesetz forderte die Gründung von mehr als 70 Seminaren; mit welchem Eifer man ans Werk ging, zeigt der Umstand, daß der Unterrichtsminister die Gründung von 67 neuen Seminaren in der Zeit von der Publikation des Gesetzes bis zu Anfang des Jahres 1883 konstatieren konnte.

1) L. c. p. 141. — 2) Ueber die Bildung der Lehrerinnen cfr. u. a.: *Mémoire sur l'enseignement secondaire de filles, présenté au Conseil académique de Paris dans la séance du 27 Juin 1882 par M. Gréard, membre de l'Institut, vice-recteur de l'Académie*, abgedruckt *Bullet.* 521 p. 533 ff. — 3) Art. 1. — 4) *Conseil supérieur de l'instruction publique*. Dieser Ober-Unterrichtsrat ist durch das Dekret von 1808 zugleich mit Gründung der Universität eingesetzt worden. Er ist je nach der politischen Lage häufiger reorganisiert worden, zuletzt durch Gesetz vom 27. Februar 1880 (*Bulletin* 450 p. 247 ff.), die Mitglieder (50) werden teils ernannt, teils gewählt. In ihm sind Vertreter aller Schulen; über alle wichtigen Schulangelegenheiten wird er befragt und bildet zugleich für die gesamte Lehrerschaft den höchsten Disziplinarhof.

Auch die innere Organisation der Seminare wurde in Uebereinstimmung mit der Reform des gesamten Schulwesens vorgenommen.

Das Dekret vom 29. Juli 1881 ist ein Wendepunkt in der Geschichte des Seminarwesens. Indem es bestimmte, daß die Seminare eigentliche Anstalten des Staates sind, stellt es dieselben unter eine einzige Autorität, den Rektor der Akademie; weder der Präfekt, noch die Generalräte, noch die Aufsichtskommission haben von jetzt an Einfluß auf das innere Seminarwesen. Aufsicht über Lehrgang, Methode und Disziplin ist allein den Beamten der Universität anvertraut.

§. 6.

Die Befähigungszeugnisse seit 1833.

Bevor wir den Standpunkt der jetzt geltenden Gesetzgebung näher erörtern, betrachten wir noch die geschichtliche Entwicklung betreffs der Befähigungszeugnisse seit dem Gesetz von 1833.

Art. 4 des Gesetzes vom 28. Juni 1833 besagt, daß jeder, welcher das 18. Jahr zurückgelegt hat, das Amt eines Volksschullehrers bekleiden und jede Art von Volksschulanstalt leiten kann, ohne eine andere Bedingung als die, bei dem Maire des Ortes, in welchem er die Schule halten will, folgende Dokumente niederzulegen:

- a. ein Zeugnis der Lehrbefähigung, welches erworben ist auf Grund einer für die Stufe der zu stiftenden Schule bestandenen Prüfung;
- b. ein Sittenzeugnis, welches unter Gewährleistung dreier Gemeinderatsmitglieder vom Maire der Gemeinde oder Gemeinden ausgestellt wird, in welchen er sich während der letzten drei Jahre aufgehalten hat. Das Zeugnis soll die Würdigkeit des betreffenden dokumentieren, ein Schulamt zu bekleiden.

Dieselben Vorschriften gelten für die Lehrer an freien wie an öffentlichen Schulen. Das Reglement vom 19. Juli 1833 bestimmt die Form und die Bedingungen des obigen Examens, auf Grund dessen dem Kandidaten die Befähigung für den niedern oder höhern Volksschulunterricht zuerkannt werden soll, eine Bestimmung, welche auch die Mitglieder geistlicher Orden traf, die bis 1831 von der Ablegung eines Examens befreit waren. In der Hauptstadt eines jeden Departements war eine Prüfungskommission für den Volksschulunterricht eingesetzt, und zwar stets auf drei Jahre; dieselbe zählte sieben Mitglieder, worunter drei Fachmänner sein mußten, und trat jährlich zweimal zusammen; ebenfalls wurde durch die königliche Ordonnanz vom 23. Juni 1836 eine Prüfungskommission für Lehrerinnen in jedem Departe-

ment angeordnet. Die an die Kandidaten gestellten Anforderungen waren sehr mäßig: sie erstreckten sich auf Katechismus, biblische Geschichte, Lesen von französischer und lateinischer Schrift und von Handschriften; Schreiben in runder und Kursivschrift in großen und kleinen Buchstaben; ferner auf Methode des Unterrichts im Lesen und Schreiben; Grammatik, Orthographie, Zahlenschreiben, die vier Rechnungsarten mit ganzen Zahlen und Dezimalbrüchen, das gesetzliche System der Maße und Gewichte und die elementaren Kenntnisse in Geschichte und Geographie. Die Prüfungen sind öffentlich und bieten deshalb genügende Gewähr für unparteiisches Verfahren der Examinatoren; die Censuren, welche nicht für die einzelnen Fächer, sondern als Gesamtergebnis gegeben werden, sind: sehr gut, gut, ziemlich gut.

Von der allgemeinen Norm machte die Ordonnanz vom 23. Juni 1836 Art. 13 insofern eine Ausnahme, als die Mitglieder solcher religiöser weiblicher Orden, welche gesetzlich autorisiert sind und sich der Erziehung der Jugend widmen, durch den Rektor der Akademie ermächtigt werden können, auf Grund der „lettres d'obédience“ und nach Bezeichnung der betreffenden Gemeinde durch die Obern der Orden eine niedere Volksschule ohne vorheriges Examen leiten zu dürfen. Um einer höhern Volksschule vorstehen zu können, war auch für die Schulschwestern ein Befähigungszeugnis auf Grund eines Examens erforderlich.

Dieser gesetzliche Zustand, in welchem es noch immer in den Händen der Rektoren blieb, die Schwestern im Falle des Zweifels an ihrer Befähigung zurückweisen und das Examen fordern zu können, eine Berechtigung, auf welche das ministerielle Cirkular vom 5. Juni 1848 noch ausdrücklich hinwies, dauerte bis zum Erlass des Gesetzes vom 15. März 1850.

Gleichwie dieses Gesetz dazu angethan war, die Seminare auf den Aussterbe-Etat zu setzen und sie überflüssig zu machen, so waren auch die Bestimmungen desselben über das Befähigungszeugnis nichts anderes als eine Bevorzugung der geistlichen Orden auf Kosten der weltlichen Lehrer. Der Art. 25 bestimmt, daß jeder Franzose, welcher das 21. Jahr zurückgelegt hat, in ganz Frankreich die Funktionen eines Volksschullehrers ausüben kann sowohl in öffentlichen als in freien Schulen, wenn er ein Befähigungszeugnis besitzt. Aber das Gesetz hat vier Ausnahmen geschaffen. Nach Art. 25, 34, 47, 49 und 50 kann das Befähigungszeugnis ersetzt werden:

1. durch ein „certificat de stage“, ein Zeugnis, welches der Departementsschulrat ausstellt und wodurch dokumentiert ist, daß der Inhaber desselben wenigstens drei Jahre in den obligatorischen Lehrgegenständen an öffentlichen Schulen oder an solchen freien Schulen unterrichtet hat, welche Aspiranten zu diesem Zwecke aufzunehmen

berechtigt sind.¹⁾ Das Zeugnis wurde erteilt auf Grund des Zeugnisses des Vorstehers der betreffenden Schule über die Lehrbefähigung und das Betragen des Kandidaten, sowie des Gutachtens des betreffenden Volksschulinspektors, unter dessen spezielle Beaufsichtigung die Kandidaten gestellt waren. Dafs derartige Zeugnisse sehr selten ausgestellt wurden, ist bereits bemerkt worden;

2. durch ein Abgangszeugnis von einem Staats- oder Kommunalgymnasium, durch den Titel eines Dieners einer vom Staat anerkannten kirchlichen Gemeinschaft, oder ein Aufnahmezeugnis in eine der staatlichen Spezialschulen (die höhere Normalschule, die polytechnische Schule, die Militärschule von St. Cyr, die Forstschule, die Marineschule etc.);

3. durch die „lettres d'obédience“ für diejenigen Lehrerinnen, welche geistlichen Orden angehören, die sich dem Unterrichte widmen und vom Staate anerkannt sind. — Insofern war also eine Aenderung eingetreten, als die Mitglieder dieser weiblichen Orden nunmehr ein formelles Recht hatten, den Obedienzbrief als Dokument für ihre Qualifikation anzusehen, und dem Rektor der Akademie nicht mehr das Recht zustand, dieselben beim Zweifel an ihrer Befähigung auf die Ablegung des Examens zu verweisen. Für die Entwicklung des Volksschulwesens, besonders aber der Mädchenschulen, war dies die wichtigste Bestimmung des Gesetzes;

4. die Hülfslehrer und Hülfslehrerinnen sind den durch Art. 25 getroffenen Vorschriften nicht unterworfen, d. h. sie brauchen überhaupt kein Befähigungszeugnis.

Es war ein Unrecht den weltlichen Lehrerinnen gegenüber, von letztern ein Befähigungszeugnis zu fordern, von den Mitgliedern der Kongregationen dagegen nicht, da der Obedienzbrief dem Staate in keiner Weise die Garantie genügender Ausbildung und pädagogischer Befähigung zu geben vermochte. Es war ein Bruch des Prinzips der Freiheit des Unterrichts, indem es die Befähigung und Berechtigung zum Unterrichten an so ungleiche Bedingungen knüpfte.²⁾ Der Entwurf zu dem Gesetze hatte

1) Cfr. oben p. 20. — 2) Wie schnell sich die Schwestern an den Mädchenschulen mehrten, zeigen folgende Angaben:

1843	standen	3800	Kommunalschulen	unter	Leitung	der	Schwestern,
1877	„	9900	„	„	„	„	„
1843	„	2700	freie Schulen	„	„	„	„
1877	„	5800	„	„	„	„	„
1847	unterrichteten	an	den	Schulen	11 000	Schwestern,	
1877	„	„	„	„	37 000	„	
1879	„	„	„	„	39 400	„	

wenigstens eine bei weitem gerechtere Anforderung gestellt, indem er die Bestimmung enthielt, daß die Lehrer und Lehrerinnen an freien Schulen sämtlich von der Beibringung des Befähigungszeugnisses entbunden sein sollten.

Das einfache Befähigungszeugnis (*brevet de capacité et brevet simple*) wurde nach einem Examen in den im Abschnitt I des Art. 23 des Gesetzes vom 15. März 1850 als obligatorisch bezeichneten Fächern ausgestellt: in Religion, Sittenlehre, Lesen, Schreiben, den Elementen der französischen Sprache, Rechnen und dem gesetzlichen System der Masse und Gewichte. Zu diesen Fächern wurden noch durch Art. 16 des Gesetzes vom 10. April 1867 die Elemente der Geschichte und Geographie Frankreichs hinzugefügt. Das auf Grund der Prüfung in diesen Fächern erlangte Befähigungszeugnis, auch „*brevet obligatoire*“ genannt, berechnete zur Qualifikation als Lehrer und konnte nach vollendetem 18. Lebensjahre erworben werden.¹⁾ Für die Aspirantinnen wurde das Zulassungsalter zum Examen durch das Dekret vom 2. Mai 1870 Art. 1 auf das vollendete 16. Lebensjahr herabgesetzt, während bis dahin auch für sie die Vollendung des 18. Lebensjahres erforderlich war.

Neben diesem Zeugnis wurde noch das fakultative Befähigungszeugnis (*brevet facultatif*) und das volle Befähigungszeugnis (*brevet complet*) erteilt. Es sind Erweiterungen des *brevet simple* insofern, als die Befähigung zum Unterrichten in einem oder mehreren, oder aber in allen, Abschnitt II Art. 23 des Gesetzes vom 15. März 1850 enthaltenen, resp. Art. 9 des Gesetzes vom 21. Juni 1865 zugesetzten Lehrfächern ausgesprochen wird. Die fakultativen Fächer wurden in vier Gruppen eingeteilt:

a. für die schriftliche Prüfung:

1. Zahlen- und Raumlehre, in praktischen Beispielen angewandt; Linear- und Ornamentzeichnen,
2. Geschichte und Geographie,
3. Zeichnen nach Originalen,
4. lebende Sprachen;

b. für die mündliche Prüfung:

1. Zahlen- und Raumlehre, in praktischen Beispielen angewandt; Buchführung, Elemente der Geometrie, des Feldmessens und Nivellierens; Linear- und Ornamentzeichnen und Gesang,

Von den 37216 Schwestern im Jahre 1877 hatten Examen gemacht 5733, also 15%; von den 21776 weltlichen Lehrerinnen 19325, also 88%. Vgl. hierzu: Die religiösen Orden und Kongregationen der katholischen Kirche in den wichtigsten Ländern Europas. Von A. Schwietzke, Zeitschrift des Königlich Preussischen Statistischen Büreaus. Jahrgang 1875. Heft 1, p. 51 ff.

1) Cfr. p. 24.

2. Geschichte und Geographie,¹⁾ Physik und Naturgeschichte in ihren Anwendungen auf das tägliche Leben, die Grundbegriffe des Ackerbaues, des Gewerbefleißes, der Gesundheitslehre und Turnen,
3. Zeichnen nach Originalen,
4. lebende Sprachen.

Durch den Ministerial-Erlaß vom 22. Dezember 1875 wurde die Prüfung in lebenden Sprachen für die Erteilung eines vollen Befähigungszeugnisses nachgelassen. Den Kandidaten stand es frei, sich für die Prüfung in der einen oder andern Gruppe, auch in mehreren zugleich zu melden, sie konnten sich so oft einer Prüfung resp. Nachprüfung unterziehen, als Gruppen vorhanden sind, jedoch durften die Examinatoren in spätern Prüfungen auf die Gegenstände, in welchem der Examinand früher als befähigt erklärt worden war, nicht mehr zurückgreifen. Wer in der einen oder andern Gruppe bestand, erhielt das „brevet facultatif“, wer in allen bestand, gelangte in den Besitz des „brevet complet“, mit welchem nach Art. 3 des Gesetzes vom 19. Juli 1875 eine Gehaltszulage verbunden ist. Diejenigen Lehrer oder Unterlehrer, welche auf Grund anderweitiger Zeugnisse, die das „brevet simple“ nach den gesetzlichen Bestimmungen ersetzen, angestellt waren, konnten ebenfalls ihre Zeugnisse ergänzen. Der Ministerial-Erlaß vom 15. Januar 1877 giebt für die einzelnen Fälle die Ergänzungsfächer an, in welchen die Inhaber von Ersatzzeugnissen eine Nachprüfung zu bestehen haben, um in den Besitz des vollen Befähigungszeugnisses zu gelangen; diejenigen Lehrer, welche auf Grund des „certificat de stage“ ein Lehramt bekleideten, ebenfalls die Diener der staatlich anerkannten Konfessionen mußten zur Erlangung des „brevet complet“ die Prüfung in sämtlichen Lehrfächern der drei zuerst genannten Gruppen nachmachen.

Die Prüfungen der Lehrerinnen, welche nicht mehr öffentlich sind,²⁾ gestalten sich einfacher. Wenn sie die Prüfung in den obligatorischen Lehrgegenständen bestehen, erhalten sie ein Zeugnis zweiter Klasse (brevet de deuxième ordre). Für sie kommt jedoch die Prüfung in weiblicher Handarbeit noch hinzu; wer in derselben nicht genügte, wurde vom Examen ausgeschlossen. Die fakultativen Fächer, welche von den Lehrerinnen behufs Erlangung eines Befähigungszeugnisses ersten Grades verlangt werden, sind: Angewandtes Rechnen, die Elemente der Geschichte und Geographie, Physik und Naturwissenschaften, Gesang, Gesundheitslehre und

1) Bis 1867, von wo an diese beiden Fächer zu den obligatorischen gehörten, also auch zum Examen für das brevet simple genommen wurden. — 2) Art. 49 des Gesetzes vom 15. März 1850. Seit der Königl. Ordonnanz vom 23. Juni 1836 waren die Prüfungen für die Lehrerinnen öffentlich.

auf Wunsch der betreffenden eine lebende Sprache. Dieses Examen kann nicht auf verschiedene Gruppen verteilt werden, sondern muß in einer Sitzung abgehalten werden.¹⁾

Die Prüfungskommission, welche am Hauptort des Departements zusammentrat, wurde vom Departementsschulrat jährlich ernannt; sie bestand aus sieben Mitgliedern, unter welchen ein Volksschulinspektor, zwei Mitglieder des öffentlichen oder freien Unterrichts und ein der Konfession des Kandidaten angehöriger Geistlicher sein mußten. Die Prüfungen fanden zweimal jährlich statt, an demselben Tage und zu derselben Stunde in allen Departements des akademischen Bezirks. Der Prüfungstermin wird nach Einholung des Gutachtens des Departementsschulrats vom Rektor festgesetzt, welcher auch das nach bestimmt vorgeschriebenem Schema ausgefertigte Zeugnis vollzieht.

Die Komplikation der Form und die Leichtigkeit, welche das Gesetz vom 15. März 1850 und das Prüfungsreglement vom 3. Juli 1866 geschaffen, werden durch die Bestimmungen des Gesetzes vom 16. Juni 1881 aufgehoben. Wir gelangen damit zu den jetzt geltenden Bestimmungen, welche ein einheitliches Examen zur Erlangung der Befähigung für den Volksschuldienst schaffen, die nur in einer einzigen Prüfung erlangt werden kann; ein Ersatz des Befähigungszeugnisses für den Volksschulunterricht wird auch nicht mehr anerkannt.

2. Kapitel.

Die Organisation der Seminare.²⁾

§. 7.

Allgemeines.

Nach dem Dekret vom 29. Juli 1881,³⁾ welches die jetzt geltenden Bestimmungen über die Seminare enthält, ist die vor-

1) Die Zahl der Zeugnisse, welche ausgeteilt werden, steht durchaus in keinem Verhältnisse zu den vorhandenen Stellen. Es ist in Frankreich Sitte, daß sich sehr viele Mädchen ein Befähigungszeugnis erwerben, ohne die Absicht zu haben, in den Lehrstand einzutreten. Es bezweckt dies meistens nur eine amtliche Bescheinigung des durch die Studien erreichten Erfolges. Cfr. Gréard, l. c. p. 643 ff. —

2) Die französische Bezeichnung *école normale primaire* ist in der folgenden Abhandlung einfach mit Seminar wiedergegeben; eigentlich müßte es Elementar-Seminar oder Elementar-Musterschule übersetzt werden. Der französische Ausdruck *séminaire* bedeutet Priesterseminar.

3) Bulletin administratif du Ministère de l'instruction publique. No. 469 p. 1111 ff.

gesetzte Dienstbehörde derselben der Rektor der Akademie, die weitere Instanz der Minister des öffentlichen Unterrichts.¹⁾

Als Norm für die Seminare gilt das Internat; dasselbe ist unentgeltlich. Auf den Vorschlag des Rektors und mit Genehmigung des Ministers des öffentlichen Unterrichts können die Seminare auch Halbpensionäre und Externe aufnehmen, ebenfalls unentgeltlich und unter denselben Aufnahmebedingungen.²⁾

Auf den Vorschlag des Rektors und nach dem Gutachten des Departementsschulrats setzt der Minister alljährlich die Zahl der Zöglinge fest, welche in den ersten Kursus aufgenommen werden sollen, sowohl der Internen, als der Halbpensionäre und der Externen.³⁾

Die Dauer der Studienzeit beträgt drei Jahre.⁴⁾

Wenn der Seminarist das Befähigungszeugnis zweiten Grades⁵⁾ (*brevet élémentaire*) erlangt hat und 18 Jahre alt ist, so zählen von da ab die zwei weitem im Seminar vollbrachten Jahre mit zur Absolvierung der Verpflichtung zehnjähriger Dienstzeit im öffentlichen Unterricht (*engagement décennal*);⁶⁾ ebenfalls zählen dieselben mit für die Anrechnung zweijähriger Dienstzeit bei denjenigen Kandidaten, welche sich für das pädagogische Befähigungszeugnis melden,⁷⁾ sowie für das Avancement im Volksschuldienst überhaupt.⁸⁾

Mit jedem Seminar ist eine Volksschule verbunden, in welcher sich die Seminaristen im praktischen Unterrichten üben; ferner muß bei jedem Seminar für Lehrerinnen neben dieser Schule noch eine Kleinkinderschule sein (*école maternelle, salle d'asile*). Der Vorsteher der mit dem Seminar verbundenen Volksschule hat je nach dem Grade seines Befähigungszeugnisses den Rang eines Seminarprofessors oder eines Seminarhüfslehrers (*maître adjoint*). In keinem Falle darf er mit dem Aufsichtsdienst im Seminar beauftragt werden.⁹⁾

§. 8.

Der Unterricht in den Seminaren.

Der Unterricht in den Seminaren sowohl für Lehrer als für Lehrerinnen umfaßt folgende Unterrichtsgegenstände:

1) Art. 1. — 2) Art. 2. Nach Art. 1 des Gesetzes vom 16. Juni 1881 wird in allen das Volksschulwesen betreffenden Anstalten der Unterricht unentgeltlich erteilt und ist die bis dahin übliche Zahlung für Verpflegung in den Lehrer- und Lehrerinnenseminaren beseitigt. Cfr. Bulletin 468 p. 929 ff. — 3) Art. 3. — 4) Art. 4. — 5) Cfr. p. 86. — 6) Die frühere Bestimmung lautete dahin, daß die zehnjährige Dienstzeit im öffentlichen Unterrichte mit dem Zeitpunkt der ersten Ernennung begann. — 7) Cfr. p. 87. — 8) Art. 5. — 9) Art. 6.

1. Sittenlehre und bürgerliches Leben;
2. Lesen;
3. Schreiben;
4. Sprache und Grundriß der französischen Litteratur;
5. Geschichte und besonders die Geschichte Frankreichs bis zur Gegenwart;
6. Geographie und besonders die Geographie von Frankreich;
7. Rechnen, das metrische System; die bürgerlichen Rechnungsarten, die Begriffe des algebraischen Rechnens und Buchführung;
8. Geometrie, Feldmefskunst und Nivellieren (nur für die Seminaristen);
9. die Elemente der Physik mit ihren wichtigsten Anwendungen;
10. die Elemente der Naturwissenschaften mit ihren wichtigsten Anwendungen;
11. Landwirtschaft (für die Seminaristen); Hauswirtschaft (für die Seminaristinnen); Gartenbau;
12. Zeichnen;
13. Gesang;
14. Turnen, für die Seminaristen besonders militärische Uebungen;
15. Handfertigkeit (für die Seminaristen); weibliche Handarbeit (für die Seminaristinnen);
16. Pädagogik;
17. fakultativ das Erlernen einer oder mehrerer lebenden Sprachen.

Das Studium der Instrumentalmusik kann durch den Rektor der Akademie auf den Vorschlag des Anstaltsdirektors gestattet werden.

Der Rektor kann auch den Zöglingen gestatten, auf bestimmte Zeit in sonstigen Fächern Privatunterricht zu nehmen, sowohl in der Anstalt als auferhalb derselben.

Ein Ministerial-Erlaß bestimmt auf Grund Beschlusses des Ober-Unterrichtsrats im allgemeinen den Stundenplan, den Lehrplan der einzelnen Unterrichtsgegenstände und die für die einzelnen Fächer bestimmte Zahl der Stunden.

Die Verteilung der Unterrichtsstunden wird durch den Direktor mit Genehmigung des Rektors vorgenommen.¹⁾

§. 9.

Der Direktor der Anstalt.

Der Direktor des Seminars wird ernannt durch den Minister des öffentlichen Unterrichts in Gemäfsheit der Vorschriften des

1) Art. 7.

Dekrets vom 23. Dezember 1882.¹⁾ Das Dekret bezieht sich auf die Erlangung des Befähigungszeugnisses für das Amt der Kreisschulinspektoren, sowie der Direktoren und Direktrizen der Seminare, indem die Anforderungen für beide Kategorieen von Beamten dieselben sind.

Demnach kann niemand zum Volksschulinspektor, zum Direktor oder zur Direktrice eines Seminars ernannt werden, welcher nicht für die betreffenden Funktionen auf Grund einer besondern Prüfung als befähigt erklärt worden ist, deren Programm durch Erlaß des Ministers des öffentlichen Unterrichts auf Grund Beschlusses des Ober-Unterrichtsrats festgesetzt wird.²⁾

Zu diesem Examen können nur diejenigen Kandidaten zugelassen werden, welche nachweisen:

1. ein Alter von 25 Jahren;
2. das Befähigungszeugnis für das Professorat an Seminaren, wofern sie nicht den Titel eines Mitgliedes der Agregation oder eines Licenciaten in den Humaniora resp. in Mathematik und Naturwissenschaften besitzen oder aber das Baccalaureatszeugnis in den Humaniora und das volle Baccalaureatszeugnis in Mathematik und Naturwissenschaften beibringen. Letzteres kann ersetzt werden durch das Baccalaureat für den höhern Fachunterricht.³⁾

1) Bulletin 525, p. 754. — 2) Art. 1. — 3) Art. 2. „Soit le titre d'agrégé ou de licencié ès lettres ou ès sciences soit les diplômes de bachelier ès lettres et de bachelier ès sciences complet. Ce dernier peut être remplacé par le baccalauréat de l'enseignement secondaire spécial.“ Zum Verständnis diene folgendes: die Unterrichtsanstalten zerfallen in Frankreich in drei große Kategorieen:

1. die Anstalten für den Volksschulunterricht (l'instruction primaire);
2. die Anstalten für den mittlern oder Gymnasialunterricht (l'instruction secondaire); Staatsgymnasien: lycées; städtische Gymnasien: collèges;
3. die Anstalten für den akademischen Unterricht: die Fakultäten und die Spezialschulen (l'instruction supérieure, le haut enseignement, les hautes études).

Durch das Gesetz vom 21. Juni 1865 ist der höhere Fachunterricht, l'enseignement secondaire spécial, organisiert worden.

Man unterscheidet im höhern Unterricht überhaupt die lettres und sciences; die lettres sind die Humaniora, die sciences die Mathematik und Naturwissenschaften. Die Lyceen, welche in drei Abteilungen zerfallen: die division élémentaire, division de grammaire und division supérieure, haben in der letzten Abteilung (vier Jahreskurse) das System der Bifurkation, d. h. hier trennen sich die Gymnasial- und Realgymnasialkurse, obwohl in einzelnen Fächern die Kombinierung bleibt.

Der enseignement secondaire spécial umfasst Moral, französische Sprache, lebende Sprachen, Geschichte, Geographie, Gesetzgebung, Mathematik, Physik, Chemie, Naturgeschichte, Buchführung, Kalligraphie und Zeichnen.

Das Examen, welches beim Abschluß der instruction secondaire gemacht wird, ist das examen du baccalauréat, ähnlich unserm Abi-

Während der drei der Publikation dieses Dekretes folgenden Jahre (also bis Ende 1885) können die Seminarlehrer und Seminarlehrerinnen, welche wenigstens fünf Jahre angestellt sind, ferner die Professoren der Staats- und Kommunalgymnasien von gleichem Dienstalder durch ministerielle Entscheidung, die auf Grund Berichtes des comité consultatif¹⁾ erfolgt, davon dispensiert werden, das Befähigungszeugnis für das Professorat an Seminaren beizubringen. Dieselbe Bestimmung gilt für diejenigen Kandidaten, welche auf Grund der nach dem Dekret vom 5. Juni 1880 vorgeschriebenen Prüfung als befähigt erklärt worden sind. Das Dekret vom 24. Juli 1883²⁾ gewährt denjenigen Lehrern und Lehrerinnen dieselbe Vergünstigung, welche am 23. Dezember 1882 über 30 Lebens- und fünf Dienstjahre zählten.

Der Ministerial-Erlaß vom 23. Dezember 1882³⁾ bestimmt das Nähere über das Examen selbst. Nach Art. 1 wird jährlich vom Minister des öffentlichen Unterrichts eine Kommission ernannt, um diejenigen Kandidaten zu prüfen, welche das Befähigungszeugnis für die Verwaltung einer Kreisschulinspektion oder Seminarleitung erlangen wollen.

Diese Kommission ist zusammengesetzt aus mindestens fünf Mitgliedern, zu welchen noch zwei Direktrizen von Lehrerinnenseminaren für die Prüfung der Kandidatinnen mit beratender Stimme ernannt werden.⁴⁾

Die Kandidaten müssen sich auf dem Bureau des Inspektors der Akademie in der Zeit vom 1. bis 16. Juli einschreiben unter Angabe des Wohnsitzes und der Stellungen, welche sie in den

turientenexamen; derjenige, welcher es bestanden, heißt bachelier; das Baccalaureat, der erste Universitätsgrad, ist die Voraussetzung der Licenciatenwürde, letztere die der Doktorwürde. Jenachdem das Examen ist, kann man sich das Diplom als bachelier ès lettres, als bachelier ès sciences restreint ou complet, oder aber als bachelier ès lettres et ès sciences erwerben.

Die agrégation ist eine bestimmte Korporation im Staat; es giebt verschiedene Gattungen der Agregation, für Philosophie, Mathematik, Geschichte und Geographie, Grammatik, höhern Fachunterricht etc. Die Mitglieder sind der Zahl nach begrenzt; die Mitgliedschaft wird durch ein besonderes Examen erworben; die Prüfungen für die im Laufe des Jahres vakant gewordenen Stellen finden alljährlich statt. Das Examen ist notwendige Vorbedingung zur Erlangung einer ordentlichen Lehrerstelle (professorat) an den Lyceen und kann erst nach drei- resp. vierjähriger Dienstzeit im Sekundärunterricht abgelegt werden.

1) Das comité consultatif, bestehend aus 23 Mitgliedern, die sich aus den Generalinspektoren und sonstigen hohen Universitätsbeamten zusammensetzen und deren Vorsitzender der Minister ist, giebt in wichtigen Fragen über das Unterrichtswesen sein Gutachten ab, besonders auch über das Avancement der Beamten und Mitglieder des Unterrichtspersonals. — 2) Cfr. Bulletin 555 p. 127. — 3) Bulletin 525 p. 756 ff. — 4) Art. 2.

letzten zehn Jahren bekleidet haben; ferner sind dort die durch das Dekret vom selbigen Tage vorgeschriebenen Atteste und Zeugnisse zu deponieren.¹⁾

Das Examen findet statt im Laufe des Monats Oktober; den Beginn der Prüfung setzt der Unterrichtsminister fest.²⁾

Das Examen besteht aus schriftlichen Prüfungen; wer in denselben nicht genügt, wird vom Examen ausgeschlossen; ferner aus mündlichen und praktischen Prüfungen.³⁾

Die schriftlichen Prüfungen werden am Hauptort des Departements abgehalten unter der Aufsicht des Inspektors der Akademie oder eines durch den Rektor ernannten Bevollmächtigten, und zwar an zwei aufeinander folgenden Tagen, denselben für ganz Frankreich. Sie bestehen aus zwei Arbeiten: die eine handelt über einen Gegenstand aus der Pädagogik, die andere erstreckt sich auf die Schulverwaltung. Die Themata zu beiden Arbeiten werden durch das Ministerium übersandt; für jede derselben wird eine Frist von vier Stunden bewilligt. Die Arbeiten sind mit dem Sitzungsprotokoll durch den Inspektor der Akademie dem Minister einzuhändigen.⁴⁾

Die Kommission spricht die Zulassung zu den mündlichen und praktischen Prüfungen aus, welche in Paris stattfinden.⁵⁾

Die mündlichen Prüfungen erstrecken sich auf folgende Gegenstände:⁶⁾

I. Pädagogik: a. die physische, die intellektuelle und die moralische Erziehung; b. die Schule und ihre verschiedenen Arten; Einrichtung derselben; die Organisation der Schulen; die Unterrichtsmethoden; ihre Anwendung auf die einzelnen Teile des Lehrplans; Examina; Schulzucht; c. Geschichte der Pädagogik; die Hauptpädagogen und ihre Systeme; Inhaltsangabe der wichtigsten pädagogischen Werke.⁷⁾

1) Art. 3. — 2) Art. 4. — 3) Art. 5. — 4) Art. 6. — 5) Art. 7. —

6) Cfr. das Prüfungsprogramm vollständig, Bulletin 525 p. 757 ff. —

7) Als solche sind bezeichnet: Rabelais, Gargantua, 1. Buch, Kap. 14, 15, 21, 23 und 24; Pantagruel, 2. Buch, Kap. 5 bis 8. Montaigne, Essais, 1. Buch, Kap. 24 und 25; 2. Buch, Kap. 8 und 10; 3. Buch Kap. 8. Fénelon, De l'éducation des filles. Locke, Pensées sur l'éducation. Rollin, Traité des études, Discours préliminaire, 5. Buch, 1. Teil; Buch 6 und 7 und Anhang über die Töchtererziehung. Rousseau, Emile, die vier ersten Bücher. Condorcet, Rapport sur l'organisation de l'instruction publique. Pestalozzi, Handbuch für Mütter. Wie Gertrud ihre Kinder lehrt. Mme Necker de Saussure, L'éducation progressive. Le Père Girard, de l'enseignement de la langue maternelle. Channing (Uebers. Laboulaye), De l'éducation personnelle. Horace Mann (Uebers. Laboulaye), De l'importance de l'éducation dans une République. Guizot, Méditations et études morales (2. Teil); Dupanloup, L'Enfant. Herbert Spencer, De l'éducation intellectuelle, morale et physique.

II. Gesetzgebung und Verwaltung: Gesetze, Dekrete, Reglements und die bedeutendsten Cirkulare über das Seminarwesen, das Volksschulwesen, die freien Volksschulanstalten, das Lehrpersonal, die vorgesetzten Dienstbehörden, die Volksschulinspektoren, die Bibliotheken, die Konferenzen.

Die Prüfung besteht:

1. in der Erklärung eines Abschnittes, ausgewählt aus einem der Schriftsteller, welche vom Minister auf den Vorschlag der Kommission für das Examen des betreffenden Jahres bezeichnet sind;

2. im freien Vortrag über einen in obigem Prüfungsprogramm bezeichneten Gegenstand. Das Thema, welches durchs Los gezogen wird, ist von dem Kandidaten nach dreiviertelstündiger Klausurvorbereitung zu behandeln. Der Vortrag darf nicht länger als eine halbe Stunde dauern.¹⁾

Die praktische Prüfung besteht in der Inspektion einer Klasse des Seminars, einer höhern Volksschule, einer gewöhnlichen Volksschule oder einer Kleinkinderschule; nach der Inspektion findet Vortrag darüber statt.²⁾

Nach dem Schluß des Examens stellt die Kommission die Liste derjenigen Kandidaten auf, welche sie für würdig erachtet, die Qualifikation als Volksschulinspektor und als Seminardirektor zu erhalten. Diese Liste ist der Genehmigung des Unterrichtsministers zu unterbreiten, welcher die Zeugnisse ausstellt.³⁾

Außer der Direktion der Anstalt, soweit es die materielle Pflege und Zucht in derselben sowie die Aufsicht über den Unterricht betrifft, ist der Direktor verpflichtet, sowohl pädagogische Konferenzen zu halten, als auch den pädagogischen Unterricht und den Unterricht in Moral und bürgerlichem Leben zu erteilen.⁴⁾

Die spezielle Instruktion vom 3. August 1881⁵⁾ legt den Direktoren die Pflicht auf, darauf streng zu sehen, daß der Unterricht in allen Unterrichtsfächern unverwandt das vorgesetzte Ziel im Auge behalte; sie sollen besonders darüber wachen, daß die Lehrer die

1) Art. 8. — 2) Art. 9. — 3) Art. 10. — 4) Art. 8 des Dekrets vom 29. Juli 1881. Bisher waren durch das Cirkular vom 17. Mai 1866 sog. Schlußkonferenzen (*conférences de sortie*) in den meisten Seminaren eingerichtet. Diese Vorträge sollten im letzten Vierteljahr des dritten Jahres gehalten werden, damit „die Zöglinge die Mittel kennen lernen, eine Schule zu leiten und zu halten, eine Klasse in den verschiedenen Fällen einrichten zu können, welche sich durch Alter, Zahl und Bildungsgrad der Kinder ergeben; sie sind anzuleiten, die Charaktere zu studieren, sie sollen erfahren, wie man je nach den Umständen gegen eigensinnige, faule und ungelehrige Schüler verfährt, ihre Aufmerksamkeit soll auf die verschiedenen Arten der Belohnungen und Bestrafungen gerichtet werden; sie sollen vorbereitet werden, die Schwierigkeiten zu vermeiden, welche den Eltern und Ortsbehörden gegenüber entstehen können, kurz, sie müssen alle Pflichten genau kennen, welche sie als Lehrer und als Bürger zu erfüllen haben“. — 5) Bulletin 470 p. 1181 ff.

Schüler nicht ausschließlich für das Examen vorbereiten, sondern sich Mühe geben, den Zöglingen die für den Lehrer unumgänglich notwendige geistige und sittliche Tüchtigkeit beizubringen. Die Direktoren haben die Lehrer anzuhalten, beim Unterricht sich nicht bis in die einzelnen Details hin zu verlieren, Spitzfindigkeiten und besondere Liebhabereien zu vermeiden, welche den praktischen Charakter des Unterrichts und die rechte Vorbereitung zum Stande stören; sie sollen nachsehen, daß die Lehrer die schriftlichen Arbeiten der Zöglinge sorgfältig verbessern, und daß auf die Fragen und Wiederholungen in allen Fächern die nötige Sorgfalt verwendet werde. Den Gebrauch von Handbüchern zur Vorbereitung kurz vor dem Examen, den Mißbrauch mit Diktaten, Abschreiben und sogenannten Reinheften soll er verbieten, überhaupt alles, was den Gedächtniskram fördert auf Kosten des Verstandes; seine Sorge hat sich besonders auch darauf zu erstrecken, daß die Zöglinge sowohl in den Unterrichtsgegenständen selbst als auch in der Uebungsschule vollauf genügende Zeit auf ihre methodische Ausbildung verwenden. — In den Lehrerinnenseminaren muß die Direktrice es sich außerdem angelegen sein lassen, die Zöglinge mit den Arbeiten und Obliegenheiten des Haushaltes vertraut zu machen.

Es ist noch zu erwähnen, daß das Dekret vom 5. Juni 1880¹⁾ insofern eine Neuerung schuf, als auch verheiratete Personen als Direktrizen an Lehrerinnenseminaren nicht ausgeschlossen sind, wofern sie die sonstige gesetzliche Qualifikation haben. Das ministerielle Cirkular vom 20. August 1880²⁾ macht die Präfekten darauf aufmerksam und beauftragt sie, bei der Anlage der Dienstwohnungen in den Lehrerinnenseminaren darauf zu achten, daß die Wohnung der Direktrizen getrennt werde von dem zum Schulgebrauch bestimmten Räumen, damit der Gatte derselben und die Familie ungehindert ihren Beschäftigungen nachgehen können, ohne die Uebungen der Seminaristinnen zu stören.

§. 10.

Das Lehrpersonal.

Der Unterricht an den Seminaren wird erteilt nach dem Dekret vom 25. Juli 1883³⁾: 1. durch Professoren, welche vom

1) Bulletin 454 p. 630. — 2) Bulletin 457 p. 1050. — 3) Bulletin 555 p. 128. Durch dieses Dekret sind die Art. 9 und 14 des Dekrets vom 29. Juli 1881 betreffs der Organisation der Lehrerseminare abgeändert; die Zahl der Professoren und Hilfslehrer, deren Minimum auf je zwei neben dem Direktor festgesetzt war, ist durch diese Aenderung ebenfalls aufgehoben, eine neue Bestimmung jedoch nicht getroffen. Im Durchschnitt kamen 1880 auf je ein Seminar ein Direktor, vier Professoren resp. Hilfslehrer, ein Anstaltsgeistlicher und sechs Hilfsprofessoren.

Minister des öffentlichen Unterrichts in Gemäßheit des Dekrets vom 5. Juni 1880 ernannt werden; 2. durch Hilfslehrer (*maîtres adjoints*), welche das höhere Befähigungszeugnis für den Volksschulunterricht und das pädagogische Befähigungszeugnis besitzen und vom Minister mit der Verwaltung des Amtes beauftragt (*délégués*) werden; 3. durch Hilfsprofessoren und Speziallehrer, welche vom Minister entweder ernannt oder beauftragt werden.

Nach dem Dekret vom 5. Juni 1880¹⁾ kann niemand definitiv zur Erteilung des Unterrichts in den Lehrer- und Lehrerinnenseminaren ernannt werden, wenn er nicht dazu befähigt erklärt worden ist, entweder in den Humaniora oder in der Mathematik und den Naturwissenschaften, auf Grund eines besondern Examens, dessen Programm durch Ministerial-Erlaß nach Beschluß des Oberunterrichtsrats festgesetzt ist.²⁾

Zur Zulassung zu diesem Examen müssen nachgewiesen werden:

1. ein Alter von 21 Jahren;
2. wenigstens zwei Dienstjahre im öffentlichen Unterricht;
3. eines der folgenden Zeugnisse: Baccalaureatsdiplom in den Humaniora oder der Mathematik und den Naturwissenschaften, Befähigungszeugnis für den höhern Fachunterricht oder volles Befähigungszeugnis für den Volksschulunterricht.³⁾

Die Seminarlehrer und Lehrerinnen, welche das Befähigungszeugnis für den Unterricht in Seminaren besitzen, erhalten durch das Dekret vom 4. Januar 1882⁴⁾ den Titel Seminarprofessoren (*professeurs d'écoles normales*) und treten in den Genuß des mit diesem Titel verbundenen Einkommens.

Der Ministerial-Erlaß vom 26. Dezember 1882,⁵⁾ dessen Art. 6 und 9 durch den Erlaß vom 20. Juli 1883⁶⁾ modifiziert sind, bestimmt das Nähere über das Examen für die Befähigung der Seminarprofessoren.

Demgemäß werden jährlich vom Minister des öffentlichen Unterrichts zwei Kommissionen ernannt, um die Befähigung der Kandidaten für den Seminarunterricht zu prüfen, die eine für die Humaniora, die andere für die Mathematik und Naturwissenschaften.⁷⁾

1) Bulletin 454 p. 630. — 2) Art. 1. — 3) Art. 2. — 4) Bulletin 474 p. 19. Durch dieses Dekret ist Art. 3 des Dekrets vom 5. Juni 1880 ersetzt worden, welcher bestimmte, daß dieselben das Anrecht auf den Titel hätten; letzterer konnte jedoch erst bei einem Lebensalter von 25 Jahren und einem Dienstalter von drei Jahren verliehen werden. — 5) Bulletin 525 p. 761. — 6) Bulletin 555 p. 115. — 7) Art. 1.

Jede dieser Kommissionen besteht aus fünf Mitgliedern, welchen für das Examen der Kandidatinnen zwei Direktrizen oder Professoren des Lehrerinnenseminars (*deux dames directrices ou professeurs*) mit beratender Stimme beigegeben sind.¹⁾

Die Kandidaten sind verpflichtet, sich in der Zeit vom 1. bis 30. Juni auf dem Sekretariat des Inspektors der Akademie einzuschreiben, die Orte anzugeben, wo sie gewohnt und welche Stellung sie daselbst in den letzten zehn Jahren bekleidet haben, ferner die durch Art. 2 des Dekrets vom 5. Juni 1880 vorgeschriebenen Atteste resp. Zeugnisse zu hinterlegen.²⁾

Das Examen findet statt zwischen dem 1. Juli und 15. August an dem vom Minister bestimmten Tage.³⁾

Das Examen besteht aus schriftlichen Prüfungen, deren ungenügender Ausfall Zurückweisung vom Examen nach sich zieht, ferner aus mündlichen und praktischen Prüfungen.⁴⁾

Die schriftlichen Prüfungen werden am Hauptorte des Departements abgehalten unter der Aufsicht des Inspektors der Akademie oder eines durch den Rektor bestimmten Kommissars. Sie umfassen:

Für die Humaniora: 1. eine Arbeit über ein Thema aus der Litteratur, der Grammatik oder der Geschichte und Geographie; 2. eine Arbeit über ein Thema aus der Psychologie oder der Sittenlehre; 3. eine Arbeit über eine Frage aus der Pädagogik.

Für die Mathematik und Naturwissenschaften: 1. eine Arbeit über eine Frage aus der Mathematik und die Ausführung einer geometrischen Zeichnung; 2. eine Arbeit über eine Frage aus der Physik, der Chemie oder den Naturwissenschaften mit ihren Anwendungen; 3. eine Arbeit über eine Frage aus der Methode mit Bezug auf den mathematischen und naturkundlichen Unterricht.

Die Themata werden aus dem Lehrplan für die Seminare genommen. Diejenigen Kandidaten, welche das Befähigungszeugnis für den Handfertigungsunterricht besitzen, werden von der ersten schriftlichen Prüfungsarbeit für Mathematik und Naturwissenschaften dispensiert.⁵⁾

Für jede Arbeit werden 4 Stunden gewährt; die drei Arbeiten jeder Serie werden an zwei aufeinanderfolgenden Tagen angefertigt, denselben für ganz Frankreich.

Die Themata werden durch die Centralverwaltung übersandt und die Arbeiten der Kandidaten dem Minister mit dem Prüfungsprotokoll durch den Inspektor der Akademie eingehändigt.⁶⁾

Die Prüfungskommission spricht die Zulassung zu den mündlichen und praktischen Prüfungen aus, welche in Paris stattfinden.⁷⁾

1) Art. 2. — 2) Art. 3. — 3) Art. 4. — 4) Art. 5. — 5) Cfr. Art. 9 §. 2 des Erlasses vom 28. Juli 1883. Bulletin 555 p. 119. — 6) Art. 6. — 7) Art. 7.

Die mündlichen Prüfungen umfassen: 1. Verbesserung der schriftlichen Arbeit eines Seminaristen unter Angabe der in Frage kommenden Regeln; 2. Lesen und Erklärung eines Abschnittes aus einem Schriftsteller, welcher in dem Prüfungsreglement für das höhere Befähigungsexamen angegeben ist.¹⁾ Zur Klausurvorbereitung auf die unter Nr. 1 angegebene Prüfung werden drei Viertelstunden, auf die unter Nr. 2 eine Viertelstunde Zeit gewährt. Die zu korrigierende Arbeit und der Abschnitt aus einem Schriftsteller dürfen sich nicht auf Gegenstände desselben Wissensgebietes erstrecken. Die beiden mündlichen Prüfungen zusammen dauern etwa 45 Minuten für jeden Kandidaten.²⁾

Die praktischen Prüfungen bestehen in einer Probelektion, welche der Kandidat in Gegenwart der Kommission mit einer Abteilung des Seminars abhält über ein Thema, welches durch das Los gezogen wird. Diese Probelektion erfolgt nach einer Klausurvorbereitung von höchstens drei Viertelstunden, wobei der Kandidat keine fremde Beihülfe benutzen darf. Die Probelektion ist verbunden mit Fragen an die Seminaristen. Im Verlauf der Auseinandersetzungen müssen die Kandidaten für Mathematik und Naturwissenschaften in Gegenwart der Prüfungskommission diejenigen Experimente ausführen, welche sich auf den zu behandelnden Gegenstand beziehen. Zu diesem Zwecke sind die nötigen Apparate und naturwissenschaftlichen Präparate zu ihrer Verfügung gestellt.³⁾

Diejenigen Kandidaten, welche außerdem ihre Befähigung in Gesang, Musik und lebenden Sprachen darthun wollen, haben dies vorher zu erklären. Sie müssen über diese Unterrichtsgegenstände eine besondere Lehrprobe ablegen. Das Ergebnis dieser Lehrprobe wird im Zeugnis unter den fakultativen Fächern angegeben, wenn der Examinand mit Erfolg bestanden hat.⁴⁾

Nach dem Schluß des Examens stellt die Kommission ein Verzeichnis derjenigen Kandidaten auf, welche sie für das Lehramt im Seminar als befähigt erachtet, und zwar nach der Befähigung der Geprüften geordnet. Dieses Verzeichnis wird dem Minister zur Genehmigung unterbreitet, welcher die Zeugnisse ausstellt.⁵⁾

Eine Uebergangsbestimmung setzt fest, daß diejenigen Seminarlehrer, welche das höhere Befähigungszeugnis für Volksschulen besitzen, zehn Jahre in dieser Stellung sind und am 5. Juni 1880 vierzig Jahre alt waren, den Titel Seminarprofessor erhalten und in den Genuß des damit verbundenen Einkommens gelangen.⁶⁾

Der bisherige Modus der Ausbildung zum Seminarlehrer war ungenügend, um so mehr, als durch die erhöhten Anforderungen

1) Durch das Ministerium werden diejenigen Schriftsteller, über welche sich die Prüfung für das höhere Befähigungszeugnis erstreckt, resp. die einzelnen Werke derselben alle drei Jahre publiziert. —

2) Art. 8. — 3) Art. 9. — 4) Art. 10. — 5) Art. 11. — 6) Art. 12.

die Prüfungen noch schwieriger geworden waren und die plötzliche und große Vermehrung besonders der Lehrerinnenseminare eine bedeutende Anzahl weiblicher Lehrkräfte erforderte. Neben der privaten Ausbildung derselben hatte man verschiedene Mittel vorgeschlagen; man dachte daran, bei jeder Akademie besondere Normalkurse zu gründen oder den Seminaren zum Zweck der Heranbildung des eigenen Lehrpersonals einen vierten Jahreskursus hinzuzusetzen. Aber man traute nicht den Erfolgen, die durch diese Maßregeln erzielt werden könnten, zumal deren Durchführung auf große Schwierigkeiten stoßen würde. Die pädagogische Presse hatte einstimmig die Gründung besonderer Bildungsanstalten in Vorschlag gebracht, und so entschloß sich auch endlich die Regierung dazu, zunächst für die Vorbereitung der Seminarlehrerinnen und Direktrizen ein Ober-Seminar (*école normale supérieure de l'enseignement primaire*) zu Fontenay-aux-Roses¹⁾ zu gründen; für die Seminarlehrer richtete man zunächst einen Vorbereitungskursus und später auch ein Ober-Seminar in St. Cloud ein.²⁾

Das Dekret, welches die Gründung der *école normale supérieure* von St. Cloud bestimmt, sagt, daß die Anstalt ins Leben gerufen sei, um Professoren für die Lehrerseminare vorzubereiten. Die Schule ist unentgeltlich, die Aufnahme geschieht auf Grund öffentlicher Prüfung, die Dauer des Studiums ist auf zwei Jahre festgesetzt.

Ein Ministerial-Erlass von demselben Tage³⁾ bestimmt das Nähere. Die Studien in dem Ober-Seminar in St. Cloud umfassen diejenigen Unterrichtsgegenstände, welche in den Volksschulseminaren vorgenommen und im Dekret vom 29. Juli 1881 und dem Erlass vom 3. August desselben Jahres angegeben sind.⁴⁾

Die Anstalt kann Interne und Externe aufnehmen. Die Zahl der Internen wird auf 40 festgesetzt.⁵⁾

Die Zöglinge zerfallen in zwei Abteilungen: die eine für Humaniora, die andere für Mathematik und Naturwissenschaften. Die Kurse in der Psychologie und Moral, dem bürgerlichen Leben und Staatshaushalt, der Geschichte der Gegenwart, der Gesetzgebung und Schulverwaltung sind gemeinschaftlich für beide Abteilungen. Für die Abteilung „Mathematik und Naturwissenschaften“ wird ein spezieller Kursus über den Aufsatz und die französische Litteratur eingerichtet.⁶⁾

Der Direktor und die Professoren bilden den Rat der Schule. Dieser Rat wird von dem Direktor zusammenberufen, welcher

1) Durch Dekret vom 13. Juli 1880. Bulletin 455 p. 807. —
2) Durch Dekret vom 30. Dezember 1882. Bulletin 525 suppl. p. 989.
— 3) Bulletin 525 suppl. p. 990 ff. — 4) Art. 1. — 5) Art. 2. —
6) Art. 3.

auch den Vorsitz führt. Er entscheidet über die Befähigung der Zöglinge behufs Versetzung aus dem ersten in den zweiten Jahreskursus, stellt die Liste der Bücher auf, welche die Zöglinge gebrauchen sollen, und ordnet im allgemeinen den Studiengang.¹⁾

Jährlich ist an der Anstalt eine Aufnahmeprüfung in der Zeit vom 15. September bis 15. Oktober. Ein Erlaß, welcher zwei Monate vorher publiziert wird, setzt jedes Jahr das Datum der Eröffnung der Prüfung fest.²⁾

Um zur Prüfung zugelassen zu werden, ist erforderlich:

1. ein Alter von mindestens 20 und höchstens 25 Jahren am 1. Oktober des Anmeldejahres;
2. die Verpflichtung zu 10jähriger Dienstzeit im öffentlichen Unterricht, wie sie durch Art. 18 des Dekrets vom 29. Juli 1881³⁾ vorgeschrieben ist;
3. Besitz eines der folgenden Zeugnisse: das höhere Befähigungszeugnis, das Baccalaureatsdiplom in den Humaniora oder in der Mathematik und den Naturwissenschaften, oder das Baccalaureat für den höhern Fachunterricht; ferner
4. ein ärztliches Attest, welches die körperliche Tüchtigkeit für das Unterrichtsfach bescheinigt.⁴⁾

Altersdispense können ausnahmsweise auf den Vorschlag des Rektors der Akademie von dem Unterrichtsminister bewilligt werden.⁵⁾

Die Anmeldungen zum Examen werden in den Departements auf dem Sekretariat des Inspektors der Akademie angenommen, in Paris im Ministerium des öffentlichen Unterrichts, und zwar wenigstens 14 Tage vor dem Beginn der Prüfungen. Dem Anmeldungsgesuch müssen der Geburtsakt und die Zeugnisse beigelegt werden, sowie Nachweis derjenigen Funktionen, welche der Kandidat bisher im öffentlichen oder freien Unterricht ausgeübt hat. — Die Liste der Kandidaten, welche zur Prüfung zugelassen werden, wird durch den Minister festgesetzt.⁶⁾

Kein Kandidat kann sich mehr als dreimal zum Examen melden.⁷⁾

Das Aufnahme-Examen besteht aus schriftlichen und mündlichen Prüfungen. Die schriftlichen Prüfungen werden am Hauptort des Departements abgelegt, und zwar unter der Aufsicht des Inspektors der Akademie oder im Verhinderungsfalle unter der Aufsicht eines vom Rektor ernannten Bevollmächtigten.

Sie umfassen drei Arbeiten, nämlich:

1) Art. 4. — 2) Art. 5. — 3) Cfr. p. 49. — 4) Art. 6. — 5) Art. 7. — 6) Art. 8. — 7) Art. 9.

Für die Kandidaten der Abteilung in den Humaniora: 1. einen französischen Aufsatz (eine Erzählung, einen Brief, Erklärung eines Sprichwortes, Entwicklung einer grammatischen Regel); 2. einen Aufsatz über ein Thema aus der Geschichte Frankreichs, mit welchem Fragen aus der Geographie verbunden sein können; 3. eine Arbeit über ein Thema aus der Pädagogik.

Für die Kandidaten der Mathematik und Naturwissenschaften: 1. eine Arbeit über einen mathematischen Stoff; 2. eine Arbeit über Themata aus der Physik, der Chemie und den Naturwissenschaften; 3. eine Arbeit über ein Thema aus der Pädagogik. Die pädagogische Arbeit kann für beide Abteilungen gemeinschaftlich sein. Für jede Arbeit sind drei Stunden Zeit bewilligt. Die Themata werden durch den Minister auf den Vorschlag der Kommission gewählt, von diesem den Inspektoren der Akademie übersandt, und zwar in verschlossenem Couvert, welches in Gegenwart der Kandidaten geöffnet wird. Unmittelbar nach jedem Prüfungstermin werden die Arbeiten durch den Inspektor der Akademie nebst dem Prüfungsprotokoll dem Unterrichtsminister übersandt.¹⁾

Die schriftlichen Arbeiten werden in Paris durch eine alljährlich vom Minister ernannte Kommission korrigiert. Die Kandidaten, welche der Zulassung zum mündlichen Examen würdig erachtet werden, erhalten ihre Berufung zu demselben nach Paris.²⁾

Die mündlichen Prüfungen bestehen in Fragen, Lektüre, Korrektur von schriftlichen Arbeiten und mündlichen Vorträgen nach kurzer Vorbereitung.³⁾

Das Reglement zur Aufnahme in das Ober-Seminar für Seminarlehrerinnen und Direktrizen zu Fontenay-aux-Roses vom 24. Dezember 1880 resp. 30. Dezember 1882⁴⁾ hat fast gleiche Bestimmungen. Der Lehrplan der Anstalt weist auf: Psychologie und Sittenlehre in ihrer Anwendung auf die Erziehung; ferner Geschichte der Pädagogik, die verschiedenen Unterrichtsgegenstände des Lehrplanes der Seminare; Vorträge, gehalten durch die Zöglinge der Anstalt, sowie praktische Uebungen in der Anstalt selbst, in dem Seminar und in der Volksschule, ferner Gesetzeskunde und Schulverwaltung für die Aspirantinnen zum Direktorat.⁵⁾ Die Thätigkeit der Verwaltungskommission, welche durch Erlaß vom 30. Dezember 1880⁶⁾ bestimmt ist, erstreckt sich nur auf die äußern Angelegenheiten der Anstalt.

Um die Vorbereitung zu den vorgenannten Prüfungen zu erleichtern, ist in Paris eine besondere pädagogische Bibliothek

1) Art. 10. — 2) Art. 11. — 3) Art. 12. Das Einzelne ist nicht näher bestimmt. — 4) Bulletin 461 p. 1639 und 525 suppl. p. 992 ff. — 5) Cfr. genaue Uebersicht Bulletin 460 p. 1449 ff. — 6) Cfr. Bulletin 464 p. 479, wo die Befugnisse der Kommission genau bezeichnet sind.

errichtet, deren Katalog jedem Kandidaten auf Verlangen zugeschickt wird und aus welcher er die zu seinem Studium nötigen Bücher entleihen kann.¹⁾

Bisher waren die Seminardirektoren auch mit der Führung der Oekonomie belastet gewesen. Der Art. 11 des Dekrets vom 29. Juli 1881 schuf hierin eine wichtige Aenderung, indem er bestimmte, daß ein Professor oder ein Hilfslehrer des Seminars, welcher auf den Vorschlag des Rektors der Akademie vom Minister dazu bestimmt wird, unter Oberaufsicht des Direktors Oekonomieverwalter sein soll. Die Kautions, welche er stellen muß, wird durch den Minister des öffentlichen Unterrichts in Uebereinstimmung mit dem Finanzminister festgesetzt. Der mit der Oekonomie betraute Lehrer hat wöchentlich mindestens acht, höchstens zehn Unterrichtsstunden zu erteilen.²⁾

Die übrigen Professoren und Hilfslehrer (mit Ausnahme des Vorstehers der Uebungsschule, welcher 30 Unterrichtsstunden zu geben hat), erteilen höchstens 20, mindestens aber 18 Unterrichtsstunden pro Woche. Auf den Vorschlag des Direktors verteilt der Rektor der Akademie jährlich den Dienst unter die einzelnen Lehrkräfte.

Buchführung und Verwaltung der Oekonomie in den Seminaren werden durch ein Specialreglement geordnet.³⁾

Der Direktor und der mit der Oekonomie beauftragte Beamte wohnen in der Anstalt, haben jedoch keine Verpflegung in derselben.⁴⁾

Die Professoren und Hilfslehrer wohnen außerhalb der Anstalt; mit der Aufsicht innerhalb derselben haben sie nichts zu schaffen. Jedoch sind sie verpflichtet, außerhalb der Unterrichtszeit die Spaziergänge zu leiten, bei den Ackerbau- und Gartenarbeiten, sowie bei den Handfertigungsübungen die Aufsicht zu führen, ferner an den Examina und den pädagogischen Konferenzen an den vom Direktor festgesetzten Tagen und Stunden teilzunehmen.

Die Professoren und die Hilfslehrer können auf ihren Antrag hin und nach Vorschlag des Direktors durch den Rektor der Akademie ermächtigt werden, die Aufsicht in der Anstalt zu führen. Dafür haben sie Anspruch auf Wohnung und Verpflegung in der Anstalt, sowie auf die übrigen vorschriftsmäßigen Leistungen in natura.⁵⁾

Der Abschnitt III des Art. 14 des Dekrets vom 29. Juli 1881 ist durch Art. 2 des Dekrets vom 25. Juli 1883 dahin

1) Cfr. Bulletin 474 p. 37 ff. — 2) Das Nähere über den Oekonom besagt die Instruktion vom 18. März 1882. Bulletin 485 p. 722. Cfr. Instruktion vom 12. August 1881. Bulletin 470 p. 1314 ff. — 3) Das Reglement ist vom 29. Juli 1882 und findet sich Bulletin 505 p. 293 ff. — 4) Art. 12 und 13 des Dekrets vom 29. Juli 1881. — 5) Art. 14.

abgeändert, daß, wenn keiner der Professoren oder Hilfslehrer den Antrag auf Uebernahme der Aufsicht stellt, ein Volksschullehrer, welcher im Besitz des Befähigungszeugnisses ersten Grades ist, mit diesem Dienst beauftragt werden kann. In allen Fällen muß derselbe je nach seiner Befähigung einen Teil des Unterrichts übernehmen. Er wird durch den Minister mit seinen Funktionen beauftragt. Das bare Einkommen, welches ihm bewilligt wird, ist den gesetzlichen Abzügen unterworfen.¹⁾

In den Lehrerinnenseminaren dürfen die Seminarlehrerinnen nur mit Genehmigung des Rektors außerhalb der Anstalt wohnen.²⁾

Der Inspektor der Akademie muß wenigstens zweimal jährlich die Anstalt besuchen. Der Direktor wohnt wenigstens einmal monatlich einer Lehrstunde eines jeden Professors und Hilfslehrers bei. Alle drei Monate mindestens ruft er das Lehrpersonal zur Konferenz zusammen und hält mit demselben Beratung über alle Fragen, welche den Unterricht und die Disziplin betreffen.³⁾

§. 11.

Die Aufnahme ins Seminar.

Titel IV des Dekrets vom 29. Juli 1881 handelt von der Aufnahme der Seminaristen. Jeder Kandidat, welcher sich zur Aufnahme in das Seminar meldet, muß bei der Einschreibung nachweisen, daß er am 1. Januar des Jahres, in welchem die Anmeldung stattfindet, wenigstens 15, höchstens aber 18 Jahre alt ist, ferner muß er im Besitz des Elementarstudienzeugnisses⁴⁾ sein, wie dies durch den Erlaß vom 16. Juni 1880 vorgeschrieben ist.

1) Bulletin 555 p. 128. Die Zahl der Lehrer, welche die Aufsicht führen sollen, ist nicht bestimmt; sie richtet sich nach dem jeweiligen Bedürfnisse. Die mit der innern Aufsicht beauftragten Lehrer haben für die Aufrechthaltung der Anstaltsordnung Sorge zu tragen; sie beaufsichtigen die Seminaristen bei ihren Arbeiten, müssen bei den Mahlzeiten derselben zugegen sein und schlafen mit denselben im gemeinsamen Schlafsaal; wöchentlich oder monatlich wechseln sie ab, wenn die Aufsicht unter mehrere geteilt ist. Meistens verzichten die Seminarlehrer auf dieses Amt, jedoch bis zum Erlaß des Dekrets vom 29. Juli 1881 waren sie zur Uebernahme der Aufsicht gezwungen, die verheirateten Lehrer nicht ausgenommen. — 2) Art. 15 des Dekrets vom 29. Juli 1881. — 3) Art. 16. — 4) Das Elementarstudienzeugnis, *certificat d'études primaires*, ist das Abgangszeugnis aus der Volksschule; dasselbe erhalten nicht alle, welche nach Ablauf des schulpflichtigen Alters die Schule verlassen, sondern nur diejenigen, welche dasselbe durch ein besonderes Examen erwerben. Das Nähere wird bei dem Kapitel über die Entlassung aus der Volksschule ausführlich behandelt werden.

Durch Dekret des Präsidenten der Republik vom 27. Juli 1882¹⁾ tritt für diejenigen Kandidaten, welche sich in den nächsten drei Jahren von Publikation des Dekrets an zur Aufnahme in ein Seminar melden, in Anbetracht des grossen Lehrermangels insofern ein Altersdispens ein, als sie nachweisen müssen, daß sie bis zum 1. Oktober des Anmeldejahres das 15. Lebensjahr zurückgelegt haben; auch ist es nach dem ministeriellen Cirkular vom 31. Januar 1882²⁾ denjenigen, welche bei der Anmeldung nicht im Besitze des Elementarstudienzeugnisses sind, gestattet, sich provisorisch einzuschreiben; bei der Aufnahmeprüfung müssen sie jedoch dasselbe vorlegen.

Ferner kann der Minister diejenigen Kandidaten, welche über 18 Jahre alt sind und das Elementarstudienzeugnis besitzen, durch besondere Entscheidung zur Aufnahmeprüfung zulassen. Einen andern Dispens giebt es gesetzlich nicht.³⁾

Die Anmeldung geschieht durch Eintragung in die Listen, welche vom 1. bis 31. März zu diesem Zweck auf dem Sekretariat des Inspektors der Akademie offen liegen. Keine Anmeldung wird angenommen, wenn der Kandidat nicht folgende Schriftstücke beibringt:

1. Eintragungsgesuch nebst Angabe der Schule oder Schulen, welche er seit dem vollendeten 12. Lebensjahre besucht hat;
2. Geburtsakt;
3. Elementarstudienzeugnis;
4. die schriftliche Verpflichtung, 10 Jahre hindurch im öffentlichen Schuldienste zu wirken. Dieser Verpflichtung muß eine Erklärung beigefügt sein, wodurch der Vater oder der Vormund den Kandidaten ermächtigt, dieses engagement décennal einzugehen; ferner muß der Vater resp. Vormund schriftlich erklären, die Studienkosten seines Sohnes rep. Mündels zu tragen, wenn dieser freiwillig die Anstalt oder den Dienst vor Ablauf seiner Verpflichtungen verläßt.⁴⁾

1) Bulletin 503 p. 135. — 2) Bulletin 482 p. 562. — 3) Art. 17 des Dekrets vom 29. Juli 1881. — 4) Art. 18. In diesem Punkte schafft das Dekret eine große Erleichterung. Die Verpflichtung zu zehnjährigem Dienst im öffentlichen Unterricht basiert auf einem Reglement vom 18. Dezember 1832, welches an den Seminaren zuerst Freistellen schuf und als Aequivalent die zehnjährige Dienstzeit forderte. Die Inhaber von Freistellen, welche das Departement bestritt, mußten zehn Jahre im Departement selbst bleiben; sie konnten nur durch den Präfekten nach dem zustimmenden Gutachten des Departementschulrats von dieser Verpflichtung entbunden werden; die im Genuß von Staatsfreistellen sich befindlichen Seminaristen konnten ihrer Verpflichtung im ganzen Staate nachkommen. Nach den jetzigen Bestimmungen, wo alle Seminaristen Freistellen haben, können sie

Vom Monat April bis zum Monat Juni ziehen der Inspektor der Akademie und der Inspektor des Volksschulunterrichts Erkundigungen ein über die Antecedentien und die Führung der Kandidaten. Auf Grund der vorgelegten Schriftstücke und nach dem Ergebnis der Erkundigungen stellt die Aufsichtskommission in der ersten Hälfte des Monats Juli die Liste der Kandidaten fest, welche zur Aufnahmeprüfung zugelassen werden sollen.

Die Prüfungskommission wird durch den Rektor der Akademie ernannt; der Direktor und wenigstens ein Professor des Seminars müssen Mitglieder derselben sein.¹⁾ Die Volksschulinspektoren werden zu diesen Prüfungen nicht mehr hinzugezogen.

Der Erlaß vom 6. Januar 1882²⁾ hat auf Grund Beschlusses des Ober-Unterrichtsrats, unter Aufhebung des Erlasses vom 31. Dezember 1867, die nähern Bestimmungen über das Aufnahme-Examen getroffen.

Demnach wird am Ende jeden Schuljahres in allen Departements Frankreichs Aufnahmeprüfung für die Seminare stattfinden, deren Datum der Unterrichtsminister festsetzt; falls die Zahl der aufnahmefähigen Kandidaten nicht genügt, kann vor Beginn des neuen Schuljahres durch den Minister auf Vorschlag des Rektors der Akademie ein zweiter Prüfungstermin angesetzt werden.³⁾

Die Kandidaten schreiben sich zu der Zeit und nach den Vorschriften, wie sie durch den Art. 18 des Dekrets vom 29. Juli 1881 bestimmt sind, auf dem Bureau des Inspektors der Akademie in dem Departement ein, in welchem sie sich anmelden wollen.⁴⁾

Die Aufnahmeprüfungen für das Seminar bestehen aus zwei Serien: die erste ist eine Art Vorprüfung und hat den Zweck, die Liste derjenigen Aspiranten festzustellen, welche zu den eigentlichen Aufnahmeprüfungen zugelassen werden können; diese letztern bezwecken, die definitive Aufnahmeliste festzustellen, in Gemäßheit der Art. 20 und 22 des Dekrets vom 29. Juli 1881.⁵⁾

Die Prüfungen der 1. Serie sind schriftliche Prüfungen, und zwar fünf, nämlich:

1. ein orthographisches Diktat;
2. eine Probeschrift;
3. ein französischer Aufsatz;
4. die Auflösung einer oder mehrerer Aufgaben aus der

auch alle in ganz Frankreich ihre Verpflichtungen erfüllen, gleichviel ob im Volksschuldienst oder höhern Schulwesen. Auch ist die zehnjährige Dienstzeit event. um zwei Jahre insofern verringert worden, als die zwei letzten im Seminar vollbrachten Jahre nach Art. 5 (cfr. p. 34) des Dekrets vom 29. Juli 1881 mit in Anrechnung kommen.

1) Art. 19 und 20. — 2) Bulletin 475 p. 74 ff. — 3) Art. 1. — 4) Art. 2. — 5) Art. 3.

Arithmetik und dem metrischen System nebst Erklärung der Ausführung.

5. eine Probezeichnung.

Das orthographische Diktat umfaßt ungefähr 20 Zeilen. Der Text wird zuerst ganz und laut vorgelesen, dann langsam diktiert und nochmals gelesen. Die Zeichensetzung wird nicht mitdiktiert.

Die Probeschrift erstreckt sich auf die verschiedenen Schriftarten: eine Zeile in fetter Mittelschrift, eine Zeile in fetter Rundschrift und in Kurrentschrift, zwei Zeilen fett, zwei Zeilen mittel und vier Zeilen fein.

Der französische Aufsatz besteht in einer Erzählung oder in einem Brief einfacher Art, oder in einer Frage aus der Moral und dem bürgerlichen Leben.

Die Arbeit im Rechnen besteht — außer der Lösung von einer oder zwei Aufgaben, welche sich auf ganze Zahlen, die gewöhnlichen und Dezimalbrüche sowie das metrische System erstrecken — in der schriftlichen Erklärung der Ausführung einer Rechenregel.

Die Probezeichnung soll eine Zeichnung leichter Art sein. Sie wird zuerst in der Aufnahmeprüfung des Jahres 1883 gefordert.

Für die Probeschrift werden drei Viertelstunden Zeit gelassen, 10 Minuten für die Durchsicht des Diktats; für jede der übrigen Prüfungsarbeiten ist ein und eine halbe Stunde bewilligt.

Die Prüfung findet statt im Laufe eines Tages und an dem durch den Inspektor der Akademie festgesetzten Orte. Die drei erstgenannten Arbeiten werden morgens, die beiden andern nachmittags angefertigt in der oben bestimmten Reihenfolge.

Die Themata zu den Arbeiten werden vom Minister gewählt, welcher sie drei Tage vor dem Examen den Inspektoren der Akademie zukommen lässt.¹⁾

Jede Arbeit muß außer dem Namen, Vornamen und Wohnort des Kandidaten die Bezeichnung desjenigen Seminars enthalten, in welches er aufgenommen werden will. Die Liste der Kandidaten, deren Zulassung zu den eigentlichen Prüfungen ausgesprochen ist, wird alphabetisch geordnet und darf höchstens die doppelte Anzahl der Aufzunehmenden enthalten.

Gleich nach der Korrektur der schriftlichen Arbeiten werden die zur Aufnahmeprüfung Zugelassenen von dem Inspektor der Akademie an den Sitz des betreffenden Seminars berufen, die Kandidaten an das entsprechende Lehrer-, die Kandidatinnen an das Lehrerinnenseminar.²⁾ Dort müssen sie sich zunächst der

1) Art. 4. — 2) Die schriftliche Prüfung soll womöglich am Seminarorte selbst sein. Die frühere Anordnung, daß die schriftlichen Prüfungen am Kantonorte unter Leitung des Volksschulinspektors vorgenommen wurden, hat sich nicht bewährt.

durch Art. 21 des Dekrets vom 19. Juli 1881 vorgeschriebenen ärztlichen Untersuchung unterziehen. Dieselbe geschieht vom Anstaltsarzt unter Assistenz eines vereideten zweiten Arztes, welche zu konstatieren haben, daß die Betreffenden geimpft sind, die Blattern gehabt haben und für den zukünftigen Lehrerberuf auch körperlich befähigt sind. Wenn dies bejaht wird, schreiten die Kandidaten zur eigentlichen Aufnahmeprüfung.¹⁾

Dieselbe besteht nur in einem mündlichen Examen; während der Dauer desselben haben die Kandidaten im Seminar selbst freie Kost und Verpflegung.

Die mündlichen Prüfungen erstrecken sich der Reihe nach auf:

1. die französische Sprache;
2. das Rechnen und das metrische System;
3. den Grundriß der Geschichte Frankreichs und der Geographie;
4. die kurze Wiedergabe eines von einem Professor der Anstalt gehaltenen Vortrags; diese wird nach einer halbstündigen Vorbereitung unmittelbar nach dem Vortrage verlangt.

Jede dieser Prüfungen dauert für jeden Kandidaten wenigstens eine halbe Stunde.²⁾

Außerdem müssen die Aspiranten wie Aspirantinnen sich noch zwei Prüfungen unterwerfen, deren Nichtbestehen Zurückweisung vom Examen nach sich zieht: eine Prüfung in Musik und Gesang und eine Prüfung im Turnen. Dazu kommt noch für die Aspirantinnen eine Prüfung im Nähen und für die Aspiranten in militärischen Uebungen.

Die Prüfungen in Gesang, Musik, Turnen und militärischen Uebungen sind obligatorisch von 1883 an.³⁾

Für die Aufnahmeprüfung in Gesang und Musik werden nach dem Erlaß vom 23. Juli 1883⁴⁾ folgende Anforderungen gestellt:

1. eine Frage über den Unterrichtsstoff auf der Mittelstufe der Volksschule;
2. Vortrag eines Musikstückes in leichtem Satz vom Blatt, geschrieben im G-Schlüssel in den Tonarten C-dur, F-dur, G-dur, D-moll, A-moll in $\frac{2}{4}$ -, $\frac{3}{4}$ - und $\frac{4}{4}$ -Takt;
3. ein ganz einfaches Diktat.

Der Kandidat muß ein Lied mit Text singen und Kenntniss eines Instruments besitzen (Orgel, Klavier, Violine).

Nach Beendigung dieser Prüfungen bestimmt die Kommission nach den Kenntnissen die Reihenfolge der Kandidaten, welche sie nach dem Gesamtergebnis des schriftlichen und mündlichen Examens (Art. 4 und 6) für fähig zur Aufnahme hält; sie stellt ferner eine Ersatzliste auf, in welcher die Namen derjenigen

1) Art. 5. — 2) Art. 6. — 3) Art. 7. — 4) Bulletin 555 p. 122.

Kandidaten bezeichnet sind, welche bei etwa eintretenden Vakanzen noch aufgenommen werden können, wie es Art. 22 des Dekrets vom 9. Juli 1881 vorschreibt.

Das Prüfungsergebnis wird vor der Abreise der Kandidaten denselben mitgeteilt (Art. 8).

Gemäß Art. 22 des bezeichneten Dekrets wird die Liste der definitiv zur Aufnahme befähigt erklärten Kandidaten nebst dem Prüfungsprotokoll sofort dem Rektor der Akademie übersandt. Der Rektor bestimmt die Aufnahme der Seminaristen in der in der Liste beobachteten Reihenfolge nach den Vorschriften des Art. 3 des Dekrets. Ebenso bezeichnet auch der Rektor nach der Ersatzliste bei vorkommenden Vakanzen definitiv die Ersatzmänner.

Das ministerielle Cirkular vom 20. Mai 1882¹⁾ trägt den Rektoren auf, dafür zu sorgen, daß sämtliche Seminare mit der möglichst größten Zahl von Seminaristen besetzt werden; ferner ermächtigt es die Prüfungskommissionen, in Uebereinstimmung mit den Aufsichtskommissionen und im Interesse möglichst schneller Bevölkerung der Seminare, solche Aspiranten, welche das brevet élémentaire bereits besitzen und die Aufnahmeprüfung mit Auszeichnung bestanden haben, für die Aufnahme in den zweiten Kursus beim Minister in Vorschlag zu bringen. Weil es ferner häufig vorkommt, daß in einzelnen Departements zu viel Aspiranten vorhanden sind, so daß von den zur Aufnahme Befähigten oft nur der vierte oder fünfte Teil wirklich aufgenommen werden kann und recht fähige junge Leute zurückgewiesen werden müssen, während in andern Departements bei geringern Anmeldungen und Mangel an Kandidaten die Anforderungen herabgedrückt würden, so ordnet der Minister an, daß die in Art. 22 des Dekrets vom 29. Juli 1881 vorgeschriebenen Listen aufgestellt werden sollen, wie folgt:

1. Die Stammliste (*liste primitive*), welche eine den vakanten Stellen gleiche Anzahl von Kandidaten enthält, jedoch nur in dem Falle, wenn kein Kandidat sich auf der Liste befindet, der nicht durchschnittlich genügt; im andern Falle soll man bis auf weitere Anweisung die Stellen offen lassen, für welche sich durchschnittlich befähigte Kandidaten nicht gefunden haben.

2. Die Ergänzungsliste (*liste supplémentaire*). Sie wird nur aufgestellt, wenn die Zahl der als befähigt erklärten Kandidaten das Bedürfnis überschreitet. Für den Fall, daß keine Vakanzen in dem betreffenden Departement sind und keine Externen aufgenommen werden, können diese Kandidaten in irgend einem andern Departement, in dessen Seminar noch Vakanzen sind, sich zur Aufnahme melden.

1). Bulletin 494 p. 349 ff.

Zu diesem Zwecke werden anfangs August diejenigen Seminare des ganzen Landes publiziert, an welchen wegen Mangels oder Unfähigkeit der Kandidaten noch Stellen offen sind; ferner steht es jedem Kandidaten frei, bei der Aufnahmeprüfung auf besonderem Bogen verschiedene Akademien oder Departements zu bezeichnen, in welchen er bei eventueller Zurückweisung in seinem Departement wegen Ueberfüllung aufgenommen zu werden wünscht. Auch die Zahl der zur Aufnahmeprüfung Zuzulassenden, welche in Art. 5 des Erlasses vom 6. Januar 1882¹⁾ vorgeschrieben ist, kann eine unbegrenzte sein, indem die doppelte Anzahl erst nach dem Ergebnis des schriftlichen Examens zu bemessen oder aber die Zahl der vakanten Stellen durch Hinzuziehung des eventuellen Bestandes der Externen leicht zu vermehren sein möchte.

§. 12.

Verpflichtungen der Seminaristen.

Alle Seminaristen müssen sich nach Art. 23 des Dekrets vom 29. Juli 1881 für das Befähigungszeugnis zweiten Grades am Ende des ersten Jahreskursus melden; am Schlusse des Seminar-kursus überhaupt zu den Prüfungen für das Befähigungszeugnis ersten Grades.²⁾

Alljährlich im Monat August setzt der Rektor der Akademie nach Einsicht der Prüfungscensuren, welche die Seminaristen in dem Examen am Schlufs des Jahres erhalten haben, und nach dem Vorschlag des Direktors der Anstalt, welcher auf Grund der Konferenzverhandlungen des Lehrerkollegiums (cfr. Art. 16) gemacht ist, das Verzeichnis derjenigen Zöglinge fest, welche vom ersten in den zweiten und vom zweiten in den dritten Jahreskursus aufsteigen sollen.

Die am Ende des ersten Jahres abgelegte Prüfung für das Befähigungszeugnis zweiten Grades gilt als Ascensionsprüfung. Diejenigen Zöglinge des ersten Jahrganges, welche das erwähnte Zeugnis nicht erhalten, müssen die Anstalt verlassen. Sie können jedoch auf befürwortendes Gutachten der Konferenz mit Zustimmung des Rektors der Akademie provisorisch auf die Liste des zweiten Jahrganges gesetzt werden unter der Bedingung, daß sie in der ersten nächsten ordentlichen oder außerordentlichen Prüfung das Befähigungszeugnis erwerben. Wenn sie zum zweitenmale durchfallen, sind sie von der Anstalt ausgeschlossen.³⁾

In Fällen andauernder Krankheit kann ein Zögling auf den Vorschlag des Direktors und der Aufsichtskommission durch den

1) Cfr. p. 51. — 2) Ueber die Befähigungszeugnisse cfr. p. 86 ff. —

3) Art. 24 des Dekrets vom 29. Juli 1881.

Rektor der Akademie die Genehmigung erhalten, einen Jahreskursus wiederholen zu dürfen.¹⁾

Jeder Zögling, welcher freiwillig die Anstalt verläßt oder welcher auf dem Disziplinarwege von der Anstalt ausgeschlossen ist, ebenso jeder ehemalige Seminarist, welcher seine zehnjährige Dienstzeit im öffentlichen Unterricht nicht aushält, wie sie in Art. 18 vorgeschrieben ist, muß die Pensionskosten zurückerstatten. Jedoch kann auf den Vorschlag des Rektors und das motivierte Gutachten der Aufsichtskommission der Minister Aufschub der Rückzahlung der schuldigen Summe bewilligen, sowie auch gänzliche oder teilweise Niederschlagung derselben anordnen.²⁾

Die Kontrolle über die Absolvierung der zehnjährigen Dienstzeit im öffentlichen Unterrichte wird vom Seminar aus gehandhabt.³⁾ Dort wird ein Register geführt, in welchem Eintritt und Abgang der Zöglinge sowie die Stellen, in welche sie versetzt werden, vermerkt sind. Der Anstaltsdirektor reicht jährlich in der ersten Hälfte des Dezember dem Inspektor der Akademie einen beglaubigten Auszug ein, welcher die Namen derjenigen enthält, die ihre zehnjährige Dienstzeit noch nicht absolviert haben. Auf Grund dieses Auszuges teilt der Inspektor der Akademie dem Präfekten ein Namensverzeichnis derjenigen ehemaligen Seminaristen mit, welche zur Zurückzahlung verpflichtet sind, unter Angabe der von den einzelnen geschuldeten Summen. Der Präfekt erklärt das Verzeichnis als exekutorisch und veranlaßt das Weitere zur Eintreibung der Schuld.

§. 13.

Die Aufsichtskommission.

Bei jedem Seminar wird eine Aufsichtskommission auf drei Jahre ernannt. Dieselbe besteht aus folgenden Mitgliedern:

1. dem Inspektor der Akademie als Vorsitzender;
2. sechs vom Rektor der Akademie ernannten Mitgliedern, unter welchen zwei Generalräte sein müssen.

Wenn der Rektor den Sitzungen beiwohnt, führt er den Vorsitz und hat ausschlaggebende Stimme. In Abwesenheit des Rektors und des Inspektors der Akademie übernimmt der Aelteste der Kommission den Vorsitz. Der Seminardirektor wohnt den Sitzungen der Kommission mit beratender Stimme bei.⁴⁾

1) Art. 25. — 2) Art. 26. — 3) Dekret vom 12. August 1882 Art. 39. Bulletin 505 p. 302. Ueber das engagement décennal behufs Befreiung vom Militärdienst cfr. §. 43. — 4) Art. 27 des Dekrets vom 29. Juli 1881.

Die Aufsichtskommission ist mit folgenden Geschäften beauftragt:

1. über die materiellen Interessen der Anstalt zu wachen und sich durch monatliche Besuche von der Handhabung der Disciplin und der guten Haltung der Anstalt nach außen zu vergewissern;
2. die Anstaltsordnung zu entwerfen;
3. die Liste der zu der Aufnahmeprüfung zuzulassenden Kandidaten festzustellen in Gemäßheit des Art. 19;
4. den Anstaltsarzt dem Rektor zur Ernennung zu präsentieren;
5. das Budget der Anstalt aufzustellen und die Rechnungsablage zu prüfen, welche ihr vom Direktor unterbreitet wird.

Nach Beendigung der Revision erstattet sie dem Rektor in doppelter Ausfertigung Revisionsbericht nebst ihrem Gutachten; eine dieser Ausfertigungen geht nebst der Rechnungsablage und den Revisionsbemerkungen des Rektors an den Minister des öffentlichen Unterrichts.¹⁾

Jedes Jahr im Juli erhält die Kommission von dem Direktor einen Bericht über den materiellen und sittlichen Zustand der Anstalt; sie tritt darüber in Beratung und übersendet dem Rektor ihre Bemerkungen und Vorschläge in der vorangegebenen Form.²⁾

Alle Beratungen der Aufsichtskommission, welche die materielle Lage der Anstalt betreffen, sowie die Verbesserungsvorschläge derselben werden vom Rektor dem Präfekten übersandt, welcher sie dem Generalrat unterbreitet.³⁾

§. 14.

Die Anstaltsordnung und Zucht.

Nach Art. 10 resp. Art. 31 des Dekrets vom 29. Juli 1881 sollten Religionslehrer der entsprechenden Konfessionen an den Anstalten wirken; diese hatten den Religionsunterricht sowie die Andachten an den Tagen und Stunden abzuhalten, wie sie von ihnen in Uebereinstimmung mit dem Direktor der Anstalt festgesetzt wurden. Jedoch war es dem Willen der Väter der Zöglinge anheimgestellt, die Teilnahme ihrer Kinder an dem Religionsunterricht und den Andachten zuzugeben oder nicht. Diese Bestimmungen wurden durch das Dekret vom 9. Januar 1883⁴⁾ aufgehoben resp. dahin abgeändert, daß der Religionsunterricht ganz wegfallen, dagegen den Zöglingen die Ausübung ihrer religiösen Pflichten möglichst leicht gemacht werden soll. In den Lehrerinnenseminaren müssen die Seminaristinnen jedoch auf ihr Verlangen in den Gottesdienst geführt werden.

1) Art. 28. — 2) Art. 29. — 3) Art. 30. — 4) Bulletin 527 p. 51.

An den Donnerstagen und Sonntagen, ebenso an den Festtagen machen die Seminaristen unter Aufsicht gemeinsame Spaziergänge.¹⁾

Der Direktor kann den Zöglingen Privatausgang an Sonntagen gestatten unter den Bedingungen, welche das Anstaltsreglement vorschreibt.²⁾

Die Osterferien beginnen am Gründonnerstag und endigen am Montag nach der Osterwoche. Die großen Ferien dauern sieben Wochen; Beginn und Ende derselben werden durch den Rektor der Akademie festgesetzt.³⁾

Alle Zöglinge tragen beim Ausgang und den gemeinsamen Spaziergängen die gleiche, vorgeschriebene Kleidung. Die Internen werden auf Kosten des Staates unterhalten.⁴⁾

Die einzigen Strafen, welche verhängt werden dürfen, sind:

1. Entziehung des Ausganges, bestimmt durch den Direktor;
2. Verweis vor den versammelten Zöglingen, je nach der Schwere des Vergehens ausgesprochen durch den Direktor, die Aufsichtskommission, den Inspektor der Akademie oder den Rektor;
3. zeitweise Ausschliefung von der Anstalt, welche jedoch 14 Tage nicht überschreiten darf, ausgesprochen durch den Rektor auf den Bericht der Aufsichtskommission;
4. gänzliche Ausschliefung, verhängt vom Minister auf den Antrag des Rektors.⁵⁾

Jeder Zögling, welcher sich eines schweren Vergehens schuldig gemacht hat, kann sofort durch den Direktor aus der Anstalt entfernt werden, jedoch muß letzterer ohne Verzug dem Inspektor der Akademie Bericht erstatten und die Aufsichtskommission davon in Kenntnis setzen.⁶⁾

Dieselben Bestimmungen dieses Dekrets sind auch für die Lehrerinnenseminare in Anwendung zu bringen.⁷⁾

§. 15.

Die Uebungsschule und die praktischen Uebungen.

Nach Art. 2 des Erlasses vom 3. August 1881⁸⁾ sollen die Seminaristen der Reihe nach in der Praxis des Unterrichtens

1) Art. 32 des Dekrets vom 29. Juli 1881. — 2) Art. 33. Die Verteilung der Zeit ist nach dem Erlaß vom 3. August 1881 (Bulletin 470 p. 1181 ff.) geordnet wie folgt: die Schlafzeit wird auf mindestens acht Stunden festgesetzt; sechs Stunden des Tages sollen auf körperliche Pflege, Erholung, Essen und körperliche Uebungen verwandt werden; fünf Stunden dienen zur Anfertigung der Aufgaben, zur Lektüre, zur Präparation auf den Unterricht und zu sonstigen persönlichen Beschäftigungen. Die übrige Zeit wird durch den Unterricht ausgefüllt. — 3) Art. 34. — 4) Art. 35. — 5) Art. 36. — 6) Art. 37. — 7) Art. 38. — 8) Bulletin 470 p. 1182.

unter Leitung des Lehrers geübt werden, welcher die Uebungsschule (école annexe) verwaltet, in Gemäßheit der Vorschrift des Art. 6 des Dekrets vom 29. Juli 1881.¹⁾

Die Seminaristen des ersten Jahrganges wohnen dem Unterrichte bei, die des zweiten Jahrganges verrichten die Funktionen eines Unterlehrers, die des dritten Jahrganges können schon mehr zur eigenen Leitung der Klasse herangezogen werden.

Die Zahl der Seminaristen, welche an der Uebungsschule beschäftigt sind, richtet sich nach der Frequenz des Seminars und wird dergestalt bemessen, daß auf jeden Zögling wenigstens 20 Tage praktischen Unterrichts pro Jahr kommen, bei den Seminaristinnen 30 Tage, indem bei diesen noch die Uebungen in der Kinderbewahrschule in Betracht zu ziehen sind. Die Verteilung der Stunden im Seminar muß derart eingerichtet sein, daß die wichtigsten Unterrichtsstunden außerhalb der Zeit fallen, während welcher die Zöglinge an der Uebungsschule beschäftigt sind.

Mit den Zöglingen des dritten Jahrganges und mit denen des letzten Semesters des zweiten Jahrganges sollen nach Art. 3 obigen Erlasses entweder in der Klasse selbst oder in besondern Konferenzen Uebungen für den mündlichen Unterricht veranstaltet werden, und zwar in allen Fächern, welche der Lehrplan aufweist. Unter der Anleitung des betreffenden Professors halten die Zöglinge Vortrag über eine Lektion oder eine Lektüre, erklären einen Abschnitt, verbessern eine schriftliche Arbeit, besprechen eine Frage aus dem Unterricht oder tragen eine eigene Arbeit vor.

Außerdem halten die Seminaristen des dritten Jahrganges in Gegenwart der Lehrer und der Zöglinge der Reihe nach Vorträge. Diese Uebung wird besonders Donnerstags und Sonntags vorgenommen; der einzelne Vortrag darf eine halbe Stunde nicht übersteigen. Der Vortrag erstreckt sich über einen Gegenstand des Unterrichts oder der Methode, welchen der Seminarist sich auswählt und der Direktor genehmigt. Dies giebt den Seminaristen Veranlassung zur Beurteilung, die durch den Direktor oder die Professoren vervollständigt oder rektifiziert wird. Bei den Vorträgen soll besonders der die Uebungsschule dirigierende Lehrer thätig sein.

Die Besetzung der Lehrerstelle an der Uebungsschule bot eine Hauptschwierigkeit. Wir folgen hier einem Cirkular des Ministers an die Rektoren vom 9. November 1881,²⁾ welches den Stand der Frage erörtert und auf die Stellung dieses Lehrers das nötige Licht wirft.

Um die pädagogische Befähigung der Seminaristen zu heben, hat der Ober-Unterrichtsrat die Pädagogik als selbständigen Lehr-

1) Cfr. p. 34. — 2) Bulletin 473 p. 1797 ff. Ist auszugsweise wiedergegeben.

gegenstand bestimmt, er hat die Zahl der Stunden festgesetzt, in welchen der Seminarist in der Uebungsschule beschäftigt ist, er hat die Konferenzen angeordnet, in welchen besonders auch die Methode des Unterrichts durch die Lehrer und Schüler besprochen und mündliche Uebungen angestellt werden sollen, damit die Zöglinge jene in Gegenwart der Lehrer anwenden. Die Leitung, welche die Zöglinge bisher in der Uebungsschule erhielten, ist nicht immer eine genügend sichere und klare gewesen. Letztere soll aber überhaupt eine Musterschule sein, 1. weil sie unter der Leitung der ersten Primäranstalt des Departements steht, 2. weil dort die zukünftigen Lehrer sich Vorbildern auf die vorzüglichste und wichtigste Seite ihrer spätern Thätigkeit.

Es ist deshalb auch erforderlich, daß sie vom tüchtigsten Lehrer der Anstalt oder aber von dem fähigsten Lehrer der Gegend geleitet werde. Beide Lösungen stoßen jedoch auf Schwierigkeiten. Wenn man einen Lehrer der Anstalt dazu nimmt, der stets an der Uebungsschule bleiben soll, so wird derselbe dies als eine Art Zurücksetzung betrachten; ein Wechsel sämtlicher Lehrer der Anstalt ist schon eher möglich, wie er, der Minister, dies bereits früher¹⁾ vorgeschlagen habe. Aber die meisten Rektoren haben sich gegen diese Maßregel erklärt, weil die Mehrzahl der Lehrer darin eine Herabsetzung erblicken zu müssen glaubte, anderseits aber, weil die Eltern durch den häufigen Wechsel in der Leitung der Schule Besorgnis für den gründlichen Unterricht ihrer Kinder hegten.

Aus diesen Gründen sei auf den andern Weg zurückzugreifen, nämlich den, die Lehrer der Uebungsschule aus den erprobtesten Lehrkräften des Departements auszusuchen. Dabei sind aber zwei Erfordernisse nötig: 1. dieser Lehrer muß nicht nur selbst den Kindern einen musterhaften Unterricht erteilen können, sondern es ist auch die Befähigung von ihm zu verlangen, die Seminaristen zu lenken und zu leiten und ihnen die richtige Methode beizubringen; 2. die Lehrer haben in ihren Gemeinden oft eine sehr gute finanzielle Stellung und Unabhängigkeit, so daß denselben für die schwere Aufgabe, welche sie an dem Seminar übernehmen, auch hinreichender Ersatz geboten werden muß. Deshalb kann hier nur wirksam geholfen werden, wenn den Lehrern der Uebungsschule eine Stellung gegeben wird, welche sie in den Augen der Eltern und Schüler den andern Seminarlehrern gleichstellt und in welcher sie zugleich auch finanzielle Entschädigung erhalten.

Durch das Dekret vom 29. Juli 1881 sind sie den Professoren der Seminare gleichgestellt und haben gleiche Avancementsaussichten; von der Aufsicht über die Seminaristen bei den Spazier-

1) Cirkular vom 21. Oktober 1880. Bulletin 459 p. 1398.

gängen, den Garten- und Handfertigkeitsarbeiten sind sie auch entbunden; aber es muß noch mehr geschehen, um den Uebungsschulen Musterlehrer zu verschaffen. Der Minister verspricht seinerseits alles zu thun; die Rektoren sollen ihm über die Thätigkeit der bereits angestellten Lehrer dieser Schulen berichten und Vorschläge machen, die tüchtigen Lehrer auszuzeichnen, sowie die nicht fähigen durch andere zu ersetzen. Die Rektoren müssen ihr besonderes Augenmerk darauf richten, recht tüchtige und taugliche Lehrer an diese Stellen zu bringen und denselben die ihnen gebührende Stellung unter dem Lehrpersonal vollauf zu sichern, um so mehr, als der Vorsteher der Uebungsschule dem Minister als die wichtigste Lehrperson nach dem Direktor erscheint. Um die Thätigkeit dieser Lehrer zu erhöhen, sind ihnen in den mit den Seminaristen abzuhaltenden Konferenzen vorzüglich die Lektionen betreffs der Methode zu übertragen, die eine Ergänzung des durch den Direktor erteilten pädagogischen Unterrichts bilden; wo die Rektoren es für gut halten, können sie die Lehrer der Uebungsschule ermächtigen, einen Fortbildungskursus des Volksschulunterrichts mit der Uebungsschule zu verbinden, damit die Zöglinge auch in den dort vorkommenden Unterrichtsgegenständen sich auszubilden Gelegenheit haben und die Lehrer selbst ihre Kenntnisse über die Volksschule hinaus nützlich zu verwerten in der Lage sind.

§. 16.

Die Unterhaltung der Seminaristen.

Die Bestimmungen über die finanzielle Verwaltung der Seminare sind geregelt durch das Dekret vom 29. Juli 1881¹⁾ resp. durch die teilweise Abänderung desselben auf Grund des Dekrets vom 16. April 1883.²⁾

Der Betrag der Unterhaltungskosten der Seminaristen wird alljährlich durch den Minister des öffentlichen Unterrichts nach dem Vorschlag der Aufsichtskommission, des Rektors und des Präfekten festgesetzt.³⁾

Diejenigen Summen, welche aus Staats- und Departementsfonds fließen und dazu dienen, die persönlichen Ausgaben, die Kosten der Unterhaltung der Zöglinge und die verschiedenen sonstigen laufenden Ausgaben zu decken, werden im Anfang eines jeden Vierteljahres durch den Präfekten angewiesen.⁴⁾

Wenn zwei Departements ein gemeinsames Seminar haben, werden diejenigen Summen, welche für die Unterhaltung der

1) Bulletin 505 p. 293 ff. — 2) Bulletin 542 p. 113 ff. — 3) Art. 1. — 4) Art. 2.

Seminaristen bestimmt sind, in die Hauptkasse desjenigen Departements eingezahlt, in welchem sich das Seminar befindet.¹⁾

Die Aufsichtskommission ordnet auf den Vorschlag des Direktors und unter Vorbehalt der Genehmigung des Ministers alle Fragen, welche sich auf das Dienstpersonal, die Verpflegung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung und den Unterhalt der Zöglinge und der mit der Aufsicht beauftragten Lehrer beziehen.²⁾

Die Aufsichtskommission entscheidet ferner darüber, ob die Nahrungsmittel für die Anstalt auf dem Wege der Submission oder des freien Einkaufs beschafft werden.³⁾

In jeder Anstalt ist gemeinsamer Tisch, an welchem auch die Lehrer und Lehrerinnen teilnehmen können, welche die Aufsicht führen. Für den Unterhalt eines jeden derselben sind 500 Francs bewilligt. Keinem andern Beamten der Anstalt und keiner nicht zu derselben gehörigen Person kann Verpflegung am gemeinsamen Tische gestattet werden. Ausnahmen hiervon können jedoch durch den Rektor der Akademie in den Lehrerinnen-seminaren zugelassen werden.⁴⁾

Die Wäsche müssen die Seminaristen sich selbst stellen.⁵⁾

Die in Krankheitsfällen entstehenden Unkosten brauchen die Zöglinge und die Lehrer, welche in der Anstalt verpflegt werden, nicht zu tragen. — Besonderes Licht und Heizung wird nur für das Arbeitszimmer des Direktors und das des Oekonomen, für den Sitzungssaal der Aufsichtskommission und für die Zimmer der in der Anstalt wohnenden Lehrer gestellt. Diese Leistungen werden durch die Aufsichtskommission fixiert.⁶⁾

Keine weitere Leistung in natura ist gestattet außer Betttücher, Handtücher und Tischleinwand für die in der Anstalt wohnenden Lehrer und das Dienstpersonal.⁷⁾

Der mit der Anstalt verbundene Garten dient ausschließlich für die Bedürfnisse des Seminars. Derselbe wird zum Spaziergang für die Zöglinge benutzt, zu Erholungen in den Pausen, zur Gartenarbeit der Seminaristen, zur Zucht von Gemüse und Früchten, welche entweder in der Anstalt selbst verwandt oder zu deren Nutzen verkauft werden.⁸⁾

§. 17.

Einkommen und Rangordnung.

Durch Dekret vom 30. Juli 1881⁹⁾ ist das Einkommen der Direktoren und des Lehrpersonals der Seminare sowie das Avancement derselben geregelt.

1) Art. 3. — 2) Art. 4. — 3) Art. 5. — 4) Art. 6. — 5) Art. 7. — 6) Art. 8. — 7) Art. 9. — 8) Art. 10. Das Dekret ist nur teilweise wiedergegeben; die auf das Rechnungswesen sich beziehenden Bestimmungen sind ganz weggelassen. Die allgemeinen gesetzlichen Bestimmungen über die Unterhaltungspflicht werden bei dem gleichen Kapitel über das Volksschulwesen behandelt werden. — 9) Bulletin 469 p. 1122.

Die Direktoren, Professoren und Hilfslehrer¹⁾ der Seminare zerfallen in drei Klassen. Die Gehälter der einzelnen Klassen sind festgesetzt wie folgt:

Lehrerseminare.

Die Direktoren	3. Klasse	. . .	4000 fr
„ „	2. „	. . .	4500 „
„ „	1. „	. . .	5000 „
„ Hilfslehrer (externe)	3. „	. . .	2200 fr
„ „ „	2. „	. . .	2500 „
„ „ „	1. „	. . .	2800 „
„ Professoren „	3. „	. . .	2500 fr
„ „ „	2. „	. . .	2800 „
„ „ „	1. „	. . .	3100 „

Lehrerinnenseminare.

Die Direktrizen	3. Klasse	. . .	3000 fr
„ „	2. „	. . .	3500 „
„ „	1. „	. . .	4000 „
„ Hilfslehrerinnen (interne)	3. „	. . .	1400 fr
„ „ „	2. „	. . .	1700 „
„ „ „	1. „	. . .	2100 „
„ Professoren „	3. „	. . .	1700 fr
„ „ „	2. „	. . .	2100 „
„ „ „	1. „	. . .	2400 „

Den Professoren an Lehrerinnenseminaren und den Hilfslehrerinnen, welchen es gesetzlich gestattet ist, außerhalb der Anstalt zu wohnen in Gemäßheit des Art. 15 des Dekrets vom 29. Juli 1882, ist dafür eine Entschädigung von 500 fr bewilligt.²⁾

Der Beamte, welchem die Führung der Oekonomie übertragen ist, erhält außer seinem Gehalt eine jährliche Zulage von 500 fr, welche den gesetzlichen Abzügen unterworfen ist.³⁾

Das Gehalt derjenigen Lehrer, welche die Aufsicht führen, ist auf 1000 fr festgesetzt; das der Lehrerinnen, welche mit demselben Dienst beauftragt sind, auf 800 fr.⁴⁾

Die Hilfsprofessoren (Professoren der Fakultäten, städtischen und Staatsgymnasien), welchen besondere Fächer übertragen sind, erhalten durchschnittlich eine Remuneration von 150 bis 300 fr pro Stunde.

1) Die Hilfslehrer sollen in der Regel spätestens in zwei Jahren nach Uebernahme des Amtes das Examen als Professor ablegen. Instruktion vom 5. Februar 1884. Bulletin 583 p. 192 ff. — 2) Art. 1. — 3) Art. 2. — 4) Art. 4.

Die auswärtigen Hilfslehrer, welche in Nebenfächern unterrichten (Gesang, Zeichnen, Instrumentalmusik, Turnen etc.), erhalten durchschnittlich eine Remuneration von 100 bis 200 fr pro Stunde.¹⁾

Die Veränderungen, welche durch dieses Dekret hervorgerufen werden, dürfen in keinem Falle Verminderung des Gehaltes der augenblicklich im Dienste stehenden Seminarbeamten zur Folge haben.²⁾

§. 18.

Die Lehrpläne.

Die Stundenverteilung und die Lehrpläne für die Lehrer- und Lehrerinnenseminare sind durch Ministerial-Erlass vom 3. August 1881³⁾ einheitlich geregelt worden.

A. Die Lehrerseminare.

Die Stundenverteilung für die einzelnen Disciplinen ist folgende:

Lfd. Nr.	Unterrichtsgegenstände.	Zahl der Wochenstunden.			Bemerkungen.
		1. Jahr.	2. Jahr.	3. Jahr.	
	Unterrichtsgegenstände, welche Vorbereitung erfordern:				
1	Sittenlehre und bürgerliches Leben	2	2	1½ ¹⁾	1) Eine Stunde pro Woche während eines Semesters.
2	Pädagogik und Schulverwaltung	1	1	1½ ²⁾	2) Zwei Stunden während eines Semesters, eine Stunde während des andern.
3	Sprache und Grundriß der franz. Litteratur .	7	5	4	
4	Geschichte	4	3	3	
5	Geographie	1	1	1	
6	Rechnen	2	3	3	
7	Geometrie	1	2	3	
8	Physik	1½ ³⁾	2	2	3) Eine Stunde während eines Semesters.
9	Chemie	1½ ⁴⁾	1	1	4) Eine Stunde während des andern Semesters.
10	Naturwissenschaften . .	1	1	2	
11	Landwirtschaft u. Gartenbau ⁵⁾	—	2	1	5) Cfr. Anm. p. 68.
	Summa der Stunden, welche Vorbereitung erfordern	20	23	22	

1) Art. 5. — 2) Art. 6. — 3) Bulletin 470 p. 1181 ff.

Lfd. Nr.	Unterrichtsgegenstände.	Zahl der Wochenstunden.			Bemerkungen.
		1. Jahr.	2. Jahr.	3. Jahr.	
	Uebertrag . .	20	23	22	
	Unterrichtsgegenstände, welche keine Vorbereitung erfordern:				
12	Schreiben	3	1	—	
13	Zeichnen	4	4	4	
	Gesang und Musik	2	2	2	
	Totalsumme der Unter- richtsstunden	29	30	28	
	Unterricht, während der Erholungen erteilt:				
14	Turnen	3	3	3	
	Ackerbau- und Handfer- tigkeitsarbeiten	4	4	4	
	Fakultative Fächer:				
	Lebende Sprachen	2	2	2	

Der Lehrplan, welcher sehr ausführlich ist, kann nur auszugsweise wiedergegeben werden.

1. Sittenlehre und bürgerliches Leben.

Erstes Jahr. Die Grundbegriffe der Psychologie: Die Psychologie in ihrer Beziehung zur Sittenlehre und Pädagogik; die physische Thätigkeit, das Empfindungsvermögen, die Verstandesthätigkeit, das Sittlichkeitsgefühl, der Wille. Schlussfolgerungen. Die Sittenlehre: Das sittliche Bewusstsein; die Freiheit und Verantwortlichkeit; die Pflicht; Wohl und Pflicht; Recht und Pflicht; die Gesetze der Sittenlehre.

Zweites Jahr. Die praktische Sittenlehre. Die Pflichten gegen sich selbst; die Hauptpflichten im socialen Leben; die Pflichten der Gerechtigkeit, der Nächstenliebe, die Familienpflichten; Pflichten der Dienst- und Lehrherren; die Bürgerpflichten; Pflichten der Nationen untereinander; religiöse Pflichten und die entsprechenden Rechte. Anwendung der Grundsätze der Psychologie und der Sittenlehre auf die Erziehung.

Drittes Jahr. Bürgerliches Leben. Die Quellen des öffentlichen Rechtes: 1789, 1848, 1875; die Souveränität der Nation. Der Staat: Die Verfassung, Zustandekommen der Gesetze. Das Gesetz und die Gesetzespflege. Die Dekrete und Ministerial-

Erlasse, die Militärpflicht, die Schulpflicht, die Steuern und ihre verschiedenen Arten; der Staatshaushalt, die Beamten, die Konfessionen, das Departement und seine Verwaltung, die Gemeinde. Nationalökonomie.

2. Pädagogik und Schulverwaltung.

Erstes Jahr. Die Erziehung: Die physische, die intellektuelle und die moralische Erziehung.

Zweites Jahr. Die Schule: Die Volksschule und ihre verschiedenen Anstalten. Einrichtung und pädagogische Organisation derselben. Die verschiedenen Unterrichtsmethoden, Prüfungen und Schulzucht.

Drittes Jahr. Geschichte der Pädagogik. Die Schulverwaltung und die Schulgesetzgebung: Die Gesetze, Dekrete, Reglements und wichtigsten Cirkulare über die Seminare, die Volksschulen, die Bewahrschulen etc. Das Lehrpersonal und seine gesetzliche Stellung. Die vorgesetzten Dienstbehörden. Pädagogische Bibliotheken. Konferenzen.

3. Die französische Sprache.

Der Unterricht erstreckt sich auf:

a. Lektüre und Vortrag (in allen drei Jahren): Lautes Lesen ausgewählter Stücke. Die wichtigsten Stellen werden auswendig gelernt. Privatlektüre unter Anleitung des Lehrers. Schriftliche oder mündliche Analyse derselben.

b. Grammatik und grammatikalische Uebungen. Erstes Jahr: Studium der französischen Grammatik. Zweites und drittes Jahr: Erweiterung des vorigjährigen Pensums unter Beihilfe der historischen Entwicklung gewisser Regeln. Suffixe und Präfixe. Die zusammengesetzten Wörter. Etymologie. Wörter aus der Volks- und Gelehrtensprache. Wörter mit doppelter Bedeutung. Fremdwörter. Geschichtliches über die Bildung der Sprache. Die alten Dialekte. Verwandtschaft mit den andern romanischen Sprachen. Das Wörterbuch. Diktate. Grammatische und logische Analysen (mündlich).

c. Aufsatz- und Stilübungen. In allen drei Jahren: Erzählungen, Beschreibungen, Briefe, Erklärung von Sentenzen und Sprichwörtern. Aufsatzlehre. Im dritten Jahre: Litteraturgeschichte: Uranfänge; Heldengedichte, Minnegesänge, altfranzösische Erzählungen, Chroniken. Die Renaissance im 16. Jahrhundert; Malherbe, Deskartes, Corneille, Paskal. Das Zeitalter Ludwigs XIV. Das 18. Jahrhundert. Die Philosophen Voltaire, Montesquieu, Rousseau. Die Encyclopädie. Die Nationalökonomien. Das 19. Jahrhundert. Die große Entwicklung der politischen Beredsamkeit, der Geschichtschreibung, der lyrischen Poesie, des Romans und der Kritik. Verslehre. Studium der

Schriftsteller, welche auf der Liste zum Examen für das Befähigungszeugnis ersten Grades stehen.

4. Geschichte und Geographie.

Erstes Jahr: Die Geschichte Frankreichs bis 1875.

Zweites Jahr: Allgemeine Geschichte. 1. Trimester: Geschichte des Altertums bis zur Völkerwanderung. 2. Trimester: Geschichte des Mittelalters. 3. Trimester: Die großen Erfindungen und Entdeckungen im 14. und 15. Jahrhundert. Neuere Geschichte bis 1610.

Drittes Jahr. 1. Trimester: Geschichte der Neuzeit bis zur französischen Revolution 1789. 2. Trimester: Von 1789 bis 1830. 3. Trimester von 1830—1875. Die republikanische Verfassung von 1875. Politische Geographie von Europa 1875. Wiederholung.

5. Geographie.

Erstes Jahr: Geographie von Frankreich und Algier. Summarische Uebersicht Europas und der übrigen Erdteile.

Zweites Jahr: Physische Geographie der aufereuropäischen Erdteile. Politische Geographie: Die Hauptstaaten derselben und die wichtigsten europäischen Kolonien.

Drittes Jahr: Die Geographie Europas. Wiederholung der Geographie Frankreichs. Besondere Betrachtung der einzelnen Staaten. Geschichtliche Uebersicht der geographischen Entdeckungen.

6. Rechnen.

Erstes Jahr: Die vier Species in ganzen Zahlen. Teilbarkeit der Zahlen. Der größte gemeinschaftliche Divisor. Die gewöhnlichen Brüche. Die Decimalbrüche. Das metrische System. Angewandtes Rechnen: Dreisatz, Zins-, Diskonto-, Rabatt-, Teilungs- und Mischungsrechnung. Staatsrenten.

Zweites Jahr: Wiederholung des vorigjährigen Pensums. Quadrate, Kuben, Quadrat- und Kubikwurzeln von ganzen und Decimalzahlen. Der Kettensatz. Zins-, Diskonto-, Rabatt-, Teilungs- und Terminrechnung. Algebraisches Rechnen mit Ausnahme der Teilung vielgliederiger Größen. Zahlengleichungen 1. Grades. Aufgaben.

Drittes Jahr: Wiederholung des vorigjährigen Pensums. Auflösung von Gleichungen 2. Grades mit einer Unbekannten. Anwendung auf arithmetische und geometrische Aufgaben. Arithmetische und geometrische Progressionen. Anwendung auf Zins-, Zins- und Rentenrechnung. Gebrauch der Logarithmentafel. Einfache und doppelte Buchführung; Hauptbestimmungen des Handelsgesetzbuchs über kaufmännische Buchführung.

7. Geometrie.

Erstes Jahr: Planimetrie. Die zwei ersten Bücher nach Legendre. Proportionale Linien. Aehnlichkeit der Figuren.

Zweites Jahr. Fortsetzung: Die regulären Vielecke. Der Kreis. Flächeninhalt. Stereometrie: Die Senkrechte auf der Ebene. Parallelismus der Ebenen. Flächenwinkel. Senkrechte Ebenen. Grundeigenschaften der Flächenwinkel. Polyeder. Inhalt der Körper.

Drittes Jahr. Fortsetzung: Kegel, Cylinder, Kugel. Hauptsätze der Trigonometrie. Anwendung der Geometrie: Aufnahme von Plänen, Konstruktion derselben. Meßinstrumente. Topographische Aufgaben: Feldmessen. Nivellieren. Topographische Pläne und Karten. Die gebräuchlichen Bezeichnungen. Die Generalstabskarte. Praktische Uebungen im Freien. Topographische Spaziergänge.

8. Physik.

Erstes Jahr: Die Schwerkraft, Hydrostatik und Akustik.

Zweites Jahr: Die Wärme und die Optik.

Drittes Jahr: Elektrizität, Magnetismus und Mechanik.

9. Chemie.

Erstes Jahr: Wasser, Luft, Verbrennung, die chemischen Verbindungen im allgemeinen. Die chemischen Formeln und Benennungen. Säuren, Basen, Sauerstoff und Stickstoff. Ammonium. Gesetze der chemischen Verbindungen in Bezug auf Gewicht und Volumen.

Zweites Jahr: Die hauptsächlichsten Metalle und Metalloide. Chlor, Brom, Jod, Schwefel, Phosphor, Kohlenstoff, Schwefelkohlenstoff, Kohlenwasserstoff, Borsäure, Silicinsäure, Salze, Kalium, Natrum, Kalcium, Magnesium, Aluminium, Eisen, Zink, Kupfer, Blei, Quecksilber, Silber, Gold, Platina.

Drittes Jahr: Allgemeine Uebersicht über die elementaren Verbindungen. Analyse und Zusammensetzung organischer Substanzen. Einteilung der organischen Substanzen nach ihren chemischen Funktionen. Die hauptsächlichsten organischen Verbindungen. Im zweiten und dritten Jahre werden von den Seminaristen praktische Uebungen vorgenommen.

10. Naturwissenschaften.

Erstes Jahr. a. Botanik: Allgemeine Kenntnis der Pflanzenbeschreibung und Physiologie der Pflanzen. Einteilung in drei Klassen. Die charakteristischen Merkmale der Hauptfamilien jeder Klasse. Die durch ihren Bau merkwürdigsten Arten. Besonders werden die nützlichen und schädlichen Pflanzen

berücksichtigt. In allen drei Jahren fleißiges Botanisieren unter Anleitung des Professors. b. Geologie: Der Bau der Erde. Warme Quellen, heiße Springquellen. Erdbeben. Entstehung der Gebirgsketten. Vulkanische Bildungen. Die Erdschichten und Ablagerungen. Fossile Tiere und Pflanzen. Die hauptsächlichsten Gesteine.

Zweites Jahr. Zoologie: Einteilung und Klassifizierung der Wirbeltiere. Die Hauptmerkmale der einzelnen Klassen. Einteilung in Ordnungen. Die Haupttiere jeder Ordnung. Geographische Verbreitung derselben. Dann in ähnlicher Weise die Ringeltiere, Weichtiere, Strahlentiere und Urtiere.

Drittes Jahr. a. Zoologie. Fortsetzung: Anatomie und Physiologie des Menschen. b. Gesundheitspflege des Individuums und öffentliche Gesundheitspflege, besonders in Bezug auf die Schulen; ferner: Unglücksfälle und erste Hülfe vor Ankunft des Arztes. c. Botanik: Beschreibung, Bau und Funktionen der einzelnen Organe der Pflanzen. d. Geologie: Gestaltung des Bodens und dessen stete Veränderung. Erweiterung des im ersten Jahre Gelernten. Zuletzt die Bodenbeschaffenheit Frankreichs in Hauptzügen. Geschichte der geologischen Formation des Landes.

11. Landwirtschaft.

Zweites Jahr: a. Die Produktion der Pflanzen. Bodenkenntnis und Verbesserung desselben. Anbau der einzelnen Pflanzen. Feldereinteilung. b. Viehzucht. c. Betrieb der ländlichen Wirtschaft.

Drittes Jahr. Gartenbau: Allgemeine Begriffe des Gartenbaues. Obstbau. Das Veredeln der Bäume. Gemüsebau; alles unter Berücksichtigung der speciellen Eigentümlichkeit der Gegend.¹⁾

12. Zeichnen.

Erstes Jahr. Zeichnen nach Vorlagen: Die Elemente des Ornamentzeichnens, gerade Linien, Kreislinien, reguläre Vielecke, sternförmige Rosetten, geometrische Kurven: Ellipsen, Spiralen etc.; Kurven, aus dem Pflanzenreich entnommen. Abzeichnung von

1) Durch Cirkular des Unterrichtsministers vom 18. Juli 1883 (Bulletin 551 p. 363) wurde der Stundenplan dahin abgeändert, daß in Zukunft auf die Ackerwirtschaft zwei Stunden wöchentlich in beiden Kursen verwendet werden sollen. Die beiden Kurse müssen kombiniert werden, so daß im ersten Winter die eine, im zweiten Winter die andere Hälfte des Pensums durchgearbeitet wird. Im Sommer werden praktische Uebungen und Exkursionen vorgenommen. Ursprünglich waren für den zweiten Jahrgang zwei, für den dritten Jahrgang eine Stunde in Ansatz gebracht.

Flachornamenten in Gips mit leichter Relieferung; Zeichnen nach Abdrücken und nach Reliefs: 1. Von rein geometrischen Ornamenten, als: Gesimsen, Rundverzierungen, Herzformen etc. 2. Von Ornamenten aus dem Pflanzenreich, als: Blättern, Blumen, Früchten etc. Kurze Uebersicht über die Arten der Baukunst. Zeichnen des menschlichen Kopfes in Grundrissen; seine Teile und deren Proportionen. — Geometrisches Zeichnen: Anwendung von Lineal, Zirkel, Winkelmaß und Winkelmesser. Ausführung von geometrischen Umrissen auf Papier; Anwendung auf Dekorationsentwürfe, Tafelung; Plättung, Glasfenster, Thürbekleidungen, Zimmerdecken. Aufnahme mit Maßangabe, geometrische Darstellung im Umriss und nach bestimmtem Maßstabe von geometrischen Körpern und einfachen Gegenständen; Zimmer- und Tischlerarbeit, Möbel, Gewölbsteine etc.; Anfänge des Tuschens ohne Schattierung.

Zweites Jahr. Wiederholung des vorigjährigen Pensums. Zeichnen nach Vorlagen: Elemente der Perspektive. Perspektivische Zeichnung im Umriss, dann mit Schattierung von geometrischen Körpern und gebräuchlichen Gegenständen; Zeichnung von Baustücken, Postamenten, Pfeilern etc.; Zeichnung der verschiedenen Teile des menschlichen Körpers. Kenntnis des Baues desselben und der Verhältnisse der Teile zum Ganzen. — Geometrisches Zeichnen: Die Senkrechte und Ebene im Raum. Die Projektion. Projektion geometrischer Körper und einfacher Gegenstände. Abzeichnung und Reducierung von Bauplänen, Maschinen und Maschinenteilen. Tuschen.

Drittes Jahr. Wiederholung des vorigjährigen Pensums. Zeichnen nach Vorlagen. Schattierte Zeichnung von Bauteilen: Postamenten, Säulen, Kapitälern etc. Friese: nach dorischer, jonischer und korinthischer Bauart; Pflanzen-, Tier- und Gestaltverzierungen nach Vorlage und nach Gipsabguß; die menschliche Gestalt nach Vorlage und nach Gipsmodell. Geometrisches Zeichnen: Bauwerke und Maschinen. Pläne nebst Maßangabe von einem Gebäude und den Hauptteilen desselben. Skizze und Fertigstellung nach bestimmtem Maßstab; ebenso von Maschinen und passend gewählten Werkzeugen. Kopieren und Reduktionen von topographischen Karten: Tuschierübung an Plänen und Karten.

13. Musik und Gesang.¹⁾

Erstes Jahr. Die Anfangsgründe. Aussprache und Betonung. Tonansatz. Atemholen. Einteilung der Töne. Singen

1) Der Unterricht im Gesang wird in zwei halben Stunden wöchentlich in allen Jahrgängen erteilt; in Instrumentalmusik ebenfalls. Der Unterricht im Gesang und im Orgel- resp. Klavierspiel fällt in die Studierzeit,

im C- und G-Schlüssel in allen Dur- und Moll-Tonarten und in den gewöhnlichsten Taktarten. Leichte Diktate. Singen einfacher Stücke. Die ersten Uebungen auf der Orgel oder dem Klavier. Tonleiter in allen Dur- und Moll-Tonarten.

Zweites Jahr. Fortsetzung der Takt- und Einsatzübungen. Treffübungen in allen Tonarten. Diktate. Ausführung mehrstimmiger Gesänge. Fortsetzung der Uebungen auf der Orgel oder dem Klavier.

Drittes Jahr. Chorgesänge. Begleitung. Fortsetzung der Uebungen auf den Instrumenten. Einführung in die Kenntnis der Hauptwerke klassischer Meister.

14. Turnen.

Erstes Jahr. Freiübungen. Schwimmen. Militärische Uebungen ohne Waffen.

Zweites Jahr. Uebungen mit Hanteln, Stab, Keule. Stangenspringen. Turnen an Geräten. Militärische Uebungen, zuletzt mit Waffen. Schiefsübungen auf kurze Entfernungen.

Drittes Jahr. Fortsetzung der Uebungen an den Geräten, der militärischen und Schiefsübungen.

B. Die Lehrerinnenseminare.

Die Stundenverteilung für die einzelnen Disciplinen ist folgende:

Lfd. Nr.	Unterrichtsgegenstände.	Zahl der Wochenstunden.			Bemerkungen.
		1. Jahr.	2. Jahr.	3. Jahr.	
	Unterrichtsgegenstände, welche Vorbereitung erfordern:				
1	Sittenlehre und bürgerliches Leben	1	1	1	
2	Pädagogik und Schulverwaltung	1	1	1	
3	Sprache und Grundrifs der franz. Litteratur .	6	5	4	
4	Geschichte	4	3	3	
	Zu übertragen . .	12	10	9	

aber er wird speciell noch Donnerstags und Sonntags erteilt. Die Uebungen und Repetitionen fallen in die für die Erholung bestimmte Zeit. Den Gesangunterricht erhält jeder Jahrgang für sich, jedoch werden sämtliche Seminaristen häufig zum Chorgesang versammelt. Die Schüler der Uebungsschule können zur Teilnahme an den leichtern Chören hinzugezogen werden.

Lfd. Nr.	Unterrichtsgegenstände.	Zahl der Wochenstunden.			Bemerkungen.
		1. Jahr.	2. Jahr.	3. Jahr.	
	Uebertrag . .	12	10	9	
5	Geographie	1	1	1	1) Eine Stunde während eines Semesters. 2) Wie vor. 3) Zwei Stunden während des einen, eine Stunde während des andern Semesters. 4) Wie ad 1.
6	Rechnen	3	3	3	
7	Physik	—	$\frac{1}{2}$ 1)	1	
8	Chemie	—	1	$\frac{1}{2}$ 2)	
9	Naturwissenschaften . .	1	1	$1\frac{1}{2}$ 3)	
10	Hauswirtschaft und Gesundheitslehre	—	$\frac{1}{2}$ 4)	1	
	Summa der Unterrichtsstunden, welche Vorbereitung erfordern . .	17	17	17	
	Unterrichtsgegenstände, welche keine Vorbereitung erfordern:				
	Schreiben	3	1	—	
11	Weibliche Handarbeit . .	3	3	3	
12	Zeichnen	4	4	4	
13	Gesang und Musik	2	2	2	
	Summa der Unterrichtsstunden	29	27	26	
	Unterricht, während der Erholungen erteilt:				
14	Turnen	2	2	2	
	Botanisieren und Gartenbau	2	2	2	
	Fakultatives Fach:				
	Lebende Sprachen	2	2	2	

Der Lehrplan für die Lehrerinnenseminare hat einige Abweichungen. Geometrie, Landwirtschaft und Handfertigkeitsunterricht fehlen als besondere Unterrichtsfächer; dagegen kommen Haushaltungslehre und weiblicher Handarbeitsunterricht hinzu.¹⁾

In den ersten fünf Fächern stimmen die Lehrpläne im allgemeinen mit denen der Lehrerseminare überein, nur ist der Unterricht über bürgerliches Leben und über Schulverwaltung für die Lehrerinnenseminare nicht so ausgedehnt.

1) Cfr. die Lehrpläne für die Lehrerinnenseminare genau Bulletin 470 p. 1216 ff.

Im Rechnen ist der Lehrplan im ersten Jahre in beiden Anstalten derselbe; für die Seminaristinnen ist er im zweiten und dritten Jahre einfacher: Wiederholung des im ersten Jahre Gelernten, Quadrate, Kuben, Quadratwurzeln aus ganzen Zahlen und Decimalbrüchen, der Kettensatz, Zins-, Diskonto- und Wechselrechnung. Die einfachsten Begriffe der Planimetrie. Flächeninhalt; Inhalt der Körper und Buchführung.

In der Physik und Chemie ist das Pensum bedeutend vereinfacht, während in der Naturgeschichte die Anforderungen ziemlich gleiche sind. Nur wird in den Lehrerinnenseminaren die Gesundheitslehre nicht mit dem naturwissenschaftlichen Unterrichte, sondern mit der

Haushaltungskunde verbunden.

Der Lehrplan in letzterer ist folgender: Zweites Jahr a. Der Haushalt: Einrichtung und Unterhaltung des Wohnhauses; Heizung, Licht, Unterhaltung des Mobiliars, der Tuche und Leinwand, Bügeln, Waschen, Bleichen, die Bereitung der verschiedenen Lebensmittel und ihre Aufbewahrung, Führung des Haushaltungsbuches. b. Der Garten: Allgemeine Begriffe der Bodenkultur, Einteilung des Gartens, die Gartenarbeiten und Gerätschaften; der Obstgarten; der Gemüsegarten; der Blumen Garten. Vieh- und Milchwirtschaft. Schaf- und Schweinezucht. Das Geflügel. Tauben. Kaninchen. Seidenraupen. Drittes Jahr: Wie in den Lehrerseminaren unter b: Gesundheitspflege.

Im Handarbeitsunterricht wird folgendes vorgenommen: Erstes Jahr: Die verschiedenen Stiche, Saum, Ueberhandnaht, Steppen, Zeichnen, Stopfen in einfachem Leinen und in Gebild, Stricken und Ausbessern. Zweites Jahr: Nähen in Leinwand; Herren-, Frauen- und Kinderhemden, Unterhosen, Jacken, Hauben u. s. w. Drittes Jahr: Schnitt und Anfertigung von Kleidern. Reduktion von Schnittmustern. Prinzesskleid. Schofskleid. Kinderkleid.

Im Zeichnen ist der Stoff auch weniger ausgedehnt: Zeichnen von Bauplänen, Maschinen etc. fällt weg, während mehr auf den Handarbeitsunterricht Rücksicht genommen wird. Der Unterricht in Musik hat denselben Lehrplan. Das Turnen besteht meistens in Freiübungen und fällt in die Erholungsstunden; es ist der Natur der Mädchen angepaßt. Keine Turnübung darf eine halbe Stunde überschreiten.

§. 19.

Die ministerielle Instruktion.

Die ministerielle Instruktion zu dem Organisationsdekret und zu den Lehrplänen vom 18. Oktober 1881¹⁾ kann wegen der

1) Bulletin 472 p. 1634 ff.

Ausführlichkeit derselben auch nur auszugsweise wiedergegeben werden.

Die Aufnahme in das Seminar, so heisst es in dem Cirkular, geschieht durch eine Prüfung auf ganz neuer Grundlage; das Lehrpersonal ist vermehrt worden und entspricht dem Bedürfnis; für die Aufsicht und für die Oekonomie ist hinlänglich gesorgt, die Geschäfte der Direktion beschränken sich nunmehr auf ihre eigentliche Aufgabe.

Die Universität hat lange und mit Recht gefordert, in ihrem Bereich wieder selbst Herr zu werden; was den höhern und den Sekundärunterricht angeht, so ist dies durch das Gesetz vom 27. Februar 1880 geschehen, indem es den Akademierat¹⁾ und den hohen Unterrichtsrat reorganisierte. Der Volksschulunterricht fordert für sich auch die Verwaltung innerhalb der Universität, und dieses Ziel ist erreichbar. Die Reform der Seminare ist ein erster Schritt auf dieser Bahn, wozu den Minister die öffentliche Meinung, die einstimmigen Wünsche der Gesamtlehrerschaft der Volksschule und seine eigene Ansicht veranlassten. Bisher waren die Seminare verschiedenen Autoritäten unterworfen, welche entgegengesetzte Einflüsse geltend machten; sie suchten Schutz und Hülfe und fanden sie nirgends; wenn sie auch nicht mehr mit Mißtrauen angesehen wurden, wie dies der Gesetzgeber von 1850 that, so betrachtete man sie doch wenigstens mit zu allgemeiner Gleichgültigkeit. Dies ist heute nicht mehr der Fall. Seit dem Gesetz vom 16. Juni 1881, welches die Unentgeltlichkeit des Volksschulunterrichts festsetzte, sind sie reine Staatsanstalten geworden; das Dekret vom 29. Juli desselben Jahres befreite sie von ihrem Zwang und stellte sie unter eine Autorität, den Rektor, welcher nunmehr alleiniger Vorgesetzter des Seminars ist; er hat die Verbesserungsvorschläge betreffs des Seminarwesens dem Minister zu machen, er ist der Vorgesetzte des Verwaltungs- und Lehrpersonals, er wählt und ernennt die Hülfsprofessoren, er ordnet mit Zustimmung des Ministers die Einführung der Nebenkurse an, die ihm nützlich erscheinen, er setzt die innere Anstaltsordnung fest, bereitet das Budget vor, er ernennt die Aufsichtskommission, hat die Disziplinarbefugnis, kontrolliert die Ascensionsprüfungen, überwacht die Rekrutierung der Zöglinge, bestimmt den Gang der Studien und beaufsichtigt die Ausführung der Lehrpläne und die Beobachtung der richtigen Methode. Ihm ist die grösste Freiheit innerhalb der durch das Dekret vom 29. Juli und den Erlaß vom 3. August 1881

1) Der Akademierat (*conseil académique*), dessen Vorsitzender der Rektor der Akademie ist, hat seit seiner Reorganisation mit dem Volksschulwesen nichts mehr zu thun.

vorgeschriebenen Grenzen für die innere Ordnung der Anstalt überlassen.

Aber das Seminar soll deshalb nicht ohne jede Beziehung zu den Departementsbehörden stehen. Das Dekret hat ein Doppeltes bezweckt: 1. Gleichheit der Zöglinge in jeder Beziehung; 2. Beseitigung der Einflüsse und Konflikte zwischen den verschiedenen vorgesetzten Behörden.

Die Generalräte resp. der Präfekt haben nicht mehr zu intervenieren wegen der Freistellen, denn es giebt deren keine mehr; für alle Zöglinge bestehen dieselben Rechte und dieselben Pflichten; die Aufsichtskommissionen haben nichts mehr mit dem Unterrichtsgang zu schaffen und kein Urteil mehr über die Tüchtigkeit der Lehrer abzugeben; dafür leiten sie jedoch die materielle und finanzielle Seite der Anstalt. Die Bestimmungen sprechen nicht dagegen, daß sie die Aufsicht führen über die Disziplin und Haltung der Anstalt im allgemeinen, über die Hausordnung, über den moralischen Stand der Lehrer und Schüler, kurz, über den Geist des Hauses. Sie sollen gleichsam die sorgsam Väter der Anstalten sein, ohne sich jedoch um das Didaktische und Technische zur Vorbereitung der angehenden Lehrer zu kümmern.

Es soll eine lebendigere Anregung in die Studien gebracht werden; man muß aufhören, die Schüler zu unfruchtbarer Ermüdung in einem Unterricht zu verurteilen, welcher sich nicht zu beschränken versteht; das Gedächtnis darf nicht mit einem Haufen schlecht geordneter Kenntnisse überladen werden, sondern die Zöglinge sind zu eigener Verstandesthätigkeit zu ermutigen; es muß mehr „Luft und Licht“ in das Leben der Zöglinge kommen, ihrer Erziehung ist ein freier Gang, den körperlichen Uebungen und der freien Ausbildung des Verstandes ein breiter Spielraum zu lassen. Das Seminar hat die Aufgabe, nicht bloß mit Zeugnissen versehene Leute, sondern Männer zu schaffen. Dies sind die Gedanken, welche den Ober-Unterrichtsrat bei der Aufstellung der Lehrpläne geleitet haben.

Die Rektoren können sich leicht von allen Verhältnissen der Seminare sichere Kenntnis verschaffen durch die Inspektoren der Akademie, müssen aber auch selbst die Seminare besuchen, um die Ueberzeugung zu gewinnen, daß die Direktion die richtige sei, daß das Lehrpersonal seine Pflicht thue und nichts der Anstalt abgehe, was für ihr Gedeihen gesetzlich geleistet werden kann. Sie sollen einzelnen Lehrerkonferenzen beiwohnen, die Zöglinge durch ihren Rat und ihre Gegenwart ermuntern, besonders bei den praktischen Unterrichtsübungen, sowohl gelegentlich der Vorträge vor versammeltem Seminar als in der Uebungsschule.

Diesem Cirkular ist die Instruktion beigelegt.

1. Allgemeines.

Der Erlaß vom 3. August 1881 umfaßt mehr als einen Lehrplan. Der Ober-Unterrichtsrat hat geglaubt, nicht nur den Rahmen des Unterrichts bezeichnen und mit bestimmten Weisungen ausfüllen zu müssen, sondern auch darzuthun, wie das ganze Leben des Zöglings eingerichtet werden muß, welcher Platz der Erholung und den körperlichen Uebungen, sowie den Lehrstunden und der eigenen Beschäftigung anzuweisen ist, welche Richtung die Studien zu nehmen haben und auf welchen Principien die Methode beruhen soll, deren Endzweck die Heranbildung von Lehrern ist.

Die periodischen Konferenzen der Professoren sollen die Einheit des Unterrichts und die Harmonie in der Arbeit fördern. Die Anordnung mündlicher Vorträge der Zöglinge in Gegenwart der Lehrer und Mitschüler, sowie die Beteiligung der letztern an der Uebungsschule zeigen das große Gewicht, welches auf die berufsmäßige Ausbildung gelegt wird; durch die Beseitigung des Mißbrauchs, welcher mit langen Aufsätzen, Handbüchern, Diktaten und allem, was die maschinenmäßige Arbeit fördert, getrieben wird, ist die Notwendigkeit persönlicher Arbeit und eigenen Nachdenkens angezeigt; die genaue Präcisierung und Verteilung der einzelnen Unterrichtsstoffe macht dem Hin- und Herschwanken der Direktoren und Lehrer ein Ende, jedem Fache ist der Platz angewiesen, welcher ihm gebührt. Die Gesichtspunkte, von denen der Ober-Unterrichtsrat bei der Abfassung der allgemeinen Vorschriften über den Unterricht an den Seminaren ausgegangen ist, sind folgende: Harmonisch die physischen und geistigen Kräfte des Zöglings zu entwickeln, die Regeln einer vernünftigen und lebendigen Methode festzustellen, welche dem Wort vor dem Heft, dem Nachdenken vor dem Gedächtnis den Vorzug giebt; den Unterricht selbst in die richtigen Grenzen zu setzen, um der persönlichen Arbeit breiten Spielraum zu gestatten; die Zöglinge auf ihren Beruf vorzubereiten, indem sie daran gewöhnt werden, sich mehr auf sich selbst und weniger auf andere zu verlassen. In diesem Sinne sollen alle an die Arbeit gehen, die das Seminar zu dirigieren oder Unterricht an demselben zu erteilen berufen sind.

2. Sittenlehre und bürgerliches Leben.

Es ist das erste Mal, daß dieser Unterrichtsgegenstand als Fach für sich im Seminar behandelt wird. Die Erteilung des Unterrichts in diesem Fache ist wegen seiner besondern Wichtig-

keit dem Seminardirektor vorbehalten.¹⁾ Um einen allseitigen Erfolg zu erzielen, muß der Unterricht zwei Eigenschaften haben: 1. Große Einfachheit, 2. große Genauigkeit. Der Unterricht, welcher sich im ersten Jahre mit den Elementen der Psychologie beschäftigt, wird an Zöglinge erteilt, welche noch wenig oder gar nicht vorbereitet sind für die Behandlung abstrakter Lehrgegenstände; es ist daher erforderlich, 1. daß der Lehrer der Versuchung widerstehe, rein wissenschaftlich zu verfahren, und es sorgfältig vermeide, sich in Abstraktionen zu verlieren; 2. daß er durch öftere und sorgfältig gestellte Fragen seine Schüler, welche noch keinen weiten Gesichtskreis haben, daran gewöhne, sich an die eigene Erfahrung und an das eigene innere Gefühl zu wenden; 3. daß seine Ausführung verständlich und seine Sprache einfach seien, ohne das Exakte zu verlieren.

3. Pädagogik und Schulverwaltung.

Man kann nicht sagen, daß bisher Pädagogik in den Seminaren nicht getrieben worden sei, aber man kann behaupten, daß sie den ihr gebührenden Platz nicht vollauf gehabt hat. Bisher war ein Lehrplan in diesem Fach nicht aufgestellt, der Unterricht oft unvollständig, zu weitläufig und ungeordnet. Das kommt in Zukunft nicht mehr vor. Die Pädagogik wird besonders behandelt, sie wird gleichmäßig wie die Methode im praktischen Unterricht in der Uebungsschule und in den Konferenzen gelernt, in den Lehrerinnenseminaren dazu noch in den Kleinkinderschulen. Der Lehrplan umfaßt alles, was die angehenden Lehrer lernen müssen, nichts mehr und nichts weniger. Die Konferenzen, in welchen die Zöglinge sich üben und die schon in einer Anzahl von Seminaren eingeführt sind, haben durch ihren Erfolg den Ober-Unterrichtsrat bestimmt, dieselben allgemein vorzuschreiben, aber sie müssen, um die rechten Früchte zu bringen, mit großer Sorgfalt geleitet werden. — Die Schulverwaltung als Unterrichtsgegenstand ist ebenfalls neu in den Seminaren; aber Lehrer zu sein und nicht die wichtigsten gesetzlichen Bestimmungen zu kennen, von welchen die Lage der Lehrer und Schüler abhängt, ist eine Lücke, welche durch Aufnahme dieses Lehrgegenstandes in den Lehrplan ausgefüllt werden muß.

Der Unterricht in der Sittenlehre und dem bürgerlichen Leben, an welchen sich derjenige in der Schulverwaltung anreicht, ist sowohl wegen des Interesses wie auch wegen der Schwierigkeit der vornehmlichste Teil des Gesamtunterrichts, „le haut enseigne-

1) Bezüglich der eingehenden Behandlung des Gegenstandes wird auf den Vortrag von M. P. Janet hingewiesen, welchen derselbe im Ober-Unterrichtsrat gehalten und im Journal de l'Instruction publique 1881 Nr. 5 veröffentlicht hat. Vgl. ferner einen Artikel Janets in der Revue pédagogique 1881 Nr. 7 über denselben Gegenstand.

ment de l'école“. Deshalb glaubte der Ober-Unterrichtsrat denselben dem Manne anvertrauen zu müssen, welcher ganz speciell mit der Erziehung der Zöglinge beauftragt ist, welcher neben der höchsten Autorität die grösste Erfahrung und das beste Lehrgeschick hat, dem Seminardirektor selbst.

4. Die Sprache und Elemente der französischen Litteratur.

a. Lesen. Die Zöglinge müssen zunächst lesen lernen; gutes Lesen ist eine grofse Kunst; der Lehrer aber muß mehr als jeder andere zu lesen verstehen, und zwar so, daß er mit der richtigen Aussprache das richtige Verständnis verbindet. Die richtige Aussprache kann nur durch unausgesetztes Ueben und unter unablässigem Antreiben des Lehrers erworben werden; wenn dies erreicht ist, wird das verständnisvolle Lesen geübt; der Zögling muß den Text verstehen und durch das Lesen bewirken, daß die Zuhörer ihn auch verstehen. Der innerste Gedanke des Schriftstellers soll erfaßt und durch das Lesen den andern klar werden; er muß verfolgt werden und dem Zuhörer klar kleiben durch ein ganzes Kapitel, durch ein ganzes Buch hindurch. Der Leser muß die Schönheiten eines grofsartigen Auftrittes oder eines herrlichen Abschnittes fühlen und die Zuhörer mitreißen. Und dies ist von jedem Lehrer in gewissem Grade zu verlangen, wenn ihn nicht der Vorwurf treffen soll, daß er ungeeignet ist, den nützlichsten und erhabensten Teil seiner Aufgabe zu erfüllen, denn die Kunst des Lesens und die Erweckung der Liebe der Kinder zum Lesen ist das Hauptmittel, in denselben die Liebe zum Schönen und das Gefühl des Idealen hervorzurufen. Aber dies ist nur die Hälfte der Aufgabe. Die Zöglinge sollen auch lernen, die Bücher zu lieben und Geschmack an der Lektüre zu bekommen. Der Lehrer darf sich nicht damit begnügen, einzelne Abschnitte mit den Zöglingen zu lesen, er soll allmählich zur Lektüre ganzer Bücher übergehen, und wenn der Schriftsteller als solcher berühmt ist, soll der Seminarist wenigstens summarisch mit dem Inhalte des ganzen Werkes bekannt gemacht werden. So werden sich die Zöglinge an dem Lesen der grofsen Schriftsteller erbauen und das Bedürfnis aus dem Seminar mitnehmen, sich weiter auszubilden.

b. Die Deklamation ist eine notwendige Ergänzung der Leseübungen. Die Zöglinge sollen nicht viel lernen, aber was sie lernen, muß gut gelernt sein, so daß sie für ihr Leben eine Anzahl jener unsterblichen Stellen behalten, welche jedermann auswendig weiß oder doch wissen sollte. Es hat dies verschiedenen Nutzen: 1. das Gedächtnis wird geschärft, 2. es wird dadurch ein Vorrat von Gedanken erworben und mit diesen eine Sammlung gewählter Begriffe und Ausdrücke zur Wiedergabe von Gedanken; 3. man lernt besser lesen, denn wer gut dekla-

miert, liest auch gut; 4. die Schönheit des Gelesenen wird tiefer erfaßt, denn die Schönheiten enthüllen sich nicht sogleich; um recht erfaßt zu werden, erfordern sie aufmerksames und häufiges Lesen.

c. Stilübungen. Lesen und Deklamation sind die besten Vorbereitungen zu den Stilübungen. Kein Unterricht hat eine solche Wichtigkeit wie dieser, aber kein anderer Gegenstand ist in den Seminaren bisher so wenig gepflegt worden. Um dem Uebel abzuhelpen, sind zunächst die vorbesprochenen Uebungen richtig zu betreiben; die Themata sind richtig zu wählen, dem Grad der Fähigkeit der Zöglinge angemessen, die Korrektur aller Arbeiten muß eine gewissenhafte sein. Die Themata müssen innerhalb der noch beschränkten Sphäre der Zöglinge liegen; alles ist fernzuhalten, was einen nach Effekt haschenden, schwülstigen Stil fördert. Vor allem ist auf Genauigkeit und Einfachheit zu sehen; die Zöglinge sollen lernen, wie man die Gedanken findet und sie logisch ordnet; die Einbildungskraft soll nach und nach gepflegt, aber Uebertreibung und hochtrabende Phrasen vermieden werden. Beständig sind den Seminaristen tadellose Muster vorzuhalten, durch welche sie auf dem Wege der Nachbildung und Aneignung sich die guten Eigenschaften der Darstellung erwerben, welche die klassischen Schriftsteller auszeichnen. Die Haupteigenschaften dieses Unterrichts sind: einfach und praktisch.

d. Grammatik. Der Unterricht erfordert Einfachheit unter Vermeidung aller Spitzfindigkeiten, Streitfragen und unfruchtbaren Kuriositäten; interessant wird der Unterricht gemacht werden durch die Erlernung des Ursprungs und der Bildung der Sprache, jedoch ohne gelehrte Untersuchungen und gewagte Hypothesen.

e. Elemente der französischen Litteratur. Dieser Unterrichtszweig hat bis jetzt in den Seminaren eigentlich nicht existiert. Es darf hier nicht zu sehr auf das Einzelne eingegangen werden, sondern man muß sich auf die allgemeinen Kenntnisse beschränken, welche man von jedem wohl unterrichteten Menschen verlangen kann.

5. Geschichte.

Da das Examen für das brevet élémentaire am Ende des ersten Jahreskursus abgelegt werden muß und dieses Examen die allgemeine Uebersicht über die französische Geschichte fordert, so ist letztere in das erste Schuljahr verlegt. Der Ober-Unterrichtsrat hat geglaubt, daß für die Durchnahme des ganzen Gebietes der vaterländischen Geschichte vier Stunden genügen. Die Zöglinge bringen in der Regel genügende geschichtliche Kenntnisse mit; letztere sollen nicht so sehr erweitert, als vielmehr die Ansichten und das Urtheil der Seminaristen über die Ereignisse richtig gestellt, die noch unvermittelten Kenntnisse

unter einheitliche Gesichtspunkte gebracht und nur diejenigen Abschnitte, welche in der Volksschule weniger genau erlernt sind, eingehender betrachtet werden. Im allgemeinen sind die Hauptereignisse darzustellen, welche die Geschichte des Landes beherrschen und beleuchten; es muß mehr das Volk als die Regenten und die Regierung in den Vordergrund gezogen werden; dahin gehören die Prüfungen, welche das Volk durchgemacht, die Umbildungen, welche es erfahren, große Männer, große Entdeckungen und große Einrichtungen, welche dem Volke das unzerstörbare Gepräge aufgedrückt haben. — In der Geschichte des Altertums ist der Hauptgang der Bildung besonders zu betonen; es werden die Völker, die Männer hervorgehoben, welche am meisten zum Fortschritt des menschlichen Geistes beigetragen haben, sodann die Sitten und Einrichtungen der alten Völker. Hierfür genügen drei Monate; der Rest des zweiten und des dritten Jahres können auf die Vornahme der allgemeinen Geschichte verwandt werden. Jedoch soll diese allgemeine Geschichte nichts anderes sein, als die erweiterte Geschichte des Vaterlandes, deren Verständnis aufgeklärt wird durch die Geschichte derjenigen Völker, mit welchen das Vaterland in Beziehungen steht. Das darf der Geschichtslehrer nie vergessen, daß die Geschichte Frankreichs der Ausgangs- und Mittelpunkt des gesamten geschichtlichen Unterrichts ist. Mit dem geschichtlichen Unterricht muß der geographische stets verbunden sein.

6. Geographie.

Derselbe Grund, aus welchem die Geschichte Frankreichs im ersten Jahre vorgenommen wird, trifft bei der Geographie auch zu. Ueber den Lehrgang giebt der Lehrplan genügende Aufklärung. Besonders gilt betreffs der Methode der Grundsatz: Wenig und gut. Es ist nicht mehr nötig, den Gebrauch des Globus und der Landkarten zu empfehlen, ebenso nicht das Kartenzeichnen. Hauptfordernis der Karten ist Einfachheit; sie sollen gleichsam den zu Papier gebrachten Vortrag des Lehrers bilden; jeder Lektion soll eine Karte entsprechen. Letztere sind keine Zeichenübungen, Farbe und Tusche sind überflüssig, farbige Bleistiftzeichnung genügt. Der Seminarist hat viele Karten zu zeichnen; es ist dies sehr wesentlich, denn man weiß die Geographie eines Landes dann erst recht, wenn man eine Uebersicht desselben entwerfen kann. Die Karten müssen ziemlich genau sein, und das können sie in dem Maße, als sie einfach sind. Der Lehrer zeichnet die Karten an der Wandtafel vor. Geeignete Lektüre über Entdeckungsreisen, Sitten und Gebräuche der Völker beleben den geographischen Unterricht und halten jene Trockenheit fern, welche da nicht zu vermeiden ist, wo der Unterricht in die Erlernung unzähliger Namen ausartet.

7. Rechnen und Algebra.

Der Lehrplan ist in den Lehrerseminaren etwas ausgedehnter, als in denjenigen für Lehrerinnen; in letztern fehlen die Kubikwurzeln, Progressionen und Kenntniss der Logarithmentafel; jedoch wird Planimetrie zur Berechnung des Flächeninhaltes vorgenommen, was eigentlich nichts anderes ist, als die Anwendung des metrischen Systems. Die Zöglinge sollen besonders lernen, richtige Schlussfolgerungen zu ziehen, und sich nicht mit halben Gründen zufrieden stellen. Das Gedächtnis kann nur in zweiter Linie zu Hülfe kommen. Ein Hinausgehen über den Rahmen der Volksschule muß mit obigen Ausnahmen vermieden werden, auch bleiben alle rein theoretischen Fragen außer Betracht. Das Theoretische wird nur insoweit berücksichtigt, als es zur praktischen Anwendung notwendig erscheint. Die Aufgaben sollen aus dem täglichen Leben, dem Handel, der Industrie, den Gewerben und der Landwirtschaft genommen werden.

8. Geometrie.

Sie wird nur in Lehrerseminaren vorgenommen. Das Hauptgewicht ist auch hier nur auf das Praktische zu verlegen; das Theoretische darf nur insoweit hervorgehoben werden, als es erforderlich ist, um den innern Zusammenhang der Lehrsätze zu verstehen. Wichtig ist die Darstellung der Figuren, sowie deren besondere Eigenschaften, welche ihre Anwendung im Linear- und Ornamentzeichen, im Feldmessen und Nivellieren, sowie bei der Theorie der Entwürfe von Grundrissen finden. Lösung von Aufgaben ohne praktische Bedeutung darf nicht vorkommen; es sollen besonders die verschiedenen Aufgaben über Flächen- und Körpermaße, Maßbestimmungen der Linien und Figuren, sowie Konstruktionsaufgaben aus dem Linearzeichnen geübt werden. Die angewandte Geometrie füllt fast ganz das dritte Jahr aus; es erhellt daraus die Wichtigkeit der praktischen Anwendung. Der Lehrer soll mit den Seminaristen praktische Uebungen auf dem Felde vornehmen, sie mit den Meßapparaten bekannt machen, Pläne mit ihnen entwerfen, einfache und komplizierte Nivellements ausführen und denselben die Darstellung der Bodenerhöhungen und Senkungen klar machen. Daneben sind topographische Exkursionen zu unternehmen, um mit der Generalstabskarte in der Hand die Aufmerksamkeit der Zöglinge auf das Einzelne hinzulenken und ihnen die Kenntniss beizubringen, aus einer guten Karte die genaue Beschaffenheit eines auch unbekannten Terrains zu ersehen.

9. Physik.

Der Lehrplan zählt ein reichhaltiges Material auf, aber der Ober-Unterrichtsrat hat nur im allgemeinen die Richtpunkte bezeichnen wollen, innerhalb welcher der Lehrer sich zu halten hat. Der Unterricht soll wesentlich praktisch und experimental sein; die Zöglinge müssen genau die Apparate und ihre Teile kennen lernen. Der Unterricht geht von Bekanntem aus; von den allgemein bekannten Erscheinungen schreitet er fort zum Gesetz. Algebraische Formeln sind nur im Notfalle zu Hülfe zu nehmen; in den Bereich des Unterrichts soll gezogen werden, was das Hauswesen, die Industrie, die Landwirtschaft, besonders die einheimische Industrie und Landwirtschaft, sowie die Meteorologie betrifft. — Für die Lehrerinnenseminare ist der Lehrplan einfacher.

10. Chemie.

Die vorigen Bemerkungen passen auch hierhin. Der Lehrer darf von keinem Gegenstand sprechen, ohne ihn den Zöglingen zu zeigen und nach Bedürfnis in die Hände zu geben; Experimente sollen häufig gemacht, jedoch gefährliche vermieden werden. Besonders ist Rücksicht zu nehmen auf die einheimische Industrie und die Landwirtschaft; für die Zöglinge ist es lehrreich, in die wichtigsten Fabriken der Gegend geführt zu werden.

11. Naturwissenschaften.

In Wirklichkeit hat dieser Unterricht in den Seminaren nicht existiert; nach dem Reglement vom 2. Juli 1866 waren nur zwei Stunden pro Woche für Zoologie und Botanik im 1. Jahr angesetzt, Geologie fehlte ganz. Mit Ausnahme der Botanik ist der Unterrichtsstoff für die Lehrerseminare erweiterter als für die Lehrerinnenseminare. In beiden Anstalten fällt die Botanik in das 1. und 3. Jahr, jedoch sind in allen drei Jahren Botanisierungsübungen unter Anleitung des Lehrers resp. der Lehrerin vorgeschrieben. Der praktische Charakter des Unterrichts tritt dadurch hervor; auch in Zoologie und Geologie soll der Lehrer sich hauptsächlich mit den einheimischen Erscheinungen befassen.

In der Zoologie werden besonders die nützlichen und schädlichen Tiere vorgenommen, dann die Haustiere und die Tiere der Heimat. So sind z. B. für die Seminare der Küstendepartements die Seetiere von Interesse, während sie für die innern Departements weniger wichtig sind.

In der Botanik sollen nicht die verschiedenen Klassifikationen vorgenommen werden, sondern der Lehrer hat die Zöglinge mit den einheimischen Pflanzen bekannt zu machen, welche im Feld, Wald und besonders auf dem Acker gedeihen; die beim Botani-

sieren gesammelten Pflanzen müssen von den Seminaristen selbst bestimmt werden; auch ist Anlegung von Herbarien erforderlich.

In der Geologie müssen ebenfalls stets Proben vorliegen; das lokale Interesse ist vorwiegend. Der Lehrer zeigt, wie die physische und chemische Beschaffenheit des Bodens von der Natur und der Zusammensetzung der Gesteine abhängt, und wie die Pflanzen, die dort wachsen, von der geologischen Konstitution des Bodens bedingt sind. Exkursionen ergänzen und vervollständigen den Unterricht.

12. Landwirtschaft¹⁾ (für die Lehrerseminare).

Die Seminare sind keine landwirtschaftlichen Institute; es sollen daselbst keine praktischen Landwirte ausgebildet werden. Die Zöglinge müssen genaue Kenntnis der Bodenarten haben, sowie der verschiedenen Mittel, dieselben zu verbessern; sie sind mit den einzelnen Kulturen, hauptsächlich aber den in der Gegend vorkommenden, bekannt zu machen, ferner mit der Verwaltung eines Pachtgutes, dem Anbau eines Gartens etc., so daß sie in der Lage sind, in der Volksschule die Grundzüge dieser Wissenschaft zu lehren, gute Ratschläge zu geben, alte schlechte Gewohnheiten und Vorurteile wirksam zu bekämpfen. Um dies zu erreichen, genügen einfacher und klarer Unterricht, unterstützt durch die Besichtigung gut gepflegter Landgüter der Nachbarschaft, Arbeiten im Laboratorium und häufige praktische Versuche entweder im Garten oder auf dem Versuchsfelde des Seminars.

13. Haushalt und Gesundheitslehre (für die Lehrerinnen-seminare).

Der Ober-Unterrichtsrat glaubte mit den alten Traditionen brechen zu müssen, wonach die Seminaristinnen bisher nur theoretisch gebildet wurden; es soll denselben Teil am wirklichen Leben gegeben, ihre physischen Kräfte ebenso gestärkt wie ihre geistigen Anlagen entwickelt werden, kurz, es ist Zweck, sie zu

1) Den Unterricht in diesem Fache erteilt der Landwirtschaftslehrer. Durch Gesetz vom 6. Juni 1879 wurde bestimmt, daß von 1885 an in jedem Departement ein Landwirtschaftslehrer (professeur d'agriculture) angestellt werden sollte. Derselbe hat die Verpflichtung, den landwirtschaftlichen Unterricht in den Seminaren und event. an andern Unterrichtsanstalten zu erteilen, ferner landwirtschaftliche Versammlungen auf dem Lande abzuhalten, sowie Arbeiten oder Aufträge auszuführen, welche ihm vom Landwirtschafts- oder Handelsminister vorgeschrieben werden. Das nähere über die Stellung ist geregelt durch das Dekret vom 9. Juni 1880. Bulletin 461 p. 1714 ff. Die Anforderungen zur Erlangung dieses Diploms sind genau vorgeschrieben. Cfr. Bulletin 548 p. 273 ff. Die Stellen sind jetzt mit Ausnahme von wenigen Departements bereits besetzt.

Frauen zu machen, um andere Frauen heranzubilden. Dies findet sich ausgedrückt in der Sorge, welche den Ober-Unterrichtsrat veranlafste, die dem eigentlichen Unterricht gewidmeten Stunden möglichst zu vermindern, ferner im Art. 4 des Erlasses, welcher sagt, daß die Direktrizen die Seminaristinnen einzuführen haben in alles, was die Arbeit und Pflege der Hauswirtschaft betrifft, ferner im Lehrplan der Pädagogik, in welchem empfohlen ist, die Zöglinge zu unterweisen in den speziellen Obliegenheiten der Hausfrau, sodann darin, daß sie so viel als möglich praktisch herangezogen werden sollen zum Haushalt und zur Bereitung der Mahlzeit, endlich im Lehrplan selbst durch den Handarbeits- und Turnunterricht. Der Direktrice schöne Aufgabe ist es, aus den Seminaristinnen gut gebildete Töchter zu machen, soweit es für ihren Beruf nötig ist, aber auch sie ebenmäßig heranzubilden in den Fragen des Lebens, in allem, was zur Ordnung, zu guter Wirtschaft und zum Gedeihen des Hauswesens beiträgt, so daß Wohnung und Wirtschaft der zukünftigen Lehrerin Musterwirtschaft und Musterwohnung in der Gemeinde sind, daß von diesem Mittelpunkt der Reinlichkeit, der Ordnung und des Geschmacks die Mädchen dasselbe in das väterliche Haus aus der Schule mitbringen. Die Direktrice wird die Seminaristinnen der Reihe nach hinzuziehen zur Aufsicht in der Anstalt, zur Sorge für Reinlichkeit und Verschönerung, zur Buchführung über die Tagesausgaben, zur Revision der Tagebücher der Lieferanten, zur Aufstellung der wöchentlichen Speisezetteln, zur Kontrolle des Dienstpersonals, zur Erhaltung und Zubereitung der Nahrungsmittel, zur Bewirtschaftung des Gartens, des Hühnerhofes, kurz, zu allen Arbeiten, welche Sache der Hausfrau sind. So ist das Seminar nicht mehr einfache Bildungsanstalt, es wird in Wahrheit Erziehungsanstalt sein.

Ferner sollen die Seminaristinnen wie auch die Seminaristen in der Gesundheitslehre unterrichtet werden; vor allem ist die Körperpflege zu berücksichtigen, zumal in Bezug auf die Schule und die Kinder; auch sollen Anweisungen zu der ersten Hülfe bei Unglücksfällen erteilt werden, einfach und praktisch, denn oft kommen in und bei der Schule Unglücksfälle vor, bei welchen ein erstes und umsichtiges Verbinden manches Schlimme verhindern kann. Jedoch dürfen die Lehrer und Lehrerinnen es sich nie einfallen lassen, den Arzt ersetzen zu wollen.

14. Nähen.

Der regelmässige und methodische Nähunterricht ergänzt den Haushaltungsunterricht. Der Lehrplan führt nur die gewöhnlichen und nützlichen Arbeiten auf; Luxusarbeiten erwähnt er nicht, da den notwendigen Arbeiten, welche eine Hausfrau vor allem kennen und geschickt auszuführen imstande sein soll, der Vorrang ge-

bührt. In Anbetracht der geringen Kenntnisse, welche die Lehrerinnen bisher besaßen, hat die Verwaltung in Paris einen Kursus für Nähen und Zuschneiden errichtet, wo das Diplom als Handarbeitslehrerin erworben werden kann.¹⁾ In jedem Lehrerinnenseminar soll eine Lehrerin dieses Diplom besitzen.

15. Zeichnen.

Auch der Zeichenunterricht hat bisher im Volksschulunterricht den ihm gebührenden Platz nicht gehabt. Das Zeichnen ist jetzt in der Volksschule obligatorisch; es ist also auch für den Seminarunterricht notwendig. Welche Wichtigkeit der Ober-Unterrichtsrat demselben beilegt, beweist der Umstand, daß derselbe für das Zeichnen vier wöchentliche Unterrichtsstunden angesetzt hat. Das Zeichnen bereitet für jede Lebensstellung vor, welche der Volksschüler sich wählt. Der Lehrplan für die Lehrerinnenseminare weicht von dem der Lehrerseminare insofern ab, als in jenen mehr auf den Handarbeitsunterricht, in diesen mehr auf das geometrische Zeichnen Rücksicht genommen ist. Auch wird in den Lehrerinnenseminaren mehr Nutzen gezogen aus der Anlage, welche die Mädchen besonders in Bezug auf Geschmack haben, und dadurch dem Bedürfnis der besondern Erziehung Rechnung getragen. Vor allem ist im ganzen Lehrplan der praktische Standpunkt hervorgehoben, welchen der Lehrer nicht aus dem Auge verlieren darf.²⁾

16. Gesang und Instrumentalmusik.

Dieser Unterrichtszweig vollendet, soweit es möglich ist, die ästhetische Bildung der Seminaristen. Es handelt sich nicht darum, wie das in den Unterrichtsplänen von 1851 und 1866 stand, den Lehrer zu bilden, damit er bei kirchlichen Feierlichkeiten auftreten kann, resp. ihn zum Vorsänger und Organisten tauglich zu machen; Musik und Gesang müssen betrieben werden, weil sie die Sitten verfeinern, die Individuen einander näher bringen, das Gefühl des Schönen erwecken und dazu beitragen, uns besser zu machen. Die Seminaristen sollen daran gewöhnt werden, edle Genüsse den alltäglichen Vergnügungen vorzuziehen und eine angenehme Beschäftigung in den Mußestunden zu haben. Ferner muß der angehende Lehrer die Befähigung erlangen, in der Volksschule so viel als möglich künstlerischen Geist zu verbreiten, ein Erziehungsmittel, welches bei den andern Nationen so sehr in Ehren steht, bei uns aber bis auf den heutigen Tag so vernachlässigt worden ist.

1) Cfr. p. 110 ff. — 2) Ueber die Ausbildung der Zeichenlehrer cfr. pag. 107.

Der Gesang bildet einen großen Teil dieses Unterrichtszweiges: den Gesang zu verbreiten, ist überhaupt Sache des Lehrers und der Lehrerin.

Der Gesang belebt und erheitert die Schule; er ist zudem eine heilsame Uebung für die Atmungsorgane. Besonders ist der Chorgesang zu pflegen, umsomehr, als die Seminaristen in Verbindung mit den Schülern der Uebungsschule nach dem Urtheil kompetenter Musiker erfolgreich die schönsten und erhabensten Chorgesänge aufführen können. Auch die Kenntniss der Musikinstrumente, der Klaviatur, der Orgel, des Harmoniums, des Pianoforte soll besonders gelernt werden, sowie die Begleitung. Das Seminar hat nicht den Zweck, Künstler zu bilden, aber es muß und kann nach jeder Richtung hin die Fähigkeiten der Zöglinge ausbilden und ihren Gesichtskreis erweitern, selbst bis in das Gebiet der Kunst.

17. Turnen.

Auf den Turnunterricht, der nun auch in den Volksschulen obligatorisch geworden,¹⁾ hat man bisher nicht die nötige Sorgfalt verlegt; in den Lehrerinnenseminaren war er gar nicht eingeführt. Der Ober-Unterrichtsrath hat den körperlichen Uebungen nun auch ihren gebührenden Platz angewiesen; es gehören dahin die Spaziergänge, Botanisieren, praktische Exkursionen, Ackerbau und Gartenbau, Turnen für beide Anstalten, dazu noch militärische Uebungen für die Seminaristen. Jedoch muß bei dem Turnen der Seminaristinnen Vorsicht angewandt werden; das Gutachten des Anstaltsarztes soll pünktlich befolgt werden.

18. Schreiben.

Die ehemals so hochgeschätzte Kunst der Kalligraphie schwindet immer mehr, und damit mag man einverstanden sein; was wir aber nicht billigen, ist die Geringschätzung einer guten und festen Handschrift, welche sich in unsern Schulen zu verbreiten scheint. Die erste Eigenschaft einer guten Handschrift ist, leserlich zu sein, wie die eines guten Lesens die Verständlichkeit ist. Die Schrift soll wo möglich schön sein, aber sie muß stets gefällig, fest und hinlänglich ausgeprägt sein, so daß das Lesen nicht ermüdet; es fordert dies schon der Anstand. Die Methode ist dem Lehrer freigestellt, er soll die Zöglinge in der einmal gewählten Methode gut unterrichten. Der Schreibunterricht muß in Wirklichkeit Unterricht sein, daher sind gedruckte Vorschriften oder sogenannte Musterhefte verboten.

1) Gesetz vom 27. Januar 1880.

19. Lebende Sprachen.

Der Unterricht ist fakultativ, aber es ist wünschenswert, daß er möglichst allgemein erteilt wird, indem die Mehrarbeit durch die erworbene Kenntnis reichlich belohnt wird.

20. Handfertigkeit.

Die Seminare sollen keine Lehrlings-, auch keine Gewerbeschulen sein, aber weil jeder Mensch, auch wenn er eine gewerbliche Laufbahn nicht einschlägt, des Bedürfnis hat, Geschicklichkeit der Hand mit Sicherheit des Augenmaßes zu verbinden, so muß er sich gewisser einfacher Werkzeuge wenigstens für seinen persönlichen Bedarf bedienen können. Bei den Handfertigkeiten können die Seminaristen die im Zeichnen erlangte Fertigkeit wohl verwerten; sie finden in der Erholungszeit und bei schlechtem Wetter passende Beschäftigung. Da die Organisation dieses Unterrichts wegen mangelnder Einrichtungen in einer Anzahl von Seminaren noch nicht möglich ist, so werden die Direktoren sich mit der passenden Lösung dieser Frage beschäftigen.¹⁾

Drittes Kapitel.

Die Prüfung der Lehrer.

§. 20.

Allgemeines.

Nach Art. 1 des Gesetzes vom 16. Juni 1881²⁾ kann niemand das Amt eines ordentlichen Lehrers oder einer ordentlichen Lehrerin, eines Unterlehrers oder einer Unterlehrerin, welchen eine Schulklasse anvertraut ist, in einer öffentlichen oder freien Schule verwalten, welcher nicht im Besitz des Befähigungszeugnisses für den Volksschulunterricht ist (*brevet de capacité pour l'enseignement primaire*).

Alle andern Zeugnisse und Titel, welche nach Art. 25 des Gesetzes vom 15. März 1850 als Ersatz für das Befähigungszeugnis zuzulassen waren, haben für diesen Zweck keine Geltung mehr.

1) Ueber die Ausbildung von Handfertigkeitenlehrern cfr. §. 33. —

2) Bulletin 468 p. 932 ff.

Das Dekret vom 4. Januar 1881¹⁾ bestimmt die verschiedenen Arten der Zeugnisse. Es lautet:

Das Befähigungszeugnis, welches durch Art. 25 des Gesetzes vom 15. März 1850 (jetzt durch Art. 1 des Gesetzes vom 16. Juni 1881) gefordert ist, um das Amt eines Volksschullehrers im öffentlichen oder freien Schuldienst bekleiden zu können, trägt den Namen: „Befähigungszeugnis zweiten Grades oder Elementarzeugnis“ (brevet de capacité de second ordre ou brevet élémentaire).²⁾

Das Befähigungszeugnis, welches die fakultativen Fächer des Volksschulunterrichts umfaßt und mit welchem die durch Art. 3 des Gesetzes vom 19. Juli 1875 festgesetzte Zulage verbunden ist, trägt den Namen: „Befähigungszeugnis ersten Grades oder höheres Zeugnis“ (brevet de capacité de premier ordre ou brevet supérieur).³⁾

Außerdem wird noch unter dem Namen: „Pädagogisches Befähigungszeugnis“ (certificat d'aptitude pédagogique) ein Ergänzungszeugnis zu dem einen oder andern der vorgenannten Zeugnisse erteilt, welches dazu dient, ganz speziell die Befähigung der Lehrer oder Lehrerinnen in Bezug auf die Leitung öffentlicher mehrklassiger Schulen festzustellen.⁴⁾

Um sich bei einer Prüfungskommission zur Erlangung des Befähigungszeugnisses ersten Grades zu melden, muß jeder Kandidat den Besitz des Befähigungszeugnisses zweiten Grades nachweisen und ein Alter von 17 Jahren bei Eröffnung des Prüfungstermins haben.⁵⁾

Um sich zum Examen für das Befähigungszeugnis zweiten Grades zu melden, ist ein Alter von wenigstens 16 Jahren bei Eröffnung des Prüfungstermins notwendig.⁶⁾

Die Kandidaten, welche sich für das pädagogische Befähigungszeugnis melden, müssen wenigstens 21 Jahre beim Beginn des Examens zurückgelegt haben und den Nachweis führen, daß sie wenigstens zwei Jahre nach Erlangung des Befähigungszeugnisses zweiten Grades im Dienste des öffentlichen oder freien Unterrichts standen.⁷⁾

Dispensation vom Alter oder von der zurückgelegten Dienstzeit ist unstatthaft.⁸⁾

Die Prüfungskommissionen halten wenigstens zwei Sitzungen

1) Bulletin 462 p. 21 ff. — 2) Art. 1. — 3) Art. 2. — 4) Art. 3. — 5) Art. 4, so abgeändert durch das Dekret vom 27. Juli 1882. Bulletin 503 p. 136. — 6) Art. 5, abgeändert wie vor. — 7) Art. 6, cfr. Ausnahme bei den Seminaristen Art. 5 des Dekrets vom 29. Juli 1881 p. 34. — 8) Art. 7.

jährlich für das Befähigungszeugnis zweiten und ersten Grades, wenigstens eine für das pädagogische Befähigungszeugnis.¹⁾

Für das Examen in Bezug auf letztern Titel ist der Vorsitzende der Kommission der Inspektor der Akademie, ferner müssen sich in derselben wenigstens zwei Volksschulinspektoren befinden.²⁾

Die Kommissionen können nur dann rechtmässig zum Beschlufs zusammentreten, wenn fünf Mitglieder anwesend sind. Die Beschlüsse werden gefasst durch einfache Majorität, bei Stimmengleichheit giebt die Stimme des Vorsitzenden den Ausschlag.³⁾

Die Prüfungsordnung, die Wahl der Themata und die Censurordnung werden auf Grund Beschlusses des Ober-Unterrichtsrats in Gemäfsheit der bestehenden Gesetze und Dekrete durch Ministerialerlaß festgesetzt.⁴⁾

Letzterer ist vom 5. Januar 1881⁵⁾ und lautet:

§. 21.

Die Prüfungssitzungen.

Die beiden vorschriftsmässigen Prüfungssitzungen zur Erlangung der Befähigungszeugnisse für den Volksschulunterricht finden jährlich und in jedem Departement statt: die eine im März, die andere im Juli. — Außergewöhnliche Termine können durch den Minister des öffentlichen Unterrichts entweder für ganz Frankreich oder für ein oder mehrere Departements genehmigt werden. Das genaue Datum eines jeden Prüfungstermins wird einen Monat vorher durch den Minister festgesetzt. Der Minister bestimmt gleichmässig einen Monat vorher den Termin des Examens für das pädagogische Befähigungszeugnis. An den beiden gewöhnlichen Prüfungsterminen finden die schriftlichen Arbeiten an demselben Tage und zur selben Stunde in allen Departements statt.⁶⁾

Die Themata zu den schriftlichen Arbeiten⁷⁾ werden vom Minister in verschlossenem Couvert übersandt. — Sie müssen drei Tage vor dem für die schriftlichen Arbeiten festgesetzten Datum an den Inspektor der Akademie gelangen. — Das verschlossene Couvert wird durch den Präsidenten der Kommission in Gegenwart der Kandidaten in der Sitzung selbst geöffnet. — Falls sich bei der Oeffnung des Couverts ein Irrtum in der Versendung vorfinden sollte, muß der Inspektor der Akademie oder in dessen

1) Art. 8. — 2) Art. 9. — 3) Art. 10. — 4) Art. 11. — 5) Bulletin 462 p. 31. — 6) Art. 1. — 7) Für die Aufstellung der Themata der verschiedenen Prüfungen ist vom Minister eine besondere Kommission eingesetzt. Cfr. Erlaß vom 25. Juli 1882. Bulletin 504 p. 212.

Abwesenheit der Präsident der Kommission als im Falle der Dringlichkeit die Themata selbst wählen.¹⁾

Die schriftlichen Prüfungsarbeiten werden nachgesehen und censiert von der versammelten Prüfungskommission, welche die Zulassung zu den mündlichen Prüfungen ausspricht und die Liste der zu diesen Prüfungen zuzulassenden Kandidaten nach der Reihenfolge der Anmeldung aufstellt. — Wenn die Zahl der eingeschriebenen Kandidaten allzugroß ist, so können mehrere Kommissionen von sieben Mitgliedern gebildet werden, welche jede für sich verfahren nach den unten angezeigten Vorschriften.²⁾

Um zum mündlichen Examen zu schreiten, darf die Kommission sich niemals in Unterkommissionen von weniger als drei Mitgliedern teilen. Das Sitzungsprotokoll muß ausdrücklich die Beobachtung dieser Bestimmung konstatieren.³⁾

Beim Schluß der Sitzung wird das Protokoll über die Verhandlungen durch den Präsidenten der Kommission und den Schriftführer unterzeichnet und dem Rektor der Akademie übersandt, durch dessen Vermittlung es an den Unterrichtsminister gelangt.⁴⁾

§. 22.

Die Einschreibung der Kandidaten und die Aufsicht im Examen.

Jeder Kandidat für das Befähigungszeugnis muß sich auf der Amtsstube des Inspektors der Akademie wenigstens zehn Tage vor Beginn der Sitzung einschreiben lassen und dort folgende Schriftstücke einreichen:

1. Auszug seines Geburtsaktes;
2. die eigenhändig geschriebene Erklärung, aus welcher hervorgeht, ob er nur das Befähigungszeugnis zweiten Grades erwerben will oder sich gleichzeitig für das höhere Befähigungszeugnis meldet. Die Unterschrift des Kandidaten muß durch den Maire seines Wohnortes beglaubigt sein.⁵⁾

Der Kandidat, welcher in einem Prüfungstermine zurückgewiesen wird, kann sich zu dem nächsten gewöhnlichen oder außergewöhnlichen Termine wieder melden.⁶⁾

Zu dem Examen werden diejenigen nicht zugelassen und haben in keinem Falle Anrecht auf die Aushändigung des Zeugnisses, welche sich in dem durch Art. 26 des Gesetzes vom 15. März 1850 vorgesehenen Falle der Unfähigkeit befinden.⁷⁾

1) Art. 2. — 2) Art. 3. — 3) Art. 4. — 4) Art. 5. — 5) Art. 6. —
6) Art. 7. — 7) Art. 8. Ueber Art. 26 des Gesetzes vom 15. März 1850 cfr. §. 34 am Ende.

Bei Beginn der Prüfungssitzung ruft der Vorsitzende der Kommission die eingeschriebenen Aspiranten mit Namen auf. Jeder Aspirant ist verpflichtet, bei seinem Namensaufruf seine Unterschrift in die vorliegende Liste einzutragen, damit seine Identität festgestellt wird.¹⁾

Jede Mitteilung der Aspiranten unter sich während der Prüfung, sowie jeder Betrug oder Betrugsversuch zieht Ausschließung vom Examen nach sich.²⁾

§. 23.

Das Examen für das Befähigungszeugnis zweiten Grades.

Das Examen zerfällt in schriftliche und mündliche Prüfungen. Bei den schriftlichen Prüfungen sind die Kandidaten entweder sämtlich vereinigt oder in einzelnen Abteilungen, unter der Aufsicht von Mitgliedern der Prüfungskommission, welche vom Vorsitzenden dazu bestimmt werden. — Unter den die Aufsicht führenden Mitgliedern der Kommission muß sich, wenn mehrere Abteilungen gebildet werden, in jeder derselben ein Inspektor des Volksschulunterrichts befinden, außerdem für das Examen der Aspirantinnen eine vom Präfekten dazu ernannte Dame.³⁾

Die schriftlichen Prüfungen im Examen der Aspiranten und Aspirantinnen für das Befähigungszeugnis zweiten Grades sind vier, nämlich:

1. eine Seite Schönschrift, langsam geschrieben, bestehend aus je einer Zeile in fetter Schrift in den drei Hauptschriftarten, Kurrent-, Mittel- und Rundschrift, ferner eine Zeile in mittlerer und vier Zeilen in feiner Kurrentschrift;
2. ein orthographisches Diktat von ungefähr einer Seite, dessen Text aus einem mustergültigen Schriftsteller genommen ist. Dieser Text wird zuerst laut vorgelesen, dann langsam diktiert, zuletzt nochmals gelesen; den Kandidaten sind zehn Minuten zur Durchsicht und Korrektur ihrer Arbeit bewilligt;
3. ein französischer Aufsatz;
4. Auflösung zweier Rechenaufgaben, in welchen die vier Species (in ganzen Zahlen und in Brüchen) sowie das metrische System zur Anwendung kommen, nebst schriftlicher Erklärung der Ausführung.

Für die Anfertigung des Aufsatzes und der Rechenarbeit ist eine Zeit von je ein und einer halben Stunde gewährt, für die Schönschrift drei Viertelstunden.⁴⁾

1) Art. 9. — 2) Art. 10. — 3) Art. 11. — 4) Art. 12.

Die mündlichen Prüfungen sind ebenfalls vier, nämlich:

1. Lesen des Französischen aus einer Sammlung ausgewählter Stücke in Prosa und in Poesie; jeder Aspirant muß einen Abschnitt in Prosa und einen in Versen lesen; Lesen des Lateinischen; an die Aspiranten werden Fragen gerichtet über die Bedeutung der Wörter und die Gedankenverbindung des gelesenen Abschnittes;
2. Analyse eines Satzes auf der Schultafel;
3. Fragen aus dem Rechnen und über das metrische System;
4. Fragen über die Elemente der Geschichte und Geographie Frankreichs.

Im Verlauf der Prüfung werden Fragen an die Kandidaten gerichtet über das Unterrichtsverfahren bei den verschiedenen Lehrgegenständen des obligatorischen Lehrplans. Bei der Censur der einzelnen Fächer müssen diese besonderen Antworten mit in Betracht gezogen werden. — Jede dieser Prüfungen dauert für den einzelnen zehn Minuten.¹⁾

Die Aspirantinnen für das Befähigungszeugnis zweiten Grades haben dieselben Prüfungen zu bestehen; außerdem müssen dieselben in der Zeit zwischen den schriftlichen und mündlichen Prüfungen unter Aufsicht der zu diesem Zweck bestimmten Damen eine Prüfung in Handarbeit ablegen, wie es durch Art. 48 des Gesetzes vom 15. März 1850 vorgeschrieben ist.²⁾ Unter diesen Arbeiten stehen in erster Linie die gewöhnlichen Näharbeiten.³⁾

§. 24.

Das Examen für das Befähigungszeugnis ersten Grades.

Alle Prüfungen für das Zeugnis ersten Grades, sowohl die schriftlichen wie die mündlichen, müssen in ein und demselben Termin abgelegt werden.⁴⁾

Die schriftlichen Prüfungen sind folgende:

1. eine Arbeit, bestehend aus zwei Fragen, die eine aus dem Rechnen und der Geometrie in angewandten Aufgaben, die andere aus der Physik und den Naturwissenschaften in ihren gebräuchlichsten Anwendungen auf die Gesundheitslehre, den Gewerbefleiß, die Landwirtschaft und den Gartenbau (für diese Arbeit sind vier Stunden bewilligt);

1) Art. 13. — 2) Art. 48 lautet: Der Volksschulunterricht in den Mädchenschulen umfaßt außer den in Art. 23 (und in Art. 16 des Gesetzes vom 10. April 1867) vorgeschriebenen Fächern die Handarbeit. — 3) Art. 14. — 4) Art. 15.

2. eine Arbeit, bestehend aus einer oder mehreren Fragen entweder aus der Sprache und französischen Litteratur, oder aus der Geschichte und Geographie, oder aus der Sittenlehre und dem bürgerlichen Leben (drei Stunden);
3. eine Zeichnung (Linear- und Ornamentzeichnung oder nach Originalen), drei Stunden.¹⁾

Für die mündlichen Prüfungen ist der Stoff in sechs Abteilungen eingeteilt, nämlich:

1. Rechnen in angewandten Aufgaben, Kenntniss der Algebra, Buchführung, Elemente der Geometrie, Feldmessen und Nivellieren;
2. Physik, Chemie und Naturgeschichte nebst ihren Anwendungen im täglichen Leben, im Gewerbe, in der Landwirtschaft und im Gartenbau;
3. Geschichte Frankreichs und Kenntniss der allgemeinen Geschichte; allgemeine Geographie;
4. Französische Sprache: Lesen und Erklärung eines französischen Schriftstellers aus dem Verzeichniss derjenigen Werke, welche alle drei Jahre vom Minister bezeichnet werden; summarische Uebersicht über die Geschichte der französischen Litteratur;
5. Gesang;
6. Turnen.

Jede dieser Abteilungen bietet Anlaß zu einer Frage, welche sich auf einen oder mehrere der unter der betreffenden Nummer genannten Stoffe bezieht. Keine dieser Fragen darf länger als eine Viertelstunde dauern. — Für jedes Fach wird eine Censurnote nach den Vorschriften des Tit. VI gegeben.²⁾

Jeder Kandidat, welcher es bei seiner Einschreibung verlangt, wird zu einer besonderen Prüfung in den lebenden Sprachen zugelassen. Das Examen umfaßt: 1. eine schriftliche Prüfung, Uebersetzung aus dem Französischen und umgekehrt (drei Stunden);³⁾ 2) eine mündliche Prüfung, bestehend in geläufiger Uebersetzung eines Abschnittes von wenigstens 20 Zeilen aus einem fremden Schriftsteller.⁴⁾

Die Prüfungsstoffe für die Aspirantinnen sind dieselben wie für die Aspiranten, nur fällt für erstere die Kenntniss des Feldmessens und des Nivellierens aus unter Vorbehalt der Unterschiede im Lehrplan, wie dies Art. 20 besagt.⁵⁾

1) Art. 16. Durch ministerielles Cirkular vom 20. Februar 1883 (Bulletin 533 p. 443) wird bestimmt, daß die Zeichnung nicht mehr nach lithographierter Vorlage, sondern nach Reliefvorlage gemacht werden soll. — 2) Art. 17. — 3) Der Erlaß hat ursprünglich zwei Stunden festgesetzt; durch Ministerial-Erlaß vom 14. Januar 1884 (Bulletin 580 p. 78 f.) wurde die Dauer der schriftlichen Prüfung auf drei Stunden erweitert. — 4) Art. 18. — 5) Art. 19.

Die schriftlichen und mündlichen Prüfungen für das höhere Befähigungszeugnis dürfen in keinem Falle den Lehrplan der Lehrerseminare für die Kandidaten, den der Lehrerinnenseminare für die Kandidatinnen überschreiten.¹⁾

§. 25.

Das pädagogische Befähigungszeugnis.

Das pädagogische Befähigungszeugnis kann nur nach Erfüllung der Vorschriften in Gemäßheit der Art. 3, 6 und 7 des Dekrets vom 4. Januar 1881²⁾ übertragen werden.³⁾

Das Examen besteht aus drei Prüfungen:

1. einer Arbeit über ein Thema, welches sich auf die Verwaltung der Schule und das Unterrichtsverfahren bezieht (das Nichtbestehen dieser Prüfung zieht Zurückweisung vom Examen nach sich);
2. der mündlichen Korrektur einer Schülerarbeit, welche in Gegenwart der Prüfungskommission nach eineinhalbstündiger Klausurvorbereitung und ohne fremde Beihilfe abgehalten wird;
3. einer Probelektion, abgehalten vor der Kommission, deren Thema durch das Los gezogen wird und entweder aus dem Anschauungsunterricht, oder aus der Sittenlehre und dem bürgerlichen Leben, oder der französischen Sprache, der Geschichte, der Geographie, dem Rechnen oder der Landwirtschaft genommen sein kann.

Die Prüfung findet statt nach einstündiger Vorbereitung unter denselben Vorschriften wie vorher.⁴⁾

§. 26.

Beurteilung der Prüfungen.

Die Prüfungskommission drückt das Ergebnis jeder der obigen Prüfungen durch folgende Noten aus:

- sehr gut,
- gut,
- genügend,
- schlecht,
- ungültig (nul).⁵⁾

In der Orthographie bedingen fünf Fehler das Prädikat unguiltig, drei bis vier Fehler das Prädikat schlecht, zwei Fehler

1) Art. 20. — 2) Cfr. p. 87 ff. — 3) Art. 21. — 4) Art. 22. — 5) Art. 23.

die Note genügend, ein und ein halber Fehler die Note gut. Das Diktat, welches weniger als einen halben Fehler hat, hat allein Anrecht auf die Note recht gut.¹⁾

In allen Examina müssen die Prüfungsprädikate in den einzelnen Fächern durch die Kommission gemeinsam festgestellt werden.²⁾

In allen Examina zieht das Prädikat ungültig in einem der obligatorischen Fächer die Nichtigkeit der Prüfung nach sich.

Im mündlichen sowohl wie im schriftlichen Examen für das Befähigungszeugnis zweiten Grades und im mündlichen Examen für das höhere Zeugnis ziehen zwei Censuren mit schlecht die Nichtigkeit der Prüfung nach sich, es sei denn, daß sie durch das zweimalige Prädikat sehr gut in andern Fächern, mit Ausnahme von Handarbeit, Gesang und Turnen, kompensiert werden.

In der schriftlichen Prüfung für das höhere und für das pädagogische Befähigungszeugnis genügt ein Prädikat schlecht zur Nichtigkeit der Prüfung.³⁾

Bei den lebenden Sprachen wird kein Prüfungsergebnis auf dem Zeugnis erwähnt, wenn der Kandidat nicht wenigstens die Censur genügend in jeder der beiden Prüfungen erhalten hat.⁴⁾

§. 27.

Die ministerielle Instruktion.

Das ministerielle Cirkular vom 25. Februar 1881 und die demselben beigefügten Ausführungsbestimmungen⁵⁾ erläutern das Dekret vom 4. Januar 1881 und den vorstehenden Erlaß.

Die Reform betreffs der Befähigungszeugnisse, so führt der Minister aus, beruht auf drei erheblichen Thatsachen:

1. das Zeugnis zweiten Grades ist allen zugänglich gemacht worden, welche nach der Ehre streben, Unterricht zu erteilen;
2. das höhere Befähigungszeugnis, welches das Gesetz von 1850 gewissermaßen unterdrückte, indem es dasselbe gar nicht erwähnte, welches jedoch später das Gesetz vom 19. Juli 1875⁶⁾ wieder herstellte, nimmt den Charakter der Einheit an, worin seine Bedeutung liegt; die Prüfungen, wodurch es erworben wird, haben ebenfalls ein logischeres und einfacheres Gepräge;
3. neben diesen beiden Zeugnissen ist ein drittes, rein pädagogisches geschaffen, welches, wenn der Vergleich

1) Art. 24. — 2) Art. 25. — 3) Art. 26. — 4) Art. 27. — 5) Bulletin 464 p. 442 ff. Beide sind nur auszugsweise wiedergegeben. — 6) Cfr. p. 32.

nicht allzu gesucht erscheint, eine Art Aggregation¹⁾ des Volksschulunterrichts ist.

Das Befähigungszeugnis zweiten Grades ist das Minimum von Bildung, welche man von demjenigen fordern muß, welcher Kinder unterrichten will. Niemand kann sich in Zukunft mehr über die Schwierigkeit des Examens beklagen, denn das orthographische Diktat, dessen Strenge so viel getadelt wurde, wird nunmehr nicht höher angeschlagen als auch die andern Prüfungen; die neue Art der Censur und der Beurteilung der Prüfungen beugt dem Zufall und der unvorhergesehenen Berechnung der Durchschnittsnote vor.²⁾

Das höhere Befähigungszeugnis hat seine komplizierte Form verloren, indem die Kompletierung des Zeugnisses durch mehrere Nachprüfungen in den einzelnen Fächern, wie dies in dem Gesetz von 1850 und dem Erlaß vom 3. Juli 1866 noch als zulässig erklärt wurde, nicht mehr gestattet ist; die hauptsächlichste Aenderung besteht darin, daß das Zeugnis von jetzt an in ein und demselben Examen erworben werden muß, welches sich über alle Unterrichtsgegenstände zugleich erstreckt. Einzelne Fakultäten können also nicht mehr erwähnt werden, alle Zeugnisse gelten fortan ebenviel. Das neue Zeugnis ist hoch gestellt und nicht alle werden es leicht erreichen; aber wer in der That fleißig ist, alle die, welche den richtigen Ehrgeiz haben, nicht auf den letzten Stufen stehen zu bleiben, alle Zöglinge der Seminare werden und können es erreichen; sie sollen sich nicht nur die Kenntnisse erwerben, welche ein vorzüglicher Lehrer haben muß, sondern beweisen, und das ist das wichtigste, daß sie ihre geistigen Kräfte harmonisch ausgebildet haben.

Das pädagogische Befähigungszeugnis bezeichnet der Minister als eine der wichtigsten Neuerungen. Die Lehrer sollen nicht nur gut unterrichtet sein, sondern auch die Fähigkeit haben, gut zu unterrichten. Das Examen hat nicht die Bestimmung, Zeugnis abzulegen von der wissenschaftlichen Befähigung des

1) Vgl. zur Erklärung die Anm. p. 37. — 2) Bisher wurden die Prüfungsergebnisse in ganz kompliziertem Verfahren nach Zahlen (points) bezeichnet. Nach der Instruktion vom 3. Juli 1866 war zehn und neun recht gut, acht und sieben gut, sechs und fünf genügend, vier und drei mittelmäßig, zwei und eins schlecht, null ungültig. Für die schriftliche Prüfung zum brevet simple, welches dem jetzigen brevet élémentaire entspricht, waren bei vier schriftlichen Arbeiten 20 points nötig; waren diese erreicht, so wurde der Kandidat zur mündlichen Prüfung zugelassen; erreichte er auch hier in den vier Prüfungsfächern 20 points, so gelangte er in den Besitz des einfachen Befähigungszeugnisses. Auch die Beurteilung in den einzelnen Fächern war mechanisch; wie sehr das orthographische Diktat dabei ins Gewicht fiel, zeigt folgende Skala: Fehlerfrei zählt zehn, ein Fehler zählt sieben, zwei Fehler zählen vier, drei Fehler zählen eins, mehr als drei Fehler zählen null.

Kandidaten, es soll darthun, daß der Kandidat die richtige Methode anzuwenden imstande ist, daß er ordentlich unterrichten, die Kinder leiten, eine Schule organisieren kann, kurz, daß er fähig ist, auf dem kürzesten Wege und möglichst leicht den Kindern die möglichst größten Kenntnisse beizubringen. Mit den andern Examina hat man es nicht zusammenlegen wollen, um nicht seiner wichtigen Bedeutung Abbruch zu thun. Es steht weder über noch unter den andern Zeugnissen, sondern neben denselben, es ist ihnen parallel, wie die Aggregation im höhern Unterrichtswesen neben dem Licentiat und neben der Doktorwürde steht, ohne mit beiden Graden zusammenzufallen. Das Zeugnis berührt nur die praktische Seite des Unterrichts und dokumentiert einen höhern Grad fachmännischer Befähigung und Erfahrung.

Die Instruktion erörtert das nähere über das Verfahren bei den einzelnen Prüfungen und ruft betreffs der Examina zunächst im allgemeinen die Worte der Instruktion vom 8. Mai 1855 ins Gedächtnis: Die Examinationskommissionen sollen nicht vergessen, daß sie zukünftige Lehrer prüfen, die nicht nur den Erwerb bestimmter Kenntnisse darzuthun haben, sondern auch die Befähigung nachweisen müssen, das Gelernte weiter zu vermitteln.

Derjenige Teil der Prüfung, welcher die Unterrichtsmethoden zum Gegenstand hat, ist nicht für sich gesondert; Fragen über das Unterrichtsverfahren sollen sich daher an die Prüfung in den einzelnen Fächern anschließen.

Die Aenderungen bei der Prüfung für das Befähigungszeugnis zweiten Grades tragen alle denselben Charakter: das Examen einfacher, praktischer und sozusagen elementarer zu machen. Beim Schreiben soll auf die gewöhnliche Kurrentschrift das meiste Gewicht gelegt werden; beim orthographischen Diktat dürfen keine Abschnitte gewählt werden, in welchen die grammatischen Schwierigkeiten sich häufen; an Stelle der „Stilübung“ ist der „französische Aufsatz“ getreten, eine Benennung, welche mehr in Einklang steht mit der bescheidenen Natur der Prüfung und dem elementaren Charakter der zu wählenden Themata; im Rechnen endlich ist die Prüfung reduziert auf zwei Aufgaben, deren Einfachheit im Erlaß selbst betont ist. Auch ist für die beiden letzten Arbeiten die Zeit der Anfertigung von einer auf ein und eine halbe Stunde erhöht worden. — Die mündliche Prüfung hat nur eine Beschränkung erfahren im Wegfall der Prüfung in der Religion. Auch das Lesen von Handschriften wird nicht mehr verlangt; wenn der Kandidat eine Handschrift lesen soll, die er, wie das bisher geschehen, oft zwanzigmal vorher durchgelesen hat, so ist ein solches Examen unnütz; das Examen wird zu schwer und überschreitet die dieser Prüfung gestellten Grenzen, wenn man die Ablesung vom Blatt verlangt. Die Prüfung im Lesen hat den Zweck, festzustellen, ob die Kandidaten nicht

nur lesen und korrekt aussprechen, sondern auch, ob sie das Gelesene verstehen. Die Kommissionen mögen nicht übersehen, daß dies einer der wichtigsten Teile des Examens ist, indem hier Gelegenheit geboten wird, die Kenntnisse des Examinanden und den Grad seiner geistigen Ausbildung zu bemessen. Dabei ist nicht ausgeschlossen, den Kandidaten bekannte Abschnitte vorzulegen; es sollen jedoch allzuschwierige Stücke vermieden werden. Bei der grammatischen Zerlegung eines Satzes ist nicht so sehr darauf zu sehen, daß der Kandidat die Feinheiten der Sprache kenne; die Hauptgesetze der Satzkonstruktion, die festen Regeln der Syntax müssen hervorgehoben werden. Fremdartige und seltene Konstruktionen, Redefiguren und Gallicismen eignen sich für diese Prüfung nicht, wohl aber einfache und regelmässig gebaute Sätze. — Die Prüfung in Handarbeit für die Aspirantinnen bestand bisher für sich und zog Zurückweisung vom Examen nach sich, wenn sie nicht wenigstens mit der Censur fünf bestanden wurde; aber wie wichtig auch diese Prüfung sein mag, das ganze Examen von ihr allein abhängig zu machen, geht nicht. In Zukunft hat sie denselben Einfluß auf das Gesamtergebnis wie die übrigen Fächer. Die Prüfung soll höchst einfach sein; die Aspirantinnen erhalten in der Sitzung ein mit besonderem Stempel versehenes Stück Tuch oder Leinwand, welches sie bearbeiten. Jegliches Kunstfertige sowie Luxusarbeiten sind ausgeschlossen, da solche Dinge ja auch nicht in die Volksschule gehören.

Der Schwerpunkt des Examens für das höhere Befähigungszeugnis liegt in der Feststellung des allgemeinen Durchschnittes der Studien und der Kenntnisse des Kandidaten; aus dem Ergebnis der Prüfung in sämtlichen Fächern soll auf die Tüchtigkeit des zu Prüfenden geschlossen werden. Die Kandidaten müssen in allen Gegenständen bewandert sein, welche notwendig bei einer guten und vollständigen Volksschulerziehung in Frage kommen, aber weder die schriftlichen noch die mündlichen Prüfungen dürfen darauf hinauslaufen, was man mit einem ebenso sprachwidrigen Ausdrucke bezeichnet hat, wie die Sache selbst ungerechtfertigt ist, zu specialisieren (*la spécialisation*). — In der Sprache und Litteratur sollen nicht die dunkeln und streitigen Punkte der Grammatik, nicht die Kuriositäten und Raritäten der Litteratur vorgenommen werden, das Examen hat nicht den Zweck, sich in der Schulweisheit alter Handbücher der Rhetorik und abstrakter Gelehrsamkeit zu verlieren: die gestellten Fragen müssen ergeben, ob der Kandidat gelesen hat, ob er mit Gewinn und mit Geschmack die bekanntesten Meisterwerke der Klassiker, die Denkmäler der vaterländischen Litteratur zu lesen versteht. — In der Geschichte und Geographie muß Frankreich der Mittelpunkt bleiben; ohne dem Kandidaten zuzugestehen, daß er die Welt nicht zu kennen braucht, unter dem Vorwand, sein Vater-

land besser zu kennen, soll die Prüfungskommission von dem nationalen Gesichtspunkt ausgehen, welcher für den Volksschulunterricht der selbstverständliche ist. — Es handelt sich nicht um wissenschaftliche Leistungen; die Examinatoren haben ihr Augenmerk darauf zu richten, daß die erworbenen Kenntnisse auch wirkliches und fruchtbringendes Eigentum geworden, daß der Kandidat fähig ist, sich auch neue Kenntnisse zu erwerben und daß dieselben eine solide Grundlage für höhere und erweitertere Studien bilden.

Die Zeit, welche für die einzelnen schriftlichen Prüfungen gegeben ist, wurde gegen die frühern Bestimmungen ausgedehnt und auf zwei Tage verteilt, um dem Kandidaten hinlänglich Gelegenheit zu geben, zu zeigen, was er weiß, und um schlimme Zufälligkeiten des Examens möglichst zu verhindern.

Für das mündliche Examen, welches in den sechs Prüfungsgegenständen zusammen für den einzelnen Kandidaten höchstens eine und eine halbe Stunde dauern darf, gelten dieselben Gesichtspunkte. Was Gesang und Turnen angeht, so bleibt es bei den frühern Anordnungen. Manche Kandidaten können nicht singen, alle jedoch müssen die elementaren Kenntnisse der Musik haben und ein Notenstück vom Blatt lesen können; ebenso beim Turnen: alle müssen soviel gelernt haben, daß sie den Turnunterricht der ihnen anzuvertrauenden Schüler zu leiten vermögen, wenn auch die eigene praktische Befähigung gering ist. Das Zeugnis ist nicht dazu bestimmt, ein Specialzeugnis für das eine oder andere Fach zu ersetzen, wie es von denjenigen gefordert wird, welche sich als Turn- und Gesanglehrer an Seminaren und höhern Volksschulen vorbereiten; in diesen beiden Fächern, ebenso wie beim Zeichnen, soll das Zeugnis nur die allgemeine Befähigung des Lehrers oder der Lehrerin konstatieren, die notwendig ist, die ersten Uebungen der Kinder zu leiten und den Grund zur allgemeinen Weiterbildung zu legen.

In der Beurteilung der Prüfungen ist eine gänzliche Neuerung eingetreten. Die Censur wird nicht mehr durch eine Zahl ausgedrückt; letzterer Modus hatte etwas Unsicheres, Schwankendes, indem er den Mitgliedern der Kommission zu freiem Spielraum gab. Die Entscheidung durch die angegebenen Censuren ist eine viel einfachere, es handelt sich nur noch fast um die Beantwortung der Entscheidung mit Ja und Nein. Die Kandidaten werden zukünftig nicht mehr untereinander verglichen; es ist nur festzustellen, ob der Kandidat würdig ist, das gewünschte Zeugnis zu erlangen; es handelt sich allein um die Frage, ob der Kandidat fähig ist, die Kenntnisse, welche die Prüfung festzustellen hat, weiter zu verpflanzen oder nicht. Damit fällt die Klassifizierung der Kandidaten von selbst weg.

Betreffs der Korrektur des orthographischen Diktats müssen

noch einige Winke gegeben werden, um bei der Festsetzung der Censur, welche von der Gesamtkommission zu geben ist, Uebereinstimmung zu erzielen. Die Fehler gegen die Grammatik oder den Schreibgebrauch zählen ganz; ist in einem und demselben Wort gegen beides gefehlt, so gilt das auch nur für einen Fehler. Wenn ein Wort zwei Schreibarten hat, ohne daß der Sinn wesentlich geändert wird, so ist das zu entschuldigen, ebenso verhält es sich bei zweifelhafter Schreibart eines Wortes. Verkehrte große Anfangsbuchstaben, Cedillen, Trema, Verbindungszeichen, Anführungszeichen, falsch gesetzte Parenthesen zählen nicht mehr als einen viertel Fehler, alle zusammen im ganzen Diktat nur einen halben Fehler; ebenfalls zählen falsche oder ausgelassene Accente einen viertel Fehler; verändern sie jedoch den Sinn des Wortes, so ist ein halber Fehler in Anrechnung zu bringen. Sämtliche Fehler gegen die Interpunktion zählen zusammen einen halben Fehler, jedoch kann bei Veränderung des Sinnes durch einen derartigen Fehler oder bei gänzlichem Unverständnis des Textes durch den Kandidaten die Kommission einen ganzen Fehler anrechnen.

Die nähern Erläuterungen betreffs der Prüfung für das pädagogische Befähigungszeugnis giebt das ministerielle Cirkular vom 13. August 1881.¹⁾ Für die schriftliche Prüfung, welche sich nur auf einen Aufsatz erstreckt, dessen ungenügender Ausfall Zurückweisung vom Examen nach sich zieht, soll vier Stunden Zeit gewährt werden; Zweck der Arbeit ist nicht nur der Beweis der vom Kandidaten erworbenen Berufskenntnisse, die Kommission soll aus derselben auch die geistige Reife und die Klarheit des Verstandes des Kandidaten bemessen. Das Thema zu der schriftlichen Arbeit übersendet der Minister an die Inspektoren der Akademie, welche die Vorsitzenden der Prüfungskommissionen sind. Die erste mündliche Prüfung geschieht in Gegenwart der Schüler; die Korrektur soll womöglich in Gegenwart derselben Schüler vorgenommen werden, welche die Arbeit angefertigt haben; sie muß derart sein, daß die Schüler lebhaften Anteil an der Verbesserung nehmen und dies durch die Beantwortung der an sie gestellten Fragen zu erkennen geben. Die zweite mündliche Prüfung ist vor derjenigen Abteilung der Schule abzuhalten, in deren Lehrplan das Thema gehört. Die Wahl der Themata muß eine solche sein, daß nicht immer dieselbe Abteilung in Anspruch genommen ist; auch ist Abwechslung in der Schule selbst zu empfehlen. — Im allgemeinen dient die Prüfung dazu, diejenigen Lehrer zu bezeichnen, welche besonders befähigt sind, größere Schulsysteme zu leiten. Es giebt eine große Anzahl von Lehrern, welche nur im Besitz des einfachen Befähigungszeugnisses sind, sich aber durch gewissenhafte und gewandte Leitung

1) Bulletin 470 p. 1318.

ihrer Schulen auszeichnen und das Vertrauen der Behörden und Familien besitzen, ohne die Mittel und die Zeit zur Fortsetzung ihrer Studien zu haben. Für letztere, welche zahlreiche Beweise ihrer Berufstüchtigkeit gegeben haben, dient dieses Zeugnis als amtliches Dokument ihrer Befähigung.

§. 28.

Die Prüfungskommissionen.

Das ministerielle Cirkular vom 29. Januar 1881¹⁾ erläutert die gesetzlichen Bestimmungen über die Prüfungskommissionen. In Gemäßheit des Art. 46 des Gesetzes vom 15. März 1850 (resp. des Dekrets vom 9. Januar 1883)²⁾ werden die Prüfungskommissionen für das Befähigungszeugnis jährlich vom Departementsschulrat ernannt. Jede dieser Kommissionen besteht aus sieben Mitgliedern und wählt ihren Vorsitzenden selbst.

Ein Volksschulinspektor und zwei Mitglieder des öffentlichen oder freien Unterrichts müssen in der Kommission vertreten sein.

Indem der obenerwähnte Erlaß vom 5. Januar 1881³⁾ die Präfekten ausdrücklich ermächtigt, soviel Prüfungskommissionen zu bestimmen, als für den möglichst schnellen Fortgang des Examens nötig sind, empfiehlt der Minister, daß in den meisten Fällen gleich zwei Kommissionen gewählt werden sollen, die eine für die Prüfung zum Befähigungszeugnis ersten Grades, deren Mitglieder hauptsächlich aus der Zahl der Professoren der Fakultäten und Lyceen zu berufen sein möchten; die andere für die Prüfung zum Befähigungszeugnis zweiten Grades, in welcher jetzt mehr als früher das Lehrpersonal des öffentlichen und freien Volksschulunterrichts seine Vertretung haben könnte. Die Wahl eines Schulvorstehers oder einer Vorsteherin, welche sich durch praktische Erfahrung und Charakter auszeichnen, böten für letzteres Examen hinlängliche Bürgschaft richtiger Beurteilung. Zudem würde der Minister mit Vergnügen sehen, wenn der Departementsschulrat einigen hervorragenden Mitgliedern des Volksschulunterrichts dieses öffentliche Vertrauenszeugnis ausstellte. Bei der Wahl einer Schulvorsteherin in die Kommission würde auch die besondere Ernennung einer Dame für die Prüfung im Handarbeitsunterricht überflüssig.

In demselben Cirkular spricht sich der Minister noch speciell über die Frage aus, ob die Geistlichen der verschiedenen Konfessionen in den Kommissionen beibehalten werden könnten, nachdem Katechismus und biblische Geschichte von der Prüfung ab-

1) Bulletin 462 p. 226 ff. — 2) Bulletin 527 p. 53. — 3) Cfr. Art. 3 des Erlasses p. 79.

gesetzt seien. Der Art. 46 des Gesetzes vom 15. März 1850 erfordert es nicht, daß Geistliche bei den Kommissionen für die Prüfung speciell in der Religion sein müssen; sie wurden bis jetzt zu den Prüfungen für das einfache Zeugnis wie für das höhere und das Befähigungszeugnis für den Sekundärunterricht hinzugezogen, ohne daß die letztern Examina überhaupt eine Prüfung in der Religion umfaßten. In dieser Beziehung hat der Erlaß vom 5. Januar 1881 nichts geändert. Die Geistlichen der verschiedenen Konfessionen sind Mitglieder der Kommissionen, gerade wie die Laien, sie können an alle Aspiranten in allen Prüfungsgegenständen Fragen stellen, in der Religion jedoch nur an die zu ihrem Bekenntnisse gehörenden Aspiranten. Indem das neue Prüfungsreglement die Religion aus dem Examen beseitigt hat, fällt selbstverständlich die Eigenschaft als Special-examinator in der Religion aus, aber an den andern Prüfungen können sie nach wie vor teilnehmen, vorausgesetzt, daß sie vom Departementsschulrat als Mitglieder der Kommission ernannt sind.

Obwohl die gesetzliche (Minimal-)Zahl der Kommissionsmitglieder sieben ist, so genügt doch nach Art. 10 des Dekrets¹⁾ die Anwesenheit von fünf Mitgliedern zur Gültigkeit der Beratungen der Kommission. In jedem Fall können sich die Kommissionen für einzelne Fächer (Zeichnen, Gesang, Turnen, lebende Sprachen) noch durch besondere Examinatoren erweitern, so daß diese Hülfs-examinatoren wie die andern Mitglieder der Kommission verfahren nach folgenden Grundsätzen:²⁾ Die Kommissionen haben das Recht, sich für das mündliche Examen in Unterkommissionen von je drei Mitgliedern zu teilen; aber es ist streng darauf zu achten, daß die Censur für jeden Prüfungsgegenstand, der vor einer Unterkommission verhandelt ist, nur in gemeinsamer Beratung der drei Mitglieder gegeben werden darf. Ferner dürfen die Unterkommissionen nicht zwei Kandidaten zugleich examinieren; es darf stets nur ein Examinator prüfen und ein Kandidat gefragt werden, während die andern zuhören; die Prüfung kann in verschiedenen Sälen vorgenommen werden, welche jedoch dem Publikum zugänglich sein müssen.³⁾

Bei der schriftlichen Prüfung, in welcher die ganze Kommission versammelt ist, mindestens jedoch fünf Mitglieder, müssen die

1) Cfr. p. 88. — 2) Instruktion vom 25. Februar 1881. Bulletin 464 p. 465 ff. — 3) Die Prüfungen für die Kandidaten sind öffentlich; jedoch bestimmt das Gesetz vom 15. März 1850, Art. 49 §. 2 ausdrücklich, daß die Prüfungen der Lehrerinnen von der Öffentlichkeit ausgeschlossen sind. Die ministerielle Instruktion vom 8. Mai 1855 interpretiert dies dahin, daß damit ein Examen bei verschlossenen Thüren nicht gemeint sei; die Aspirantinnen sollten in Abteilungen von vier bis sechs vorgenommen werden; diesen mündlichen Prüfungen können die Mütter, die weiblichen Verwandten und Vormünderinnen beiwohnen.

Prüfungsarbeiten sämtlichen Mitgliedern zur Ansicht vorgelegt werden, nachdem sie von einem, event. auch zwei Mitgliedern möglichst während der Prüfung selbst sorgsam korrigiert worden sind. Die Gesamtkommission einigt sich über das Prüfungsergebnis; ergiebt sich am Ende des schriftlichen oder mündlichen Examins oder beim Gesamtergebnis Meinungsverschiedenheit über die Censur zwischen den einzelnen Examinatoren oder zwei Unterkommissionen, so hat die Gesamtkommission darüber zu entscheiden und kann nötigenfalls eine Ergänzungsprüfung anordnen. — Die Kommissionen sind vor jedem Examen darauf hinzuweisen, daß Nichtbeobachtung der vorgeschriebenen Formalitäten die Annullierung des ganzen Examins nach sich ziehen kann.

Der Minister revidiert die Prüfungsverhandlungen und sendet sie dem Rektor der Akademie zurück, welcher die Zeugnisse ausstellt.¹⁾

§. 29.

Uebergangsbestimmungen.

Nach Art. 28 des Erlasses vom 5. Januar 1881²⁾ können diejenigen Lehrer und Lehrerinnen, welche bereits eine oder mehrere Fakultäten in ihrem Zeugnis erwähnt haben und sich den Besitz des Befähigungszeugnisses ersten Grades sichern wollen, im Verlauf von zwei Jahren von Publikation obigen Erlasses an in einem einzigen Examen ihr Zeugnis vervollständigen. Nach dieser Frist wird das fakultative Zeugnis nur noch als ein gewöhnliches Befähigungszeugnis zweiten Grades betrachtet werden und diejenigen, welche ein höheres Zeugnis zu erhalten beabsichtigen, müssen das ganze Examen nachmachen.

Diejenigen einzelnen Fächer, in welchen die Inhaber der verschiedenen fakultativen Zeugnisse bis zu dem genannten Zeitpunkt noch das Examen mit „genügend“ nachmachen müssen, um das Befähigungszeugnis ersten Grades zu erhalten, sind in der mehrfach angeführten ministeriellen Instruktion vom 25. Februar 1881 angegeben.³⁾ Jedoch wird den Kandidaten im allgemeinen angeraten, sich ohne weiteres zu dem vollständigen Examen für das höhere Befähigungszeugnis zu melden.

Da das Examen in lebenden Sprachen überhaupt fakultativ geblieben ist, so kann es selbstverständlich auch von den Inhabern

1) Die Formulare der Zeugnisse, in welchen weder für einzelne Fächer noch auch im allgemeinen eine Censur gegeben ist, sind abgedruckt: für das Zeugnis zweiten Grades Bulletin 464 p. 454 resp. p. 462; für das Zeugnis ersten Grades Bulletin 464 p. 455 resp. p. 461; für das pädagogische Befähigungszeugnis Bulletin 470 p. 1323. —

2) Bulletin 462 p. 461 ff. — 3) Bulletin 464 p. 474 ff.

des einfachen Elementarzeugnisses abgelegt werden, so daß im Falle des Bestehens besonderer Erwähnung desselben auf dem Zeugnisse geschieht.

Nach Art. 3 des Gesetzes vom 16. Juni 1881,¹⁾ betreffend die Befähigungszeugnisse für den Volksschulunterricht, müssen diejenigen Lehrpersonen, welche, ohne eines der vorerwähnten Befähigungszeugnisse zu besitzen, im Amte sind, im Laufe eines Jahres von Verkündung dieses Gesetzes an sich bei der Prüfungskommission melden, welche dazu bestimmt ist, über die Erteilung der betreffenden Zeugnisse zu entscheiden. Diejenigen, welche das Examen nicht bestehen, haben sich zu den folgenden gewöhnlichen oder aussergewöhnlichen Prüfungsterminen zu melden bis zum Beginn der Schule im Herbst 1884. Die Vorschriften dieses Gesetzes²⁾ finden nach Art. 4 desselben keine Anwendung auf:

1. diejenigen Vorsteher öffentlicher oder freier Schulen, welche am 1. Januar 1881 die Funktionen eines Vorstehers ausübten auf Grund derjenigen Zeugnisse, welche nach den Bestimmungen des Gesetzes vom 15. März 1850 das Befähigungszeugnis ersetzen;³⁾
2. diejenigen Vorsteherinnen an öffentlichen und freien Schulen, welche am 1. Januar 1881 ein Lebensalter von 35 und ein Dienstalter von wenigstens fünf Jahren als Vorsteherinnen hatten;
3. diejenigen Unterlehrer und Unterlehrerinnen an öffentlichen und freien Schulen, welche am 1. Januar 1881 35 Jahre alt waren und wenigstens fünf Jahre als solche im Dienst gestanden haben; aber diese Vergünstigung giebt ihnen nicht das Recht, später an die Spitze einer Schule ohne das vorgeschriebene Zeugnis treten zu können.

Eine weitere Ausnahme ist in diesem Gesetze nicht gemacht; die Mitglieder der geistlichen Kongregationen müssen von nun an ihre Befähigung durch die vorgeschriebenen Examina nachweisen; ebenfalls fallen unter die Bestimmungen dieses Gesetzes die Lehrer an den Singschulen der Kathedralen⁴⁾ sowie die Lehrer und Lehrerinnen an den Schulen der Waisenhäuser.⁵⁾

Um überhaupt jeden Vorwand zu Reklamationen zu beseitigen, ersucht der Minister in einem Cirkular an die Präfekten vom 11. August 1881⁶⁾ letztere, durch schriftliche Zustellung die Beteiligten von den gesetzlichen Bestimmungen einzeln in Kenntnis zu setzen mit dem Bemerken, daß diejenigen ohne weiteres ihres

1) Bulletin 468 p. 932 ff. — 2) Cfr. Art. 1 p. 86 f. — 3) Cfr. p. 29 f. — 4) Cirkular vom 24. April 1882, Bulletin 490 p. 190 resp. vom 4. Juli 1882, Bulletin 501 p. 60. — 5) Cirkular vom 17. April 1882 Bulletin 489 p. 117. — 6) Bulletin 470 p. 1296.

Amtes entsetzt seien, welche nicht bis zum Oktober 1884 den Besitz des vorgeschriebenen Zeugnisses nachweisen könnten. Wenn ein Lehrer einer öffentlichen Schule das Departement verläßt, so soll auf das vom Präfekten vorschriftsmässig auszustellende Exeat¹⁾ verzeichnet werden, ob er den Vorschriften des Gesetzes vom 16. Juni 1881 genügt hat oder nicht; ebenso streng soll auf die Lehrer an freien Schulen geachtet werden, indem in diesem Falle der Präfekt stets von dem Präfekten des Departements, aus welchem der Lehrer kommt, einen Auszug aus den Kontrollregistern verlangen muß, um es zu verhüten, daß die eine oder andere Lehrperson die gesetzlichen Bestimmungen umgehen könne. Betreffs der Pensionate, welche durch Schwestern geleitet werden und zu welchen die Schulbehörden gesetzlich keinen Zutritt haben, wird der Minister mit dem betreffenden Bischof in Verbindung treten, damit dieser einen Geistlichen ernennt, der dem Minister alljährlich die nötigen Nachweise über das Unterrichtspersonal einsendet, aus welchen die Befolgung des Gesetzes ersichtlich ist.

Um die Ausführung des Gesetzes zu erleichtern, hat der Minister den Ausdruck „im Lauf eines Jahres“ dahin ausgedehnt,²⁾ daß die Kandidaten sich neben den beiden regelmässigen Prüfungsterminen des Jahres 1882 in noch weitem zwei außerordentlichen Terminen desselben Jahres zu melden Gelegenheit fanden; einer Anzahl von Mitgliedern der Kongregationen hat er Urlaub erteilt, daß diese sich ins Kloster zurückziehen konnten, um sich zum Examen angemessen vorzubereiten. Da sich dennoch die Mitglieder einzelner Kongregationen den gesetzlichen Verpflichtungen zu entziehen suchten, so ordnete der Minister an, daß diejenigen, welche sich bis zu der letzten Sitzung vom 2. Oktober nicht gemeldet hätten und an öffentlichen Schulen fungierten, ohne weiteres durch andere Lehrkräfte ersetzt werden müßten. Gegen die Lehrer an freien Schulen sollten die Präfekten gleichfalls in Gemäßheit der Art. 29 und 30 des Gesetzes vom 15. März 1850³⁾ vorgehen. — Der Minister ist davon überzeugt, daß nur wenige sich weigern werden, das vorgeschriebene Examen zu machen; die sich weigerten, thäten dies im Gefühl ihrer großen Unfähigkeit, und diese hätten sich die Entfernung aus der Schule selbst zuzuschreiben.⁴⁾

1) Ueber das Exeat cfr. §. 38. — 2) Cirkular vom 22. September 1882, Bulletin 512 p. 675. — 3) Cfr. §. 36. — 4) Zu den vier Prüfungsterminen von 1882 für das Elementarzeugnis meldeten sich:

	Aspirantinnen		Aspiranten	
	Weltliche	Kongregat.	Weltliche	Kongregat.
	24034	14883	18717	8057
davon bestanden	13956	6756	8155	1644
also Prozent	58	48	43	22

§. 30.

Die Ausbildung und Prüfung der Turnlehrer.

Das Gesetz vom 15. März 1850 nennt das Turnen unter denjenigen Fächern, welche in der Volksschule fakultativ sind, an letzter Stelle; aber ein eigentlicher Turnunterricht ist nicht erteilt worden; der Ministerial-Erlaß vom 31. Juli 1851 über den Lehrplan an Seminaren läßt für das Turnen keinen Raum, obgleich das Reglement vom 24. März 1851 diesen Unterricht für die Seminare als obligatorisch erklärt hatte. Auch die der Instruktion vom 3. Juli 1866 beigefügte Verteilung der Unterrichtsgegenstände an Seminaren weist zwar das Turnen als letztes Lehrfach auf, bestimmt aber für dasselbe keine besondern Lehrstunden; die Instruktion selbst spricht davon, daß es an der Zeit sei, das Turnen an den Seminaren einzuführen, wenn die Volksschule in diesem Unterrichtszweige zu ihrem Ziele gelangen solle. Das Dekret vom 3. Februar 1869 befaßt sich zuerst mit der allgemeinen Organisation des Turnunterrichts in den höhern Schulen, den Volksschulen und den Seminaren. Der Art. 8 des Dekrets erklärte das Turnen für obligatorisch in den Seminaren und in den damit verbundenen Uebungsschulen. Der Unterricht wird nach einem besonders geordneten Lehrplan erteilt; an jedem Seminar soll ein Turnlehrer angestellt werden. Dieser Turnlehrer kann nach Art. 10 vom Rektor der Akademie den Auftrag erhalten, diejenigen Lehrer, welche sich am Hauptorte des Kantons zu diesem Zwecke versammeln, in der Erteilung des Turnunterrichts an den Volksschulen zu unterweisen.

Nach Art. 11 des Dekrets ist eine Kommission von fünf Mitgliedern, welche vom Unterrichtsminister ernannt wird, am Hauptort jeder Akademie eingesetzt, um diejenigen Kandidaten zu prüfen, die ein besonderes Zeugnis der Befähigung für den Turnunterricht erhalten wollen. Dieses Zeugnis wird durch den Minister des öffentlichen Unterrichts auf Grund des Kommissionsberichtes ausgehändigt.

Die Examinationskommission, welche am Hauptort eines jeden Departements in Gemäßheit des Art. 46 des Gesetzes vom 15. März 1850 zur Prüfung der Befähigung für den Volksschulunterricht eingesetzt ist, wird autorisiert, in betreff der Prüfung im Turnen für diesen besondern Teil des Examens eine oder zwei speciell in diesem Fache befähigte Personen mit beratender Stimme hinzuzuziehen.

Der Erlaß vom 25. November 1869 bestimmt das Nähere über dieses Examen. In demselben werden verlangt:

1. Theoretische Kenntnisse (die Grundbegriffe der Gliederung und des Baues des menschlichen Körpers):

- a. des Hebels, Anwendung auf die Bewegungen des Körpers und der Glieder, der Rolle, des Flaschenzuges;
- b. Stellung; Bewegung der Arme, Marsch, Sprung;
- c. Knochen, Gliederung, Muskeln, Eingeweide.

2. Pädagogische Befähigung (theoretisch und praktisch). Die Kandidaten müssen verschiedene Uebungen mit den Schülern ausführen.

3. Physische Befähigung zur eigenen Ausführung der Uebungen, welche im Lehrplan vorgeschrieben sind.

Um die Seminaristen für das Examen der Befähigung zum Turnunterricht vorzubereiten, kann an den Seminaren mit Genehmigung des Rektors der Akademie ein besonderer Kursus eingerichtet werden, welcher entweder durch den Lehrer der Naturwissenschaften oder durch den Anstaltsarzt abgehalten wird. Dieser Kursus darf sich nicht über acht bis zehn Stunden erstrecken und befaßt sich mit den elementaren Begriffen der Anatomie:

1. Das Knochensystem als Grundlage des Bewegungsapparats. Summarische Beschreibung des Skeletts. Bau und Entwicklung der Knochen. Erklärung und Einteilung der Gelenke. Untersuchung der Hauptgelenkverbindungen unter specieller Angabe der Bewegungen, welche sie gestatten oder verstärken.

2. Kurzes Studium des Muskelsystems in Bezug auf die Thätigkeit der Organe, die Grenze ihrer Leistungsfähigkeit und die Mittel, sie in Thätigkeit zu setzen, um sie zu kräftigen, ohne sie zu schädigen. Bau und Art der Verbindung der wichtigsten Muskeln. Hauptwirkungen der Turnbewegungen auf die Muskeln. Bezeichnung der Hauptmuskeln, welche durch die einzelnen Vor- und Turnübungen in Thätigkeit gesetzt werden.

3. Summarische Beschreibung der Blutgefäße; einfache Erklärung des Blutumlaufes.

4. Uebersicht über die Verzweigung und Thätigkeit des Nervensystems.

5. Allgemeine Beschreibung der Atmungsorgane, einfache Erklärung der Thätigkeit derselben; ihre Wichtigkeit bei den Uebungen in der Schule.

Da durch das Gesetz vom 27. Januar 1880¹⁾ der Turnunterricht in allen öffentlichen Unterrichtsanstalten für obligatorisch erklärt wurde und die Mehrzahl des vorhandenen Lehrpersonals nicht imstande war, ordentlichen Turnunterricht zu erteilen, so sind durch Cirkular des Unterrichtsministers vom 3. Juli 1882²⁾ besondere Turnkurse an sämtlichen Seminaren eingerichtet worden,

1) Bulletin 449 p. 117. — 2) Bulletin 500 p. 13.

damit die Lehrer, welche mit dem Unterricht nicht hinlänglich vertraut sind, das Fehlende dort nachholen können. Diese Turnkurse fallen in die großen Ferien; die Lehrer erhalten während dieser Zeit freie Wohnung und Beköstigung im Seminar sowie Ersatz der Reisekosten. Mit diesen Turnkursen sind pädagogische Vorträge verbunden.

§. 31.

Die Ausbildung und Prüfung der Zeichenlehrer.

Art. 23 des Gesetzes vom 15. März 1850 stellt das Linearzeichnen unter die fakultativen Lehrfächer der Volksschule; nach dem Ministerial-Erlaß vom 31. Juli 1851 wurde in den Seminaren im zweiten und dritten Jahr Zeichenunterricht erteilt und zwar im zweiten Jahr Linearzeichnen, im dritten Jahr Zeichnen nach Reliefvorlagen. Das Dekret vom 2. Juli 1866 über die Reorganisation der Seminare räumt dem Zeichnen eine wichtigere Stelle unter den Unterrichtsgegenständen ein; die das Dekret erläuternde Instruktion vom folgenden Tage nennt es die „Handschrift des Gewerbefleißes“ und hält es für alle gewerblichen Arbeiter als unerläßlich. Nach dem Lektionsplan sollen in allen drei Jahren wöchentlich je zwei Stunden dem Zeichnen gewidmet sein, und zwar: erstes Jahr: freies Handzeichnen nach Ornamenten; zweites Jahr: Kartenzeichnen, Studium von Abrissen; Zeichnen von Ornamenten; Zeichnen nach Originalen; drittes Jahr: die Anwendungen des Kartenzeichnens; die Perspektive; Schattieren; Tuschen; Fortsetzung des Zeichnens von Ornamenten und nach Originalen. Der Erlaß von demselben Tage fordert für das volle Befähigungszeugnis Linear- und Ornamentzeichnen oder Zeichnen nach Originalen, ferner eine mündliche Prüfung, die sich hauptsächlich auf die Grundsätze des perspektivischen Zeichnens erstrecken soll. In dem Cirkular vom 19. Juli 1875 spricht der Minister es aus, daß er beabsichtige, sowohl in den Seminaren wie in den öffentlichen Volksschulen diesen Unterrichtszweig zu erweitern, da bisher die erwünschten Resultate nicht erzielt worden seien.

Zunächst wurden durch den Ministerial-Erlaß vom 21. Mai 1878 die Lehrpläne nach den drei Gruppen des Zeichnens: Linearzeichnen, Ornamentzeichnen und Zeichnen nach Originalen, für die Seminare geregelt; in demselben und im folgenden Jahre ließ der Minister eine Enquête über den Zeichenunterricht im ganzen Lande veranstalten, durch Erlaß vom 11. Juli 1879 wurde eine besondere Kommission eingesetzt zum Entwurf der Lehrpläne und das Dekret vom 6. August 1880 ordnete zuerst Prüfungen für die Zeichenlehrer an Staats- und Kommunalgymnasien

an, deren Programm bereits am 16. Juni desselben Jahres vom Ober-Unterrichtsrat genehmigt worden war. Durch das Dekret vom 18. Januar 1882 wurde dasselbe auch auf die Seminarlehrer und Zeichenlehrer an Volksschulanstalten ausgedehnt.

Nach Art. 1 des Dekrets vom 6. August 1880¹⁾ wird jährlich zu Paris eine Prüfung abgehalten zur Erlangung des Befähigungszeugnisses für den Zeichenunterricht an den Staats- und Kommunalgymnasien (Certificat d'aptitude du 1^{er} degré et du degré supérieur). Der Prüfungstermin wird durch Ministerial-Erlaß bekannt gemacht. — Diejenigen, welche ein Stipendium zur Ausbildung in Rom (prix de Rome) oder ein Zeugnis der Kunstschule (École des beaux arts) besitzen, werden als Inhaber des Befähigungszeugnisses ersten Grades betrachtet.

Die Kandidaten, welche sich entweder auf dem Ministerium des öffentlichen Unterrichts oder der Direktion der schönen Künste einzuschreiben haben, müssen vorlegen: 1. Geburtsschein, 2. Lebenslauf unter Angabe der Beschäftigung der vorhergehenden Jahre, 3. die Zeugnisse oder Diplome, welche sie vorher erworben haben.²⁾

Die Prüfung für das Zeugnis ersten Grades erstreckt sich auf folgende Gegenstände:³⁾

1. Zeichenprüfung:

- a. perspektivische Zeichnung eines einfachen Gegenstandes, z. B. eines geometrischen Körpers, Bruchstück eines Baues, einer einfachen Vase, Geländerdocke u. s. w.; auf dasselbe Blatt ist zu zeichnen: ein vor den Kandidaten gestellter Gegenstand mit Licht und Schatten, ein Grundriß, ein Aufriß und event. ein Durchschnitt desselben Gegenstandes;
- b. Zeichnung eines plastischen Ornaments: Laubwerk, Rosette oder Kapitäl;
- c. Zeichnung einer antiken Figur nach Gipsmodell.

2. Mündliche Prüfung. Sie erstreckt sich auf folgendes:

- a. Darstellung der Körper und perspektivische Darstellung eines einfachen Gegenstandes: Schemel, Tisch, Postament, Gesimse, Vase u. s. w. — Fragen über Schatten;
- b. Zeichnen eines Baustückes auf die Wandtafel nebst mündlicher Erklärung;
- c. Zeichnen auf die Wandtafel und summarische Erklärung des Baues und der Verhältnisse des menschlichen Körpers.

1) Bulletin 457 p. 1005. — 2) Erlaß vom 7. August 1880, Bulletin 457 p. 1013 ff. — 3) Bulletin 461 p. 1719.

3. Pädagogische Prüfung: Verbesserung

- a. einer perspektivischen,
- b. einer Ornament- und
- c. einer Figurzeichnung, mündliche Erklärung in der Form eines Schulvortrages.

Die Prüfungen für das höhere Befähigungszeugnis zerfallen ebenfalls in drei Teile:

1. Zeichenprüfung:

- a. perspektivische Zeichnung eines Gegenstandes, z. B. eines gewöhnlichen Gegenstandes, eines Baubrustückes, einer verzierten Vase, eines Kapitäls u. s. w. — 3. —;¹⁾
- b. Zeichnung einer antiken Figur — 7. —; das Nichtbestehen in diesen beiden Arbeiten zieht die Nichtigkeit der Prüfung nach sich;
- c. Zeichnung eines plastischen Ornamentes — 3. —;
- d. Zeichnung einer menschlichen Figur nach der Natur — 8. —;
- e. Zeichnung eines Kopfes nach der Natur und in natürlicher Gröfse — 3. —;
- f. anatomische Zeichnung — 3. —.

2. Mündliche Prüfung. Wie vorher unter 2. — 3. —.

3. Pädagogische Prüfung. Wie vorher unter 3. — 3. —.

Bei diesen drei Verbesserungen, welche die Form eines Schulvortrages annehmen sollen, müssen die Kandidaten die verschiedenen von der Prüfungskommission an sie gestellten Fragen über Perspektive, Ornament und Anatomie beantworten.

Betreffs der besondern Stellung der Zeichenlehrer heben wir aus dem Dekret vom 18. Januar 1882²⁾ folgendes hervor:

Die Zeichenlehrer (professeurs de dessin) werden für die Staats- und Kommunalgymnasien, sowie für die Seminare durch den Minister des öffentlichen Unterrichts ernannt, für die Volksschulanstalten durch die Präfekten; sie werden aus denjenigen Personen gewählt, welche eins der beiden durch Dekret vom 6. August 1880 vorgeschriebenen Befähigungszeugnisse besitzen, oder eins der Diplome, welche später für die Schulanstalten angeordnet werden.³⁾

Für die Zeit der Ferien ordnet der Minister der Künste in Uebereinstimmung mit dem Unterrichtsminister in den Seminaren und den Specialschulen für die schönen Künste und das Zeichnen Zeichenkurse an, an welchen sich die Lehrer und Lehrerinnen

1) Die angegebenen Zahlen (Coefficients) bezeichnen die Schätzung der einzelnen Prüfungen bei der Censur. — 2) Bulletin 477 p. 206 ff. — 3) Art. 1.

beteiligen sollen; auch können besondere Kurse für die Vorbereitung der Kandidaten zu der Erlangung des Befähigungszeugnisses angeordnet werden.¹⁾

Die Prüfungskommissionen werden nach dem Gutachten des Ober-Unterrichtsrats durch den Minister der Künste ernannt; unter der Zahl der Mitglieder müssen jedoch zwei vom Unterrichtsminister bezeichnete sein.²⁾

Die Prüfungskommissionen für das höhere Befähigungszeugnis im Volksschulunterricht müssen in Zukunft einen besondern Examiner für das Zeichnen haben; die Wahl desselben muß vorher durch den Präfekten dem Minister der Künste zur Genehmigung unterbreitet werden.³⁾

§. 32.

Ausbildung und Prüfung der Lehrerinnen für weibliche Handarbeiten.

Nach Art. 48 des Gesetzes vom 15. März 1850 bildet der weibliche Handarbeitsunterricht einen integrierenden Teil des Volksschulunterrichts in den Mädchenschulen; das Gesetz vom 10. April 1867 ordnet gleichmäÙig an, daß in jeder geschlechtlich gemischten Schule eine durch den Präfekten zu ernennende Person mit dem Handarbeitsunterricht betraut werden sollte. Für die Befähigung derselben waren bestimmte Anforderungen nicht gestellt, während der Erlaß vom 3. Juli 1866 Art. 23 von den Lehrerinnen bei der Befähigungsprüfung auch eine Prüfung in Handarbeit verlangte, von deren Bestehen die Zulassung zur mündlichen Prüfung abhängig gemacht war. Der Erlaß vom 5. Januar 1881 hatte diese strenge Bestimmung fallen lassen,⁴⁾ indem die Handarbeit auf die gleiche Stufe mit den andern obligatorischen Fächern gestellt wurde. Besondere Befähigungszeugnisse für den Handarbeitsunterricht ordnete erst der Erlaß vom 16. Februar 1882⁵⁾ an, dessen Bestimmungen lauten:

Es werden bis auf weiteres zwei Befähigungszeugnisse für den weiblichen Handarbeitsunterricht eingeführt (ersten und zweiten Grades).⁶⁾

Das Befähigungszeugnis ersten Grades hat den Titel: Befähigungszeugnis zur Leitung der Normalkurse für

1) Art. 5. An dem Kursus in den Osterferien 1882 vom 6. bis 15. April inkl. nahmen über 200 Personen teil. Die auswärtigen Teilnehmer erhalten freie Fahrt 2. Klasse hin und zurück und 6 fr pro Tag für die Dauer des Kursus. Cfr. Erlaß vom 16. Februar 1883, Bulletin 533 p. 437. — 2) Art. 7. — 3) Art. 9. — 4) Cfr. p. 97. — 5) Bulletin 482 p. 564 ff. — 6) Art. 1.

Nähen und Kleidermachen (Certificat à la direction des cours normaux de couture et de confection des vêtements).

Dieses Zeugnis wird gefordert von den Professoren und Hülfslehrerinnen der Lehrerinnenseminare, welche mit diesem Unterricht beauftragt sind, sowie von den Vorsteherinnen der Normalkurse für Nähen, Zuschneiden und Anfertigung der Kleider, welche von den Städten und Departements gegründet sind. Es giebt die Berechtigung, in allen Schulanstalten jeder Stufe zu unterrichten.¹⁾

Zu dem Examen für das Befähigungszeugnis ersten Grades können nur solche Kandidatinnen zugelassen werden, welche zum öffentlichen oder freien Unterricht gehören und nachweisen:

1. Besitz des Befähigungszeugnisses zweiten Grades für den Volksschulunterricht und zweiten Grades für Handarbeitsunterricht;
2. Kenntniss wenigstens zweier Zuschneidemethoden, welche nach Wahl der Aspirantinnen aus denjenigen zu bezeichnen sind, von welchen ein Muster im pädagogischen Museum aufbewahrt wird.²⁾

Das Befähigungszeugnis zweiten Grades hat den Titel: Zeugnis der Befähigung für den Unterricht im Nähen und Kleidermachen in den Gemeindeschulen (Certificat d'aptitude à l'enseignement de la couture et de la confection dans les écoles communales).

Es wird von jeder Lehrerin gefordert, welche in einer Volks- oder Industrieschule den Unterricht in weiblichen Handarbeiten erteilen will.³⁾

Keine Person kann zu diesem Examen zugelassen werden, welche nicht zum öffentlichen oder freien Unterricht gehört, ferner müssen die Aspirantinnen nachweisen:

1. Besitz des Befähigungszeugnisses zweiten Grades für den Volksschulunterricht;
2. Kenntniss wenigstens einer Zuschneidemethode, welche nach Wahl der Aspirantinnen, wie vorher angegeben, zu bezeichnen ist.⁴⁾

Das Befähigungszeugnis ersten Grades wird durch eine Prüfungskommission erteilt, welche alljährlich durch den Minister ernannt wird. — Die Prüfungskommission hält jährlich eine Sitzung in der auf Ostern folgenden Woche. Der Beginn der Prüfung wird durch den Minister festgesetzt.⁵⁾

Jedes Gesuch um Einschreibung muß wenigstens 14 Tage vor dem zum Beginn des Prüfungstermins bestimmten Datum an den Minister des öffentlichen Unterrichts gerichtet werden. Jede Aspirantin muß nebst ihrem Gesuche Abschrift des Befähigungs-

1) Art. 2. — 2) Art. 3. — 3) Art. 4. — 4) Art. 5. — 5) Art. 6.

zeugnisses beifügen und angeben, in welchen Methoden sie die Prüfung ablegen will.¹⁾

Das Examen besteht aus:

1. einer Prüfung im Leinwandnähen: Schneiden und Anfertigung eines Frauenhemdes und einer Kinderhose;
2. einer der beiden folgenden Prüfungen, welche durch's Los gezogen werden: Anfertigung einer Taille mit Schößen für eine erwachsene Person oder eines Prinzesskleides für ein kleines Mädchen.

Die Arbeiten, welche sich an die eine oder andere dieser Prüfungen anschließen, sind folgende vier:

1. Die Aspirantinnen müssen vor der Kommission auf der Wandtafel nach den beiden von ihnen in Gemäfsheit des Art. 3 bezeichneten Methoden eine Uebung vornehmen; sie müssen die beiden Methoden vergleichen und theoretische Fragen über den methodischen Unterricht im Zuschneiden und in den Näharbeiten beantworten, ferner über den Gebrauch und die Handhabung der Nähmaschine. Das Nichtbestehen zieht die Nichtigkeit der Prüfung nach sich.
2. Jede Aspirantin muß Maß nehmen an einem ihr bezeichneten Gestell und nach diesem Maße und im Einklang mit der von ihr bezeichneten Methode ein Kleidmuster zeichnen, nach welchem sie das Kleid nachher anzufertigen hat.
3. Schneiden und Zusammenreihen des Kleides nach dem Schnitt des Musters, welches Gegenstand der vorhergehenden Prüfung war; erstes Anpassen an dem Gestell, welches zum Maßnehmen gedient hat; Berichtigungen unter Angabe der Gründe, warum und nach welchen Grundsätzen sie gemacht sind.
4. Nähen eines Teiles der Taille; Form eines Knopfloches; definitives Anpassen.²⁾

Die Points zählen von 1 bis 20. Die Aspirantinnen, welche in der ersten Prüfung nicht die Durchschnittszahl erhalten, werden von der weitem Prüfung ausgeschlossen.³⁾

Das Befähigungszeugnis zweiten Grades wird durch Lokalkommissionen erteilt, welche vom Rektor der Akademie ernannt werden und aus wenigstens fünf Mitgliedern zusammengesetzt sind.⁴⁾

Die Lokalkommissionen halten jährlich eine Prüfungssitzung ab.⁵⁾

Jedes Einschreibungsgesuch muß mindestens 14 Tage vor der Eröffnung des Prüfungstermins dem Rektor der Akademie

1) Art. 7. — 2) Art. 8. — 3) Art. 9. — 4) Art. 10. — 5) Art. 11.

eingereicht werden. — Es muß dem Gesuch Abschrift des Befähigungszeugnisses beigelegt und angegeben sein, in welcher Methode die Kandidatin die Prüfung ablegen will.¹⁾

Das Examen besteht aus:

1. einer Prüfung im Nähen: ein Stück Leinen, an welchem die verschiedenen Arten Stiche und Nähte gemacht werden;
2. einer der beiden folgenden Prüfungen, welche durch das Los gezogen wird: Anfertigung einer Taille mit Schößen für eine erwachsene Person oder ein Prinzesskleid für ein kleines Mädchen.

Der an die eine oder andere dieser Prüfungen sich anschließenden Arbeiten sind vier²⁾ (es sind dieselben wie vorher unter Art. 8 angegeben mit dem Unterschiede, daß es sich hier nur um eine Methode handelt).

Der gegenwärtige Erlaß wird provisorisch ausgeführt so lange, bis eine allgemeine gesetzliche Regelung des Unterrichts in Handarbeiten für die Volksschule, die gehobene Volksschule und das Seminar durch den Ober-Unterrichtsrat festgesetzt sein wird.³⁾

§. 33.

Ausbildung und Prüfung der Lehrer und Lehrerinnen für den Handfertigungsunterricht.

Der Handfertigungsunterricht im Lehrplan der Volksschulen und Seminare ist erst ganz neuern Datums. Durch das Gesetz vom 11. Dezember 1880⁴⁾ wurden gewerbliche Lehrlingsschulen gegründet, welche dazu bestimmt sind, denjenigen jungen Leuten, die sich dem Handwerke widmen wollen, die nötige Geschicklichkeit und die technischen Kenntnisse beizubringen (*Écoles manuelles d'apprentissage*). Das Gesetz vom 28. März 1882,⁵⁾ welches den Volksschulunterricht obligatorisch macht, führt in den Lehrplan der Volksschulen außer den Elementen der Physik, der Naturwissenschaften, der Mathematik, ihrer Anwendungen auf den Ackerbau, die Gesundheitspflege und die gewerblichen Künste auch den Unterricht in Handfertigkeit und den Gebrauch der Werkzeuge der hauptsächlichsten Handwerke ein. Durch den Erlaß vom 27. Juli 1882⁶⁾ wurden die Lehrpläne dieses Unterrichtszweiges für die Volksschulen festgesetzt und ihnen zwei bis drei Stunden wöchentlich zugewiesen.

Wir haben bereits gesehen,⁷⁾ daß dieser Unterricht auch in den Lehrplänen der Seminare seinen Platz gefunden. Um das

1) Art. 12. — 2) Art. 13. — 3) Art. 15, cfr. p. 116 Anm. 3. — 4) Bulletin 461 p. 1588. — 5) Bulletin 486 p. 807. — 6) Bulletin 504 p. 214 ff. — 7) Cfr. p. 35.

nötige Lehrpersonal zu gewinnen, welches bisher ganz fehlte, wurde durch Ministerial-Erlass vom 28. Juli 1882¹⁾ versuchsweise die Errichtung eines Vorbereitungskursus angeordnet für die Befähigung zum Handfertigungsunterricht in den Seminaren und gehobenen Volksschulen.

Der Lehrplan dieses Kursus umfaßt im allgemeinen:

1. Anwendung und praktische Verwertung der Kenntnisse in der Mathematik und den Naturwissenschaften, welche in dem Seminar, der gehobenen Volksschule und der Gewerbeschule erworben worden sind: der Geometrie, Mechanik, Physik, Chemie und Naturgeschichte;
2. Linearzeichnen, Modellieren, Abformen, Schnitzen in Holz und weichem Stein, Holzarbeit, Eisenarbeit, Schmieden, Feilen, Arbeit auf der Drehbank, überhaupt die Bearbeitung harten Materials;
3. Märsche, militärische Uebungen, topographische Uebungen, Schiessen, Feldbefestigung, Feuerspritzübungen, Gesang und Turnen;
4. lebende Sprachen.

Die Unterrichtszeit dauert von 8 bis 11^{1/2} Uhr morgens und 1 bis 6 nachmittags, und zwar täglich. Die Teilnehmer des Kursus können Externe sein oder in der Anstalt selbst Kost und Logis haben, unter der Bedingung, daß sie sich den Anstaltsregeln fügen, soweit sie die Hausordnung betreffen. Im übrigen haben sie dieselbe Freiheit wie die Externen. In der Anstalt befinden sich die zum Unterricht nötigen Werkzeuge und Gerätschaften, ferner stehen zur Disposition der Zöglinge ein Fechtboden, ein Gesellschaftssaal mit Bibliothek, ein chemisches Laboratorium, ein physikalisches Kabinet, ein botanischer Garten, Modelle, Sammlungen, Mikroskope, photographische und Projektionsapparate, Klavier, Harmonium, bedeckte Turnhalle und ein Schiessstand.

Die Aufnahme in diese Handfertigungs-Musterschule ist nach dem Erlaß vom 3. Oktober 1882²⁾ von einer öffentlichen Prüfung bedingt. Die Kandidaten müssen:

1. ein Alter von mindestens 21 und höchstens 35 Jahren haben;
2. im Besitz des Befähigungszeugnisses ersten Grades für den Volksschulunterricht oder des Diploms als Baccalauréus in den Realien sein;
3. eine Eingabe machen, welche Aufschluß giebt über ihre bisherige gewerbliche Thätigkeit, das Datum ihrer Zeugnisse, den Ort, an welchem sie dieselben erhalten, die Anstalten, an welchen sie ihre Studien gemacht und an welchen sie Unterricht erteilt haben.³⁾

1) Bulletin 504 p. 257. — 2) Bulletin 513 p. 23. — 3) Art. 2.

Dispensationen vom Alter und von der wissenschaftlichen Befähigung kann der Minister durch besondere Entscheidung auf den Vorschlag des Rektors der Akademie gewähren.¹⁾

Das Aufnahme-Examen besteht aus schriftlichen Prüfungen und einer mündlichen.²⁾

Die schriftlichen Prüfungen, deren Nichtbestehen Zurückweisung nach sich zieht, sind:

1. eine Linearzeichnung;
2. eine Ornamentzeichnung;
3. ein Aufsatz aus der Physik, dessen Thema aus dem Stoff für das Examen zur Erlangung des Befähigungszeugnisses ersten Grades für den Volksschulunterricht genommen ist.³⁾

Eine weitere schriftliche Arbeit, welche nicht eliminatorisch ist, erstreckt sich auf das Gebiet der beschreibenden Geometrie, die Trigonometrie und die Elemente der Algebra. Das Resultat dieser Arbeit kommt nur in Betracht bei der Bestimmung des Platzes in der Aufnahmeliste.⁴⁾

Für jede der schriftlichen Arbeiten werden drei Stunden gewährt, sie werden am Hauptorte des Departements angefertigt.⁵⁾

Auf Grund dieser Arbeiten werden die Kandidaten bestimmt, welche zur mündlichen Prüfung zugelassen sind. Die letztere, deren Einzelheiten der angeführte Erlaß nicht erwähnt, wird in Paris vor einer vom Minister bestimmten Prüfungskommission abgelegt. Reisekosten sowie die Kosten des Aufenthaltes während der Dauer der Prüfung werden aus Staatsmitteln vergütet.

Während der Dauer des Kursus an der Handfertigungs-Musterschule behalten diejenigen Teilnehmer, welche bis dahin im Dienste des Unterrichts gestanden haben, ihr volles Gehalt; die andern erhalten für die Dauer der Uebungen (8 Monate) monatlich 125fr, während den Internen davon für Kost und Wohnung 3fr pro Tag in Anrechnung gebracht werden.

Nach dem Ergebnis der Prüfungen am Ende des Jahreskursus wird ein Verzeichnis der Teilnehmer nach den Leistungen geordnet aufgestellt und denjenigen, welche für fähig erklärt worden sind, das Zeugnis ausgeliefert. Diejenigen, welche ohne Zeugnis die Anstalt verlassen, treten in ihre frühern Stellungen wieder zurück und können nur dann einen neuen Kursus mitmachen, wenn sie unverschuldet zurückgeblieben sind und vom Minister auf Antrag des Anstaltsrats wieder zugelassen werden.⁶⁾

Der Erlaß vom 20. Juli 1883⁷⁾ enthält die nähern Bestimmungen über das Examen zur Erlangung des Befähigungszeugnisses (Cer-

1) Art. 3. — 2) Art. 4. — 3) Art. 5. — 4) Art. 6. — 5) Art. 7. —
6) Bulletin 513 p. 65 ff. — 7) Bulletin 555 p. 117 ff.

tificat d'aptitude à l'enseignement du travail manuel). Das Examen besteht:

1. aus allgemeinen Prüfungen, deren Nichtbestehen Zurückweisung von der fernern Prüfung bedingt;
2. aus besondern Prüfungen.¹⁾

Die allgemeinen Prüfungen bestehen für die Aspiranten in folgendem:

1. einer Arbeit in der Geometrie, zwei Stunden;
2. einer geometrischen Zeichnung: Entwurf unter Angabe der Seiten von einem Gegenstande en relief und Ausführung desselben nach bestimmtem Maßstabe (drei Stunden);
3. einem Aufriß aus der beschreibenden Geometrie (drei Stunden);
4. einer Ornamentzeichnung nach Gipsabdruck und einer Modellierarbeit nach einfachem Modell (vier Stunden).

Die besondern Prüfungen umfassen:

1. praktische Ausführung einer Aufgabe aus der Physik oder Chemie oder der Naturgeschichte nach Auswahl des Kandidaten (vier Stunden);
2. Bearbeitung eines Eisen- oder Holzstückes nach einem Entwurf unter Angabe der Seiten (vier Stunden);

Am Schlusse jeder dieser Prüfungen müssen die Kandidaten schriftlich Auskunft geben über das von ihnen bei der Arbeit angewandte Verfahren;

3. Begutachtung von Schülerarbeiten (Karten, Handfertigkeitenarbeiten);
4. eine mündliche Prüfung, welche sich über die vom Kandidaten ausgewählten Gegenstände der besondern Prüfung erstreckt. Dieselbe darf höchstens eine Viertelstunde dauern.²⁾

Die allgemeinen Prüfungen für die Aspirantinnen³⁾ umfassen folgendes:

1. eine schriftliche Arbeit über Gesundheitslehre oder Hauswirtschaft (drei Stunden);
2. eine Lektion über Anschauungsunterricht mit den Kindern einer Volks- oder Kleinkinderbewahrschule (nach einstündiger Klausurvorbereitung);
3. eine Ornamentzeichnung unter specieller Anwendung auf weibliche Handarbeiten (drei Stunden).

Die besondern Prüfungen bestehen in:

1. der praktischen Ausführung einer ganz einfachen Auf-

1) Art. 3. — 2) Art. 4. — 3) Das auf Grund dieser Prüfung erworbene Zeugnis berechtigt zur Erteilung des weiblichen Handarbeitsunterrichts. Der provisorische Erlaß vom 16. Februar 1882 (cfr. p. 111 ff.) wird dadurch aufgehoben, obwohl es nicht ausdrücklich gesagt ist. Cfr. Bulletin 589 p. 376.

gabe aus der Physik, Chemie oder Naturgeschichte nach freier Auswahl der Aspirantin (drei Stunden);

2. einer Arbeit aus dem Haushaltswesen nach dem Programm über Haushalt in Lehrerinnenseminaren oder der Ausführung einer weiblichen Handarbeit (Nähen, Stricken, Häkeln, Sticken, Zuschneiden und Anfertigung von Kleidungsstücken).¹⁾

Die Kandidaten können auf ihr Verlangen eine oder mehrere fakultative Prüfungen in den untenbezeichneten Fächern ablegen, welche auf dem Befähigungszeugnis erwähnt werden; diese sind:

1. Kalligraphie;
2. Zeichnung nach Originalen in Gips;
3. Turnen, Fechten und militärische Uebungen;
4. Kartenzeichnen, Feldmessen, Nivellieren, Aichen;
5. Landwirtschaft und Gartenbau;
6. Ausführung irgend einer Handwerksarbeit nach Wahl des Kandidaten.²⁾

Die allgemeinen Prüfungen finden statt unter dem Vorsitz des Inspektors der Akademie am Hauptort des Departements, die Schlussprüfung ist in Paris.³⁾

Die Prüfungskommission wird jährlich durch den Minister des öffentlichen Unterrichts ernannt. Die Prüfungsthemata werden durch die Centralverwaltung übersandt.⁴⁾

Ein Prüfungstermin zur Erlangung des Befähigungszeugnisses für den Handfertigungsunterricht schließt sich jährlich unmittelbar an die Prüfung für das Professorat an Seminaren an. Diejenigen Kandidaten, welche das Befähigungszeugnis für das Professorat an Seminaren in Mathematik und Naturwissenschaften haben, sind von den zwei ersten allgemeinen Prüfungen dispensiert.

Umgekehrt sind die Kandidaten, welche das Befähigungszeugnis für den Handfertigungsunterricht besitzen und sich zur Prüfung für das Professorat an den Seminaren in der Mathematik und den Naturwissenschaften melden, von der ersten der schriftlichen Prüfungen dispensiert.⁵⁾

Die Volksschullehrer und Professoren an Seminaren, welche im Besitz des Befähigungszeugnisses für den Handfertigungsunterricht sind, treten in den Genuß einer Gehaltszulage von 300 fr, welche dem gesetzlichen Abzuge unterworfen ist und ihnen so lange verbleibt, als sie im aktiven Schuldienste stehen.⁶⁾

1) Art. 5. — 2) Art. 6. — 3) Art. 7. — 4) Art. 8. — 5) Art. 9. — 6) Art. 10. Cfr. Ueber den Handfertigungsunterricht in Frankreich u. a. die Denkschrift, welche dem preussischen Abgeordnetenhaus von dem Minister für Handel und Gewerbe 1878 vorgelegt wurde: Das technische Unterrichtswesen in Preussen. Berlin, 1879.

4. Kapitel.

Die Fortbildung der Lehrer.

§. 34.

Bevor wir den Abschnitt über die Ausbildung und Befähigung der Lehrer schließen, müssen wir noch kurz die Fortbildung derselben auf den Kantonalkonferenzen betrachten.

Die erste eigentliche Organisation der Lehrerkonferenzen geschah durch das Reglement vom 10. Februar 1837; für die Einführung derselben wird geltend gemacht, daß sie den Fortschritt und die Verbesserung des Volksschulwesens fördern, daß ihre fruchtbringenden Resultate durch die Berichte der Volksschulinspektoren anerkannt seien, daß mehrere Generalräte die Mittel bewilligt haben, um die Lehrer für die Teilnahme an den Konferenzen zu entschädigen, daß es gut sei, ähnliche Vereinigungen zu unterstützen und zugleich einige Vorschriften aufzustellen, um Mißbräuche zu verhindern. Der Zweck derselben wurde durch Art. 1 des Reglements bestimmt, welcher lautet:

Die Volksschullehrer eines oder mehrerer Kantone werden ermächtigt, sich mit Genehmigung der Lokalbehörde und unter Aufsicht des Kreiskomitees zu versammeln, um unter sich zu beraten über die verschiedenen Unterrichtsstoffe, über die verschiedenen Unterrichtsmethoden und die Anwendung derselben sowie über die Grundsätze, welche die Kindererziehung und das Verhalten der Lehrer beherrschen sollen. Jeder andere Gegenstand der Verhandlungen ist streng untersagt.

Die Konferenzen finden einmal monatlich im Wintersemester, zweimal monatlich im Sommersemester statt.¹⁾ Der Vorsitzende der Konferenz wird von dem Rektor der Akademie ernannt.²⁾ Der stellvertretende Präsident, der Schriftführer, der Kassierer und der Bibliothekar werden durch die Mitglieder der Konferenz auf ein Jahr gewählt.³⁾ Aus den Geldmitteln, welche die Gemeinden oder Departements zu diesem Zwecke bewilligen, sowie aus den event. Geschenken und Legaten soll eine Bibliothek zur Benutzung für die Konferenzmitglieder gegründet werden.⁴⁾

Die Konferenzen, welche anfänglich florierten und für welche auch eine Anzahl pädagogischer Bibliotheken ins Leben traten, bestanden teilweise eine Zeitlang für sich, teilweise schlossen sie

1) Art. 7. — 2) Art. 8. — 3) Art. 9. — 4) Art. 15.

sich an die vorhandenen Seminare oder Normalkurse an, aber langen Bestand hatten sie nicht. Infolge der Beschuldigung, daß sich einzelne Versammlungen mit politischen Tagesfragen beschäftigten, wurden sie 1849 aufgelöst. Das Unterrichtsgesetz von 1850 erwähnt dieselben mit keinem Wort. In der Folgezeit finden wir zwar wieder Konferenzen der Lehrer, teilweise unter dem Namen pädagogische Versammlungen (*retraites pédagogiques*), aber dieselben trugen weder einen einheitlichen Charakter noch waren sie obligatorisch. Der erste, welcher die Konferenzfrage mit Erfolg behandelte, war der Minister des öffentlichen Unterrichts Bardoux, indem er am 28. August 1878 in einer Anrede an die in der Sorbonne versammelten Delegierten sämtlicher Lehrer Frankreichs die Wiederaufnahme dieser pädagogischen Versammlungen dringend empfahl.¹⁾

Als Zweck derselben bezeichnet er:

1. Fortsetzung der pädagogischen Ausbildung, welche im Seminar ihren Anfang genommen;
2. Verbesserung der Unterrichtsmethoden;
3. Hebung des Bildungsgrades und der Erziehung des Volkes;
- 4) Veranlassung zur Errichtung von Kantonal- resp. Arrondissementsbibliotheken;
- 5) Verbreitung der Thätigkeit der Gesellschaft gegenseitiger Unterstützung;
6. Entwicklung und Kräftigung des Geistes der Zusammengehörigkeit und der brüderlichen Gesinnung.

In diesem Sinne ist auch das Cirkular vom 29. Oktober 1878 verfaßt, welches den Rektoren aufträgt, unter Beihülfe der Inspektoren der Akademie Entwürfe zur Organisation der Konferenzen auszuarbeiten, welche den Bedürfnissen und Gewohnheiten der einzelnen Departements oder Arrondissements entsprechen. Es sind nicht diejenigen Konferenzen gemeint, welche der Volksschulinspektor zusammenberuft, nachdem er eine bestimmte Anzahl von Schulen revidiert hat und den Lehrern Vortrag hält über die Lücken, welche er gefunden, über die Mittel zur Verbesserung der Methoden u. s. w., es sind vielmehr diejenigen pädagogischen Versammlungen, in welchen die Lehrer selbst thätig sein und persönlichen Anteil an den Debatten nehmen sollen. Als Hauptgrundsätze stellt er folgende auf:

1. Gegenstand der Konferenzen bleibt, wie es Art. 1 des oben angeführten Reglements vom 10. Februar 1837 vorgeschrieben ist;

1) Die Rede findet sich im Journal des instituteurs Jahrgang 1878, No. 36 p. 605.

2. der Vorsitz in denselben ist ausschließlich dem Volksschulinspektor oder dem Inspektor der Akademie vorbehalten;

3. die zur Verhandlung kommenden Gegenstände und die Fragen, über welche in den einzelnen Konferenzen Beschluss gefasst werden soll, werden durch den Inspektor der Akademie auf den Vorschlag des Volksschulinspektors bezeichnet. Sie werden so frühzeitig vor der Konferenz festgesetzt, dass die Lehrer sich auf die Beantwortung der Fragen vorbereiten können.

Die Rektoren werden ferner ersucht, sich berichtlich zu äussern über die Zahl der Konferenzen, über Zeit und Ort der Abhaltung derselben, über die finanziellen Fragen, welche damit verbunden sind, sowie über die Gründung pädagogischer Bibliotheken zum ausschliesslichen Gebrauch der Lehrer. Ferner sollen sie in Erwägung ziehen, ob es nicht vorteilhaft sei, neben diesen Kantonal-konferenzen noch eine jährliche Departementskonferenz einzurichten, in welcher zur Zeit der Ferien eine Anzahl Lehrer sich am Hauptorte des Departements einige Tage unter dem Vorsitz des Inspektors der Akademie oder eines andern durch letztern ernannten und im Volksschulwesen bewährten Pädagogen zusammenfinden könnten, um hier über die wichtigsten, die Volksschule betreffenden Angelegenheiten in Beratung zu treten.

Von diesen Einrichtungen erwartet der Minister neues Leben und neue Anregung auf dem Gebiete der Volksschulbildung.

Auf Grund der Berichte der Rektoren und des Gutachtens des Ober-Unterrichtsrats erfolgte der Erlafs vom 5. Juni 1880,¹⁾ welcher das Konferenzwesen endgültig regelt; derselbe lautet:

„Pädagogische Konferenzen für die Lehrer und Lehrerinnen an öffentlichen Schulen werden durch die akademischen Behörden in jedem Kanton eingerichtet. Zwei oder mehrere Kantone können vereinigt werden.

Der Rektor kann auf den Vorschlag des Inspektors der Akademie darüber entscheiden, ob dieselbe Konferenz für die Lehrer und die Lehrerinnen gemeinschaftlich ist.

Der Vorsitz gebührt gesetzlich dem Inspektor der Akademie oder in Abwesenheit desselben dem Volksschulinspektor; die Mitglieder der Konferenz ernennen jährlich einen stellvertretenden Vorsitzenden und einen Schriftführer, welchen sie aus ihrer Mitte wählen.²⁾

In den Versammlungen darf nur über Gegenstände aus der theoretischen und praktischen Pädagogik verhandelt werden.³⁾

Bei der letzten Versammlung eines jeden Schuljahres schlägt

1) Bulletin 454 p. 634 f. — 2) Art. 1. — 3) Art. 2.

die Konferenz diejenigen Fragen vor, welche im Laufe des folgenden Jahres zur Verhandlung kommen sollen. Das Verzeichnis dieser Fragen wird durch den Inspektor der Akademie in möglichst kurzer Frist festgesetzt und publiziert.¹⁾

Das Erscheinen bei diesen pädagogischen Konferenzen ist obligatorisch für sämtliche angestellte Lehrer und Lehrerinnen an öffentlichen Schulen, ebenfalls für die Unterlehrer stets dann, wenn ihre Anwesenheit in der Schule nicht erforderlich ist. Der Inspektor der Akademie kann von der Teilnahme an den Konferenzen entbinden.²⁾

Die Lehrer und Lehrerinnen an freien Schulen können auf ihr Gesuch hin vom Inspektor der Akademie zur Beiwohnung der Versammlungen ermächtigt werden.³⁾

Zahl, Termin und Ort der Vereinigungen werden durch die akademische Behörde festgesetzt.⁴⁾

Abschrift des Protokolls jeder Sitzung wird dem Volksschulinspektor eingesandt.⁵⁾

Die Erläuterungen zu diesem Erlaß giebt das ministerielle Cirkular vom 10. August 1880.⁶⁾ Der Erlaß schreibt ausdrücklich allen Departements vor, pädagogische Konferenzen ins Leben zu rufen; er verpflichtet alle Lehrer, an denselben teilzunehmen, aber er läßt den zuständigen Behörden den weitesten Spielraum in der Organisation derselben. Die Konferenzen sollen nicht nach einem übereinstimmenden Plan eingerichtet, sondern nach Maßgabe der Verhältnisse organisiert werden, wie sie sich in den einzelnen Gegenden am besten entwickeln und gedeihen. Das Wichtigste dabei ist, daß die Lehrpersonen vor dem schädlichen Einfluß der Vereinsamung bewahrt bleiben, welcher nach und nach den festesten Willen lähmt. Indem die Lehrer sich von Zeit zu Zeit versammeln, lernen sie nicht nur über Fragen aus der Methodik, über den Unterrichtsstoff, die Schulbücher und die Einzelheiten des Schulorganismus verhandeln, sondern sie finden auch Gelegenheit, die guten Beziehungen der Kollegialität zu erneuern, häufiger mit ihren Vorgesetzten in Verbindung zu treten, überhaupt unter sich diejenige Gemeinschaft des Geistes und diejenige Solidarität des Berufes zu fördern, welche die Macht und Würde des gesamten Unterrichtspersonals bilden. Darum sind auch die Konferenzen obligatorisch geworden, sie gehören in Zukunft zu den Berufspflichten des Lehrers.

Was den Ort der Versammlung angeht, so soll derselbe so gewählt werden, daß alle Lehrer möglichst leichten Zugang haben. Der Hauptort des Kantons wird meistens der geeignetste sein, oft wird sich jedoch auch ein anderer Centralpunkt finden, welcher für

1) Art. 3. — 2) Art. 4. — 3) Art. 5. — 4) Art. 6. — 5) Art. 7. —

6) Bulletin 457 p. 1020 ff. Dasselbe ist auszugsweise wiedergegeben.

die Zusammenkünfte mehr Vorzüge bietet. Es können nicht nur mehrere Kantone vereinigt, sondern auch einzelne derselben geteilt werden.

Auch die Zahl der Konferenzen kann in Anbetracht der lokalen Gewohnheiten verschieden sein; in einzelnen Kantonen und in größern Städten können dieselben monatlich stattfinden, während es sich in andern Kantonen empfiehlt, nur eine oder zwei Versammlungen jährlich abzuhalten.

Wichtiger ist die Frage, und hier ist ganz besonders den lokalen Gewohnheiten Rechnung zu tragen, ob die Konferenzen für die Lehrer und Lehrerinnen getrennt oder gemeinschaftlich abzuhalten sind. In den verschiedenen Gegenden Frankreichs herrscht bald die eine, bald die andere Sitte; in einigen Gegenden kommen die Lehrer und Lehrerinnen häufig gemeinschaftlich zusammen, die kongreganistischen nicht ausgenommen, in andern Gegenden haben die Lehrerinnen ihre besondern Konferenzen, wieder in andern sind die Laien und die Kongreganisten getrennt. Ueberall soll der Modus beibehalten werden, welcher dem Lehrpersonal am besten zusagt.

Die Vorschrift, den Konferenzen beiwohnen zu müssen, hat man aus naheliegenden Gründen auf die Unterlehrerinnen nicht ausgedehnt; diese können nur zugelassen werden auf das Ersuchen und die specielle Verantwortlichkeit der Hauptlehrerin. Der Minister glaubt kaum erwähnen zu müssen, daß das Lehrpersonal der Seminare an den Konferenzen in dem Hauptorte teilnimmt. Den Lehrern und Lehrerinnen an freien Schulen soll die Teilnahme auf ihren Wunsch hin nicht versagt werden; es steht nichts im Wege, daß sie an der Debatte teilnehmen; wo es sich jedoch um Abstimmung oder Gutachten über eine Frage handelt, welche ausschließlich die öffentlichen Schulen betrifft, haben sie kein Stimmrecht.

Der Inspektor der Akademie darf nur in Einzelfällen die zur Beiwohnung der Konferenzen verpflichteten Lehrpersonen davon entbinden; es ist aber ausdrücklich nicht gestattet, etwa eine ganze Kategorie von Lehrern oder Lehrerinnen von der Teilnahme zu dispensieren. Gründe des Dispenses sind im allgemeinen nur vorgeschrittenes Alter, Krankheit und Schwierigkeit der Kommunikation; grundsätzliches Fernbleiben kann keinesfalls geduldet werden.

Die Verhandlungen selbst dürfen sich nur auf Gegenstände der Pädagogik erstrecken; keine andern Sachen sollen besprochen werden, zumal da ja die Liste der zu behandelnden Fragen von der Konferenz selbst aufgestellt und die Tagesordnung auf Grund dieser Liste vom Inspektor der Akademie bestimmt ist. Der Umstand, daß es den Inspektoren der Akademie, den Vorsitzenden und den Mitgliedern der Konferenz unter der Oberleitung des Rektors freigelassen ist, ihre Arbeiten selbst zu ordnen, wird die

Einförmigkeit verbannen; die Konferenzthematata können für sämtliche Kantonalkonferenzen dieselben sein, sie können aber auch in den einzelnen Kantonen und Arrondissements abwechseln; die ganze Geschäftsordnung regelt die Versammlung selbst. Bei den Debatten und schriftlichen Arbeiten sollen die Mitglieder der Konferenz sich vor hochtrabenden Theorien und unrealisierbaren Vorschlägen hüten und stets bedenken, daß die Pädagogik eine positive Wissenschaft ist, welche sich auf die Erfahrung stützt. Daher ist es wünschenswert, wenn der Gebrauch allgemein eingeführt würde, daß einzelne Klassen vorgeführt werden und ein Lehrer eine Lektion hält, um die Diskussion an die Praxis direkt anzuknüpfen. Der rechte Zweck der Konferenzen und der Grund ihrer allgemeinen Wertschätzung ist der, die Ergebnisse der täglichen Erfahrung in der Schule vorzubringen, sich einander die praktischen Lehren mitzuteilen, welche jeder in seiner Schule gemacht hat, sich in den Verhandlungen gegenseitig klar zu werden nicht über gelehrte Systeme, sondern über die wirkliche Lage der Volksschule.

In einem weitem Cirkular von demselben Tage¹⁾ an die Präfekten werden letztere beauftragt, dafür Sorge zu tragen, daß die Lehrer aus den Mitteln des Departements für die denselben aus der vorgeschriebenen Teilnahme an den Versammlungen entstehenden Kosten teilweise entschädigt werden; aus den dem Minister zu Gebote stehenden Mitteln wird derselbe eine gleich hohe Summe zur Verfügung stellen.

1) Bulletin 457 p. 1025.

II. Abschnitt.

Die rechtliche Stellung der Lehrer.

1. Kapitel.

Die freien Schulen.

§. 35.

Freie Schulen. Allgemeines.

Unter dem alten Regime war der Volksschulunterricht größtentheils in den Händen des Klerus; der Staat übte auf denselben keinen Einfluß aus. Ein großer Fortschritt der Revolution von 1789 war die Betonung des Grundsatzes, daß der Volksschulunterricht nicht in das Belieben des einzelnen gesetzt werden dürfe und daß der Staat vom socialen Gesichtspunkt aus die Pflicht habe, für die Bildung seiner sämtlichen Unterthanen bis zu einem gewissen Grade Sorge zu tragen. Indem Talleyrand bei seinem Entwurf zu einem Unterrichtsgesetze zur Zeit der konstituierenden Versammlung von der Voraussetzung ausging, daß jeder das Recht habe, vom Staate die Wohlthaten des Unterrichts zu fordern, betont er auch das gleiche Recht eines jeden, die Bildung zu verbreiten; weder der Staat noch die Kirche dürften das Privileg der Unterrichtserteilung in die Hand nehmen, denn dieses Privileg sei, wie alle andern, vorwerflich; es sollte jedem Privaten freistehen, unter Beobachtung der bestehenden allgemeinen Gesetze über den Unterricht Unterrichtsanstalten zu gründen. In radikalerem Sinne sprach sich Condorcet in seinem Gesetzesentwurf aus: er wollte ein Unterrichtssystem auf eigenen Füßen errichtet wissen, welches sich aus sich selbst seine Leiter nimmt, als Gegengewicht gegen den Einfluß der Regierung; er will, daß dem freien Gange des menschlichen Geistes keine Autorität in den Weg trete, und betrachtet die Freiheit des Unterrichts gewissermaßen als einen Teil der Rechte des Menschengeschlechts.

Aber auch sein Plan schien einem großen Teil der Republikaner nicht annehmbar; ein hierarchisch geordneter Lehrkörper war ihres

Erachtens als Staat im Staate gefährlich, und als das Unterrichtskomitee am 26. Juni 1793 einen Entwurf brachte, wonach die Nationalschulen durch eine von der Exekutivgewalt zu ernennende Centralkommission geleitet und organisiert werden sollten, wurde dieser Vorschlag als freiheitsgefährlich verworfen. Der Konvent wollte alle Vorrechte zerstört wissen: die Kommission, welcher die Organisation des Unterrichts anvertraut werden sollte, würde sich bald neue Rechte anmassen; sie würde leicht eine unfehlbare Ordnerin der Sitten und sich aufstellen als Schiedsrichterin über die Freiheit und Bestimmung der Nation.

Dem Deputierten Thibaudeau erschien die unbeschränkte Freiheit des Unterrichts allein verträglich mit den republikanischen Einrichtungen; wie Talleyrand betont hatte, daß nur aus dem Wetteifer der individuellen Anstrengung das höchste Wohl erwüchse, so behauptete auch er, daß die Nacheiferung und die Konkurrenz allein heilsamen Einfluß auf die Freiheit ausübten. In diesem Sinne bestimmte der Konvent als einzig annehmbare Form eines Gesetzes über die Unterrichtsfreiheit in seinem Dekret vom 19. Dezember 1793 Art. 1: Der Unterricht ist frei.

Somit konnte eine Schule gründen, wer wollte; es war dazu nur die vorgeschriebene moralische Qualifikation erforderlich.¹⁾ Aber eine absolute Freiheit des Unterrichts war das auch noch nicht, indem der einzelne an die vom Konvent vorgeschriebene Methode und die amtlichen Lehrpläne gebunden war.²⁾ Die Wahl des Lehrers war jedem freigestellt,³⁾ aber das Dekret betont auch wieder die Schulpflicht, deren Vernachlässigung es mit Strafe bis zur Entziehung der bürgerlichen Ehrenrechte auf zehn Jahre bedrohte.⁴⁾ Auch war jedem ohne Ausnahme das Recht gegeben, Unterricht erteilen zu können, während kurz vorher das Dekret vom 28. Oktober 1793 noch die ehemaligen Adelligen und Geistlichen ausdrücklich ausgeschlossen hatte.

Die Verfassung von 1795 bestätigte Art. 300 abermals die Freiheit des Unterrichts: die Bürger haben das Recht, besondere Erziehungs- und Unterrichtsanstalten zu gründen, ebenso die freien Genossenschaften, um im Fortschritt in Kunst und Wissenschaft zu wetteifern; das Gesetz vom 24. Oktober 1795 geht noch weiter, indem es die Lehrer nicht mehr verpflichtet, nach einer bestimmten Methode zu unterrichten.

Diese Freiheit des Unterrichts machte sich bald nach verschiedenen Richtungen hin geltend. Die Kommunal Schulen, welche den Lehrern nur durch das Schulgeld Einkommen gewährten, blieben leer, die royalistischen Schulen dagegen vermehrten sich und zählten ihre Schüler nach Tausenden. Das Lehrpersonal an letztern bestand größtenteils aus Geistlichen oder frühern Lehrern

1) Cfr. p. 50. — 2) Art. 2. — 3) Art. 7. — 4) Art. 9.

der Staatsgymnasien, welche durch die Revolution geschlossen worden waren.¹⁾ Das Direktorium erkannte die Gefahr, welche dadurch den republikanischen Einrichtungen drohte, und erließ deshalb am 5. Februar 1798 „in Anbetracht dessen, daß die Aufsicht nötiger sei, denn jemals, um die Fortschritte der verderblichen Grundsätze aufzuhalten, welche eine Menge Privatlehrer ihren Schülern einflößt“, ein Dekret, daß diese Privatschulen durch Verwaltungsbeamte des Kantons wenigstens einmal monatlich, und zwar unverhofft besucht werden sollten, um sich zu versichern, daß dieselben als Grundlage des ersten Unterrichts die Menschenrechte, die Verfassung und die vom Konvent vorgeschriebenen Lehrbücher hätten, daß sie jedesmal den zehnten Tag und die republikanischen Feste feierten, daß man sich dort „Bürger“ anredete, ferner daß die Einrichtungen in Bezug auf Gesundheit, Nahrung, Disciplin und Unterricht den allgemeinen Anforderungen entsprächen. Die Aufsichtskommissare, welche vom Direktorium ernannt wurden, erhielten die Weisung, streng zu verfahren und ohne Furcht alles zur Anzeige zu bringen, aber es scheint diese Maßregel nichts gefruchtet zu haben, denn im nächsten Jahre wurde schon der Vorschlag gemacht, ein Gesetz solle die Aufnahme von Kindern unter zwölf Jahren in Privatanstalten untersagen.

Das Unterrichtsgesetz vom 1. Mai 1802 erwähnt den freien Unterricht nicht; der Erste Konsul begnügte sich zunächst damit, die Freiheit des höhern Unterrichts zu beschränken. Art. 8 des Gesetzes bestimmt, daß Sekundärschulen ohne Genehmigung der Regierung nicht gegründet werden dürfen; ferner stehen dieselben sowie alle andern Schulen, deren Lehrplan über den der Volksschulen hinausgeht, unter der Aufsicht und besondern Inspektion der Präfekten. Das Dekret vom 10. Mai 1806 spricht dem Staate allein das Monopol des Unterrichts zu; unter dem Namen „Kaiserliche Universität“ soll eine Körperschaft ins Leben treten, welche ausschließlich mit dem öffentlichen Unterricht und der Erziehung im ganzen Reiche beauftragt werden wird. Dies ergänzt das Dekret vom 17. März 1808 dahin, daß keine Unterrichtsanstalt, gleichviel welcher Art, außerhalb der kaiserlichen Universität und ohne Genehmigung des Großmeisters derselben gegründet werden, daß keiner eine Schule eröffnen, keiner öffent-

1) Nachdem die Güter der Staatsgymnasien durch das Gesetz vom 8. März 1793 eingezogen und verkauft waren, sollten die Lehrer derselben vom Staate besoldet werden. Aber durch Beschluß des Konvents vom 19. Dezember 1793 wurden die Zahlungen ganz eingestellt, so daß sich durch provisorische Staatsunterstützungen nur eine kleine Anzahl der Kollegien notwendig weiter fristete. Cfr. v. Sybel, Geschichte der Revolutionszeit. 2. Aufl. 4. Bd. p. 35.

lichen Unterricht erteilen dürfe, welcher nicht Mitglied der Universität sei.¹⁾

Mit der weitem Bestimmung des Reglements vom 17. September 1808, daß vom 1. Januar 1809 an der öffentliche Unterricht im Reiche ausschließlich der Universität unterstellt und daß jede Unterrichtsanstalt, welche nicht bis dahin mit besonderer Genehmigungsurkunde des Großmeisters der Universität versehen sei, zu bestehen aufhöre, war der freie Unterricht beseitigt.

Unter der Restauration bekam der Klerus auf dem Gebiete des Unterrichts die Oberhand. Die Kongregationen, deren zahlreiche Niederlassungen sich bald im ganzen Lande verbreiteten, hatten bei der ungeteilten Begünstigung durch die Regierung binnen kurzem eine beträchtliche Anzahl von Volksschulen unter ihrer Verwaltung. Die liberale Partei, welche ihrerseits nicht minder wie die Klerikalen gegen das Monopol der Universität eiferte, forderte dringend die Freiheit des öffentlichen Unterrichts. Seit 1826 gewannen die Liberalen stets weitem Boden; die Katastrophe von 1830 brachte ihren Wünschen die gehoffte Erfüllung, denn Art. 69 der Charte von 1830 verhieß ein Gesetz betreffend die Einführung der Freiheit des Volksschulunterrichts.

In diesem Sinne kam denn auch das neue Unterrichtsgesetz zustande: Art. 1 dieses Gesetzes vom 28. Juni 1833 lautet:

Der Volksschulunterricht umfaßt zwei Grade: den Elementarunterricht und den höhern Volksschulunterricht (*l'instruction primaire élémentaire und supérieure*). Er wird teils im öffentlichen, teils in Privatanstalten erteilt.

Titel II des Gesetzes handelt von den Privatschulen. Danach hat jeder, welcher das 18. Jahr zurückgelegt hat, das Recht, das Amt eines Volksschullehrers auszuüben und jede dahin gehörende Art von Anstalten zu leiten, wofern er die gesetzlich vorgeschriebenen Bedingungen erfüllt.²⁾ Eine Ausnahme wird selbstverständlich für diejenigen gemacht, welche zu entehrenden Strafen verurteilt sind und ganz oder teilweise die bürgerlichen Rechte verloren haben.³⁾

Die Freiheit des Unterrichts war somit gewahrt, insofern eine besondere Erlaubnis von einer staatlichen Behörde oder Körperschaft zur Gründung einer Schule nicht gefordert war, auch bei Erfüllung der gesetzlich geforderten Befähigung die Genehmigung nicht versagt werden konnte; Bürgschaft für die richtige Anwendung der Freiheit war der Nachweis der geistigen und sittlichen Befähigung nach den vom Gesetze gemachten Vorschriften. Jeder Lehrer an einer freien Schule kann auf Antrag des Kreisschulvor-

1) Nur die Priesterseminare waren davon ausgenommen, jedoch nicht die zu denselben vorbereitenden höhern Schulen. — 2) Art. 4 vgl. p. 28. — 3) Art. 4 und 5.

standes oder des Staatsanwalts wegen schlechter Führung oder Unsittlichkeit vor das Civilgericht des Kreises geladen und für eine Zeit oder für immer als zum Lehrfach untauglich erklärt werden.¹⁾ Die nächste Aufsichtsbehörde war der Ortsschulvorstand.

Das Prinzip der Freiheit des Volksschulunterrichts ist seitdem in Frankreich nicht mehr bekämpft worden. Die nähern Bestimmungen über die Gründung der freien Schulen, ihre Stellung zum Staate sowie die Stellung der Lehrer an denselben wurden durch das Unterrichtsgesetz vom 15. März 1850 festgesetzt und sind heute noch in Geltung.

Betreffs der öffentlichen Schulen hat das Gesetz vom 28. Juni 1833 eine Definition gegeben. Nach demselben werden als öffentliche Schulen solche erklärt, welche ganz oder teilweise durch die Gemeinde, das Departement oder den Staat unterhalten werden. Es sind also alle diejenigen Schulen als öffentliche zu betrachten, welche von 1833 bis 1850 gegründet wurden, von obengenannten Korporationen Beihilfe erhielten und durch Lehrer verwaltet wurden, welche vom Kreiskomitee bestätigt worden sind.

Der Art. 17 des Gesetzes vom 15. März 1850 erklärt einfach: das Gesetz erkennt zwei Arten von Primär- und Sekundarschulen an:

1. die Schulen, welche durch die Gemeinden, Departements oder den Staat gegründet oder unterhalten werden: sie tragen den Namen „öffentliche Schulen“ (*écoles publiques*);
2. die Schulen, welche gegründet oder unterhalten werden durch Private oder durch Genossenschaften: sie heißen „freie Schulen“ (*écoles libres*).

Ferner giebt es freie Schulen, welche in Gemäßheit des Art. 36 desselben Gesetzes gegründet sind und die Stelle öffentlicher Schulen vertreten (*qui tiennent lieu d'écoles publiques*).²⁾

Der Art. 36 §. 4 des Gesetzes vom 15. März 1850 bestimmt ferner: Der Departementsschulrat kann eine Gemeinde von der Verpflichtung, eine öffentliche Schule zu halten, befreien unter der Bedingung, daß sie in einer freien Schule unentgeltlich für den Volksschulunterricht aller Kinder derjenigen Familien sorgt, welche nicht imstande sind, Schulgeld zu bezahlen. Diese Dispensation kann zu jeder Zeit zurückgezogen werden.³⁾

Das Aufsichtsrecht über die sämtlichen Volksschulen steht dem Staate zu resp. den von demselben bestimmten Organen.⁴⁾

1) Art. 7. — 2) Art. 17 des Gesetzes vom 10. April 1867. — 3) Das Verhältniß dieser Schulen nach Erlaß des Gesetzes vom 16. Juni 1881 über die Unentgeltlichkeit des Volksschulunterrichts wird später besprochen. Vgl. noch über die gesetzliche Begünstigung der Lehrer an letztern Schulen betreffs des *engagement décennal* §. 43. — 4) Art. 18 des Gesetzes vom 15. März 1850.

Die Aufsicht über die öffentlichen Schulen wird ausgeübt nach den durch den Ober-Unterrichtsrat festgesetzten Vorschriften¹⁾ und erstreckt sich über alle innern und äußern Verhältnisse derselben; diejenigen freien Schulen, welche die Stelle öffentlicher Schulen vertreten oder von den Gemeinden, dem Departement oder dem Staat Beihülfe erhalten, stehen betreffs der Aufsicht in derselben Lage wie die öffentlichen Schulen.²⁾ Die staatliche Beaufsichtigung der freien Schulen erstreckt sich jedoch nur auf die Moralität und die gesetzlich vorgeschriebenen Gesundheitsmaassregeln; sie kann sich nur insofern auf den Unterricht beziehen, als darüber zu wachen ist, daß derselbe den Sitten, der Verfassung und den Gesetzen nicht zuwiderläuft.³⁾ Der Staat hat demnach die Leitung der öffentlichen Schulen und das Aufsichtsrecht über die freien Schulen. Die Lokalaufsicht über die Schulen führen der Maire und in den Gemeinden von über 2000 Einwohnern ein oder mehrere Bürger der Gemeinde, welche vom Departementschulrat ernannt werden.⁴⁾

Jeder Vorsteher einer Bildungsanstalt, welcher sich der Aufsicht des Staates zu unterwerfen weigert, wie sie durch das Gesetz vorgeschrieben ist, wird vor das Zuchtpolizeigericht des Arrondissements gestellt und zu einer Geldstrafe von 100 bis 1000fr verurteilt. Im Wiederholungsfall beträgt die Geldstrafe 500 bis 3000fr. Wenn die Weigerung zu zwei Verurteilungen in einem Jahr geführt hat, kann die Schließung der Schule in dem zweiten Urteil ausgesprochen werden.⁵⁾ Jedoch ist die Annahme mildernder Umstände zulässig.⁶⁾

Jeder Franzose kann nach vollendetem 21. Lebensjahr in ganz Frankreich das Amt eines Volksschullehrers an öffentlichen wie freien Schulen ausüben, wenn er ein Befähigungszeugnis besitzt.⁷⁾

Die Individuen, welche wegen eines Verbrechens oder eines Vergehens gegen die Rechtschaffenheit oder die Sittlichkeit verurteilt worden sind, können als Lehrer in einer freien oder öffentlichen Schule nicht zugelassen werden; ferner auch diejenigen nicht, welchen durch richterliches Urteil ganz oder teilweise die im Art. 42 des Strafgesetzbuchs erwähnten Ehrenrechte abgesprochen oder die auf Grund der Art. 30 und 33 des Gesetzes vom 15. März 1850 aus dem Lehrerstande ausgestossen sind.⁸⁾

1) Art. 21. — 2) Art. 17 des Gesetzes vom 10. April 1867. —

3) Wie ad 5. Vgl. hierzu die Ausführungsinstruktion vom 10. Mai 1851. — 4) Art. 44 des Gesetzes vom 15. März 1850; vgl. Art. 3 des Gesetzes vom 28. März 1882 über den obligatorischen Volksschulunterricht. — 5) Art. 22 des Gesetzes vom 15. März 1850. — 6) Art. 80 l. c. nach Art. 463 des Strafgesetzbuchs. — 7) Art. 25 des Gesetzes vom 15. März 1850. — 8) Art. 26.

§. 36.

Die Lehrer an freien Schulen.

Jeder Lehrer, welcher eine freie Schule eröffnen will, muß vorher dem Maire derjenigen Gemeinde, in welcher er sich niederzulassen gedenkt, von seiner Absicht Kenntniss geben; er muß ferner das Lokal bezeichnen und Anzeige erstatten über diejenigen Orte, wo er sich während der letzten zehn Jahre aufgehalten, sowie womit er sich während dieser Zeit beschäftigt hat.¹⁾ Die ohne diese Erklärung eröffneten Schulen müssen durch den Maire oder Polizeikommissar geschlossen werden, entweder von Amts wegen oder auf die Klage des Präfekten hin, oder auf Antrag des Volksschulinspektors. Diese Verwaltungsmaßregel ist unabhängig von der gerichtlichen Verhandlung.²⁾

Die Erklärung muß außerdem in derselben Form durch den Antragsteller bei dem Präfekten, dem Staatsanwalt und dem Unterpräfekten eingereicht werden. — Der Maire schlägt dieselbe an die Thür der Mairie an, wo sie einen Monat hängen muß.³⁾

Der Präfekt kann sowohl von Amts wegen als auch auf die Beschwerde des Staatsanwalts oder des Unterpräfekten hin innerhalb eines Monats, vom Tage des Empfangs der Erklärung an, gegen die Eröffnung der Schule im Interesse der öffentlichen Sitten Einspruch erheben. Ueber diesen Einspruch wird innerhalb kurzer Frist in mündlicher Verhandlung vom Departementsschulrat Entscheidung gefällt,⁴⁾ jedoch können sowohl der Präfekt als der Lehrer innerhalb zehn Tagen von der Zustellung des Urteils an beim Ober-Unterrichtsrat Berufung einlegen.⁵⁾

Wenn der Maire sich weigert, das Lokal zu genehmigen, so faßt darüber der Departementsschulrat Beschluß. — Wird ein Einspruch nicht erhoben, so kann die Schule nach Verlauf eines Monats ohne weitere Förmlichkeit eröffnet werden.⁶⁾

Dieselben Formalitäten sind zu erfüllen, wenn ein Lehrer einer freien Schule ein neues Lokal bezieht, indem dies als Gründung einer neuen Schule zu betrachten ist,⁷⁾ ebenfalls dann,

1) Art. 27 §. 1. — 2) Cirkular vom 4. Februar 1851. — 3) Art. 27 §. 2 und 3. Es ist keine Eröffnung einer freien Schule, also auch nicht den Vorschriften des Art. 27 unterworfen, wenn jemand entweder bei sich oder im elterlichen Hause Kindern verschiedener Familien, aber nach den einzelnen Familien getrennt, Unterricht giebt; es ist dies Haus- resp. Privatunterricht. Der Begriff „Schule“ ist erst dann vorhanden, wenn Kinder verschiedener Familien sich regelmässig versammeln, um gemeinsamen Unterricht zu erhalten. Entscheidung des Kassationshofs vom 27. Juli 1860. — 4) Art. 28 §. 1 und 2. — 5) Art. 19 des Gesetzes vom 10. April 1867. — 6) Art. 28 §. 3 und 4 des Gesetzes vom 15. März 1850. — 7) Ministerielles Cirkular vom 24. Dezember 1850.

wenn ein Kommunallehrer seine Stellung aufgibt, um eine freie Schule zu gründen, gleichviel, ob in derselben oder in einer andern Gemeinde. Wenn ein Wechsel in der Leitung einer freien Schule eintritt, muß gleichfalls eine neue Anzeige vorschriftsmäßig erfolgen. Der Lehrer, welchem die Gründung einer freien Volksschule gesetzlich gestattet ist, darf in derselben keine Fächer vornehmen, welche in den Lehrplan höherer Anstalten gehören; auch muß er sich im Unterricht auf diejenigen Fächer beschränken, welche in seinem Befähigungszeugnisse erwähnt sind.¹⁾

Kinder beiderlei Geschlechts dürfen in einer freien Schule nur mit Genehmigung des Departementsschulrats aufgenommen werden;²⁾ bei der Eröffnung einer freien Schule ist dies ein Grund, gegen dieselbe Einspruch zu erheben; jedoch fällt derselbe weg, wenn an einem Ort konfessionell getrennte Schulen sind, so daß die betreffenden Kinder nicht genötigt werden, die Schulen einer andern Konfession gegen den Willen ihrer Eltern zu besuchen.³⁾

Wer den Vorschriften der Art. 25, 26 und 27 entgegen oder vor Ablauf der durch Art. 28 festgesetzten Frist eine freie Schule eröffnet, wird vor das Polizeigericht gestellt und zu einer Geldstrafe von 50 bis 500fr verurteilt.

Die Schule muß geschlossen werden. Im Wiederholungsfalle tritt Gefängnisstrafe bis zu einem Monat sowie Geldstrafe von 100 bis 1000fr ein.

Dieselbe Strafe wird verhängt gegen den, welcher im Falle des Einspruchs gegen eine Schule sie dennoch eröffnet hat, bevor über diesen Einspruch Beschluß gefaßt ist, oder gegen das Urteil des Departementsschulrats, welcher den Einspruch für begründet erklärt hat.

Auf diejenigen Personen, welche aus mildthätigen Zwecken und ohne das Amt eines Lehrers zu bekleiden, mit Erlaubnis des Kantonaldelegierten⁴⁾ Kinder im Lesen und Schreiben unterrichten, findet das Gesetz keine Anwendung; jedoch kann die Erlaubnis zu jeder Zeit durch den Departementsschulrat zurückgezogen werden.⁵⁾

Jeder Lehrer an freien Schulen kann auf den Strafantrag des Präfekten oder des Staatsanwalts wegen groben Vergehens in der Ausübung seiner Funktionen sowie wegen schlechten Betragens oder unsittlichen Lebenswandels vor den Departementsschulrat geladen, mit einem Verweis bestraft, zeitweise, jedoch nicht über

1) Cirkular vom 7. Juli 1862. — 2) Art. 20 des Gesetzes vom 10. April 1867. — 3) Cfr. Ministerial-Instruktion vom 10. Mai 1851. — 4) Kantonaldelegierte werden vom Departementsschulrat aus den Bürgern gewählt, um die Aufsicht über die Schulen zu führen. Die Stellung entspricht fast der unserer Lokalschulaufseher. — 5) Art. 29 des Gesetzes vom 15. März 1850.

sechs Monate hinaus, suspendiert oder auch der Ausübung seines Amtes in der betreffenden Gemeinde verlustig erklärt werden.

Auch kann der Departementsschulrat die Amtsentsetzung überhaupt aussprechen (*interdiction absolue*), jedoch ist in diesem Falle Berufung an den Ober-Unterrichtsrat zulässig. Diese Berufung muß innerhalb zehn Tagen nach Kenntnisaufnahme des Urteils eingelegt werden. Das Urteil bleibt vorläufig in Kraft.¹⁾

Für die Bestätigung des Urteils durch den Ober-Unterrichtsrat sind zwei Drittel der Stimmen erforderlich.²⁾

Wenn ein Lehrer an einer freien Schule suspendiert worden ist, kann er mit Genehmigung des Departementsschulrats einen Stellvertreter für die Verwaltung seiner Schule in Vorschlag bringen;³⁾ jedoch steht es dem Departementsschulrat frei, den Stellvertreter zu genehmigen oder nicht; im letztern Falle bleibt die Schule geschlossen. Die Suspension kann mit der Entziehung des Gehalts verbunden sein.⁴⁾

Der Lehrer, welcher suspendiert ist, kann nach Ablauf der bestimmten Frist ohne besondere Formalität sein Amt wieder aufnehmen. Die Suspension wird gültig vom Datum des Erlasses an, wodurch sie ausgesprochen ist, nicht vom Tage der Zustellung an. Wenn der suspendierte Lehrer in der Zeit zwischen dem Urteil und der Zustellung desselben seine Entlassung einreicht, so kann ihm dies den Folgen der Suspension nicht entziehen.⁵⁾

Die Ausführungsbestimmungen zu den diesbezüglichen gesetzlichen Vorschriften sind im Dekret vom 7. Oktober 1850 enthalten. Nach denselben muß bei jeder Mairie ein besonderes Register geführt werden, um die Erklärung der Lehrer aufzunehmen, welche eine freie Schule gründen wollen. Neben den durch Art. 27 des Gesetzes vom 15. März 1850 geforderten Anzeigen muß dieser Erklärung der Geburtsakt und das Befähigungszeugnis des Lehrers beigelegt sein. Die Erklärung ist in dem Register vom Lehrer und Maire zu unterzeichnen, worauf eine Abschrift derselben sofort an die Thür der Mairie angeheftet wird.⁶⁾ Innerhalb drei Tagen nach der Erklärung übersendet der Maire die sämtlichen Schriftstücke nebst Bescheinigung der Anheftung an die Mairie dem Präfekten; in derselben Frist muß der Maire nach Einsicht des für die zu gründende Schule bestimmten Lokals dem Lehrer unentgeltlich eine dreifache beglaubigte Abschrift der Erklärung geben. Wenn der Maire sich weigert, das Lokal zu genehmigen, so ist dieser Einspruch und die Gründe, auf welche er sich stützt, unter den dem Lehrer auszuhändigenden

1) Art. 30. — 2) Art. 7 des Gesetzes vom 27. Februar 1880. Bulletin 450 p. 251. — 3) Art. 5 des Dekrets vom 7. Oktober 1850. — 4) Cirkular vom 24. Dezember 1850. — 5) Cfr. Gerichtliche Entscheidungen bei Pizard, Vade mecum, 2. Aufl., Paris 1879 p. 520. — 6) Art. 1.

Abschriften zu vermerken. Eine der Kopieen übersendet der Lehrer dem Staatsanwalt, eine zweite dem Unterpräfekten, welche den Empfang bescheinigen; die dritte Abschrift wird dem Präfekten übersandt nebst den beiden vorerwähnten Empfangsbescheinigungen.¹⁾ Vor Ablauf der in Art. 27 vorgeschriebenen Frist übermittelt der Maire dem Präfekten sein Gutachten. Wenn der Präfekt es für notwendig erachtet, Einspruch gegen die Eröffnung der Schule zu erheben, so teilt er dies dem betreffenden Antragsteller in Form eines Erlasses unter Angabe der Gründe mit. Wenigstens drei Tage vor der zur Beurteilung des Einspruchs festgesetzten Sitzung wird der Lehrer aufgefordert, vor dem Departementsschulrat zu erscheinen. Dieser fällt über den Einspruch das Urteil, von welchem der Präfekt dem Maire eine Abschrift zusendet, um die Entscheidung in dem vorgeschriebenen Register neben der Erklärung des Lehrers zu vermerken.²⁾

Art. 78 des Gesetzes vom 15. März 1850 handelt über die Berechtigung der Ausländer zur Gründung freier Schulen und lautet:

„Ausländer können ermächtigt werden, eine Volks- oder höhere Schule zu gründen und derselben vorzustehen nach einem durch Beschluß des Ober-Unterrichtsrats festgesetzten Reglement.“

Dieses Reglement ist in Form des Dekrets vom 5. Dezember 1850 erschienen.

Um eine freie Volks- oder höhere Schule eröffnen und leiten zu können, ist jeder Ausländer,³⁾ welcher den Genuß der Civilrechte erlangt hat, denselben Bestimmungen unterworfen wie die Einheimischen. Außerdem muß er vorher die besondere Erlaubnis des Ministers des öffentlichen Unterrichts haben, welche nach dem Gutachten des Ober-Unterrichtsrats bewilligt wird.

Dieser letztern Verpflichtung muß jeder Ausländer nachkommen, welcher in einer freien Volksschul- oder höhern Anstalt mit der Aufsicht oder dem Unterrichte betraut ist.⁴⁾

Die durch den Minister bewilligte Genehmigung kann zu jeder Zeit zurückgezogen werden.⁵⁾

1) Art. 2. — 2) Art. 4. — 3) Wer ein Ausländer ist, besagt der Code civil l. 1 tit. 1 cap. 1 art. 9, 10, 12, 13, 19. — 4) Nach dem ministeriellen Cirkular vom 14. Mai 1851 müssen dem Antrage beiliegen: 1. Bescheinigung, daß der Antragsteller zum Genuß der Civilrechte in Frankreich zugelassen ist; 2. die erforderlichen Zeugnisse (Gesetz vom 15. März 1850, Art. 25). Wenn der Antragsteller die Funktionen als Aufseher oder Lehrer in einer freien Unterrichtsanstalt ausüben will, muß er angeben, an welchen Orten er sich während der letzten zehn Jahre aufgehalten und welche Beschäftigung er in dieser Zeit gehabt hat, alles beglaubigt von in- oder ausländischen Behörden. 3. Bericht des Rektors der Akademie. — 5) Art. 1.

In dem besondern Falle, wo die Gründung von solchen Schulanstalten in Gemäßheit vorigen Artikels genehmigt ist, die nur dazu bestimmt sind, Kinder von in Frankreich wohnenden Ausländern aufzunehmen, kann durch den Minister des öffentlichen Unterrichts nach dem Gutachten des Ober-Unterrichtsrats der Nachweis des Besitzes des Befähigungszeugnisses erlassen werden.¹⁾

Der Minister des öffentlichen Unterrichts kann nach vorher eingeholtem Guthaben des Ober-Unterrichtsrats bei Ausländern die im Auslande erworbenen Zeugnisse als gleichwertig erklären mit den gesetzlich vorgeschriebenen einheimischen Zeugnissen.²⁾

Gleichfalls kann durch den Minister nach Beschluß des Ober-Unterrichtsrats denjenigen Ausländern Dispens von der Beibringung des Befähigungszeugnisses erteilt werden, welche durch Werke bekannt geworden sind, deren Verdienst der Ober-Unterrichtsrat anerkannt hat.³⁾

Kein Ausländer kann als Lehrer oder Unterlehrer an öffentlichen Schulen, als Volksschulinspektor, Direktor oder Lehrer an Seminaren ernannt werden, wenn er nicht vorher naturalisiert worden ist.⁴⁾

Die Unterlehrer an freien Schulen ernennt der Hauptlehrer derselben oder aber bei den geistlichen Kongregationen der Ordensobere; auch die Abtrennung weiterer Schulklassen steht dem Hauptlehrer zu; bei denjenigen freien Schulen jedoch, welche die Stelle öffentlicher Schulen vertreten, muß die Ernennung der Unterlehrer durch die Hauptlehrer die Genehmigung des Präfekten haben;⁵⁾ ebenfalls hat bei diesen Schulen der Departementsschulrat das Recht, festzusetzen, ob und wann eine Schulklasse für einen Unterlehrer abzuzweigen ist.

2. Kapitel.

Die öffentlichen Schulen.

§. 37.

Ernennungs- und Disciplinarrecht. Geschichtliche Entwicklung.

Das Dekret vom 28. Oktober 1793 bringt die ersten gesetzlichen Bestimmungen über die Ernennung der Lehrer und Lehre-

1) Art. 2. — 2) Art. 3. — 3) Art. 4. — 4) Art. 7. Nach dem Gesetz vom 29. Juni 1867 über die Naturalisation ist dazu erforderlich: 1. Erlaubnis des Domizils in Frankreich (Zulassung zum Genuß der Civilrechte); 2. Großjährigkeit; 3. dreijähriger Aufenthalt in Frankreich. — 5) Art. 18 des Gesetzes vom 10. April 1867.

rinnen an den Volksschulen. Die Distriktskommission,¹⁾ welche dazu gewählt ist, um die Befähigung der Lehrer zu prüfen, soll nach beendeter Prüfung die Liste derjenigen Kandidaten aufstellen, welche sie für das Amt eines Volksschullehrers für befähigt erklärt hat. Diese Liste, welche die Namen der wählbaren Lehrer enthält, wird in sämtliche Schulbezirke geschickt und dort angeheftet.²⁾ Am ersten darauffolgenden Ruhetag versammeln sich die Familienväter, die Witwen, welche Kinder haben, und die Vormünder, um einen Lehrer aus den in der Liste bezeichneten Personen zu ernennen.³⁾ Das Protokoll der Wahlverhandlung wird an die Kommission zurückgeschickt, welche dasselbe dem Lehrer als seine Bestallungsurkunde übermittelt.⁴⁾ Diejenigen, welche in mehrern Gemeinden zugleich gewählt worden sind, müssen sich sofort für eine derselben entscheiden,⁵⁾ damit die andern möglichst schnell eine Neuwahl vornehmen.⁶⁾ Die Kommission übersendet eine beglaubigte Abschrift der Liste an das Departement, damit die Distrikte, deren Liste den Bedarf nicht deckt, auf diejenigen Listen zurückgreifen können, welche Ueberschufs haben.⁷⁾ Die vorstehenden Vorschriften gelten auch für die Ernennung der Lehrerinnen.

Hiermit war also die erste feststehende Form der Ernennung gegeben: der Lehrer wird von den Beteiligten gewählt ohne die Bestätigung irgend einer weitem Behörde; dementsprechend wurde auch in Gemäfsheit des Dekrets vom 30. Oktober 1793 das Disciplinarrecht ausgeübt: das Aufsichtsrecht steht den Familienvätern zu; bei Gelegenheit der Lehrerwahl wählen sie einen unter sich, welcher die Erziehung im Namen aller überwacht, unter dem Titel „Sittenaufseher“ (magistrat des moeurs); eine Erziehungskommission versammelt sich bis zur definitiven Organisation der nationalen Erziehung in der letzten Dekade jedes Vierteljahres am Hauptorte des Distrikts, um sich durch den Sittenaufseher und die Lehrer Bericht erstatten zu lassen über alles, was sich auf ihre amtliche Thätigkeit bezieht.⁸⁾ Die Erziehungskommission nimmt ferner die Beschwerden und Klagen gegen die Lehrer und Lehrerinnen entgegen, untersucht sie in öffentlicher Sitzung und setzt diejenigen ab, welche sie zur Weiterführung ihres Amtes für unwürdig erachtet. Die Dekrete standen nicht lange in Kraft, denn das kurz darauffolgende Dekret vom 19. Dezember 1793, welches den Unterricht für frei erklärt, sagt einfach, daß diejenigen, welche sich dem Unterrichte widmen wollen und die obengenannten⁹⁾ Bedingungen erfüllen, mit dem Namen Lehrer bzw. Lehrerin bezeichnet werden; sie können sich niederlassen, wo sie wollen, von besonderer Ernennung ist keine Rede. Aber sie stehen unter

1) Cfr. p. 5. — 2) Art. 15. — 3) Art. 16. — 4) Art. 17. — 5) Art. 18. — 6) Art. 19. — 7) Art. 20. — 8) Art. 4. — 9) Cfr. p. 5.

unmittelbarer Aufsicht des Gemeinderats, der Väter, Mütter und Vormünder und überhaupt unter der Aufsicht aller Bürger.¹⁾ Diejenigen Lehrer und Lehrerinnen, welche in ihrer Schule Lehren und Grundsätze vortragen, die den Gesetzen und der republikanischen Moral zuwiderlaufen, werden durch die Aufsicht zur Anzeige gebracht und nach der Schwere des Vergehens bestraft.²⁾ Wer ferner die öffentlichen Sitten verletzt, wird durch die Aufsicht angezeigt, vor das Zuchtpolizeigericht oder jedes andere zuständige Gericht geladen, um dort nach dem Gesetze verurteilt zu werden.

Dieses Dekret blieb fast ein Jahr in Kraft; aber man kam auf den bereits früher von Lakanal vorgelegten Gesetzentwurf wieder zurück, welcher durch das Dekret vom 19. November 1794 seinem Hauptinhalte nach bestätigt wurde. Demnach sollen die Lehrer und Lehrerinnen durch das Volk ernannt werden; aber während der Dauer der revolutionären Regierung soll die Distriktsverwaltung eine Unterrichtskommission von drei Mitgliedern wählen, welche die Lehrer und Lehrerinnen prüft, sie ernennt und ihre Ernennung der Distriktsverwaltung zur Genehmigung unterbreitet.³⁾ Wenn die Distriktsverwaltung sich weigert, die durch die Kommission vorgeschlagene Ernennung zu bestätigen, so kann letztere eine andere Wahl vornehmen.⁴⁾ Wenn die Kommission jedoch auf ihrer Ernennung besteht und die Verwaltung auf ihrer Weigerung, so bezeichnet letztere für die vakante Stelle diejenige Person, welcher sie den Vorzug geben zu müssen glaubt; beide Wahlen werden dem Komitee des öffentlichen Unterrichts übersandt, welches definitiv zwischen der Kommission und der Verwaltung entscheidet.⁵⁾

Klagen gegen die Lehrer und Lehrerinnen sind direkt bei der Unterrichtskommission anzubringen.⁶⁾ Wenn es sich um ein schweres Vergehen handelt und die Kommission auf Absetzung erkennen zu müssen glaubt, so erhält diese Entscheidung erst Gültigkeit durch die Bestätigung von seiten des Generalrats des Distrikts.⁷⁾ Stimmen die Urteile beider nicht überein, so entscheidet in letzter Instanz das Komitee des öffentlichen Unterrichts.⁸⁾

Auch dieser gesetzliche Zustand dauerte nur ein Jahr; denn Art. 3 des Gesetzes vom 25. Oktober 1795 bestimmte, daß die Lehrer durch die Departements-Verwaltungsbehörde auf Vorschlag der Gemeinde-Verwaltungsbehörden ernannt werden sollen; Art. 4 setzt fest, daß sie nur abgesetzt werden können durch dieselben Verwaltungsbehörden nach dem Gutachten einer Unterrichtskommission und nach persönlicher Vernehmung.

Trotz mannigfaltiger Anfeindungen blieb diese Bestimmung in Kraft bis zum Unterrichtsgesetz vom 1. Mai 1802, welches

1) Sect. II, art. 1. — 2) Art. 2. — 3) Cap. III, art. 1. — 4) Art. 2. — 5) Art. 3. — 6) Art. 4. — 7) Art. 5. — 8) Art. 6.

erklärte,¹⁾ daß die Wahl der Lehrer dem Maire und den Gemeinderäten zustehe, indem der Gesetzgeber von dem Grundsatz ausging, es sei Sache der Familien und der Gemeinden, für die Volksschulen zu sorgen. Eine Ernennung oder höhere Genehmigung war nicht mehr vorgeschrieben, die Wahl der Bürgerschaft genügte zur Anstellung. Das Gesetz erschloß dadurch dem Orden der Schulbrüder ein weites Feld seiner Thätigkeit, welche sich auch schnell entfaltete.

Während des ersten Kaiserreichs wurde an diesen Bestimmungen nichts geändert; dies geschah erst unter der Restauration. Nach der königlichen Ordonnanz vom 29. Februar 1816 mußte der Lehrer, welcher angestellt zu werden wünschte, dem Rektor der betreffenden Akademie ein vom Maire und vom Pfarrer derjenigen Gemeinden, in welchen er sich während der letzten drei Jahre aufgehalten, ausgestelltes Zeugnis guten Betragens beibringen, er hatte ein Examen zu bestehen vor einem vom Rektor bezeichneten Unterrichtsbeamten und sich auf Grund dessen das Befähigungszeugnis zu erwerben, ferner mußte er ein Gesuch um Anstellung an das Kantonalkomitee einreichen und schließlich vom Rektor der Akademie die specielle Genehmigung erhalten, an einem bestimmten Orte unterrichten zu dürfen. Diese Genehmigung war noch von der Zustimmung des Präfekten abhängig, wobei das Gutachten des Kantonalkomitees sehr in die Wagschale fiel. Für die von der Gemeinde unterhaltenen Schulen hatte der Maire und der Pfarrer das Präsentationsrecht; bei den von religiösen Genossenschaften oder Privaten gegründeten Schulen war letzteres den Gründern derselben vorbehalten.²⁾ Die königliche Ordonnanz vom 8. April 1824 änderte das Verhältniß, indem der Einfluß der Kantonalkomitees bei der Ernennung der Lehrer beseitigt wurde, ferner behielt der Rektor zwar das Recht, die Befähigungszeugnisse auszustellen, aber in den Schulen, welche von den Gemeinden oder Genossenschaften gegründet waren und 50 schulgeldfreie Kinder zählten, wurde die Genehmigung, unterrichten zu dürfen, durch ein Ortskomitee erteilt, in welchem der Bischof oder einer seiner Delegierten den Vorsitz führte und dessen übrige Mitglieder der Maire und je zwei vom Bischof resp. Präfekten ernannte Kleriker und Laien waren; dieses Komitee konnte auch die Genehmigung zurückziehen; für die nicht dotierten Schulen, welche fast ausnahmslos den Schulbrüdern übertragen waren, verblieb das Recht der Ernennung dem Bischof allein.³⁾ Das Recht der Ernennung für eine bestimmte Stelle kam zwar 1828 wieder an die Rektoren zurück, aber den Mitgliedern der geistlichen Orden gegenüber war es wegen der Obedienzbriefe nur eine reine

1) Tit. II, Art. 2. — 2) Art. 4. — 3) Art. 8 und 9.

Formalität.¹⁾ Die Disciplinarbefugnis war teilweise in der Hand des Rektors, teilweise in der des Bischofs, stets ohne Verfahren und ohne Berufungsrecht für die Lehrer.

Mit dem Gesetze von 1833 änderte sich dieses Verhältnis. Jede öffentliche Schule erhielt einen Ortsschulvorstand, welcher aus dem Maire oder Beigeordneten als Vorsitzenden, dem Pfarrer und einem oder mehreren hervorragenden Bürgern des Ortes zusammengesetzt war;²⁾ für das Arrondissement wurde der Kreisschulvorstand gebildet, bestehend aus dem Maire der Hauptstadt des Arrondissements, dem Friedensrichter, dem ältesten Pfarrer und einem Diener der staatlich anerkannten Konfessionen des Bezirks, dem Direktor einer höhern Schule, wenn eine solche vorhanden, drei Kreisstandsmitgliedern, einem Mitglied des Volksschulwesens sowie den Mitgliedern des Generalrats, welche in der Hauptstadt des Arrondissements³⁾ wohnten. Diesem Kreisschulvorstand waren ausgedehnte Befugnisse in betreff des Disciplinarrechtes über die Lehrer eingeräumt. Das Lokalkomitee konnte den Lehrer beim Kreisschulvorstand in Anklagezustand versetzen, letzterm stand dies ebenfalls von Amts wegen zu; der Kreisschulvorstand beorderte den Lehrer vor sich, hörte seine Verteidigung an und konnte nach Lage der Begründung mit Verweis, Suspension bis zu einem Monat und sogar mit Amtsentsetzung bestrafen; jedoch stand es dem Lehrer frei, im letztern Falle Berufung an den königlichen Rat der Universität einzulegen.⁴⁾ In Dringlichkeitsfällen stand dem Maire das Recht zu, auf Klage des Ortsschulvorstandes den Lehrer vorläufig seines Amtes zu entheben unter der Bedingung, sofort dem Kreisschulvorstand darüber Bericht zu erstatten.

Betreffs der Ernennung der Lehrer hatte der Gemeinderat das Recht, dem Kreisschulvorstand nach Anhörung des Ortsschulvorstandes die Kandidaten zu präsentieren; der Kreisschulvorstand hatte das Recht der definitiven Ernennung des Lehrers und vereidete denselben;⁵⁾ die weitere Uebertragung des Amtes durch den Minister war meist nur von formeller Bedeutung.

Wie der Carnotsche Gesetzesvorschlag einerseits höhere Anforderungen betreffs der Befähigung an die Lehrer stellte, so suchte er anderseits die rechtliche Stellung derselben zu heben. Die Ernennung der Lehrer sollte demgemäß durch den Unterrichtsminister selbst geschehen, und zwar entweder auf Grund der Präsentation des Gemeinderats oder in Ermangelung letzterer durch die des Rektors der Akademie. Die Disciplinarstrafen sollen drei Stufen haben: einfacher Verweis, verhängt durch das Centralkomitee, Verweis mit Entziehung eines Theiles des Einkommens sowie Absetzung. Letztere

1) Ord. vom 21. April 1828, Art. 10. — 2) Art. 17. — 3) Art. 18 und 19. — 4) Art. 23. — 5) Art. 22.

Strafen zu verhängen gehörte zu den Befugnissen des Akademierats. In allen Fällen war das Recht der Berufung an den Minister resp. an den Ober-Unterrichtsrat offen gehalten.

Das Projekt kam nicht zur Abstimmung, und der alte Zustand blieb bis zum Gesetz vom 15. März 1850, welches, wie in manchen andern Dingen, so auch betreffs des Ernennungs- und Disciplinarrechtes für die Lehrer nicht günstig ausfiel.

Nach Art. 31 des angeführten Gesetzes werden die Kommunallehrer durch den Gemeinderat ernannt und entweder auf Grund einer Avancementsliste gewählt, welche durch den Akademierat des Departements aufgestellt wird, oder aber auf die Präsentation der geistlichen Obern für die Mitglieder der religiösen Genossenschaften, welche sich dem Unterrichte widmen und durch das Gesetz zugelassen oder als Anstalten öffentlichen Nutzens anerkannt sind. — Die Konsistorien haben das Recht der Präsentation für die der katholischen Konfession nicht angehörigen Lehrer. Wenn der Gemeinderat eine ungesetzliche Wahl oder überhaupt keine Wahl vornimmt, so ernennt der Akademierat des Departements den Lehrer, nachdem einen Monat vorher der Maire durch den Rektor der Akademie in Kenntniss gesetzt ist. Die Bestallung geschieht durch den Minister des öffentlichen Unterrichts. Nach Art. 14 des Dekrets vom 7. Oktober 1850 genehmigte nach der Ernennung des Lehrers durch den Gemeinderat der Rektor der Akademie die Ernennung provisorisch, der Minister mußte sich über die definitive Bestallung innerhalb sechs Monaten erklären. Wenn letztere versagt wurde, schritt man zu einer Neuwahl. Das Disciplinarrecht war nach Art. 33 des Gesetzes von 1850 den Rektoren der Akademie übertragen.¹⁾

1) Die allgemeine Dienstinstruktion für die Lehrer ist in dem Muster-schulreglement vom 17. August 1851 enthalten. Sie lautet:

Art. 1. Die Hauptpflicht des Lehrers ist die, den Kindern eine religiöse Erziehung zu geben und in ihre Herzen das Gefühl der Pflichten gegen Gott, die Eltern, die Nebenmenschen und sich selbst tief einzugraben.

Art. 2. Er soll durch sein Beispiel wie durch seine Lehren unterrichten. Er soll sich nicht darauf beschränken, die religiösen Pflichten zu empfehlen und die Ausübung derselben durch die Kinder zu veranlassen, er soll dieselben auch selbst ausüben.

Art. 3. Man soll ihn niemals in den Schenken und Kaffeehäusern sehen, überhaupt an keinem Ort und in keiner Gesellschaft, welche nicht zu dem Ernst und der Würde seiner Amtsthätigkeit paßt.

Art. 4. Er soll sich voll Achtung und Ehrerbietung zeigen gegen die Obrigkeit im allgemeinen, besonders aber gegen die Vorgesetzten des öffentlichen Unterrichts.

Art. 5. Mit beständiger Sorgfalt soll er wachen über alles, was für Geist und Herz, Sitten und Gesundheit der Kinder von Wichtigkeit ist. Er darf keinen vertraulichen Umgang mit ihnen haben, er darf sie nicht duzen und ihnen keine Schimpfnamen geben. Er soll

Die Bestimmung des Art. 31 ist sonderbar genug. Während es doch wohl natürlich ist, daß der Minister des Unterrichts oder seine Stellvertreter die Ernennung des Lehrpersonals in der Hand haben müssen, und es wohl begriffen werden könnte, wenn der Gemeinderat das Präsentationsrecht, der Akademierat das Bestätigungsrecht hätte, finden wir hier gerade das Umgekehrte. Dem Gemeinderat aber die Ernennung der Lehrer überlassen und den Akademierat zum Präsentanten machen, das heißt doch wohl die Rollen umkehren und die Interessen des Volksschulwesens einer Körperschaft anvertrauen, welche für eine solche Aufgabe absolut nicht befähigt ist.¹⁾ Ein solcher Zustand konnte denn auch nicht von Dauer sein.

Art. 4 des organischen Dekrets vom 9. März 1852 änderte die vorigen Bestimmungen dahin, daß die Rektoren im Auftrage des Ministers die Lehrer an den Gemeindeschulen ernennen, nach Anhörung der Gemeinderäte und in der durch die beiden ersten Paragraphen des Art. 31 des Gesetzes vom 15. März 1850 vorgeschriebenen Weise.

Mit dieser Bestimmung war das natürliche Verhältnis wieder hergestellt. Aber nur für kurze Zeit: den nach jeder Richtung hin sich geltend machenden Bestrebungen des eben proklamierten zweiten Kaiserreiches zur Befestigung der Herrschaft fielen auch die Lehrer bald zum Opfer.

§. 38.

Der jetzige Zustand.

Das Gesetz vom 14. Juni 1854 über die Verwaltung des öffentlichen Unterrichts bestimmt,²⁾ daß der Präfekt im Auftrage des Ministers des öffentlichen Unterrichts und auf den Bericht des Inspektors der Akademie die den Rektoren durch das Gesetz vom 15. März 1850 und das organische Dekret vom 9. März 1852 übertragenen Befugnisse ausübe in allem, was den öffentlichen und freien Volksschulunterricht betrifft.

Die Ernennung der Lehrer an öffentlichen Schulen geschieht also jetzt entweder auf den Vorschlag des Inspektors der Akademie

sich nicht bis zum Zorn hinreißen lassen und stets Ruhe und Milde mit Festigkeit und Strenge verbinden.

Ein ministerielles Cirkular vom 20. März 1852 verbot den Lehrern, Bärte zu tragen; ein Erlaß des Präfekten des Seine- und Marne-Departements aus dieser Zeit schrieb den Lehrern die Kleidung vor: langer Ueberzieher mit blauen Aufschlägen, flache Mütze und graue Hose. Cfr. Code manuel des délégués cantonaux et communaux par L'homme et Pierret. Vorrede p. V, Paris 1882.

1) Cfr. Ferneuil, La réforme de l'enseignement public en France, p. 17 ff. 2. Aufl. Paris 1881. — 2) Art. 8.

oder auf die Präsentation der Obern der geistlichen Kongregationen durch die Präfekten.¹⁾

Das Recht der Konsistorien, die Lehrer ihrer Konfession zu präsentieren, wurde durch das Gesetz vom 28. März 1882²⁾ abgeschafft.

Der Departementsschulrat stellt jährlich zu dem vom Präfekten festgesetzten Termin eine Liste derjenigen Kandidaten auf, welche sich haben eintragen lassen, um das Amt eines öffentlichen Lehrers zu erlangen, und die dazu würdig erachtet werden. Diese Liste kann im Verlauf des ganzen Jahres geändert werden.³⁾ Die Zahl der in diese Listen eingetragenen Kandidaten ist unbeschränkt; es müssen in dieselben auch alle diejenigen Lehrer eingetragen sein, welche im Dienst sind und in eine andere Gemeinde versetzt werden wollen. Die Kandidaten werden nach der Anciennetät ihrer Zeugnisse geordnet.⁴⁾ Betreffs dieser Anstellungsliste machen die Volksschulinspektoren durch Vermittlung der Inspektoren der Akademie dem Präfekten Vorschläge, sie geben ihr Gutachten ab über die Ernennung sämtlicher Lehrer an den öffentlichen Schulen ihres Bezirks.⁵⁾

Es steht ganz in der Macht des Präfekten, an eine Stelle einen den Kongregationen angehörigen Lehrer oder einen Laien zu berufen. Das ministerielle Cirkular vom 14. Oktober 1878 spricht sich darüber des nähern aus. Bereits ein Cirkular vom 3. April 1852 habe die Worte des Art. 4 des Dekrets vom 9. März 1852 „nach Anhörung der Gemeinderäte“ dahin ausgelegt, daß die letztern die Freiheit hätten, sich zu erklären, ob sie einen Laien oder einen Schulbruder an der Spitze ihrer Schule wünschten. Im folgenden Jahre ermächtigte ein zweites Cirkular die Rektoren, Versetzungen der Lehrer anzuordnen, auch ohne das Gutachten der Gemeinderäte entgegenzunehmen. Seitdem ist der Grundsatz festgehalten worden, daß die Gemeinderäte nur dann gehört werden müssen, wenn eine wirkliche Vakanz in der Leitung der Schule eintritt, also entweder bei der Entlassung, der Absetzung oder dem Tode des Lehrers.

Die versammelten Gemeinderäte haben jedoch stets das Recht,

1) Art. 31 des Gesetzes vom 15. März 1850, Art. 4 des Dekrets vom 9. März 1852 und Art. 8 des Gesetzes vom 14. Juni 1854. —

2) Art. 3. Bulletin 486 p. 808. Der Präfekt war keineswegs gehalten, einen präsentierten Kandidaten ernennen zu müssen; er konnte neue Präsentation fordern, wenn er einen Kandidaten zu ernennen sich weigerte; auch konnte er die Stelle provisorisch besetzen; aber das Recht der definitiven Ernennung eines protestantischen oder israelitischen Lehrers ohne vorhergegangene Präsentation hatte er bis dahin nicht. — 3) Art. 13 des Dekrets vom 7. Oktober 1850. Die durch Art. 31 des Gesetzes vom 15. März 1850 vorgeschriebene Avancementsliste fiel mit der Uebertragung des Ernennungs- und Versetzungsrechtes an die Präfekten weg. — 4) Instruktion vom 24. Dezember 1850. — 5) Art. 43 des Dekrets vom 29. Juli 1850.

wenn sie es für angezeigt erachten, ihr Gutachten betreffs der Wahl zwischen einem Schulbruder oder einem Laien abzugeben. Daraus folgt:

1. daß bei eintretender Vakanz in der Leitung einer öffentlichen Schule der Präfekt den Gemeinderat in Verzug setzen muß, sein Gutachten über die Wahl abzugeben;
2. daß bei nicht eintretender Vakanz der Gemeinderat stets sein Gutachten über die Leitung der Schule abgeben kann;
3. daß das abgegebene Gutachten in keinem Falle die Freiheit des Präfekten beeinträchtigt, welcher das Recht und die Pflicht hat, die Lehrer zu wählen aus der Kategorie, welche ihm am besten den Schulinteressen und den Wünschen der Bevölkerung zu entsprechen scheint. Es steht dem Präfekten frei, das Gutachten des Gemeinderats dem Departementsschulrat zur Begutachtung vorzulegen; aber selbst dann, wenn letztere hochangesehene Körperschaft nicht der Ansicht des Präfekten wäre, so bleibt doch die gänzliche Unabhängigkeit des letztern vollständig gewahrt.

Nach einer Entscheidung des Gerichtshofes für Kompetenzkonflikte vom 9. Dezember 1879 erscheint es gesetzlich nicht mehr notwendig, daß der Gemeinderat im Falle wirklicher Vakanzen in Verzug zu setzen ist, da es demselben stets freisteht, von seinem Rechte Gebrauch zu machen.

Den Lehrern an öffentlichen Schulen ist es verboten, irgend ein Amt in der Verwaltung anzunehmen ohne die Genehmigung des Departementsschulrats. — Der Betrieb eines Handels- oder gewerblichen Geschäfts ist ihnen absolut untersagt.¹⁾

Das ministerielle Cirkular vom 26. August 1862 betont, daß es wünschenswert ist, wenn den Lehrern in den kleinen Gemeinden die Verwaltung des Sekretariats der Mairie und das Vorsängeramt übertragen werde, denn seitdem die Civilstandsakten der Führung der Lehrer anvertraut worden, habe sich dieser wichtige Teil des öffentlichen Dienstes sehr gebessert. Es ist auch gut, daß die Lehrer durch Ausbildung eines tüchtigen Kirchenchors zur höhern Feier des Gottesdienstes beitragen, aber es bleibt zu bedenken, daß dies alles nur Nebenämter sind, welche den Schuldienst nicht beeinträchtigen dürfen. Sie geben leicht zu Mißbräuchen Veranlassung; deshalb werden die Präfekten ersucht, eventuell mit Disciplinarstrafen vorzugehen, vor allem aber die Pfarrer und Maires anzuweisen, daß sie alles beseitigen, was die Lehrer zur Vernachlässigung ihres eigentlichen Hauptdienstes führen würde. Ein weiteres Cirkular vom 24. Juli 1875 trägt

1) Art. 32 des Gesetzes vom 15. März 1850.

den Präfekten auf, in allen Fällen, in welchen der Hauptdienst durch den Nebendienst leidet, beim Departementsschulrat den Antrag zu stellen, daß den betreffenden Lehrern die Berechtigung zur Weiterführung der Nebenämter entzogen werde. Noch schärfer faßt das ministerielle Cirkular vom 27. Dezember 1881¹⁾ die Sache auf: der Art. 32 des Gesetzes vom 15. März 1850 lasse sich zwar dahin interpretieren, daß man den Lehrern jeglichen Dienst in der Kirche untersagen könne, und daß es nach seiner Ansicht auch dem Schulwesen förderlich sein würde, wenn dies geschähe; aber es erscheine doch ratsam, bis zu einem neuen Gesetz zu warten, welches die Angelegenheit endgültig ordnen werde. Die Präfekten sollen darauf hinwirken, daß die Generalräte oder die Gemeinderäte in dem Uebergangsstadium den Lehrern, welche freiwillig auf die Verwaltung des Nebenamtes verzichteten, eine entsprechende Entschädigung dafür zukommen ließen. Vor allem aber dürfen die Präfekten es nicht unterlassen, die Lehrer darüber aufzuklären, daß dieselben in dieser Beziehung freie Hand haben. Wenn einzelnen Lehrern aus der Weigerung, kirchliche Nebenämter anzunehmen oder fortzuführen, Schwierigkeiten erwachsen sollten, wird der Minister mit allen gesetzlich zu Gebote stehenden Mitteln die Freiheit derselben schützen.

Das Disciplinarrecht steht gleichfalls dem Präfekten zu. Der Präfekt kann²⁾ in Anbetracht des speciellen Falles dem Lehrer an öffentlichen Schulen Verweise erteilen, ihn suspendieren, und zwar mit oder ohne gänzliche oder teilweise Entziehung des Gehalts, jedoch nicht über sechs Monate hinaus, ferner die einfache Absetzung desselben aussprechen.

Der abgesetzte Lehrer ist unfähig, das Amt eines Lehrers sowohl an öffentlichen wie an freien Schulen in derselben Gemeinde zu verwalten.

Der Departementsschulrat kann den Lehrer an öffentlichen Schulen nach gesetzlicher Vorladung und Anhörung desselben aus dem Lehrerstande ausstoßen. Dem Verurteilten steht in diesem Falle die Berufung an den Ober-Unterrichtsrat offen innerhalb einer Frist von zehn Tagen nach Zustellung des Urteils. Jedoch wird das Urteil vorläufig vollstreckt.

Im Falle der Dringlichkeit kann der Maire den Lehrer an öffentlichen Schulen vorläufig suspendieren unter der Verpflichtung, innerhalb zwei Tagen dem Präfekten darüber Bericht zu erstatten.

Wenn ein Lehrer an öffentlichen Schulen in Gemäßheit des Art. 33 des Gesetzes vom 15. März 1850 suspendiert ist oder wenn bei der Klage auf Absetzung der Lehrer provisorisch seiner Funktionen enthoben ist, muß der Präfekt für Stellvertretung

1) Bulletin 473 bis p. 2019 ff. — 2) Art. 33 des Gesetzes vom 15. März 1850.

in der Leitung der Schule Sorge tragen. In diesem Falle setzt er den Teil des Gehaltes fest, welches dem Lehrer belassen werden kann und welches der Stellvertreter bekommt; er entscheidet ferner darüber, ob der Stellvertreter die ganze oder nur einen Teil der Wohnung erhält, welche dem Gemeindelehrer angewiesen ist.¹⁾

Wenn der Maire im Dringlingskeitsfall einen öffentlichen Lehrer suspendieren zu müssen glaubt, so hat er sofort dem Volksschulinspektor davon Anzeige zu machen.²⁾

Der Präfekt braucht also in Disciplinarsachen gegen den Lehrer an öffentlichen Schulen denselben weder persönlich zu vernehmen noch das Urteil zu motivieren; gegen die Entscheidung steht dem gemäßregelten Lehrer ein Rekurs gegen das Urteil des Präfekten nicht zu, selbst dann nicht, wenn er seiner Stelle verlustig erklärt ist; nur wenn er durch Urteil des Departementsschulrats aus dem Lehrerstande gänzlich ausgestoßen ist, hat er das Recht der Berufung an den Ober-Unterrichtsrat. Der öffentliche Lehrer ist dem persönlichen, oft willkürlichen Urteil eines einzelnen übergeben ohne Verteidigungsrecht, ohne motiviertes Urteil, ohne Recht der Berufung. Viel besser ist dagegen der Lehrer an freien Schulen gestellt, er kann, wie wir gesehen, nur infolge schwerer Vergehen in Ausübung seiner Amtspflichten oder wegen schlechten Betragens und unsittlichen Lebenswandels verfolgt werden, und zwar nur auf den Antrag des Staatsanwalts oder des Präfekten und auch nur von einem Gerichtshofe, dem Departementsschulrat, verurteilt werden.

Das Disciplinarrecht bedingt auch das Recht der Versetzung. Kein Lehrer darf die Leitung einer öffentlichen Schule niederlegen oder seine Stelle verlassen, ohne vorher einen Entlassungsschein (*lettre d'exeat*) vom Präfekten erhalten zu haben, was deshalb geschieht, damit die Verwaltung in den Stand gesetzt wird, rechtzeitig für die Wiederbesetzung der Stelle Sorge zu tragen. Das ministerielle Cirkular vom 30. Juni 1838 bestimmt, daß ein Lehrer, welcher ohne den vorgeschriebenen Entlassungsschein sein Amt verläßt, in keiner andern Stelle bestätigt werden kann. Dieser Entlassungsschein giebt Aufschluß über die Antecedentien des Kandidaten, besonders über sein sittliches Betragen, und wird nach dem Cirkular vom 13. Mai 1861 stets von den einer religiösen Genossenschaft angehörigen Personen besonders streng gefordert.

Der Grund ist der, daß die letztern einen im Orden angenommenen Namen tragen und es somit schwer ist, ihre Identität festzustellen. Deshalb soll bei der Präsentation eines Ordensmitgliedes als Leiter einer öffentlichen Schule der Obere der Kongregation dem Präfekten neben dem Namen, welchen der Be-

1). Art. 16 des Dekrets vom 7. Oktober 1850. — 2) Art. 17.

treffende im Orden trägt, dessen Familiennamen, Vornamen, Geburtsort und Datum angeben, ferner die Thätigkeit desselben während der letzten zehn Jahre, wenigstens aber seit der Zeit, wo er als Lehrer angestellt wurde. Ebenfalls ist außer dem Befähigungszeugnis stets der Entlassungsschein beizulegen, wenn ein solcher Lehrer aus einem andern Departement kommt. Bevor das geschehen ist, darf der Präfekt ihn nicht ernennen; der Lehrer darf eher seine Thätigkeit nicht beginnen. Wenn ein Ordensmitglied seine Stelle verläßt, so kann ihm der Entlassungsschein nicht eher ausgehändigt werden, bis er für eine neue Stelle präsentiert wird. Das ministerielle Cirkular vom 11. September 1880¹⁾ betont abermals die genaue Befolgung dieser Vorschriften und beauftragt die Präfekten, zur Kenntnis der Lehrer zu bringen, daß die Außerachtlassung der diesbezüglichen Vorschriften die durch Art. 30 des Gesetzes vom 15. März 1850 bestimmten Strafen nach sich ziehen kann.

Die Versetzungen sollen nicht zu häufig und niemals ohne triftigen Grund vorgenommen werden.²⁾ Eine Versetzung darf nur im Interesse der Schule und im dienstlichen Interesse der Lehrer selbst stattfinden; eine Konzession zur Erfüllung persönlicher Wünsche soll nicht gewährt werden, überhaupt sind alle Gründe auszuschließen, welche den Interessen des Dienstes fern liegen. Es ist gut, daß diejenigen Lehrer, welche mit segensreichem Erfolge an einer Stelle wirken, möglichst lange an derselben belassen werden, damit die Väter, welche einst von demselben Lehrer unterrichtet wurden, ihre Kinder mit um so mehr Vertrauen in die Schule schicken. Auch werden die Präfekten angewiesen, keine Versetzungen vorzunehmen, ohne vorher den Inspektor der Akademie gehört zu haben. Das Recht der Versetzung im Interesse des Dienstes ergibt sich aus den allgemeinen rechtlichen Bestimmungen für Verwaltungsbeamte, als welche auch die Lehrer an öffentlichen Schulen anzusehen sind. Versetzungen im Laufe des Semesters müssen vermieden werden.³⁾

Damit bei eintretenden Vakanzen der Unterricht nicht allzulange unterbrochen wird, ordnet der Minister an,⁴⁾ daß ihm durch die Inspektoren der Akademie alle vakant werdenden Stellen für Volksschullehrer möglichst schnell angezeigt werden mit den erforderlichen Angaben über Gehalt, Wohnung etc.; umgekehrt sollen sie auch dem Minister Kenntnis geben von denjenigen Kandidaten, welche sie in ihrem Bezirk nicht unterbringen können und die bereit sind, auch in andern Departements eine Stellung anzunehmen, unter genauer Angabe der Antecedenzen derselben,

1) Bulletin 458 p. 1139. — 2) Cirkular vom 26. Aug. 1862. —
3) Cirkular vom 20. Dezember 1879. — 4) Cirkular vom 21. April 1880, Bulletin 452 p. 423.

damit auf diese Weise schnell auf die Besetzung der Stellen und die Unterbringung der Lehrkräfte Bedacht genommen werden kann.

Einen gesetzlichen Anspruch auf Umzugskosten haben die Lehrer an öffentlichen Schulen nicht. Einzelne Gemeinden geben eine Entschädigung, aber aus freiem Willen; in einigen Departements haben die Generalräte Fonds dafür bewilligt; auch giebt es Gemeinden, welche den Lehrer aus seinem frühern Domizil abholen. Die Beförderung der Lehrer auf den Eisenbahnen geschieht beim Umzug auf Grund eines Attestes des Inspektors der Akademie für die Hälfte des Fahrpreises. Es ist in diesem Fall den Lehrern gestattet, eine Vorschufssumme auf ihr zukünftiges Gehalt zu nehmen, welche sie aber in längstens fünf Monaten nach Antritt der neuen Stelle zurückerstattet haben müssen.¹⁾

Nach Art. 20 des Schulreglements vom 18. Juli 1882²⁾ darf der Lehrer sich nicht aus seinem Amt entfernen, ohne dazu die Genehmigung des Volksschulinspektors zu haben und von dieser Genehmigung der Lokal-Schulbehörde Anzeige zu erstatten. Wenn die Abwesenheit länger als drei Tage dauert, ist die Genehmigung des Inspektors der Akademie notwendig; ein Urlaub von mehr als acht Tagen kann jedoch nur durch den Präfekten erteilt werden. In unvorhergesehenen wichtigen Fällen genügt sofortige Anzeige bei der Lokalbehörde und dem Volksschulinspektor.

§. 39.

Das Einkommen der Lehrer an öffentlichen Schulen.

Das Dekret vom 28. Oktober 1793 setzte das Minimal-Einkommen der Lehrer auf 1200fr fest. Die Komitees des öffentlichen Unterrichts und der Finanzen sollen Bericht darüber erstatten, wie hoch das Maximum und die dazwischen liegenden Gehaltsstufen festzustellen seien. Ein Gesetzentwurf, welchen die vereinigten Komitees zustande brachten, der aber nicht zur Beratung kam, setzte das Minimalgehalt auf 1000fr, das Maximalgehalt auf 2400fr fest, je nach der Zahl der Bevölkerung der einzelnen Schulorte steigend; die Lehrerinnen sollten ein Fünftel des Gehalts weniger beziehen wie die Lehrer.

Das kurz nachher folgende Dekret vom 19. Dezember 1793 verwarf die Bestimmungen des Oktoberdekrets und setzte fest,³⁾ daß das Lehrpersonal im Verhältnis zur Zahl der die Schule besuchenden Kinder besoldet werden müsse, und zwar durch den Staat. Die Lehrer sollen⁴⁾ für jedes Kind, welches sie unterrichten, 20fr, die Lehrerinnen 15fr erhalten. Die kleinern Gemeinden, welche

1) Cirkular vom 20. September 1880, Bulletin 458 p. 1178. —

2) Bulletin 504 p. 211. — 3) Sekt. III, art. 3. — 4) Art. 4.

mehr als eine halbe Meile vom Wohnort des nächsten Lehrers entfernt sind und in welchen sich wegen der geringen Bevölkerung ein Lehrer nicht niederlassen will, können nach dem Gutachten des Distriktsdirektors einen Lehrer wählen, welchem die Republik ein Gehalt von 500fr bewilligt. Dagegen ist es den Lehrern untersagt, ein Kind in Pension zu nehmen; ferner dürfen sie keine Privatstunden geben, von keinem Bürger ein Geschenk irgend einer Art annehmen, bei Strafe der Absetzung.¹⁾

Dieses Dekret wurde noch ergänzt durch ein Dekret vom 27. Januar 1794; dasselbe setzte fest,²⁾ daß die Lehrer in den Provinzen mit nicht französischer Sprache, welche dort die französische Sprache lehrten, in Anbetracht der Wichtigkeit ihrer Mission und ihres Verdienstes um die Einheit des Vaterlandes ein Gehalt von 1500fr beziehen.

Das Dekret vom 17. November 1794 setzte das Gehalt der Lehrer auf 1200, das der Lehrerinnen auf 1000fr für den Bereich der ganzen Republik fest. Jedoch kann in den Städten von über 20 000 Einwohnern das Gehalt des Lehrers auf 1500, das der Lehrerin auf 1200fr erhöht werden.³⁾ Gleichzeitig wurden denjenigen Lehrpersonen, welche dem Lande im Unterricht langjährige Dienste geleistet, Pensionen in Aussicht gestellt, die ihr Alter vor Sorgen zu schützen geeignet sein sollten.⁴⁾

Die Ausführung dieses Dekrets blieb auch beim guten Willen, denn die Mittel fehlten. Das Gesetz vom 25. Oktober 1795, welches das Dekret vom 17. November 1794 abschaffte, hat schon bescheidenere Bestimmungen; es hat auch dadurch den Vorzug, daß es die Gehaltsfrage in ausführbarer Weise regelte und von längerer Dauer war. Danach wird durch die Republik jedem Lehrer ein Lokal sowohl zur eigenen Wohnung als für die Schule gestellt werden; gleichmäfsig wird jedem Lehrer ein mit der Wohnung verbundener Garten überwiesen. Wenn die Verwaltung des Departements es für passend erachtet, kann sie dem Lehrer an Stelle der Wohnung und des Gartens eine jährliche Geldentschädigung gewähren.⁵⁾ Von jedem ihrer Schüler erhalten die Lehrer ein jährliches Schulgeld, welches von der Departementsverwaltung festgesetzt wird⁶⁾, jedoch steht es der Gemeindeverwaltung frei, ein Viertel der Schüler wegen Dürftigkeit davon auszunehmen.

Bei diesen gesetzlichen Bestimmungen blieb es vorläufig; es traten zwar neue Vorschläge betreffs der Gehaltsregulierung der Lehrer auf, aber eine Aenderung wurde nicht vorgenommen. Man konnte, wie sich 1799 ein Deputierter ausdrückte, in Anbetracht der Finanzlage der Republik den Lehrern der Volks-

1) Art. 10. — 2) Art. 5. — 3) Cap. III, art. 11. — 4) l. c. art. 10.
— 5) Art. 6. — 6) Art. 7.

schulen nicht einmal die Wohnungen geben, welche ihnen das Gesetz von 1795 und Art. 296 der Verfassung von 1795 zugesagt hatten. Den Lehrern waren seit der Beschlagnahme der Pfarrhäuser letztere als Schulen und Amtswohnungen überwiesen worden. Auch diese wurden durch Beschluß des Rats der Fünfhundert 1797 den Lehrern genommen, unter dem Vorwande, die Gebäude seien verfallen, zum Schulhalten ungeeignet, die Lehrer zur Herstellung derselben nicht in der Lage; auch sei der Verdacht begründet, daß vielfach die ehemaligen Pfarrer unter der Maske des Lehramts in ihren Wohnungen zurückgeblieben seien und von hier aus die Bauern mit freiheitsfeindlicher Gesinnung vergifteten. Die Demokraten waren fest entschlossen, lieber alle Schulen des Landes zu zerstören, als solches Einschleichen der Geistlichen zuzulassen.¹⁾

Auch der Gesetzentwurf Chaptals, Ministers des Innern, vom November 1800, welcher den Volksschullehrern ein Einkommen von 400 bis 1000fr gesichert und das Schulgeld abgeschafft wissen wollte, scheiterte; die Enquête, welche er 1801 über das Volksschulwesen machen ließ, zeigt das traurigste Bild der damaligen Lage; es beweist, wie sehr die Revolution auf dem Papier gearbeitet und nichts geleistet hatte. Fourcroy, ehemaliges Haupt der Jakobiner, später gefügiges Geschöpf von Napoleon Bonaparte und 1802 von demselben zum Generaldirektor des öffentlichen Unterrichts befördert, erklärte 1801 im gesetzgebenden Körper, daß man zur Durchführung des Gesetzes von 1795 nichts nötig hätte, als das Gehalt der Lehrer überhaupt zu streichen. Die öffentlichen Schulen waren überdies sehr schlecht besucht, die Lehrer auf die Entschädigungen angewiesen, welche ihnen für Wohnung und Garten von der Departementsverwaltung angewiesen wurden, und als auch dieser kleine Zuschuß bald nicht mehr gewährt wurde, verließ eine große Anzahl die Schulen, um sich der Feldarbeit zu widmen.

Der erste Konsul brachte am 20. April 1802 einen neuen Gesetzentwurf, sehr verschieden von dem des Ministers, welcher am 1. Mai 1802 zum Gesetz erhoben wurde. Derselbe bestimmte, daß die Besoldung der Lehrer bestehe:

1. in einer Wohnung, welche die Gemeinde stellt;
2. in einer Abgabe, welche die Gemeinderäte festsetzen und die Eltern der die Schule besuchenden Kinder bezahlen.²⁾ Die Gemeinderäte befreien diejenigen Eltern von der angesetzten Abgabe, welche außer stande sind, dieselbe zu bezahlen; diese Befreiung kann aber nur höchstens dem fünften Teil der in die Volksschulen aufgenommenen Kinder gewährt werden.³⁾

1) v. Sybel, l. c. Bd. IV, p. 447. — 2) Art. 3. — 3) Art. 4.

Mit dieser Bestimmung war das Einkommen der Lehrer vollständig in die Hände der Gemeinderäte gelegt; mit welchem Erfolg, zeigt die Zukunft; ein warnendes Wort in dieser Beziehung war von dem Deputierten Bonnaire in dem Rate der Fünfhundert am 20. April 1799 gefallen: „Wenn die Gemeinden die Lehrer bezahlen sollen, so wird es bald keine Lehrer mehr geben.“ Ein Schulzwang existierte nicht und das geringe Schulgeld war kaum in Anschlag zu bringen.

Für die Aufbesserung des Einkommens der Lehrer geschah unter dem ersten Kaiserreich nichts, es seien denn bloße Versprechungen, welche nicht in Erfüllung gingen, während für die höhern Schulen mit reichlich spendender Hand gesorgt wurde. Die Königliche Ordonnanz vom 29. Februar 1816 legte zwar den Gemeinden auf, für den Unterricht der Kinder Sorge zu tragen, aber das Einkommen der Lehrer blieb nach wie vor im Belieben der Gemeinde: über die Bestimmungen des Gesetzes von 1802 ging man nicht hinaus. Allerdings wurden in das Budget 50 000 fr für das Volksschulwesen aufgenommen, welche neben vielem andern dazu dienen sollten, denjenigen Lehrern, die sich durch Handhabung guter Methoden auszeichneten, Remunerationen zur Belohnung und Aufmunterung zu geben; für die höhern Schulen war der vierzigfache Betrag ausgeworfen, ein Beweis, wie wenig die Restauration die Wichtigkeit der Bildung des Volkes erkannte. Sie hat für die äußere Stellung der Lehrer auch nichts gethan; der beste Zeuge dafür ist der Unterrichtsminister de Guernon-Ranville, welcher in einem Cirkular vom 10. Januar 1830 an die Rektoren schrieb: „Die Schulhäuser fehlen oder brechen zusammen, die Lehrer werden gequält von den gewöhnlichsten Entbehrungen; so ist der traurige Anblick, den schon längst unser Volksschulunterricht gewährt.“

Die Königliche Ordonnanz vom 14. Februar 1830, welche konstatierte, daß noch eine beträchtliche Anzahl von Gemeinden den Unterricht gänzlich entbehrte, und erklärte, daß es königlicher Wille sei, die Schulbildung allen Unterthanen zugänglich zu machen, verpflichtete alle Gemeinden, eine Schule zu gründen und den Lehrern ein passendes Gehalt auszuwerfen; die Kosten sollten gedeckt werden entweder aus den gewöhnlichen Gemeinde-Einnahmen oder durch eine außerordentliche Steuer. Falls die Gemeinde zu arm ist, muß das Departement ihr einen Zuschuß geben, im Notfall der Staat. Die Gemeinderäte werden demgemäß zusammentreten, um Kostenanschläge für die neu zu gründenden Schulen anzufertigen; sie sollen Listen der schulgeldfreien und schulgeldpflichtigen Kinder aufstellen, das jährliche Gehalt des Lehrers festsetzen und über die nötigen Einnahmequellen Beschluß fassen: alles dieses war ernstlich ins Werk gesetzt; aber die Reorganisation scheiterte, denn einige Monate nachher wurde der Herrschaft Karls X. ein Ende gemacht.

Die jammervolle Lage der französischen Volksschullehrer im Anfang der dreissiger Jahre ist durch das Werk Lorains¹⁾ ergreifend geschildert, auf welches wir hier nur verweisen können. Das neue Königtum war der Entwicklung des Volksschulwesens günstig; es zeigt sich dies äusserlich schon darin, dass das Budget für das Volksschulwesen, welches 1828 noch 50 000 fr betragen, 1833 schon auf 1¹/₂ Millionen Franken gestiegen war.

Durch das Gesetz vom 28. Juni 1833 trat, wie nach vielen andern Seiten hin, so auch betreffs der äussern Stellung der Lehrer ein Wendepunkt ein. Es bestimmte, dass die Gemeinden zur Unterhaltung der Schulen verpflichtet seien, und zwar müsse jede Gemeinde: 1. entweder allein oder mit andern benachbarten Ortschaften zusammen wenigstens eine Volksschule halten, 2. ein angemessen eingerichtetes Lokal liefern, 3. das Lehrergehalt sicherstellen. Das Lokal soll sowohl für die Schule als auch für die Wohnung des Lehrers genügen. Ferner wurde als Gehaltsminimum die Summe von 200 fr festgesetzt.²⁾ Daneben erhielt der Lehrer das Schulgeld, welches nach Festsetzung desselben durch den Gemeinderat von den öffentlichen Einnehmern eingetrieben wurde. Wenn die gewöhnlichen Gemeindefonds nicht ausreichen, so muß die Gemeinde eine ausserordentliche Abgabe von 2 oder höchstens 3 Zuschlagcentimes auf den gewöhnlichen Satz der Grund- und Kopfsteuer legen; genügt das nicht, so tritt das Departement ein, bei dessen Leistungsunfähigkeit der Staat. Um auch für die Zeit der Dienstunfähigkeit des Lehrers sowie für die Hinterbliebenen zu sorgen, wurde³⁾ für jedes Departement die Errichtung einer Spar- und Versorgungskasse angeordnet, in welche die Lehrer jährlich 5 0/0 ihres Gehalts einlegen mußten; diese Kasse, welche Geschenke und Legate anzunehmen berechtigt war, zahlte beim Dienstaustritt des Lehrers letzterm oder beim Todesfall desselben den Hinterbliebenen die ersparte Summe nebst 3 0/0 jährlicher Zinsen aus.

Damit war wenigstens die Grundlage einer Gehaltsregulierung

1) Tableau de l'instruction primaire en France par P. Lorain, Paris 1837. Auszüge daraus cfr. J. Simon, l. c. p. 65 ff., Dr. Schneider, l. c. p. 37 ff. Charakteristisch ist eine Stelle aus der Rede, welche der Präfekt des Drôme-Departements bei der Einweihung des Seminars in Valence 1877 hielt: „Es sind kaum dreissig Jahre her, da sah man noch auf den Herbstmärkten die Lehrer von Briançon unter der Menge und inmitten des Viehes jeglicher Art herumgehen mit einer Feder auf dem Hut, welche ihren Stand und ihre Absicht anzeigte, sich für den Winter zu verdingen. Sie erteilten Unterricht, welcher oft durch gegen Lohn übernommene Hausarbeit unterbrochen wurde. Beim Schmelzen des Schnees kehrten sie in ihre Heimat zurück mit einigem Geld, womit sie ihre Steuern bezahlten.“ Cfr. Journal des Instituteurs, Jahrg. 1878 p. 14. — 2) Art. 12. — 3) Art. 15.

vorhanden, aber genügendes war damit nicht geschehen, denn der Schulgeldsatz blieb ein sehr geringer und Schulzwang war noch nicht vorhanden; auch waren die Kommunallehrer verpflichtet, diejenigen Kinder schulgeldfrei zu unterrichten, deren Eltern wegen Dürftigkeit auf Beschluss des Gemeinderats von der Zahlung des Schulgeldes befreit waren.¹⁾ Zieht man noch dazu in Betracht, dass fast die Hälfte der die Schule wirklich besuchenden Kinder im Sommer nicht erschienen, also auch für diese Zeit kein Schulgeld bezahlten, so begreift sich leicht, dass die Lage der meisten Lehrer eine drückende bleiben musste und viele, wie dies der französische Unterrichtsminister 1846 noch betonte, ein Gesamteinkommen hatten, welches hinter dem des gewöhnlichsten Tagelöhners in den ärmsten Gegenden zurückblieb.²⁾ Auch die Altersversorgung war gering und unzureichend. Hatte z. B. ein Lehrer 300fr Gehalt, so erhielt er nach dreissigjähriger Dienstzeit die einmalige Summe von 840fr, welche nicht geeignet war, ihn auf ein sorgenfreies Alter hinblicken zu lassen und welche ihm dazu noch von seinem kümmerlichen Gehalte abgezogen war.

Der Minister Salvandy hatte 1846 einen Gesetzentwurf zur Besserung der finanziellen Lage der Lehrer eingebracht, aber er war nicht zur Beratung gekommen; auch der Entwurf Carnots von 1848, welcher die Lehrer in vier Klassen teilte und das Minimalgehalt derselben auf 600, das Maximalgehalt auf 1200fr; das der Lehrerinnen auf 500 bis 1000fr (unter Wegfall des Schulgeldes) festsetzte, sowie eine nach der Grösse der Städte von 5000 Einwohnern an den Lehrern zu bewilligende Zulage von 200 bis 1800fr in Vorschlag brachte, wovon jedoch den Lehrerinnen nur zwei Drittel zukommen sollte, wurde von seinem Nachfolger Falloux zurückgezogen. Darüber war man sich jedoch in allen Kreisen einig, dass der jetzige Zustand unhaltbar sei, und um vorläufig bis zum Erlass eines neuen Gesetzes in etwa den Bedürfnissen genügen zu können, bewilligte die Kammer 1849 einen Kredit von 3 Millionen Franken, durch welche in Form persönlicher Zulagen das Gesamteinkommen eines jeden Lehrers auf mindestens 600fr gebracht werden konnte.

Das Unterrichtsgesetz vom 15. März 1850 that denn auch im Interesse der Lehrer einen grossen Schritt vorwärts. Es bestimmte zunächst,³⁾ dass jede Gemeinde dem Lehrer ein passendes Lokal sowohl für die Wohnung als für die Schule stellen müsse, ferner das Mobiliar für die Schule und ein Gehalt. Das letztere sollte sich⁴⁾ zusammensetzen aus:

1. einem festen Gehalt, welches nicht unter 200fr betragen darf;

1) Art. 14 §. 3. — 2) Von 32 806 öffentlichen Lehrern hatten 1846 gegen 26 000 ein festes Gehalt, welches 300fr nicht überstieg; das Durchschnittsgehalt betrug 294fr. — 3) Art. 37. — 4) Art. 38.

2. dem Ergebnis des Schulgeldes;
3. einer Zulage, welche allen denjenigen bewilligt wird, deren festes Gehalt in Verbindung mit dem Ergebnis des Schulgeldes 600fr nicht übersteigt. — Diese Zulage wird berechnet nach der Summe der im vorhergehenden Jahre eingegangenen Schulgeldebeträge.

Ferner¹⁾ soll eine Pensionskasse nach einem durch die Verwaltung festzustellenden Reglement an die Stelle der bisherigen Sparkassen treten.

Hiernach war also das Minimaleinkommen eines jeden an einer öffentlichen Schule angestellten Lehrers auf 600fr bemessen, ohne daß es den Gemeinden benommen war, dieses Gehalt aus eigenen Mitteln nach Belieben zu erhöhen, eine erhebliche Verbesserung gegen die frühere Lage. Die Gemeindeschulen vermehrten sich stetig, besonders schnell aber die Zahl der schulgeldfreien Kinder, wodurch der Staatskasse nicht geringe Lasten auferlegt wurden, da dieselbe bei der Zahlungsunfähigkeit der Gemeinden resp. Departements nach Erschöpfung der gesetzlich vorgeschriebenen Einnahmequellen das Fehlende zu decken verpflichtet war.²⁾ Um diese Lasten zu vermindern, wurde das Dekret vom 31. Dezember 1853 erlassen, welches bestimmte,³⁾ daß niemand definitiv als Lehrer an einer öffentlichen Schule ernannt werden kann, wenn er nicht wenigstens drei Jahre als kommissarischer Lehrer⁴⁾ (instituteur suppléant) oder drei Jahre als Unterlehrer nach Ablauf seines 21. Lebensjahres im Unterrichtsdienste gewirkt hat. Für diese kommissarischen Lehrer, an welche dieselben Anforderungen wie an die ordentlichen Lehrer an öffentlichen Volksschulen gestellt waren, wurde das Minimalgehalt auf 500 resp. 400fr gesetzt; auch suchte man dadurch die Auszahlung des Minimalgehalts illusorisch zu machen, daß nach Art. 9 des Dekrets Lehrerinnen, deren Einkommen geringer war als das der Lehrer, an solchen geschlechtlich gemischten Schulen angestellt werden konnten, wo die Frequenz nach dem Durchschnitt der letzten drei Jahre 40 Kinder nicht überstiegen hatte. Der allzu ausgedehnten Befreiung vom Schulgeld wurde gesteuert dadurch, daß der Präfekt die Maximalzahl der Kinder, welche in jeder Schule unentgeltlich zugelassen werden durften, alljährlich bestimmte.⁵⁾

Dagegen erhöhte man das Einkommen der ältern Lehrer. Nach Art. 5 desselben Dekrets konnte auf den Vorschlag des Präfekten von dem Minister des öffentlichen Unterrichts denjenigen Lehrern im öffentlichen Schuldienst, welche sich durch treue Dienstführung verdient gemacht, eine Gehaltszulage gewährt werden, und zwar derart, daß das Einkommen solcher Lehrer,

1) Art. 39. — 2) Art. 40. — 3) Art. 1. — 4) Cfr. das Nähere §. 44.
— 5) Art. 13.

deren Minimalgehalt durch das Gesetz vom 15. März auf 600fr festgesetzt war, nach 5 Jahren auf 700, nach 10 Jahren auf 800fr erhöht wurde. Diese Zulage kann jährlich erneuert werden, wenn der betreffende Lehrer sich derselben fernerhin würdig zeigt. Jedoch darf die Zahl dieser Lehrer ein Zehntel der Gesamtzahl der Lehrer des Departements nicht überschreiten. Dieses Zehntel soll erst innerhalb fünf Jahren vom 1. Januar 1854 ab vollständig erreicht werden.

Durch das Dekret vom 29. Dezember 1860 wurde das Institut der kommissarischen Lehrer wieder abgeschafft und allen Lehrern ein Minimal-Einkommen von 600fr zugesichert, somit der alte Zustand, den das Gesetz von 1850 geschaffen, wieder eingeführt. Eine weitere Aufbesserung brachte das Dekret vom 19. April 1862. Danach sollen sämtliche Volksschullehrer an öffentlichen Schulen nach zurückgelegter fünfjähriger Dienstzeit die im Art. 5 des Dekrets vom 31. Dezember 1853 festgesetzte Zulage mit der Maßgabe zuschufsweise erhalten, daß das Minimal-Einkommen aus der Schulstelle 700fr beträgt;¹⁾ ferner soll das Gehalt des zwanzigsten Teiles der Lehrer mit zehnjähriger Dienstzeit und von treuer Amtsführung auf 800fr,²⁾ eines weiteren Zwanzigstels derselben mit 15jähriger Dienstzeit unter derselben Bedingung auf 900fr durch Zuschufs des Unterrichtsministers erhöht werden.³⁾ Auch sollte zukünftig jeder Seminarist, welcher eine Freistelle des Departements oder Staates genossen und zum ersten Mal als Lehrer an eine öffentliche Schule berufen wurde, eine einmalige Zulage bis zu 100fr erhalten. Diese Summe (indemnité de sortie), welche zur Bestreitung der ersten Ausgaben bei Uebernahme der Stelle dienen soll, wurde durch Dekret vom 4. Mai 1880 bis auf 200fr erhöht, wenn der Seminarist mit dem vollen Befähigungszeugnis abgeht.⁴⁾

Das Unterrichtsgesetz vom 10. April 1867 regelt das Einkommen der Lehrerinnen. Die finanzielle Stellung der Lehrerinnen war bisher eine schlechte, vor allem aber eine unregelte und unsichere gewesen, denn ihr Einkommen hing einzig von dem Wohlwollen der Gemeinderäte ab.

Das Gesetz vom 14. Juni 1859 hatte das Schulgeld in den Mädchenschulen als exekutorisch erklärt, aber mehr war auch nicht geschehen; für die Stellung der Lehrerinnen war es also von hoher Bedeutung, daß das Gesetz vom 10. April 1867 die Gemeinden verpflichtete,⁵⁾ der Lehrerin Wohnung, Schullokal, Schulmobiliar und Gehalt zu geben. Letzteres wurde dahin festgesetzt, daß die Lehrerinnen 1. Klasse als Minimalgehalt 500fr, die der 2. Klasse 400fr erhalten sollten.⁶⁾ Die Minimalgehälter

1) Art. 1. — 2) Art. 2. — 3) Art. 3. — 4) Bulletin 453 p. 167. — 5) Art. 3. — 6) Art. 4.

der Lehrer wurden zwar durch das Gesetz nicht erhöht, aber die Bestimmung getroffen, daß da, wo die Gemeinden die Schulgeldbefreiung überhaupt eingeführt haben, das Gehalt sich zusammensetze aus:

1. dem festen Gehalt von 200 fr;
2. dem schwankenden Einkommen (*traitement éventuel*), welches jährlich vom Präfekt festgesetzt wird auf Grund der Kinderzahl nach dem Gutachten des Gemeinderats und des Departementsschulrats;
3. der Zulage zur Erreichung des gesetzlichen Minimal Einkommens.¹⁾

In den andern Gemeinden besteht das Einkommen aus:

1. dem festen Gehalt;
2. dem Betrag des Schulgeldes;
3. dem schwankenden Einkommen, welches, wie vor, nach der Anzahl der Kinder bestimmt wird, die schulgeldfrei sind;
4. der Zulage zur Erreichung des gesetzlichen Minimal Einkommens.²⁾

Diejenigen Gemeinden, welche die Beihülfe des Staats und des Departements nicht nötig haben, können auf Antrag des Gemeinderats und nach dem Gutachten des Departementsschulrats mit Genehmigung des Präfekten das Gesamteinkommen in einer bestimmten Summe festsetzen.³⁾

Durch das Dekret vom 26. Juli 1870 trat insofern eine Gehaltsverbesserung ein, als mit dem 1. Januar 1871 das Minimalgehalt überhaupt auf 700 fr festgesetzt wurde, das der Lehrer mit fünfjähriger Dienstzeit auf 800 fr; der zwanzigste Teil der Lehrer mit zehnjähriger Dienstzeit und guter Amtsführung erhielt 900, der zwanzigste Teil der Lehrer mit 15jähriger Dienstzeit unter denselben Bedingungen 1000 fr, beides als Zulage vom Minister des öffentlichen Unterrichts.⁴⁾ Das Minimalgehalt der Lehrerinnen 1. Klasse wurde auf 600, das der zweiten Klasse auf 500 fr erhöht;⁵⁾ zugleich wird noch bestimmt, daß keine Lehrerin in die erste Klasse steigen kann, wenn sie nicht mindestens drei Jahre in der zweiten Klasse gewesen ist. Die Anzahl der

1) Art. 9. — 2) Art. 10. Das Einkommen wird z. B. bei einer Schule von 70 Kindern folgendermaßen berechnet: 1. Festes Einkommen 200 fr; 2. Schulgeld von 34 Kindern à 12 fr macht 408 fr; 3. das schwankende Einkommen, welches mit 10 fr pro Kind nach Festsetzung durch den Präfekten berechnet wird, bei 36 Kindern mit 360 fr, macht zusammen 968 fr, also 268 fr über das Minimal-Einkommen hinaus. Wenn die drei Zuschlagcentimes zur Auszahlung dieses Ueberschusses nicht hinreichen, so muß dafür das Departement resp. der Staat aufkommen. Cfr. ministerielles Cirkular vom 30. Juni 1867. — 3) Art. 13. — 4) Art. 1, 2 und 3. — 5) Art. 4.

in der ersten und zweiten Klasse befindlichen Lehrerinnen ist gleich.¹⁾

Die allgemeine Begeisterung für die Hebung der Volksschule nach dem Kriege von 1870/71 kam auch der materiellen Stellung des Volksschullehrpersonals zugute. Vor allem muß der von dem Abgeordneten Maurice 1873 eingebrachte Gesetzentwurf hier erwähnt werden, zu dem von verschiedenen Seiten der Mitglieder der Nationalversammlung Amendements eingingen, der auch von seiten des Unterrichtsministeriums begünstigt, als dringlich erklärt und an eine Kommission verwiesen wurde.²⁾ Betreffs der Regulierung der Gehaltsverhältnisse, die nach des Antragstellers Ansicht nach dem Alter, der Befähigung, dem Verdienst und der Oertlichkeit zu bemessen sind, kam es zur Annahme des Gesetzes vom 19. Juli 1875, in welchem jene Grundsätze größtenteils zur gesetzlichen Geltung gelangt sind.³⁾

Das Gesetz lautet: Die Minimalgehälter der Lehrer und Lehrerinnen sind festgesetzt wie folgt:

Die angestellten Lehrer sind in vier Klassen eingeteilt:

4. Klasse		900 fr
3. „		1000 „
2. „		1100 „
1. „		1200 „

Die angestellten Lehrerinnen sind in drei Klassen eingeteilt:

3. Klasse		700 fr
2. „		800 „
1. „		900 „

Die mit einer Weilerschule (école de hameau) betrauten Unterlehrer erhalten 800 fr

Die an einer Hauptschule angestellten Unterlehrer ... 700 „

Die an einer Weilerschule angestellten Unterlehrerinnen 650 „

Die an einer Hauptschule angestellten Unterlehrerinnen 600 fr.⁴⁾

Der Lehrer oder die Lehrerin tritt beim Beginn der Amtsthätigkeit in die unterste Klasse ein. Das Aufrücken in eine höhere Klasse ist nach fünfjährigem Verbleib in der niedern Klasse statt-
haft und kann vor Ablauf dieser Periode nicht erfolgen.⁵⁾

Der Besitz des vollen Befähigungszeugnisses erhöht für die Lehrer und Lehrerinnen jeder Art die Minimalgehälter, auf welche

1) Art. 6. — 2) Vergl. hierzu die vortreffliche Arbeit von Alwin Petersilie: Die Gehalts- und Pensionsverhältnisse der Elementarlehrer in Frankreich mit einem Hinblick auf die entsprechenden Verhältnisse in Preußen, in der Zeitschrift des Königl. preussischen statistischen Büreaus, 1877, Heft II und III p. 196ff. — 3) Im Jahre 1876 betrug die Zahl der ordentlichen Lehrer und Lehrerinnen 56 796. Das Durchschnittsgehalt war 958fr. Die Zahl der Unterlehrer und Unterlehrerinnen war 23 267; das Durchschnittsgehalt derselben war 363fr. — 4) Art. 1. — 5) Art. 2.

sie nach ihrer Klasse Anspruch haben, um 100fr. Derselbe Vorteil, aber nur für das laufende Jahr, wird denjenigen Lehrpersonen bewilligt, welche zwar nicht das volle Befähigungszeugnis haben, aber in dem ersten Achtel der Verdienstliste¹⁾ stehen, welche jährlich vom Departementsschulrat aufgestellt wird. Die jährliche Zulage beträgt 50fr für diejenigen, welche im zweiten Achtel dieser Liste stehen.²⁾

Diejenigen Lehrer und Lehrerinnen, welche die silberne Medaille nach den Vorschriften des Erlasses vom 21. August 1858 erhalten haben, sind zu einer jährlichen Zulage von 100fr für die Dauer ihrer Dienstzeit berechtigt.³⁾

Eine jährliche Zulage zwischen 50 und 150fr kann als Ortszulage bewilligt werden sowohl den Lehrern wie Lehrerinnen jeder Art in den Schulbezirken, in welchen es die Umstände ausnahmsweise erfordern. Zu diesem Zweck werden alle fünf Jahre durch den Departementsschulrat Ortsverzeichnisse aufgestellt und nach dem Gutachten des Generalrats und des Rektors der Akademie durch Dekret in Form öffentlicher Verwaltungsreglements festgesetzt.⁴⁾

Die dem Unterricht sich widmenden und durch den Staat anerkannten religiösen Genossenschaften werden auch fernerhin zugelassen, nach Uebereinkunft den Gemeinden Lehrer zu stellen, von welchen sie verlangt werden. — Ist ein besonderes Uebereinkommen nicht getroffen, so finden die in vorstehenden Artikeln getroffenen Bestimmungen auch auf die öffentlichen Lehrer und Lehrerinnen Anwendung, welche den genannten Genossenschaften angehören.⁵⁾

Die Gehälter werden durch den Präfekten angewiesen und monatlich ausbezahlt auf Grund eines vom Inspektor der Akademie aufgestellten Etats.⁶⁾ — Als Uebergangsbestimmung ist hinzugefügt, daß sämtliche Lehrer und Lehrerinnen durch allmähliche Erhöhungen innerhalb vier Jahre sich im Vollgenuß der oben festgesetzten Gehälter befinden müssen.⁷⁾ Das Dekret vom 30. August 1878 bestimmt den 1. Januar 1879 als Endtermin.

1) Die Verdienstliste (*liste de mérite*) enthält die Namen sämtlicher angestellten Lehrer und Lehrerinnen des Departements, welche nach dem Grade der Befähigung und der amtlichen Wirksamkeit geordnet sind. Cfr. Cirkular vom 30. April 1878. — 2) Art. 3. — 3) Art. 4. Dieser Artikel ist dahin abgeändert, daß die Inhaber der silbernen Medaille im Genuß der jährlichen Zulage von 100fr lebenslänglich verbleiben. Cirkular vom 10. Februar 1882. Bulletin 480 p. 446. Die Zulage für die silberne Medaille kann mit jeder der beiden andern Zulagen vereinigt werden, ist aber den gesetzlichen Abzügen betreffs der Pension unterworfen. Cirkular vom 22. Dezember 1875. — Der im Gesetz citierte Erlass vom 21. August 1858 ist durch den Erlass vom 20. Juli 1881 aufgehoben. Cfr. §. 42. — 4) Art. 5. — 5) Art. 6. — 6) Art. 8, §§. 2 und 3. — 7) Art. 9. Der Verfasser

Inzwischen ist durch das Gesetz vom 16. Juni 1881, welches die Unentgeltlichkeit des Volksschulunterrichts bestimmt, eine weitere Aenderung eingetreten.¹⁾ Art. 6 des Gesetzes lautet: Das Gehalt der Lehrer und Lehrerinnen, der angestellten wie der Unterlehrer, welche gegenwärtig im Dienst sind, kann in keinem Falle geringer sein als das höchste der Gehälter, welche sie während der drei Jahre bezogen haben, die der Inkrafttretung gegenwärtigen Gesetzes vorangegangen sind. — Die Schulgeldtaxe, welche dazu dient, das schwankende Gehalt des Lehrers zu normieren, wie es durch Art. 9 des Gesetzes vom 10. April 1867 bestimmt ist, wird alljährlich auf Vorschlag des Präfekten nach dem Gutachten des Departementsschulrats vom Minister festgesetzt. Indem das Gesetz ferner anordnet,²⁾ daß diejenigen Mädchenschulen, welche in den Gemeinden von mehr als 400 Seelen errichtet wurden oder noch errichtet werden, unter die Zahl der öffentlichen Volksschulen zu rechnen sind, werden alle die an derartigen Schulen angestellten Lehrerinnen der Wohlthat der gesetzlichen Regulierung ihres Einkommens teilhaftig.³⁾

In demselben Sinne bestimmt das Dekret vom 10. Oktober 1881, daß diejenigen Weilerschulen, welche im Laufe des Jahres 25 Kinder zwischen 5 und 13 Jahren aufgenommen haben, auch als öffentliche Schulen betrachtet werden sollen.⁴⁾

Die Gehaltsregulierungsfrage ist keineswegs definitiv abgeschlossen; bis zur endgültigen Ordnung derselben und unter Hinweis

der oben citierten Arbeit, Herr Petersilie, faßt die Bestimmungen der Gesetzes von 1875 unter folgende Gesichtspunkte zusammen (p. 204):

I. Allgemeine Grundsätze:

1. Einteilung der Lehrer und Lehrerinnen in bestimmte Gehaltsklassen mit aufsteigendem Minimalgehalt;
2. Periodisches Aufrücken in die höhere Gehaltsklasse nach dem Dienstalter.

II. Persönliche Momente:

3. Dauernde Erhöhung des Gehalts bei gewisser, durch Zeugnis nachgewiesener Befähigung des Lehrers;
4. Einjährige resp. einmalige Gehaltszulage bei besonders anerkennenswerter Leistung im Amte.

III. Oertliche Momente:

5. Ortszulage für Orte mit besonders teuren Lebensverhältnissen.

IV. Formelle Momente:

6. Monatliche Gehaltszahlung in Zwölfteln des Jahresbetrages aus einer öffentlichen Kasse.

Vgl. über die Auszahlung der Gehälter Minist.-Cirkular vom 27. Januar 1877, vom 13. August 1877, vom 26. Februar 1878, vom 30. Juli 1878.

1) Bulletin 468 p. 929. — 2) Art. 7 §. 2. — 3) Cfr. hierzu Minist.-Cirkular vom 16. August 1881. Bulletin 470 p. 1332. — 4) Bulletin 472 p. 1589.

auf ein demnächst zu erwartendes neues Gesetz über das Gehalt der Volksschullehrer hat der Minister durch den Erlaß vom 7. Februar 1882 vorläufige Anordnungen getroffen.¹⁾

Demnach behalten die Lehrer und Lehrerinnen, welche die denselben durch das Gesetz vom 19. Juli 1875 zustehenden Gehaltsminima beziehen, letztere bis auf weiteres und haben die Ansprüche auf Zulagen und Aufsteigen in eine höhere Klasse, wie sie daselbst in den Artikeln 1 bis 6 bestimmt sind. — Diejenigen Lehrer und Lehrerinnen, welche in einem der drei letzten Jahre ein höheres Gehalt bezogen haben, als das durch fragliches Gesetz von 1875 bestimmte Minimum, behalten dies auch fernerhin, gleichviel, woraus es zusammengesetzt ist. Dieses Plus über das Minimalgehalt hinaus verbleibt ihnen unter Garantie des Staates, ausgenommen:

1. wenn sie auf ihren Antrag hin auf einen Posten mit geringerem Einkommen versetzt werden;
2. wenn die Versetzung auf dem Disciplinarwege nach einer Rüge oder Suspension erfolgt.

In diesen beiden Fällen hat der Präfekt das Recht, das Einkommen herabzusetzen, ohne daß jedoch eine Verminderung unter das gesetzliche Gehaltsminimum geschehen darf. Diejenigen Lehrer, welche definitiv ernannt werden, können in keinem Falle ein geringeres Gehalt beziehen, als dasjenige, welches sie als Unterlehrer bezogen haben. — Wenn eine ordentliche Lehrerstelle vakant wird, mit welcher ein höheres Einkommen verbunden ist, als das gesetzliche Minimum, so kann der in diese Stelle versetzte Lehrer in keinem Falle ein geringeres Gehalt haben, als auf seiner bisherigen Stelle, aber er kann auch kein höheres beziehen als sein Amtsvorgänger. Die Festsetzung des Gehalts innerhalb dieser Grenzen steht dem Präfekten zu unter dem Vorbehalt der ministeriellen Genehmigung für jede Gehaltserhöhung, welche 300 fr übersteigt.

Die Lehrer und Lehrerinnen, welche neu in den Dienst treten, bekommen ein Gehalt, wie es nach dem Gesetz vom 19. Juli 1875 bestimmt ist. Die Gehaltserhöhungen, welche ihnen bewilligt werden können, bleiben zu Lasten der Gemeinden.²⁾

Neben diesem Einkommen haben die Lehrer und Lehrerinnen noch Anspruch auf freie Dienstwohnung, ferner soll mit der

1) Bulletin 479 p. 388 ff. Der Erlaß sollte zwar nur für 1882 Gültigkeit haben, wird aber vorläufig noch bis auf weiteres gehandhabt. — 2) Eine Gemeinde, welche Staatssubvention zur Deckung der laufenden obligatorischen Schullasten erhält, kann nur dann einem Lehrer eine Gehaltszulage bewilligen, wenn letztere durch extraordinäre Umlage gedeckt wird.

Wohnung womöglich ein Garten verbunden sein. Ueber das Mobiliar der Dienstwohnung sowie die Beschaffenheit der letztern wird bei der Einrichtung der Schulhäuser das Nähere mitgeteilt.¹⁾

§. 40.

Die neuesten Gesetzesvorlagen.

Seit dem Sturz des zweiten Kaiserreichs hatte man die Frage betreffs der Ernennung der Lehrer sowie des Disciplinarrechts über dieselben nicht aus dem Auge gelassen? 1872 brachte Jules Simon einen Gesetzesvorschlag ein, wonach die Lehrer an Volksschulen durch den Rektor der Akademie auf Vorschlag der Inspektoren der Akademie provisorisch, dann aber nach einer Dienstzeit von zwei Jahren definitiv ernannt werden sollten; ein anderer Gesetzentwurf von Barni 1877 ging dahin, die Stelle eines Departementsdirektors zu schaffen, welcher die Lehrer und Lehrerinnen ernennt, entweder aus dem sich bereits in Dienst befindlichen Lehrpersonal oder auf Grund einer jährlich vom Departementsschulrat aufgestellten Liste. Die Oberleitung und Aufsicht des Volksschulunterrichts in jedem Departement soll diesem Departementsdirektor übertragen werden, dessen Ernennung dem Präsidenten der Republik zusteht auf den Vorschlag des Ministers des öffentlichen Unterrichts. Der Gesetzentwurf des Deputierten Barodet, welcher wiederholt der Kammer vorgelegt wurde, will gleichfalls die Stellung des Departementsdirektors geschaffen haben, während der Gesetzentwurf des Unterrichtsministers Bardoux einfach vorschlägt, den Rektoren die Befugnisse, welche ihnen durch Art. 8 und 9 des Gesetzes vom 14. Juni 1854 genommen worden sind, wieder zurückzugeben sowie dieselben auch zu Vorsitzenden des Departementsschulrats zu machen.

Am 7. Februar 1882 legte der ehemalige Unterrichtsminister Paul Bert einen neuen Gesetzentwurf über die Organisation des Volksschulwesens der Kammer vor, für welchen die Dringlichkeit erklärt wurde; am 16. desselben Monats brachte die Regierung ihrerseits einen Gesetzentwurf ein über die Ernennung und das

1) Das wirkliche Einkommen pro 1882 betrug:

	Bei Lehrern: Lehrerinnen:	
Bis 1000 fr	14 878	23 586
„ 1300 „	21 429	5 038
„ 1600 „	7 195	1 492
„ 1900 „	2 938	1 447
„ 2200 „	1 255	473
mehr als 2200 „	1 506	427

Einkommen der Lehrer und Lehrerinnen. Auch dieser Entwurf wurde unter Erklärung der Dringlichkeit der Unterrichtskommission überwiesen, deren Vorsitz P. Bert führte.

In den Motiven zu dem letztern Entwurf betont der Minister, daß die Gesetzgebung der frühern Jahre durch specielle Behandlung der einzelnen Fragen nach und nach die dringendsten Angelegenheiten erledigte: das Gesetz vom 9. August 1879 hat durch die den Departements auferlegte Verpflichtung zur Gründung der Seminare die Rekrutierung des Lehrpersonals gesichert; die Anforderungen an die Bildung der Lehrer sind erweitert durch die Verpflichtung des gesamten Lehrpersonals zur Erwerbung eines Befähigungszeugnisses (Gesetz vom 16. Juni 1881); mit dem Volksschulunterricht ist die Vorbereitung zum spätern Beruf im Gewerbe und als Lehrling verbunden und so der praktische Charakter der Volksschule gefestigt worden (Gesetze vom 11. Dezember 1880, vom 16. Juni 1879 und vom 27. Januar 1880); die Reorganisation des hohen Unterrichtsrats gewährleistet die Mittel zu allen Reformen auf dem Gebiete der Erziehung und des Unterrichts (Gesetz vom 27. Januar 1880); ferner ist durch Gesetz vom 16. Juni 1881 die Unentgeltlichkeit des Unterrichts bestimmt worden sowie durch den eben dem Senat vorliegenden Entwurf (Gesetz geworden am 28. März 1882) der obligatorische Schulbesuch und die Konfessionslosigkeit (*laïcité*) des Unterrichts in Aussicht gestellt, diese drei großen charakteristischen Merkmale der nationalen Schule unter demokratischer Herrschaft.

Zur Vervollständigung der Organisation bleibt nur noch eine Frage zu regeln, die sich auf die äußere Lage der Lehrer bezieht, auf ihre Ernennung, ihr Gehalt, ihr Aufrücken, sowie die Disciplinarbefugnis über das Lehrpersonal, welches heute gegen 90 000 Beamten zählt. Die Anforderungen, welche man an die Lehrer stellt, die Verantwortlichkeit, welche immer größer wird, die Ausdehnung ihres Wirkungskreises verträgt sich nicht mehr mit der äußern Stellung derselben. Allerseits ist man darüber einig, daß die materielle und moralische Stellung der Lehrer in Einklang mit ihren neuen Pflichten und Dienstleistungen gebracht werden muß. Um dies zu ermöglichen, sind zunächst als weiterer Schritt auf dem bisher mit Erfolg betretenen Wege die beiden Punkte zu erledigen, welche wahrhaft dringlich erscheinen: die Ernennung und das Einkommen der öffentlichen Lehrer einerseits, anderseits die Umgestaltung der Departements- und Kantonalräte des öffentlichen Unterrichts.

Der Departementsschulrat muß nach denselben Grundsätzen und mit denselben Garantien der Befugnisse und der Unparteilichkeit zusammengesetzt werden, wie der Ober-Unterrichtsrat und der Akademierat durch das Gesetz vom 25. Januar 1880 umgestaltet worden sind; er muß für das Lehrpersonal ein Ge-

richtshof werden, welcher den Vorteil öffentlicher Verhandlung mit demjenigen unabhängiger Rechtsprechung verbindet.

Betreffs des Ernennungsrechtes müssen die Lehrer ihren natürlichen Vorgesetzten unterstellt, wieder endgültig der Universität zurückgegeben werden, was man ihnen auch längst versprochen hat. Alle Beamte der Universität werden durch den Minister oder den Rektor ernannt; die Lehrer allein sind bis jetzt abhängig von einem außerhalb der Universität stehenden Vorgesetzten, welcher unumschränkt über sie entscheidet. Diese Ausnahme von der allgemeinen Regel läßt sich aber nicht rechtfertigen.

Das Gesetz vom 14. Juni 1854, welches das Ernennungsrecht von den Rektoren auf die Präfekten übertrug, war kein Schulgesetz; es war nach dem Geständnis der Urheber selbst ein politisches Gesetz. Die Geschichte des zweiten Kaiserreichs und die großen Reaktionen von 1873 und 1877 haben gezeigt, welchen Vorteil weniger gewissenhafte Regierungen daraus ziehen können. Der jetzige Zustand kann nur als ein Uebergang betrachtet werden. Bisher lag allerdings eine große Schwierigkeit vor in der Uebertragung des Ernennungsrechtes an die Rektoren. Das Einkommen des Lehrers setzte sich aus verschiedenen Posten zusammen, welche mit der Stelle wechselten. Selbst wenn mit jeder Akademie ein besonderes Bureau zur Regulierung des Einkommens verbunden gewesen wäre, so würde es die finanziellen Schwierigkeiten nicht haben überwinden können; auch war der Präfekt der geeignetste Beamte, um auf die Gemeinde bezüglich der Gehaltsfrage einzuwirken. Alles das trifft jetzt nicht mehr zu: das Schulgeld ist abgeschafft, der Staat garantiert das Einkommen der Lehrer, eine feste Gehaltssumme ist geschaffen, das Zufällige ist geschwunden und das Einkommen künftig nicht mehr mit der Stelle, sondern mit der Person verknüpft. Die Hauptschwierigkeit fällt also weg, die Rektoren wieder mit dem Ernennungs- und Versetzungsrecht auszurüsten; für den Dienst selbst aber kann letzteres nur vorteilhaft sein.

Wenn nun aber auch dem Präfekten die Erledigung der eigentlichen persönlichen Fragen der Lehrer genommen wird, so wird er doch noch großen Einfluß auf das Volksschulwesen behalten, denn in seinem Ressort bleibt die Oberleitung alles dessen, was die Beteiligung der Gemeinden und des Departements an dem Volksschulwesen betrifft, besonders die Obhut über die materielle Verwaltung der Schulen.

In betreff der Disciplin besteht das Neue der Vorlage darin, daß von nun an allen Unterrichtsbeamten das Recht der Berufung in allen Instanzen zusteht.

Die Gehaltsverhältnisse, welche sich in einem Uebergangsstadium befinden, bedürfen ebenfalls der gesetzlichen Regelung.

Außer der Gehaltsskala soll eine Art von Zulage geschaffen werden, welche durch den Inspektor der Akademie zuerkannt werden wird nach Maßgabe der dienstlichen Auszeichnung, der erzielten Resultate, der Größe der Familie und der Teuerungsverhältnisse des Wohnortes; um es kurz zu sagen, der Gesetzentwurf bezweckt ein dreifaches:

1. den Lehrern die Unabhängigkeit des Standes zu sichern, indem sie gegen den Mißbrauch politischer Beeinflussung geschützt sind, ohne unversetzbar zu sein;
2. ihnen Richter zu geben, ohne bei ihnen das Bewußtsein der Unterordnung unter die Behörde zu schwächen;
3. ihnen eine passende und würdige finanzielle Stellung zu verschaffen, ohne sie dem fruchtbringenden Gesetz der Arbeit und dem heilsamen Sporn des Ehrgeizes zu entziehen.

Der Gesetzentwurf lautet:¹⁾

Tit. II.

Die Ernennung und das Gehalt der öffentlichen Lehrer.

Art. 9. Das Personal des öffentlichen Volksschulunterrichts umfaßt:

1. Probelehrer (*stagiaires*);²⁾
2. Ordentliche Lehrer (*titulaires*).

Niemand kann als Probelehrer vor dem Alter von 18 Jahren, als Probe-Lehrerin vor dem Alter von 17 Jahren ernannt werden.

Keiner kann zum ordentlichen Lehrer ernannt werden, wenn er nicht wenigstens einen Probendienst von zwei Jahren in einer öffentlichen Schule durchgemacht, wenn er nicht 21 Jahre alt und nicht auf die durch den Departementsschulrat errichtete Anstellungsliste für das Amt eines Lehrers gesetzt ist.

Die im Seminar verbrachte Zeit zählt für die Seminaristen von Ablauf des 18. Jahres, für die Seminaristinnen von Ablauf des 17. Jahres an zur Vollendung der Probezeit.

Art. 10. Die ordentlichen Lehrer und Lehrerinnen können mit der Leitung einer Schule oder mit der Leitung einer Schulklasse unter Oberleitung eines andern Lehrers betraut werden.

1) Bulletin 481 p. 512. Titel I (Art. 1—9) handelt von den Departementsschulräten und den Kantonalkomitees des Volksschulunterrichts. Das Nähere darüber wird später besprochen bei dem Abschnitt über die vorgesetzten Dienstbehörden. — 2) Wir können das Wort im Deutschen nicht genau wiedergeben; un *stagiaire* bezeichnet eine Person, hier also Lehrer, welcher ein Amt eine bestimmte Zeit bekleiden muß, um dadurch gewisse Rechte zu erlangen. Paul Bert sagt in seinem Entwurf, Art. 26: Les *stagiaires* étant, pour ainsi dire, à l'essai.....

Der ordentliche Lehrer, welcher eine Schule von mehr als fünf Klassen leitet, erhält den Titel und übt die Funktionen eines Schulvorstehers aus (Directeur d'école), ohne speciell mit der Leitung einer Klasse betraut zu sein.

Keiner kann zum Schulvorsteher ernannt werden, wenn er nicht das pädagogische Befähigungszeugnis erlangt hat und nicht wenigstens 25 Jahre alt ist. Für den Vorsteher einer gehobenen Volksschule wird ausserdem das Befähigungszeugnis 1. Grades gefordert.

Art. 11. Die Probelehrer und -Lehrerinnen werden auf den Bericht des Volksschulinspektors vom Inspektor der Akademie ernannt und abgesetzt.

Art. 12. Die ordentlichen Lehrer und Lehrerinnen werden durch den Rektor ernannt auf die Präsentation des Inspektors der Akademie. — Diese Präsentation durch den Inspektor der Akademie geschieht nach dem Gutachten der Volksschulinspektoren des Departements, welche sich unter dem Vorsitz des erstern zu einem Ausschufs versammeln. — Niemand kann auf eine Präsentationsliste kommen, welcher nicht vorher auf die durch den Departementsschulrat errichtete Anstellungsliste gesetzt worden ist.

Art. 13. Die ordentlichen Lehrer und Lehrerinnen zerfallen in 5 Klassen. — Die Beförderung findet nach dem Dienstalter statt, und zwar bis zur dritten Klasse einschliesslich in einem Zeitraum von fünf zu fünf Jahren. Für die 2. und 1. Klasse geschieht die Beförderung durch die Wahl, und zwar nach wenigstens dreijährigem Verbleib in der vorhergehenden Klasse; jedoch tritt rechtlicher Anspruch auf das Aufrücken nach sechs Jahren ein. — Alle Beförderungen können auf derselben Stelle geschehen. Sie werden ausgesprochen durch den Rektor auf den Vorschlag des Inspektors der Akademie und nach dem Gutachten der im Ausschufs versammelten Volksschulinspektoren.

Art. 14. Die Gehälter für die Lehrer und Lehrerinnen sind festgesetzt wie folgt:

Probelehrer: 800—900 fr, Probelehrerinnen: 700—800 fr.

Ordentliche Lehrer:	5. Klasse	1000	fr,
	4. „	1200	„
	3. „	1500	„
	2. „	1800	„
	1. „	2100	„
Ordentliche Lehrerinnen:	5. „	800	„
	4. „	1000	„
	3. „	1200	„
	2. „	1500	„
	1. „	1800	„

Art. 15. Jedes Jahr kann einer Anzahl von Lehrern und Lehrerinnen, welche jedoch die Hälfte sämtlicher Lehrpersonen

nicht übersteigen darf, eine Zulage bewilligt werden, die in den drei untersten Klassen zwischen 100 und 200, in den beiden obern Klassen zwischen 200 und 400fr schwankt.

Diese Zulagen, welche den gesetzlichen Abzügen nicht unterworfen sind, werden nach dem Gutachten des Ausschusses der Volksschulinspektoren vom Inspektor der Akademie zuerkannt unter Berücksichtigung der Verdienste der Lehrer, der Unterrichtsergebnisse, der grossen Familie derselben und der Teuerungsverhältnisse des Wohnortes. — Die Zulagen werden aus den Unterstützungsmitteln des Staates bestritten.

Art. 16. Die ordentlichen Lehrer und Lehrerinnen, welche Vorsteher einer gehobenen Volksschule oder eines Fortbildungskursus des Volksschulunterrichts sind, haben Anrecht auf eine den gesetzlichen Abzügen unterworfenen Gehaltszulage von wenigstens 300, höchstens 500 fr. — Diese Gehaltszulage setzt der Rektor fest auf den Vorschlag des Inspektors der Akademie.

Art. 17. Der Besitz der silbernen Medaille zieht eine weitere lebenslängliche Gehaltszulage von 100 fr nach sich, welche den gesetzlichen Abzügen unterliegt. Diese Zulage fällt jedoch bei der Absetzung oder Dienstentlassung weg.

Art. 18. Jeder Lehrer und jede Lehrerin im Dienst an einer öffentlichen Schule erhält eine Gehaltszulage von je 100fr für den Besitz nachgenannter Zeugnisse:

- das Befähigungszeugnis 1. Grades;
- das pädagogische Befähigungszeugnis;
- das Befähigungszeugnis für das Professorat an Seminaren;
- das Befähigungszeugnis als Inspektor des Volksschulunterrichts.

Diese verschiedenen Zulagen können sämtlich vereinigt werden. Sie sind den gesetzlichen Abzügen unterworfen.¹⁾

Art. 19. Die Disciplinarstrafen, welche über das Personal

1) Demnach könnte also das Maximal-Einkommen in etwa 30 Jahren erreicht werden. Es würde betragen:

1. Gehalt 1. Klasse	2100 fr
2. Ortszulage etc.	400 „
3. Zeugniszulagen	400 „
4. für die silberne Medaille . . .	100 „

Summa . . 3000 fr

5. als Vorsteher einer gehobenen Volksschule resp. eines Fortbildungskursus	500 „
---	-------

Summa . . 3500 fr

Es ist dies das staatlich garantierte Gehalt; die Zulagen, welche einzelne Städte überdies noch bewilligen können, sind darin nicht eingeschlossen. — Die Zulage von 300fr für die Befähigung in Handfertigkeitsunterricht ist auch nicht in Betracht gezogen.

an den öffentlichen Volksschulen verhängt werden können, sind folgende:

1. Verweis;
2. Versetzung in eine untere Klasse;
3. Entlassung aus dem Dienst (*la révocation*);
4. Ausstoßung aus dem Lehrerstande.

Art. 20. Der Verweis wird erteilt durch den Inspektor der Akademie. — Die Rückversetzung in eine niedrigere Gehaltsklasse wird ausgesprochen durch den Inspektor der Akademie nach dem Gutachten des Ausschusses der Volksschulinspektoren, vorbehaltlich des Rechtes der Berufung an den Departementsschulrat. — Die Entlassung aus dem Dienst spricht der Rektor aus auf den Antrag des Inspektors der Akademie. — Der entlassene Beamte kann innerhalb 20 Tagen von der Zustellung des Urteils an bei der permanenten Abteilung des Ober-Unterrichtsrats Berufung einlegen.

Art. 21. Die Ausstoßung aus dem Lehrerstande wird durch den Rektor nach Verhandlung im Akademierate ausgesprochen, jedoch hat der angeklagte Beamte das Recht, Kenntnissnahme von allen auf die Anklage bezüglichen Aktenstücken zu nehmen und vor dem Rat zu erscheinen, um sich zu verteidigen. — Der aus dem Lehrerstande ausgestoßene Beamte kann innerhalb 20 Tagen von der Zustellung des Urteils an beim Ober-Unterrichtsrate Berufung einlegen.

Art. 22. In schweren und dringlichen Fällen kann der Präfekt auf den Antrag des Inspektors der Akademie kraft Obergewaltrechts die Suspension des Lehrers aussprechen unter der Bedingung, die Sache in der nächsten Sitzung des Departementsschulrats vorzulegen. — Diese Suspension zieht den Verlust des Einkommens nicht nach sich und darf in keinem Falle zwei Monate überschreiten.

Art. 23. In den fünf Jahren, welche der Verkündung dieses Gesetzes folgen, müssen alle öffentlichen Volksschulen mit Lehrern aus dem Laienstande versehen sein. — Ueberall, wo die Gemeinderäte den Antrag stellen, sollen in dem auf den Antrag folgenden Jahre an den Mädchenschulen weltliche Lehrerinnen angestellt werden.

Art. 24. Jede Nebenbeschäftigung mit Handel oder Gewerbe, jede Thätigkeit in der Verwaltung, jede bezahlte oder nicht bezahlte, dem Unterricht fremde Beschäftigung ist den Lehrern und Lehrerinnen an öffentlichen Schulen untersagt. Es kann nur eine Ausnahme für das Nebenamt als Sekretär der Mairie in denjenigen Gemeinden gestattet werden, welche durch den Departementsschulrat näher bezeichnet sind.

Art. 25. Es werden aufgehoben die Art. 10, 11, 12, 31, 32, 33, 42, 43 des Gesetzes vom 15. März 1850, die Artikel

9, 10, 11, 12, 13 des Gesetzes vom 10. April 1867 und das Gesetz vom 19. Juli 1875, das Gehalt der Lehrer und Lehrerinnen betreffend.

Der Entwurf des Ministers betreffs der Ernennungs- und Gehaltsfrage sowie der Verweltlichung des Volksschulunterrichts ist aus dem Grunde vollständig mitgeteilt worden, weil er die konsequente Durchführung der bisherigen Unterrichtsreformen ist und als natürlicher Abschluß derselben betrachtet werden muß. Im Gegensatz dazu erstreckt sich der Entwurf P. Berts auf das gesamte Volksschulwesen mit Ausnahme der neuesten Schulgesetzgebung; das Gesetz vom 15. März 1850 sollte durch die Annahme des Entwurfs ganz in Wegfall kommen, zumal da bereits ein großer Teil der Bestimmungen desselben durch die spätere Gesetzgebung abgeschafft worden sei.

Die Kommission, deren Vorsitzender P. Bert war, erstattete in der Sitzung der Kammer vom 20. Juni 1882 Bericht über die beiden Projekte, welche in den wichtigsten Principien übereinstimmten, entschied sich aber in den hauptsächlichsten Differenzpunkten für den Bertschen Entwurf.

Letzterer betont die Ernennung der Probelehrer durch die Departementsdirektoren, eine neu zu schaffende Stellung, deren Inhaber die Verwaltung der Volksschulangelegenheiten des Departements übernehmen sollte, welche bisher zu den Befugnissen der Inspektoren der Akademie gehört hatten. Die Ernennung der ordentlichen Lehrer ist den Präfekten vorbehalten. Es wird geltend gemacht, daß die Rektoren der Akademien nicht imstande seien, das Volksschullehrpersonal übersehen zu können, da einzelne Akademien 6000, 7000, sogar bis 9000 Lehrer resp. Lehrerinnen hätten. Wenn auch das Ernennungsrecht den Rektoren übertragen würde, so sei doch thatsächlich der Inspektor der Akademie der Ernennende, da der erstere Beamte die einzelnen Fälle unmöglich wegen ihrer Menge eingehend prüfen könne und thatsächlich nur die Unterschrift hergebe.

Dem Departementsdirektor ist ferner das Recht der Beförderung der ordentlichen Lehrer in eine höhere Klasse übertragen; jedoch kann letzteres nicht ohne das Gutachten des Ausschusses der Volksschulinspektoren geschehen. Die Versetzung der ordentlichen Lehrer wird durch den Präfekten angeordnet, vorbehaltlich des Rechtes der Berufung für den Lehrer an den Minister des öffentlichen Unterrichts. Die Anstellungsliste für die ordentlichen Lehrerstellen stellt der Departementsschulrat auf, der Departementsdirektor unter Assistenz der Volksschulinspektoren schlägt den zu Ernennenden vor und der Präfekt vollzieht die Ernennung.

Die Entlassung eines Probelehrers aus dem Amte spricht der Departementsdirektor aus, ebenfalls die Rückversetzung eines ordentlichen Lehrers in eine niedere Klasse, letzteres jedoch nicht

ohne motiviertes Gutachten des Departementsschulrats. Bei der einfachen Entlassung eines ordentlichen Lehrers aus dem Amte, welche zur Kompetenz des Präfekten gehört, nach vorheriger Verhandlung im Departementsschulrat, hat der Lehrer das Recht der Berufung an den Akademierat, dessen Urteil endgültig ist; die Unfähigkeit, weder im öffentlichen noch im freien Schuldienst ein Amt bekleiden zu können, spricht der Akademierat aus, ebenfalls in öffentlicher Verhandlung, jedoch bleibt dem Lehrer Berufung an den Ober-Unterrichtsrat offen. Die Suspension, welche nicht als Disciplinarstrafe, sondern als eine vorläufige Mafsregel zu betrachten ist, verhängt der Departementsdirektor; sie darf jedoch die Dauer von 6 Monaten nicht überschreiten.

Der Entwurf Berts behält auch die Einteilung der Lehrer in 5 Gehaltsklassen bei. Das Aufsteigen erfolgt von 6 zu 6 Jahren nach der Anciennität bis zur 3. Klasse; das Avancement in die 2. Klasse geschieht nach dem Ermessen des Departementsdirektors auf das Gutachten der Volksschulinspektoren hin; die Versetzung in die 1. Klasse ist dem Unterrichtsminister vorbehalten, woraus folgt, daß Rückversetzung dieser Klasse von Lehrpersonen in die niedere Klasse und Versetzung ebenfalls nur durch den Minister geschehen kann. Das Avancement nach dem Ermessen der Behörde ist bedingt durch die Anzahl der Vakanzen in den zwei obersten Klassen der Lehrpersonen des Departements. Die Gehälter stellen sich wie folgt:

5. Klasse	fr	1000
4. „	„	1300
3. „	„	1600
2. „	„	1900
1. „	„	2200.

Betreffs des Lehrerinnengehalts bleibt es bei diesen Sätzen, sie stehen denen der Lehrer gleich. Die niedrigere Stellung der Frauen, sagt der Bericht zu dem Entwurf, kann höchstens nur auf Grund alter Vorurteile behauptet werden; an die Lehrerinnen sind dieselben Anforderungen gestellt wie an die Lehrer; sie haben dieselbe Arbeit, dieselbe Verantwortlichkeit, folglich steht ihnen auch dasselbe Einkommen zu. Die Zulagen sind fast dieselben wie in dem ministeriellen Entwurf; unter Zusammenrechnung aller Zulagen kann das Maximal-Einkommen 3600fr betragen.

An den öffentlichen Knabenschulen soll keine neue Ernennung eines den Kongregationen angehörigen Lehrers mehr stattfinden von Publikation dieses Gesetzes an; im Verlauf von zwei Jahren von demselben Zeitpunkt an darf das Lehrpersonal an öffentlichen Knabenschulen nur noch aus weltlichen Lehrern bestehen. An den öffentlichen Mädchenschulen soll ebenfalls keine Ernennung einer kongreganistischen Lehrerin als Vorsteherin einer Schule

mehr erfolgen. In drei Jahren von Publikation des Gesetzes an müssen alle kongreganistischen Lehrerinnen an öffentlichen Schulen durch weltliche ersetzt sein.

Die Uebernahme von Nebenämtern jeder Art, auch der kirchlichen, ist untersagt; der Departementsschulrat kann im Falle dringender Notwendigkeit dem Lehrer erlauben, das Sekretariat der Mairie zu verwalten.

Die Volksschulfrage kam in der Sitzung der Kammer vom 13. November 1883 zur Beratung; es wurden einige allgemeine Bestimmungen angenommen, die Diskussion über die Ernennung und das Einkommen der Lehrer jedoch vertagt. Ein ungünstiges Vorzeichen für die endliche Regulierung der Gehälter war der Beschluß des Ministerrats vom 14. Februar 1884 bei dem Budgetentwurf für 1885, daß in Anbetracht der Finanzlage des Landes keine neue Ausgabe in den Etat aufgenommen und alle Fragen, welche neue Geldforderungen erheischten, aufgeschoben werden sollten, „namentlich diejenigen, welche die Gehaltsaufbesserung der Lehrer betreffen“.

Die Fortsetzung der Beratung über das Volksschulunterrichtsgesetz stand auf der Tagesordnung der Sitzung vom 19. März dieses Jahres, in welcher u. a. mit 377 gegen 137 Stimmen Art. 16 zur Annahme gelangte, wonach der Unterricht in den öffentlichen Schulen ausschließlich weltlichen Lehrern übertragen werden solle. Ueber den Zeitpunkt, bis wann dies geschehen könnte, war man sich nicht einig. Besonders widersprach der Unterrichtsminister Fallières der Vorlage; zur vollständigen Verweltlichung der Knaben- wie Mädchenschulen sei wenigstens eine Frist von sechs Jahren erforderlich; mit der Annahme der Bestimmung, daß keine Ernennung von kongreganistischen Lehrern von Publikation des Gesetzes an erfolgen dürfe, setze man sich der Gefahr aus, daß viele Schulen ohne Lehrer sein würden. In der Sitzung vom 1. März wurde gegen die Ansicht der Regierung der von der Kommission veränderte Art. 17 in folgender Fassung mit geringer Stimmenmehrheit angenommen:

„Keine neue Ernennung weder von kongreganistischen Lehrern noch Lehrerinnen darf in den Departements vorgenommen werden, in welchen in Gemäfsheit des Art. 1 des Gesetzes vom 9. August 1879¹⁾ seit vier Jahren ein Lehrer- oder Lehrerinnenseminar in Thätigkeit ist.

In den Knabenschulen muß das Personal der Kongreganisten durch weltliche Lehrer im Verlauf von fünf Jahren von Verkündigung dieses Gesetzes an erfolgt sein.“

Art. 23 betreffend die Nebenbeschäftigung der Lehrer gelangte in der Sitzung vom 3. März ebenfalls zur Annahme. Danach

1) Cfr. p. 44.

ist „die Ausübung irgend eines Gewerbes oder Handelsgeschäftes, eines Nebenamtes in der Verwaltung sowie kirchlicher Nebenämter, sowohl bezahlter wie nicht bezahlter, sämtlichen Lehrern und Lehrerinnen untersagt. — Die Lehrer an öffentlichen Schulen können die Funktionen eines Sekretärs der Mairie ausüben“. Die Notwendigkeit der Genehmigung dazu durch irgend eine vorgesetzte Behörde wurde ausdrücklich abgelehnt.

Hieran schloß sich die Verhandlung über die Ernennung der Lehrer. Von der Gründung des Amtes eines Departementsdirektors für das Volksschulwesen, welchem die Regierung noch im vorigen Jahre principiell zugestimmt, war keine Rede mehr; die Debatten drehten sich hauptsächlich um die Ernennung durch die Präfekten oder die Rektoren. Während die Regierung noch vor zwei Jahren die Ernennung der Lehrer durch die Rektoren als das allein Richtige und Zweckmäßige erachtete und die Stellung des Lehrpersonals unter die Präfekten als eine Maßregel zum Mißbrauch politischer Beeinflussung bezeichnet hatte, stellte jetzt der Unterrichtsminister den Präfekten als den echten und rechten Führer der Lehrer dar, welcher dieselben allein wirksam zu schützen vermöge. Zudem lägen die Verhältnisse jetzt anders wie früher, man wolle keine Politik in die Schule hineintragen; habe ja vor kurzem noch die Regierung an die Lehrer die Weisung erlassen, sich von den Wahlagitationen fern zu halten. Auch könne der Präfekt nur auf den Vorschlag des Inspektors der Akademie ernennen, im Falle des Nichteinvernehmens dieser beiden Behörden sei Berufung an die Entscheidung des Ministers zulässig. In diesem Sinne entschied sich die Kammer in der Sitzung vom 8. März für die Ernennung der Lehrer durch die Präfekten. „Die Ernennung der ordentlichen Lehrer“, so lautet §. 2 des Art. 28, „geschieht durch die Präfekten unter der Autorität des Ministers des öffentlichen Unterrichts und auf den Vorschlag des Inspektors der Akademie.“

In der Sitzung vom 10. März kam die Gehaltsfrage zur Sprache. Der Unterrichtsminister erklärte, daß die Regierung die Einteilung in fünf Gehaltsklassen billige, auch sei sie mit der Kommission darüber einig, daß die Gehälter der einzelnen Klassen nicht zu hoch gegriffen seien. Aber man müsse sich denn doch fragen, woher man das Geld zu der Gehaltserhöhung nehmen wolle. Die Mehrausgabe betrage im ersten Jahr etwa 19 Million Fr., in 12 bis 15 Jahren würde dieselbe auf etwa 45 bis 50 Mill. pro Jahr steigen, Summen, für welche eine Deckung nicht vorhanden sei. Er beantrage daher die Vertagung der finanziellen Frage bis zur Beratung des Budgets, um dann zu sehen, ob es vielleicht möglich sei, die für diese Ausgabe nötigen Gelder flüssig zu machen. Auch der Finanzminister, welcher die finanzielle Lage des Landes in keineswegs günstigem Lichte

schildert, legte die Unmöglichkeit dar, daß die Lage des Staates eine derartig hohe, laufende Belastung augenblicklich ertragen könne; selbst der Ministerpräsident Ferry mußte die Durchführung seines eigensten Werkes für unmöglich erklären und sah sich genötigt, die Vertrauensfrage zu stellen; es war durchaus nutzlos, daß der Abgeordnete Lenient in Anerkennung der Notwendigkeit der Gehaltserhöhung den Vorschlag machte, an den Patriotismus der Departements und der Gemeinden zu appellieren, damit diese in Ermangelung von Staatsmitteln zu Hülfe kämen. Obwohl besonders P. Bert der eifrigste Verteidiger seines Entwurfs und des Interesses der Lehrer war, drang der Antrag der Regierung durch: die Vertagung der Gehaltsfrage wurde mit 315 gegen 217 Stimmen angenommen.

§. 41.

Die Pensionsverhältnisse der Lehrer an öffentlichen Schulen.

Wir haben bereits oben gesehen, daß die ehemaligen Sparkassen, in welche die Lehrer 5 % ihres Einkommens zum Zweck der Altersversorgung zu legen verpflichtet waren, eingingen und nach Art. 39 des Gesetzes vom 15. März 1850 eine Pensionskasse an deren Stelle treten sollte. Es wurden auch zwei Pensionskassen gegründet: 1. für die Beamten und Professoren der Universität und die im Ministerium des öffentlichen Unterrichts Angestellten; 2. für die Beamten, Direktoren und Lehrer an Kommunalgymnasien.

Diese Kassen waren jedoch nicht von langer Dauer, indem das Gesetz vom 9. Juni 1853, welches die Pensionen der Civilbeamten im allgemeinen regelte, dieselben auflöste und deren etwaigen Bestand der Staatskasse zuwies. Titel II des Gesetzes handelt von den Bedingungen zur Erwerbung des Pensionsanspruches für die Beamten, welche vom 1. Januar 1854 an in den Dienst traten. Die Wirksamkeit des Gesetzes erstreckte sich auch auf die Lehrer an öffentlichen Schulen. Die Hauptbestimmungen des Gesetzes sind, soweit es die Lehrer betrifft, folgende:

Diejenigen Beamten, welche aus der Staatskasse ihr Gehalt beziehen und vom 1. Januar 1854 ab ernannt werden, haben Anspruch auf Pension in Gemäßheit dieses Gesetzes und müssen sich ausnahmslos folgende Gehaltsabzüge gefallen lassen, welche sie unter keinen Umständen zurückfordern können:

1. einen Abzug von 5 % von allen Summen, welche ihnen als Gehalt und Gehaltszulagen, gleichviel in welcher Form, ausgezahlt werden;

2. einen Abzug von einem Zwölftel der ersten Jahres-Gehaltsrate bei der Ernennung und im Falle der Wiederanstellung, ferner von einem Zwölftel jeder spätern Gehaltserhöhung;

3. Abzüge aus Anlaß von Beurlaubungen und Dienstversäumnissen sowie infolge von Disciplinarmassregeln.¹⁾

Die Unterrichtsbeamten, welche ganz oder teilweise aus Departements- oder Gemeindefonds oder aus Erziehungsgeldern, die von Schülern der Staatsgymnasien gezahlt werden, ihr Gehalt bekommen, haben Pensionsansprüche in Gemäßheit dieses Gesetzes und müssen sich die in Art. 3 bestimmten Abzüge von ihrem Dienst Einkommen gefallen lassen.²⁾

Das Recht auf Pensionierung wird durch ein Alter von 60 Lebens- und 30 Dienstjahren erworben. — Es genügt ein Lebensalter von 55 und ein Dienstalder von 25 Jahren für diejenigen Beamten, welche 15 Jahre in der *partie active* gestanden haben.³⁾ — Kein anderes Amt kann in den *service actif* einbegriffen noch demselben gleichgestellt werden, es sei denn durch ein Gesetz. — Vom Lebens- und Dienstalder, wie es in den beiden ersten Paragraphen dieses Artikels bestimmt ist, kann nur bei den Beamten abgesehen werden, deren Dienstunfähigkeit vom Minister anerkannt ist.⁴⁾

Die Höhe der Pension wird nach dem Durchschnitt des abzugs pflichtigen Einkommens während der letzten sechs Dienstjahre bemessen. Jedoch kann in den in Art. 4 vorgesehenen Fällen der Durchschnitt denjenigen des Gehaltes und der Gehaltszulagen nicht überschreiten, welche der Beamte bei direkter Besoldung durch den Staat erhalten haben würde.⁵⁾

Die Pension wird für jedes Dienstjahr auf ein Sechzigstel des Durchschnittsgehaltes festgesetzt. — Jedoch beträgt bei 25jähriger Dienstzeit, welche ganz im *service actif* zurückgelegt ist, die Pension die Hälfte des Durchschnittsgehaltes mit einem Zuwachs von einem Fünfzigstel des Gehaltes für jedes weitere Dienstjahr. — In keinem Falle kann die Pension drei Viertel des Durchschnittsgehaltes übersteigen; ebenfalls nicht die für verschiedene Beamtenklassen besonders festgesetzten Maximalbeträge.⁶⁾

Ausnahmsweise können ohne Rücksicht auf Lebens- oder Dienstalder pensioniert werden:

1) Art. 3. — 2) Art. 4. — 3) Le *service actif* oder la *partie active* steht im Gegensatz zum *service sédentaire*; zum *service actif* gehören die Grenz- und Zollbeamten, die Beamten der indirekten Steuern und der Tabaksteuer, die Staatsforst- Domänen- und Postbeamten (Gesetz vom 9. Juni 1853); sowie die Beamten des Volksschulunterrichts (Gesetz vom 17. August 1876). — 4) Art. 5. — 5) Art. 6. — 6) Art. 7.

1. diejenigen Beamten, welche auferstande sind, ihren Dienst weiter zu verrichten, entweder infolge persönlicher Aufopferung im öffentlichen Interesse oder dadurch, daß sie ihre Gesundheit und ihr Leben aufs Spiel setzten, um das Leben eines Mitmenschen zu retten;
2. diejenigen, welche durch schweren, offenbar durch die Ausübung ihres Dienstes entstandenen Unglücksfall dienstuntauglich geworden sind.

Es können gleichfalls diejenigen Pension beziehen, welche ein Lebensalter von 50 Jahren und ein Dienstalter von 20 Jahren in der *partie sédentaire* oder ein Lebensalter von 45 Jahren und ein Dienstalter von 15 Jahren in der *partie active* haben, wenn sie durch schwere Krankheiten, die aus der Ausübung ihrer Dienstpflichten entstanden sind, in die Unmöglichkeit versetzt werden, ihr Amt weiterzuführen; ebenfalls diejenigen, deren Stelle eingeht.¹⁾

In den durch §. 1 des vorhergehenden Artikels vorgesehenen Fällen beträgt die Pension die Hälfte des letzten Gehalts; in den durch §. 2 vorgesehenen Fällen wird die Pension berechnet, jenachdem der betreffende der *partie sédentaire* oder *active* angehört, mit einem Sechzigstel oder Fünfzigstel des letzten Gehalts für jedes Dienstjahr; jedoch darf sie nicht geringer als ein Sechstel des Gehalts sein. In den in dem letzten Paragraphen des Art. 11 vorgesehenen Fällen wird die Pension berechnet nach einem Sechzigstel oder einem Fünfzigstel des Durchschnittsgehalts für jedes Dienstjahr.²⁾

Die Witwe des Beamten, welcher in Gemäßheit dieses Gesetzes eine Pension erhalten oder die in Art. 5 geforderte Dienstzeit zurückgelegt hat, hat ebenfalls Anrecht auf Pension, vorausgesetzt, daß die Ehe sechs Jahre vor dem Aufhören der Amtsthätigkeit des Gatten geschlossen war. — Die Pension der Witwe beträgt ein Drittel derjenigen, welche ihr Mann erhielt oder auf welche er Anspruch hatte. Sie kann nicht unter 100fr sein, jedoch auch nicht die Höhe der Pension des Mannes überschreiten. — Die Witwe hat kein Recht auf Pension, wenn auf Antrag des Mannes Trennung von Tisch und Bett ausgesprochen ist.³⁾

In den in §. 1 des Art. 11 vorgesehenen Fällen erhält die Witwe, wenn der Mann das Leben verloren hat, zwei Drittel der Pension, welche dem Manne zugestanden hätte oder welche er in Gemäßheit des Art. 12 hätte erhalten können; in den Fällen des §. 2 des Art. 11 erhält sie ein Drittel. Unter diesen

1) Art. 11. — 2) Art. 12. -- 3) Art. 13.

Umständen genügt es, daß zur Zeit des Unglücksfalles die Ehe überhaupt bestand.¹⁾

Sind beim Tode eines Beamten, welcher Pension erhalten oder nach Art. 5 und Art. 14 Pension zu beanspruchen hat, ein oder mehrere unmündige Kinder vorhanden, so haben diese Anspruch auf eine jährliche Unterstützung, wenn die Mutter gestorben oder unfähig ist, die Pension zu genießen, oder wenn sie ihre Anspruchsrechte verloren hat. — Diese Unterstützung ist unabhängig von der Anzahl der Kinder gleich der Pension, welche die Mutter erhalten hätte; der Betrag wird in gleichen Teilen unter dieselben verteilt und so lange ausbezahlt, bis das jüngste Kind 21 Jahre alt geworden ist; der Anteil derjenigen, welche sterben oder großjährig geworden sind, fällt auf die minderjährigen zurück. Wenn eine Witwe vorhanden und ein oder mehrere minderjährige Kinder aus des Beamten früherer Ehe da sind, so wird von der Pension der Witwe vorbehaltlich des Rückfalles zu ihren Gunsten ein Viertel für die Waise der ersten Ehe genommen, falls nur eine minderjährig ist; sind mehrere da, so wird die Hälfte zu Gunsten letzterer zurückbehalten.²⁾ — Die Pensionen und Unterstützungen, welche durch dieses Gesetz bewilligt sind, werden in das Staatsschuldbuch eingetragen.³⁾

Diejenigen Beamten, welche am 1. Januar 1854 noch im Dienst sind, werden ebenfalls zu den durch Art. 3 festgesetzten Abzügen verpflichtet; ihre Pensionierung geschieht nach folgenden Grundsätzen: Diejenigen, welche in die jetzt aufgehobenen Pensionskassen zahlten oder Pension aus allgemeinen Fonds erhielten, werden für ihre Dienste nach dem 1. Januar 1854 in Gemäßheit dieses Gesetzes behandelt; für die frühere Dienstzeit treten die Bestimmungen in Kraft, nach welchen ihr Verhältnis bis 1854 geregelt werden sollte, ohne daß jedoch das durch gegenwärtiges Gesetz festgesetzte Maximum überschritten werden darf. — Diejenigen Beamten, welche am 1. Januar 1854 die durch besondere Reglements, Gesetze oder Dekrete vorgeschriebene Dienstzeit hinter sich haben, werden nach diesen Reglements, Gesetzen und Dekreten behandelt. . . .⁴⁾

Keine Pension kann zur Auszahlung gelangen, bevor der Beamte zugelassen ist, seine Rechte betreffs der Pensionierung durch den betreffenden Ressortminister geltend zu machen.⁵⁾

Die Dienstzeit wird gerechnet vom Datum der ersten Anstellung und von der Beendigung des 20. Lebensjahres an.⁶⁾ Der Genuß der Pension beginnt mit dem Tage nach der Gehaltseinstellung resp. nach dem Tode des Beamten oder der Witwe.⁷⁾ Die Pensionen können nicht übertragen werden. Keine Beschlag-

1) Art. 14. — 2) Art. 16. — 3) Art. 17. — 4) Art. 18. — 5) Art. 19.
— 6) Art. 23. — 7) Art. 25.

nahme, kein Abzug ist zu Lebzeiten des Pensionsempfängers zulässig, als bis zur Höhe eines Fünftels der Pension für Schuld gegen den Staat oder für privilegierte Forderungen in Gemäßheit des Art. 2101 des Bürgerlichen Gesetzbuchs und bis zur Höhe eines Drittels in den durch Art. 203, 205, 206, 207 und 214 vorgesehenen Fällen desselben Gesetzbuchs.¹⁾

Jeder Beamte, welcher entlassen oder abgesetzt wird, verliert seine Pensionsansprüche. Wenn er wieder in den aktiven Dienst tritt, werden seine frühern Dienstjahre angerechnet. — Derjenige, welchem Unterschlagung von Geld oder Sachen nachgewiesen oder welcher des Unterschleifs überführt ist, verliert seine Ansprüche auf Pension, auch wenn letztere bereits liquidiert oder eingetragen sein sollte. — Dieselbe Bestimmung ist anwendbar auf einen Beamten, welcher sein Amt um Geld niedergelegt hat oder zu einer Leibes- oder entehrenden Strafe verurteilt worden ist. Im letztern Falle tritt er wieder in seine Rechte, wenn er rehabilitiert ist.²⁾

Wenn ein Pensionsempfänger wieder in denselben Dienst zurücktritt, hört die Pension auf. — Falls er in einen andern Dienst tritt, hört die Pension auf, wenn Gehalt und Pension 1500fr erreichen. Wenn er letzteres Amt niederlegt, kann er wieder in den Genuß seiner frühern Pension treten und event. eine neue Festsetzung seiner Pension erzielen, welche auf der Gesamtheit der geleisteten Dienste beruht.³⁾

1) Art. 26. — Art. 2101 handelt vom allgemeinen Privilegium auf Mobilien; Art. 203 ff. von Verbindlichkeiten, welche aus der Ehe entspringen. — Die Beschlagnahme auf das Gehalt der Beamten ist zulässig bis zur Höhe eines Fünftels der Summe über 1000fr, eines Viertels über 5000fr, eines Drittels auf den Teil des Gehalts, welcher 10 000fr übersteigt. — Gesetz vom 11. März 1801. — 2) Wenn der entlassene oder abgesetzte Beamte wieder zu einem Amt zugelassen wird, dessen Gehalt den Abzügen unterworfen ist, so muß er von neuem ein Zwölftel des ersten Gehalts und ein Zwölftel jeder spätern Erhöhung zahlen. — Derjenige Beamte, welcher durch Disciplinarymaßregel oder durch freiwillige Versetzung in eine Stelle von niedrigerem Gehalt kommt, muß das Zwölftel aller spätern Erhöhungen tragen — Art. 25 des Dekrets vom 9. November 1853. — 3) Art. 28 des Gesetzes vom 9. Juni 1853. — Eine Lehrerin kann also ihr Gehalt beziehen und zugleich als Witwe eines Lehrers die ihr zustehende Pension, jedoch nur bis zur Gesamthöhe von 1500fr. Ebenso kann eine ehemalige Lehrerin ihre eigene Pension und die von ihrem Manne ihr zukommende gleichzeitig genießen. Der Gatte einer Lehrerin kann niemals Anrecht erwerben auf die seiner Frau zustehende Pension, auch nach ihrem Tode nicht. — Der Fall, daß ein Lehrer Gehalt und Pension bezieht, tritt z. B. dann ein, wenn ein Lehrer nicht mehr imstande ist, eine größere Schule zu leiten. Er wird in den Ruhestand versetzt und ihm bisweilen die Leitung einer kleinen Schule in einem Weiler übertragen, so daß zu seiner Pension noch das Einkommen als Unterlehrer hinzutritt, selbstverständlich nur bis zur gesetzlichen Gesamthöhe, cfr. Ministerial-Instruktion vom 12. Mai 1867.

Das Pensionsrecht hört auf mit dem Verlust der Eigenschaft als Franzose für die Zeit dieses Verlustes.¹⁾

Das Dekret vom 9. November 1853, welches vorstehendes Gesetz näher erläutert, enthält Art. 16 die Bestimmungen betreffs der Beurlaubungen der Civilbeamten in ihrem Zusammenhang mit dem Gehalt und der Pension. Danach können die Beamten jährlich keinen Urlaub von mehr als 14 Tagen erhalten, ohne sich einen Gehaltsabzug gefallen zu lassen. Jedoch kann der Urlaub bis zu einem Monat ohne Gehaltsabzug denjenigen bewilligt werden, welche während dreier aufeinanderfolgender Jahre keinen Urlaub gehabt haben.

Bei einem Urlaub von weniger als drei Monaten wird wenigstens die Hälfte, höchstens aber zwei Drittel des Gehalts abgezogen. — Ueberschreitet der Urlaub drei Monate während eines und desselben Jahres, gleichviel ob aufeinanderfolgend oder nicht, so wird das ganze Gehalt abgezogen und diejenige Zeit, welche über die drei Monate hinausgeht, kommt bei der Berechnung der Zeit für die Pensionsfeststellung nicht in Betracht. — Wenn während der Abwesenheit des Beamten Kosten für die interimistische Stellvertretung erwachsen sind, so wird der Betrag derselben auf den Abzug in Anrechnung gebracht. — Bei Abwesenheit von der Stelle infolge vom Gesetz auferlegter Verpflichtungen findet ein Gehaltsabzug nicht statt.

Im Falle der Dienstversäumnis durch Krankheit, welche vorschriftsmässig konstatiert sein muß, kann dem Beamten gestattet werden, das ganze Gehalt bis zu einer Frist von drei Monaten zu behalten. Für die drei folgenden Monate kann er Urlaub bekommen unter Abzug von wenigstens der Hälfte und höchstens zwei Dritteln des Gehaltes.²⁾ Wenn die Krankheit bedingt worden ist durch einen der Ausnahmefälle, welche in §§. 1 und 2 des Art. 11 des Gesetzes vom 9. Juni 1853 vorgesehen sind, so kann der Beamte das ganze Gehalt genießen bis zu seiner Wiederherstellung oder bis zu seinem Uebertritt in den Ruhestand.

Der Art. 17 desselben Dekrets bestimmt, daß die Unterrichtsbeamten, welche ihren Dienst ohne Urlaub verlassen oder erhaltenen Urlaub resp. die Ferien eigenmächtig verlängern, den in Art. 33 des Gesetzes vom 15. März 1850 und Art. 3 des Dekrets vom 9. März 1852 angedrohten Strafen verfallen.

Die Lehrer an freien Schulen sind nicht verpflichtet, sich die gesetzlichen Abzüge gefallen zu lassen, auch dann nicht, wenn die betreffenden Schulen die Stelle von öffentlichen Schulen vertreten; sie haben aber auch selbstverständlich keinen Anspruch auf Pension. Umgekehrt ist es keinem Lehrer an öffentlichen

1) Art. 29. — 2) Cfr. §. 44.

Schulen gestattet, auf die Pension zu verzichten, um die Gehaltsabzüge zu vermeiden. Ferner findet nach dem ministeriellen Cirkular vom 18. April 1854 und vom 23. Juli 1855 auf die Lehrer und Lehrerinnen aus den geistlichen Orden das Gesetz vom 9. Juni 1853 über die Pensionen der Civilbeamten keine Anwendung.

Nach den Bestimmungen des letztgenannten Gesetzes wurden die Lehrer nicht als zur *partie active* gehörig bezeichnet. Dem Gesetz vom 17. August 1876 war es vorbehalten, in dieser Beziehung eine Aenderung zu treffen und die Altersversorgung der Lehrer und ihrer Hinterbliebenen bedeutend zu erhöhen sowie auch der Lehrerinnen zu gedenken. Es lautet:

Die Inspektoren des Volksschulunterrichts, die Direktoren und Direktrizen, die Lehrer und Lehrerinnen der Volksschulseminare, die Lehrer und Lehrerinnen an öffentlichen Schulen, sowohl die ordentlichen als die Unterlehrer, die Vorsteherinnen der öffentlichen Kleinkinder-Bewahranstalten werden unter die Beamten des *service actif* miteinbegriffen und in das dem Gesetz vom 9. Juni 1853 beigefügte Verzeichnis Nr. 2 aufgenommen. Ihre Pension wird vom Datum der Veröffentlichung dieses Gesetzes an gemäß den für die Beamten des *service actif* geltenden Bestimmungen geregelt.¹⁾

Die Pension wird nach dem Durchschnitt der Gehälter und der den gesetzlichen Abzügen unterworfenen Gehaltszulagen aller Art bemessen, welche der Pensionsberechtigte innerhalb derjenigen sechs Jahre bezogen hat, die den höchsten Einkommensbetrag aufweisen.

Die nach dem vollendeten zwanzigsten Jahre als Zögling des Seminars zugebrachten Jahre werden bei der Bestimmung der Dienstjahre zur Zeit der Pensionierung mit in Anrechnung gebracht.²⁾

Die Höhe der Pension darf für einen Lehrer nicht unter 600 fr, für eine Lehrerin und Vorsteherin einer Kleinkinder-Bewahranstalt nicht unter 500 fr betragen. — Dieser Minimalsatz soll bei ausnahmsweiser Pensionierung wegen Dienstunfähigkeit keine Anwendung finden.³⁾

1) Art. 1. — 2) Art. 2. — Diese Jahre zählen bei der Bestimmung der Dienstjahre zur Pensionsberechtigung; für die Bestimmung der Höhe der Pensionssumme zählen nur diejenigen Jahre, in welchen der Beamte faktisch den gesetzlichen Abzügen seines Gehalts unterworfen war. — 3) Art. 3. Der Minimalbetrag war schon durch persönliche Zulage für die Lehrer, welche vor dem 1. Januar 1874 in den Ruhestand versetzt worden, auf 360 fr, und später für diejenigen, welche zwischen dem 1. Januar 1874 und 17. August 1876 pensioniert worden waren, auf 500 fr gebracht; auch diejenigen, deren Pension nicht höher als 360 fr war, hatte man auf 500 fr erhöht, jedoch diejenigen pensionierten Lehrer, welche zwischen 360 und 500 fr erhielten,

Die letztere Festsetzung der Minimalpension gilt selbstverständlich nur für diejenigen, welche 25 Dienstjahre zählen und nach den Bestimmungen des Gesetzes von 1853 überhaupt pensionsberechtigt sind. Um aber die Ungleichheit, welche bei den vor dem Gesetz von 1876 pensionierten Lehrern obwaltete, so viel wie möglich zu beseitigen, wurde in der Sitzung vom 22. Mai 1878 von der Kammer ein Kredit bewilligt, aus welchem denjenigen Lehrern und Lehrerinnen, welchen die Wohlthat des Gesetzes von 1876 nicht zugute kam, ohne Ausnahme eine Minimalpension von 500 fr ausgezahlt werden sollte.¹⁾ Im Jahre 1881 ging man noch weiter, indem der Pensionsfonds insofern erhöht wurde, als vom 1. Januar 1882 an für alle Lehrer und Lehrerinnen, welche nach dem gesetzlich vorgeschriebenen Dienstalter pensioniert waren, die Pensionssumme auf 600 fr, für diejenigen, welche wegen Dienstunfähigkeit aus dem Amt geschieden, auf 400 fr ohne Ausnahme erhöht werden sollte; auch wurde von diesem Zeitpunkt ab die Pension der Lehrerwitwen auf den Minimalersatz von 200 fr gebracht.²⁾

Das ministerielle Cirkular vom 18. April 1880³⁾ erläutert die Bestimmungen über das Verfahren bei der Pensionierung der Lehrpersonen in so übersichtlicher Weise, daß wir dasselbe auszugsweise wiedergeben:

1. Man darf als gültig für die Pensionsberechtigung nur die Jahre nach dem vollendeten 20. Lebensjahre und nach der Erwerbung des Befähigungszeugnisses rechnen;
2. die im freien Unterricht verbrachten Dienstjahre zählen niemals mit bei der Berechnung der Dienstzeit, ebenso nicht diejenige Zeit, welche ohne Gehalt im Urlaub oder bei der Stellung zur Disposition vollbracht wurde;⁴⁾

hatte man nicht berücksichtigt. Die Erhöhung der Minimalpension und die gleichzeitige Herabsetzung des zu Pension berechtigenden Lebens- und Dienstalters hatte einen so großen Andrang zur Pensionierung zur Folge, daß das Ministerium die Arbeit nicht bewältigen konnte und ernstliche Befürchtungen aussprach, kaum noch für die in den Ruhestand tretenden Lehrer passenden Ersatz finden zu können. Cfr. Cirkular vom 24. Januar 1878.

1) Das persönliche Einkommen der zu Pensionierenden darf nicht mehr in Betracht gezogen werden. Cirkular vom 8. Juni 1878. —

2) Cfr. Cirkular vom 25. November 1881, Bulletin 473 p. 1861. —

3) Bulletin 452 p. 415. — 4) Nach Art. 33 des Gesetzes vom 15. März 1850 kann der Lehrer auf dem Disciplinarwege nicht zur Disposition gestellt werden, da diese Mafsregel unter den dort angeführten, gegen das Lehrpersonal anzuwendenden Strafen nicht genannt ist. Ein Lehrer kann deshalb nur auf Ersuchen oder mit seiner Zustimmung zur Disposition gestellt werden, auch etwa da, wo eine Stelle aus irgend einem Grunde eingeht und in dem Departement sich keine andere passende Stelle sofort findet. In einigen Departements resp. Gemeinden sind solche Fälle vorgesehen und für den zur Disposition gestellten Lehrer ist ein Gehalt ausgeworfen. Der Staat hat für die zur

3. die Zeit des Urlaubs oder der Stellung zur Disposition mit Gehalt kommt bei der Pensionierung in Betracht, aber das in dieser Zeit bezogene Gehalt wird bei der Berechnung des Durchschnittsgehalts nicht in Ansatz gebracht, selbst dann nicht, wenn es ebenso hoch oder höher war, als das Gehalt im aktiven Dienst. Die Zeit, um welche es sich handelt, wird ganz bei der Pensionsberechtigungsfrage berücksichtigt, jedoch nur bis zur Höhe von fünf Jahren;
4. das Durchschnittsgehalt muß nach dem Gehalt derjenigen sechs Jahre berechnet werden, gleichviel ob aufeinanderfolgend oder nicht, in welchen der Lehrer die höchsten Gehaltsbeträge bezogen hat;
5. die Atteste, welche von den Beamten gefordert werden, die keine 25 Dienstjahre haben, müssen bezeugen, daß die Dienstunfähigkeit nicht in oder während der Ausübung des Amtes, sondern daß sie durch die Ausübung der Amtspflichten entstanden ist; sie müssen möglichst genau und ersichtlich den Zusammenhang zwischen der Krankheit und der dienstlichen Thätigkeit nachweisen;¹⁾
6. der Beamte, welcher 25 Dienstjahre zählt, aber noch nicht das Alter von 55 Jahren erreicht hat, kann von dem gesetzlich vorgeschriebenen Alter dispensiert werden auf Grund zweier ärztlichen Atteste, welche bescheinigen, daß er außerstande ist, seinen dienstlichen Verpflichtungen nachzukommen. Es ist in diesem Falle nicht nötig, festzustellen, daß die Dienstunfähigkeit infolge des Dienstes entstanden ist. Wenn der Beamte stirbt, bevor er zur Pensionierung zugelassen ist, so gehen seine Rechte, abgesehen vom Lebensalter, lediglich auf Grund seines Dienstalters auf die Witwe oder die minderjährigen Kinder über;
7. anders verhält es sich mit dem Lehrer, welcher vor Beendigung der 25 Dienstjahre stirbt. Er kann an die Witwe nur ein Recht übertragen, welches er selbst hatte,

Disposition gestellten Lehrer keine Mittel; die Fälle, wo ein Lehrer vom Staate außer Dienst gestellt wird unter Belassung des Einkommens, sind sehr selten. — Der zur Disposition gestellte Lehrer, welcher wieder in den Dienst tritt, braucht das erste Zwölftel des weitem Einkommens nicht zu bezahlen. Hat er jedoch während der Zeit seiner Auserdienststellung Gehalt bezogen, gleichviel ob das ganze oder einen Teil desselben, so ist dies den gesetzlichen Abzügen unterworfen. (Art. 25 §. 3 des Dekrets vom 9. November 1853.)

1) Es sind vier Atteste erforderlich: 1) der behandelnden Aerzte, 2) eines von der Verwaltungsbehörde bezeichneten vereideten Arztes, 3) der Gemeindebehörde, 4) der unmittelbar vorgesetzten Dienstbehörde. (Art. 35 des Dekrets vom 9. November 1853.)

nämlich das Recht der Zulassung zur Pensionierung wegen Dienstunfähigkeit. Es ist also wichtig, daß letztere vor dem Tode konstatiert und ein Gesuch um Zulassung zur Pensionierung rechtzeitig an den Minister gemacht ist, kurz, daß unter diesen Umständen mit der größten Schnelligkeit verfahren wird, da die geringste Versäumnis den Verlust des Anspruchsrechts der Witwe und der Kinder nach sich ziehen würde. — Das Weitere betrifft Formelles.

Die Verhandlungen betreffs der Pensionierung gehen recht langsam: der regelmäßige Gang derselben dauert sechs Monate; der Minister erklärt, daß in einzelnen Fällen die Zeit zwischen dem Aufhören des Gehaltsbezugs und dem Empfang der Pension sich über ein Jahr hinschlepe, ein Umstand, der die Pensionsberechtigten in eine traurige Lage bringen und nicht verantwortet werden könne. Deshalb ersucht er die Präfekten, die Regulierung der Pensionen möglichst zu beschleunigen, damit die Verzögerung nicht länger als höchstens 4 $\frac{1}{2}$ bis 5 Monate währe.

Die Pensionsbestimmungen der Unterrichtsbeamten in den Kolonien sind besondere.

§. 42.

Titel und Auszeichnungen.

Das Dekret vom 17. März 1808 hat zwei Ehrentitel geschaffen (*distinctions honorifiques*), den eines Offiziers der Universität und den eines Offiziers der Akademie. Durch das Dekret vom 9. Dezember 1850 trat eine Aenderung darin insofern ein, als der Titel eines Offiziers der Universität durch den eines Offiziers des öffentlichen Unterrichts ersetzt wurde. Das Abzeichen eines Offiziers des öffentlichen Unterrichts ist eine doppelte in Gold gestickte Palme; die Palme der Offiziere der Akademie ist in Silber gestickt.

Neben diesen Ehrentiteln werden auch Ehrenbelohnungen (*récompenses honorifiques*) an die Lehrer und Lehrerinnen verteilt in Form von Medaillen und Ehrenmeldungen.

Unter Aufhebung aller frühern Dekrete hat das Dekret vom 27. Dezember 1866 die Vorschriften über die Verleihung der Ehrentitel geregelt. Demgemäß können die Titel eines Offiziers der Akademie und eines Offiziers des öffentlichen Unterrichts, welche durch Art. 32 des organischen Dekrets vom 17. März 1808 geschaffen sind, durch den Minister des öffentlichen Unterrichts unter nachfolgenden Bedingungen verliehen werden:¹⁾

1) Art. 1.

Die Ehrentitel werden verliehen auf den Vorschlag der Rektoren und nach dem Gutachten der im Ausschufs versammelten General-Inspektoren: den Mitgliedern des hohen Unterrichts, des öffentlichen und freien Sekundärunterrichts, den Beamten der Unterrichtsverwaltung und den Beamten der Volksschulseminare.¹⁾

Die Ehrentitel werden den ordentlichen Lehrern und den Unterlehrern an freien und öffentlichen Schulen auf den Vorschlag der Präfekten oder der Rektoren verliehen.²⁾

Die Beamten und Mitglieder des öffentlichen und freien Unterrichts, welche in Art. 2 dieses Dekrets bezeichnet sind, können zum Offizier der Akademie erst nach fünfjähriger Dienstzeit ernannt werden. — Kein Lehrer, weder an freien noch an öffentlichen Schulen, kann für die Palme eines Offiziers der Akademie in Vorschlag gebracht werden, wenn er nicht wenigstens seit zwei Jahren im Besitz der silbernen Medaille ist.³⁾

Niemand kann zum Offizier des öffentlichen Unterrichts ernannt werden, wenn er nicht wenigstens fünf Jahre Offizier der Akademie gewesen ist. — Von dieser Bestimmung kann nur zu gunsten derjenigen Personen abgesehen werden, welche bereits zum Offizier der Ehrenlegion ernannt sind.⁴⁾

Die Ernennungen werden im amtlichen Staatsanzeiger publiziert. Nach dem Dekret vom 30. Juni 1880⁵⁾ werden die obigen Ehrentitel verliehen am 1. Januar, am 14. Juli und bei Gelegenheit der Versammlungen der gelehrten Gesellschaften der Departements in Paris.⁶⁾

Der Ministerial-Erlaß vom 20. Juli 1881⁷⁾ bestimmt unter Aufhebung der diesbezüglichen Erlasse vom 21. August 1858 und 7. Mai 1862 über die dem Lehrpersonal zu verleihenden Ehrenbelohnungen folgendes:

Die Medaillen und Ehrenmeldungen werden den ordentlichen Lehrern und Lehrerinnen, den Unterlehrern und Unterlehrerinnen an öffentlichen und freien Schulen, welche das Befähigungszeugnis besitzen, den Direktrizen und Unterdirektrizen an Kleinkinder-Bewahranstalten, welche das Befähigungszeugnis besitzen, in jedem Departement zuerkannt auf den Vorschlag des Präfekten nach dem Gutachten des Departementsschulrats und des Rektors der Akademie.

Nur diejenigen Unterlehrer und Unterlehrerinnen, welche das

1) Art. 2. — 2) Art. 3. — 3) Art. 7. — 4) Art. 8. — 5) Bulletin 454 p. 726. — 6) Die Titel werden nicht immer wegen hervorragender Verdienste auf dem Gebiete des Unterrichtswesens verliehen. So hat z. B. der Unterrichtsminister zwei Lehrern vom städtischen Gymnasium in Sedan, welche am 19. Januar 1882 zwei Frauen unter eigener Lebensgefahr vom Tode des Ertrinkens retteten, zur Belohnung zu Offizieren der Akademie ernannt. Bulletin 479 p. 405. — Ausnahmsweise Ernennungen können jederzeit stattfinden. — 7) Bulletin 469 p. 1074.

höhere Befähigungszeugnis oder das pädagogische Befähigungszeugnis haben, sowie die Untervorsteherinnen von Kleinkinder-Bewahrschulen, welche neben dem Befähigungszeugnis noch im Besitz des Befähigungszeugnisses zweiten Grades für Volksschulen sind, können auf die bronzene und die silberne Medaille Anspruch machen.¹⁾

Jedes Jahr und in jedem Departement kann eine silberne Medaille auf 500 ordentliche Lehrer und Unterlehrer bewilligt werden; zwei silberne Medaillen können zur Verteilung gelangen, wenn die Zahl der ordentlichen Lehrer und Unterlehrer 800, drei, wenn sie 1200 erreicht; eine bronzene Medaille kommt auf je 200, eine Ehrenmeldung auf je 100 ordentliche Lehrer und Unterlehrer. Dieselben Vorschriften gelten für die ordentlichen Lehrerinnen und die Unterlehrerinnen.

Eine Ehrenbelohnung (silberne oder bronzene Medaille oder Ehrenmeldung) kann jedes Jahr in jedem Departement einer Vorsteherin oder Untervorsteherin von Kleinkinder-Bewahranstalten bewilligt werden, wenn sie die in Art. 1 angezeigten Bedingungen erfüllt. — Zwei Ehrenbelohnungen können den letztern bewilligt werden, wenn die Anzahl derselben 100 übersteigt.²⁾

Kein ordentlicher Lehrer oder Unterlehrer, keine ordentliche Lehrerin oder Unterlehrerin, keine Vorsteherin oder Untervorsteherin einer Kleinkinder-Bewahranstalt kann eine Ehrenmeldung bekommen, wenn sie nicht wenigstens fünf Dienstjahre hat und 25 Jahre alt ist. — Keiner kann eine bronzene Medaille bekommen, wenn er nicht seit wenigstens zwei Jahren eine Ehrenmeldung erhalten hat. — Keiner kann in den Besitz der silbernen Medaille gelangen, wenn er nicht seit wenigstens zwei Jahren im Besitz der bronzenen ist.³⁾

Die Medaillen und Ehrenmeldungen für die Lehrer und Lehrerinnen sowie die Vorsteherinnen an Kleinkinder-Bewahranstalten werden jährlich nur einmal, und zwar am 14. Juli ausgeteilt.⁴⁾

Die mit den Ehrenbelohnungen verbundenen Gehaltszulagen sind bereits mitgeteilt worden.

§. 43.

Die Verpflichtung zu zehnjähriger Dienstzeit.

Die Verpflichtung zu zehnjähriger Dienstzeit im Unterricht (*engagement décennal*) ist eine doppelte: 1. diejenige, welche jeder vor seinem Eintritt in das Seminar eingehen muß, der eine

1) Art. 1. — 2) Art. 2. — 3) Art. 3. — 4) Ministerial-Erlass vom 27. Februar 1883. Bulletin 534 p. 479. -- Den Orden der Ehrenlegion, welcher zur Anerkennung von hohen Verdiensten im bürgerlichen Leben wie im Militärwesen verliehen wird, kann jeder Franzose wie

Freistelle genießt,¹⁾ 2. diejenige, welche für bestimmte, vom Gesetz bezeichnete Klassen von Lehrern behufs Befreiung vom Militärdienst eingegangen wird.

Die Verpflichtung ersterer Art haben wir bereits früher bei den diesbezüglichen Bestimmungen über das Seminarwesen erwähnt, wie sie Art. 5, Art. 18 und Art. 26 des Dekrets vom 29. Juli 1881 enthalten;²⁾ es erübrigt hier nur die Stellung der Lehrer zum Militärdienst näher ins Auge zu fassen.

Art. 79 des Gesetzes vom 15. März 1850 lautet: „Die Unterlehrer an öffentlichen Schulen, die jungen Leute, welche sich für den öffentlichen Volksschulunterricht an den dazu bestimmten Schulen vorbereiten, die Mitglieder oder Novizen der religiösen Genossenschaften, welche sich dem Unterricht widmen und gesetzlich zugelassen oder als Anstalten öffentlichen Nutzens anerkannt sind . . ., werden vom Militärdienst dispensiert, wenn sie vor dem für die Ziehung festgesetzten Termin vor dem Rektor der Akademie die Verpflichtung eingegangen sind, sich zehn Jahre dem Unterricht an öffentlichen Schulen zu widmen, und wenn sie diese Verpflichtung erfüllen.“

Dieser Artikel wurde durch den Art. 18 des Gesetzes vom 10. April 1867 dahin erweitert, daß die Verpflichtung, sich zehn Jahre dem öffentlichen Unterricht widmen zu wollen, wie es der Art. 79 des Gesetzes vom 15. März 1850 vorschreibt, erfüllt werden kann sowohl von ordentlichen Lehrern wie von Unterlehrern an den in Art. 17 des Gesetzes vom 10. April 1867 erwähnten Schulen,³⁾ welche zu diesem Zweck durch den Minister des öffentlichen Unterrichts nach dem Gutachten des Departementsschulrats bezeichnet werden. — Die Verpflichtung zu zehnjähriger Dienstzeit kann durch die Unterlehrer der ebenbezeichneten Schulen vor der Ziehung eingegangen werden.

Eine weitere Aenderung resp. Vervollständigung hat der Art. 79 durch Art. 20 des Gesetzes vom 27. Juli 1872 über die Rekrutierung des Heeres erhalten. Danach werden bedingungsweise vom Heeresdienste befreit:

1. die Mitglieder des öffentlichen Unterrichts, . . . deren Verpflichtung zu zehnjähriger Dienstzeit durch den Rektor der Akademie vor der Ziehung angenommen ist, wenn sie dieser Verpflichtung nachkommen;

jeder Fremde erhalten, welcher dieser hohen Auszeichnung würdig erachtet wird. Von 1833 an bis jetzt wurde dieser Orden an ca. 60 Lehrer der Volksschulen verliehen.

1) Seit dem Gesetz vom 16. Juni 1881 ist das bei allen Seminaristen der Fall. Cfr. p. 49. — 2) Cfr. p. 34, 49 und 51. — 3) Es sind diejenigen freien Schulen, welche die Stelle öffentlicher Schulen vertreten oder welche einen Zuschuß von der Gemeinde, dem Departement oder dem Staate erhalten.

2.

5. die Mitglieder und Novizen der religiösen Genossenschaften, welche sich dem Unterricht widmen und als Anstalten öffentlichen Nutzens anerkannt sind, die Vorsteher, Lehrer und Lehramtsaspiranten der Anstalten, welche gegründet und unterhalten werden von Laiengenossenschaften, wenn sie dieselben Bedingungen erfüllen, stets vorausgesetzt, daß die einen wie die andern vor der Ziehung vor dem Rektor der Akademie die Verpflichtung eingegangen sind, sich zehn Jahre dem Unterricht zu widmen, und daß sie dieser Verpflichtung nachkommen in einer der geistlichen oder weltlichen Erziehungsanstalten unter der Bedingung, daß die Anstalt seit zwei Jahren besteht oder wenigstens dreißig Schüler zählt;
6. diejenigen jungen Leute, welche zwar in den vorigen Paragraphen nicht einbegriffen sind, aber sich in der Lage der in dem Art. 79 des Gesetzes vom 15. März 1850 und Art. 18 des Gesetzes vom 10. April 1867 vorgesehenen Fällen befinden und vor dem Ziehungstermin vor dem Rektor dieselbe Verpflichtung unter denselben Bedingungen eingegangen haben.

Die Verpflichtung, sich zehn Jahre dem Unterricht zu widmen, kann erfüllt werden durch die ordentlichen Lehrer und die Unterlehrer, welche in §. 6 erwähnt sind, sowohl in allen öffentlichen Schulen als auch in denjenigen freien Schulen, welche durch den Unterrichtsminister nach dem Gutachten des Departementsschulrats zu diesem Zweck bezeichnet werden.

Demgemäß sind es also fünf Kategorieen, welche behufs Befreiung vom Militärdienst das engagement décennal eingehen können:

1. die Zöglinge der Lehrerseminare;
2. die Unterlehrer an öffentlichen Schulen;
3. die Mitglieder und Novizen der sich dem Unterricht widmenden Kongregationen;
4. die Unterlehrer an freien Schulen, welche von den Gemeinden, den Departements oder dem Staate Zuschuß erhalten oder welche die Stelle öffentlicher Schulen vertreten;
5. die Vorsteher, Hilfslehrer und Lehramtsaspiranten derjenigen Anstalten, welche von weltlichen Genossenschaften gegründet und unterhalten werden.

An allen diesen Anstalten können die Genannten die eingegangene Verpflichtung zehnjähriger Dienstzeit erfüllen; jedoch kann der Minister nach Anhörung des Departementsschulrats für dieselben auch noch andere freie Schulen bezeichnen, an welchen

unter bestimmten Bedingungen und auf bestimmte Zeit einer oder mehrere den obigen Kategorieen angehörige Lehrer oder Unterlehrer das engagement décennal realisieren können. Der letztere Fall tritt nur ausnahmsweise ein.¹⁾

Bei der Uebernahme dieser Verpflichtungen müssen diejenigen Lehrer resp. Seminaristen, welche noch nicht großjährig sind, die schriftliche Zustimmung des Vaters oder des Vormundes beibringen. Diejenigen Lehrpersonen, deren Engagement vom Rektor angenommen wird, erhalten darüber von letzterm eine Bescheinigung, daß sie die Verpflichtung in der vom Gesetz vorgeschriebenen Weise eingegangen sind. Diese Bescheinigung wird der Departements-Ersatzkommission vorgelegt, welche die betreffenden unter Vorbehalt von der Militärpflicht entbindet. Die Verpflichtungsurkunde, welche genau die Angabe sämtlicher Personalien des Kontrahenten enthalten muß, sowie die übrigen darauf bezüglichen Aktenstücke verbleiben im Archiv der Akademie, damit auf denselben die spätern Nachträge vermerkt werden können.

Gleich nach dem für die Ziehung festgesetzten Termin stellen die Rektoren ein Namensverzeichnis derjenigen auf, welche die Dienstverpflichtung auf zehn Jahre übernommen haben, und zwar in zwei verschiedenen Tabellen, von welchen die eine die Namen der Mitglieder des Volksschulunterrichts enthält. Dieselbe wird dem Minister eingereicht. In der ersten Hälfte des Juli jeden Jahres übermittelt der Präfekt eine Liste sämtlicher vom Militärdienst dispensierten Lehrpersonen dem Rektor der Akademie, welcher die Erfüllung der eingegangenen Verpflichtung genau überwacht.

Die zehnjährige Dienstzeit im öffentlichen Unterricht darf nicht unterbrochen sein; längere Beurlaubung eines Lehrers, gleichviel zu welchem Zweck, die auf gesetzlichem Wege erfolgt ist, wird als Unterbrechung nicht betrachtet.²⁾

Wenn die zehn Jahre abgelaufen sind, erhält der betreffende Lehrer von dem Rektor der Akademie ein Attest, welches die Realisierung der zehnjährigen Dienstverpflichtung ohne Unterbrechung bescheinigt; auf Grund dieser Bescheinigung wird von der Militärbehörde die definitive Befreiung des Inhabers vom Heeresdienst ausgesprochen.

Um zu dem gesetzlich gültigen Abschluß der zehnjährigen Dienstverpflichtung zugelassen zu werden, muß der Betreffende, wofern er nicht in einer der obengenannten Vorbildungsanstalten ist oder einer Kongregation angehört, nachweisen, daß er tatsächlich ein Amt im Unterricht bekleidet, eine vorschriftsmäßige

1) Cfr. Minist.-Cirkulare vom 23. Januar 1873 und 29. Februar 1876. — 2) Cfr. Cirkular vom 21. Mai 1879.

Berufung auf eine bestimmte Stelle hat und ein Gehalt bezieht. Das Befähigungszeugnis wurde früher nicht verlangt, da ein solches nach den Bestimmungen des Gesetzes vom 15. März 1850 für den Unterlehrer nicht erforderlich war. Nach den Bestimmungen des Gesetzes vom 16. Juni 1881, Art. 1, wird von jedem, welcher die Thätigkeit eines Unterlehrers ausüben will, das vorgeschriebene Befähigungszeugnis gefordert; allein Art. 3, §. 3 dieses Gesetzes bestimmt ausdrücklich, daß diejenigen Unterlehrer, welche das Examen nicht bestehen, aber bereits nach den Bestimmungen des Gesetzes vom 27. Juli 1872 die Verpflichtung zehnjähriger Dienstzeit übernommen haben, dennoch die Vergünstigung der Dispensation vom Militärdienst auf Grund der bereits eingegangenen Verpflichtung behalten.

Wenn diejenigen Lehrer, welche abgesetzt oder aus dem Lehrerstande ausgestoßen werden, die Verpflichtung zu zehnjähriger Dienstzeit behufs Befreiung vom Heeresdienste nicht erfüllt haben, so müssen sie ihrer Militärpflicht genügen, gleichviel aus welchem Grunde sie entlassen sind oder ob der größte Teil der zehnjährigen Dienstverpflichtung bereits absolviert ist. Dasselbe trifft auch solche Lehrer, welche aus dem Schulfach austreten, um ein anderes Amt anzunehmen. Die Mitglieder der Kongregationen, welche diese Verpflichtung eingegangen sind, müssen mindestens mit Vollendung des 23. Lebensjahres praktischen Dienst im Unterricht thun bei Strafe des Verlustes ihres Anrechtes; der Kriegsminister kann ein Mitglied der Kongregationen, welches als solches die zehnjährige Dienstverpflichtung eingegangen ist, dazu ermächtigen, dieselbe im Dienste des öffentlichen Laienunterrichts weiter zu erfüllen, wenn dasselbe ein diesbezügliches Amt bekleidet.

Wenn ein Lehrer das engagement décennal nicht eingeht oder seine Berechtigung aus irgend einem gesetzlichen Grunde nicht anerkannt wird, so treten bei ihm die allgemeinen Gesetzesbestimmungen in Kraft.

Diejenigen Lehrer, welche auf Grund ihrer Verpflichtung zu zehnjähriger Dienstzeit vom Militärdienst befreit sind und vor Ablauf derselben aus dem Lehrerstande ausscheiden, müssen dieses nach Art. 21 des Gesetzes vom 27. Juli 1872¹⁾ innerhalb zwei Monaten dem Maire ihrer Gemeinde anzeigen und beglaubigte Abschrift dieser Anzeige dem Präfekten einsenden. Der Präfekt überweist den betreffenden der Militärbehörde, welche denselben zum Militärdienst heranzieht. Wer dies unterläßt, wird mit Gefängnis von einem Monat bis zu einem Jahre bestraft. Wer das Engagement freiwillig bricht, etwa weil er bei der Ziehung durch eine günstige Nummer vom Militär-

1) Cfr. Cirkular vom 29. November 1873.

dienst freigekommen ist, verfällt den durch das Gesetz vom 15. März 1850 angedrohten Disciplinarstrafen.¹⁾

Soweit das bestehende Recht, welches die Regierung jedoch zu ändern gedenkt und mit welchem auch ein großer Teil des Unterrichtspersonals selbst nicht zufrieden ist. Bereits 1880 hatte man einen Gesetzentwurf in der Kammer eingebracht, welcher vorschlug, den Dienst der Lehrer unter den Fahnen auf ein Jahr als obligatorisch einzuführen; verschiedene Kongresse der Volksschulinspektoren und Seminardirektoren, ebenso die Lehrer haben sich für die allgemeine Dienstpflicht der Lehrer, wenn auch in beschränkter Form, ausgesprochen. Kriegsminister Billot brachte 1882 in der Kammer einen Gesetzentwurf ein betreffend die Abänderung des Gesetzes vom 27. Juli 1872, dessen auf die Volksschullehrer bezügliche Artikel hier kurz erwähnt werden mögen:

Art. 4. Die Art. 19 und 20 des Gesetzes vom 27. Juli 1872 werden abgeschafft und durch die folgenden ersetzt:

Art. 19. Es werden bedingungsweise zu einem einjährigen Dienst unter den Fahnen zugelassen:

1) Die Mitglieder des öffentlichen Unterrichts, deren Verpflichtung zu zehnjährigem Dienst im öffentlichen Unterricht vor der Ziehung durch den Rektor der Akademie acceptiert worden ist, wenn sie dieser Verpflichtung in einer öffentlichen Schulanstalt, gleichviel welcher Art, nachkommen. Um zu dieser Bevorzugung zugelassen zu werden, müssen die Mitglieder des Volksschulunterrichts das Befähigungszeugnis zweiten Grades haben.

2. Die Lehrer an den staatlichen Taubstummen- und Blindenanstalten unter denselben Bedingungen wie die Mitglieder des öffentlichen Unterrichts.....

Art. 20. Die jungen Leute, welche in §§. 1 und 2 des Art. 19 bezeichnet sind und vor Beendigung ihrer Dienstverpflichtung im öffentlichen Unterricht die in obgenannten Paragraphen erwähnten Funktionen nicht mehr erfüllen,.... müssen die durch Art. 36 des gegenwärtigen Gesetzes vorgeschriebene Zeit in der aktiven Armee dienen, wofern sie nicht durch die Nummer, welche sie gezogen, die Wohlthat der Bestimmung des Art. 40 genießen, welcher lautet:

„Diejenigen, welche eine freiwillige Dienstverpflichtung nach den Vorschriften des Art. 19 eingegangen sind, werden zum Heere einberufen, um diese Dienstpflicht zu erfüllen. Jedoch haben sie stets nach der Nummer, welche sie in ihrer Klasse ziehen, das mit dieser Nummer verbundene Recht auf Verminderung der Dienstzeit.

1) Entscheidung vom 8. September 1855.

Die jungen Leute, welche auf Grund der Bestimmungen dieses Artikels in das Heer eingestellt werden, können über das 30. Lebensjahr hinaus nicht unter den Fahnen zurückbehalten werden.

Die jungen Leute, welche auf Grund vorstehender Bestimmungen zum einjährigen Dienst zugelassen werden, sind verpflichtet, sich am Ende des aktiven Dienstes den vom Kriegsminister vorgeschriebenen Prüfungen zu unterziehen.

Wenn sie keine genügende militärische Ausbildung nachweisen oder wenn sie sich schwere und wiederholte Vergehen gegen die militärische Disciplin haben zuschulden kommen lassen, können sie im aktiven Heeresdienste gehalten werden, bis sie die durch Art. 36 des gegenwärtigen Gesetzes vorgeschriebene ganze Dienstzeit zurückgelegt haben.

Der Entwurf gelangte nicht zur Annahme. Der in diesem Jahre der Kammer vorliegende Entwurf eines Rekrutierungsgesetzes fordert dreijährige Dienstzeit für alle, die Lehrer nicht ausgenommen.

§. 44.

Die Unterlehrer.

Das Gesetz von 1833 kennt die Beschäftigung von Unterlehrern an öffentlichen Schulen nicht. Wenn durch Ueberfüllung einer Schule die Abzweigung einer zweiten Schulklasse bedingt war, so mußte eine von der ersten unabhängige, besondere Schule gebildet werden, welche der Leitung eines ordentlichen Lehrers unterstellt wurde, der die vom Gesetz vorgeschriebene Befähigung nachweisen konnte. Der Erlaß vom 1. März 1842 bestimmte, daß in freien Schulen, deren Kinderzahl 80 überstieg, ein sogenannter Hülfsslehrer oder Unterlehrer (*aide instituteur, maître adjoint, sous-maître*) angestellt werden sollte, den der Rektor bestätigte, wenn er kein Befähigungszeugnis besaß.

Unterlehrer an öffentlichen Schulen kennt erst das Gesetz vom 15. März 1850. Der Artikel 34 desselben ordnet an, daß der Departementsschulrat diejenigen öffentlichen Schulen bestimmt, an welchen in Rücksicht auf die Anzahl der Kinder ein Unterlehrer (*instituteur adjoint*) in Dienst gestellt werden kann.

Die Unterlehrer dürfen nicht unter 18 Jahre alt sein und sind den Vorschriften des Art. 25 desselben Gesetzes nicht unterworfen, ein Befähigungszeugnis wird also von denselben nicht verlangt.¹⁾ Sie werden ernannt und abgesetzt durch den Lehrer

1) Cfr. p. 30.

der Schule mit Genehmigung des Präfekten. — Die Unterlehrer, welche den religiösen Genossenschaften angehören, die sich dem Unterricht widmen und gesetzlich anerkannt sind, werden durch die Obern dieser Genossenschaften angestellt und können durch dieselben abberufen werden. — Der Gemeinderat setzt das Gehalt derselben fest, welches ausschliesslich der Gemeinde zur Last fällt.

Wir haben bereits oben erwähnt, daß durch das Dekret vom 31. Dezember 1853 eine neue Art von Unterlehrern geschaffen worden ist (*instituteurs suppléants*), welche ähnlich wie die Lehrer an höhern Lehranstalten zunächst eine Anzahl von Jahren unterrichten mußten, um dadurch das Anrecht auf definitive Anstellung zu erlangen. — Nach diesem Dekret kann niemand definitiv zum Lehrer an öffentlichen Schulen ernannt werden, wenn er nicht wenigstens drei Jahre eine Schule als kommissarischer Lehrer (*inst. suppl.*) verwaltet hat oder wenn er nicht während dreier Jahre von seinem 21. Jahr an die Funktionen eines Unterlehrers verrichtet hat.¹⁾

Niemand kann zum kommissarischen Lehrer ernannt werden, wenn er nicht die durch Art. 25 des Gesetzes vom 15. März 1850 vorgeschriebenen Bedingungen erfüllt.²⁾

Die kommissarischen Lehrer können durch die Präfekten mit der Leitung sowohl der öffentlichen Schulen beauftragt werden, die in Gemeinden von weniger als 500 Einwohnern sind, als auch der Filialschulen, deren Errichtung als notwendig anerkannt ist. — Sie vertreten zeitweise die Lehrer an öffentlichen Schulen im Falle der Beurlaubung, der Entlassung, Absetzung, der Erkrankung oder des Absterbens.³⁾

Die kommissarischen Lehrer, welche eine öffentliche Schule verwalten, empfangen ein Gehalt, dessen Minimum unter Einschluss des Schulgeldes festgesetzt ist für die Lehrer erster Klasse auf 500fr, die zweiter Klasse auf 400fr.

Gehalt und Wohnung wird den kommissarischen Lehrern gewährt nach den Bestimmungen des Gesetzes vom 15. März 1850.

Das Gehalt derjenigen k. Lehrer, welche Lehrer an öffentlichen Schulen vertreten, wird durch den Präfekten festgesetzt. Es kann vom Gehalt des zu vertretenden Lehrers genommen werden.

Der Uebergang eines k. Lehrers aus der zweiten in die erste Klasse kann ohne den Wechsel des Wohnsitzes stattfinden. Die Zahl der k. Lehrer erster Klasse darf in keinem Departement mehr als ein Drittel der Anzahl sämtlicher k. Lehrer übersteigen.⁴⁾

Dieses Dekret rief eine große Unzufriedenheit unter den Lehrern hervor; obgleich durch Dekret vom 20. Juli 1858 das

1) Art. 1. — 2) Art. 2 cfr. p. 29f. Nr. 1 und 2. — 3) Art. 3. —

4) Art. 4.

Minimal-Einkommen sämtlicher kommissarischen Lehrer auf 500 fr erhöht wurde, sah man sich doch im Interesse der Rekrutierung der Lehrer genötigt, durch Dekret vom 29. Dezember 1860 die Einrichtung der k. Lehrer aufzuheben und sie zu ordentlichen Kommunallehrern zu ernennen.

Das Gesetz vom 10. April 1867 trug zur Verbesserung der Stellung der Unterlehrer wesentlich bei. Es vermehrte zunächst die Anzahl der Mädchenschulen, indem jede Gemeinde von 500 Einwohnern und mehr verpflichtet wurde, eine öffentliche Mädchenschule einzurichten; es wurde gleichzeitig bestimmt,¹⁾ daß der Departementsschulrat diejenigen öffentlichen Mädchenschulen bezeichnet, an welchen eine Unterlehrerin Anstellung erhalten sollte. Für letztere traten die Bestimmungen der §§. 2 und 3 des Art. 34 des Gesetzes vom 15. März 1850 in Kraft. Ebenso bestimmt der Departementsschulrat nach dem Gutachten des Gemeinderats die Fälle, in welchen in Anbetracht der Verhältnisse eine oder mehrere Weilerschulen errichtet werden sollen, welche durch Unterlehrer oder Unterlehrerinnen zu leiten sind. Während bisher die Unterlehrer betreffs ihres Einkommens von dem Wohlwollen der Gemeinden oder der Hauptlehrer abhängig gewesen waren, wurde jetzt das Minimalgehalt für dieselben festgesetzt. Die Unterlehrer, welche in zwei Klassen geteilt wurden, erhielten ein Minimal-Einkommen von 500 resp. 400 fr,²⁾ die Unterlehrerinnen ein solches von 350 fr garantiert.³⁾ Gleichzeitig wurden die Gemeinden verpflichtet, den Unterlehrern und Unterlehrerinnen neben diesem Gehalt ein passendes Lokal sowohl für die Schule wie für die Wohnung, ferner das Mobiliar der Schule zu liefern.⁴⁾ Die Entscheidungen betreffs der Bezeichnung derjenigen Mädchenschulen, an welchen Unterlehrerinnen angestellt werden sollen, sowie der Gründung von Weilerschulen unterliegt der Genehmigung des Unterrichtsministers; ebenso die der Knabenschulen, an welchen Unterlehrer den Unterricht erteilen.⁵⁾ Bei der Abtrennung einer Schulklasse hat der Departementsschulrat sich nach den örtlichen Verhältnissen zu richten. In einer Schule, in welcher in allen Fächern, auch in den fakultativen, Unterricht erteilt wird, wird die Maximalzahl der Kinder sich auf 60 belaufen, während in einer Schule, in welcher nur die obligatorischen Fächer durchgenommen werden, leichter 80 bis 100 Kinder unterrichtet werden können. Selbstverständlich ist auch in Betracht zu ziehen, ob ein kräftiger junger Lehrer oder ein alter, kränklicher an der Schule wirkt.

Die Instruktion vom 9. August 1870 bestimmt, daß im allgemeinen erst dann eine Abzweigung einer weitem Schulklasse

1) Art. 2. — 2) Art. 4. — 3) Art. 5. — 4) Art. 3. — 5) Cfr. Instruktion vom 12. Mai 1867.

erfolgen soll, wenn die Zahl der Kinder 80 übersteigt; für die freien Schulen, welche die Stelle öffentlicher Schulen vertreten, setzt das Cirkular vom 31. Januar 1868 in Hinsicht auf die Ableistung der zehnjährigen Dienstpflicht zur Befreiung vom Militärdienste die Frequenz von mindestens 60 Schülern als zur Abtrennung erforderlich fest. Die Ernennung der Unterlehrer an diesen Klassen kann jedoch nur mit Genehmigung des Präfekten geschehen.¹⁾

Die Wohnung für die Unterlehrer soll wo möglich im Schulgebäude sein, jedoch so, daß der Hauptlehrer der Schule dadurch nicht beeinträchtigt wird. Wo keine Wohnung vorhanden ist, muß die Gemeinde eine Wohnungsentschädigung zahlen, welche der Gemeinderat zu bestimmen und der Präfekt zu genehmigen hat.

Nach dem Dekret vom 27. Januar 1870 wird angeordnet, daß die Unterlehrer der 2. Klasse erst nach dreijähriger Dienstzeit in die 1. Klasse aufrücken können; die Zahl der Unterlehrer in beiden Klassen soll dieselbe sein. Das Dekret vom 20. Januar 1873 erhöht das Minimalgehalt der Unterlehrer auf 600 resp. 500 fr, das der Unterlehrerinnen auf 450 fr. Kurz nachher brachte das Gesetz vom 19. Juli 1875 resp. der Erlaß vom 7. Februar 1882 dieselben auf den jetzigen Standpunkt (cfr. §. 39).

Das ministerielle Cirkular vom 8. Oktober 1880²⁾ bestimmt, daß die Frau des Lehrers, die Tochter oder Mutter desselben zu den Funktionen einer Unterlehrerin zugelassen werden können, wenn die durch den Lehrer verwaltete Schule sich an einem Orte befindet, an welchem eine Kleinkinderbewahrschule nicht existiert und die betreffende Person das Befähigungszeugnis zweiten Grades oder das Zeugnis der Befähigung zur Leitung einer Kleinkinderbewahrschule besitzt. Die Unterlehrerin kann jedoch nur in der untern Abteilung beschäftigt werden.

Nach dem Erlaß des bereits mehrerwähnten Gesetzes vom 16. Juni 1881 über die Befähigung für den Volksschulunterricht wird auch von den Unterlehrern und Unterlehrerinnen ein Befähigungszeugnis gefordert. Auch diejenigen kleinern Schulen in Weilern oder Sektionen der Gemeinden, welche im Laufe des Jahres wenigstens 25 Schüler im Alter von 5 bis 13 Jahre aufzunehmen, werden nach dem Dekret vom 10. Oktober 1881³⁾ als ordentliche Volksschulen betrachtet; die Unterlehrer und Unterlehrerinnen an denselben rücken in den Rang der ordentlichen Lehrer und Lehrerinnen und genießen die mit diesem Amte verbundenen Vorteile.

Dasselbe ist der Fall nach Art. 7 des Gesetzes vom 16. Juni 1881⁴⁾ über die Unentgeltlichkeit des Volksschulunterrichts in

1) Art. 18 des Gesetzes vom 10. April 1867. — 2) Bulletin 459 p. 1351. — 3) Bulletin 472 p. 1589. — 4) Bulletin 468 p. 929 ff.

den öffentlichen Mädchenschulen derjenigen Gemeinden, welche mehr als 400 Einwohner haben, indem diese von Erlaß dieses Gesetzes an auch zu den öffentlichen Volksschulen gezählt werden. Der Ministerial-Erlaß vom 26. Mai 1882¹⁾ ordnet an, daß in denjenigen Gemeinden, in welchen sich eine Kleinkinderschule nicht befindet, an einer öffentlichen Volksschule keine Stelle für einen zweiten Unterlehrer oder eine zweite Unterlehrerin geschaffen werden darf, bevor daselbst nicht eine Kinderklasse eingerichtet worden ist.²⁾

Durch das Dekret vom 29. Dezember 1860, welches die kommissarischen Lehrer beseitigte, war eine Lücke entstanden, weil für den Fall der interimistischen Besetzung einer Lehrerstelle wegen Krankheit oder Beurlaubung des Lehrers keine Stellvertretung vorhanden war, ein Uebelstand, welcher in dem Maße zunahm, als der Lehrermangel sich mehrte. Auch war für die Stellvertretung vielfach keine Remuneration ausgeworfen. In dem Cirkular vom 12. Mai 1881³⁾ bringt der Minister diesen Mißstand zur Sprache. Außerst bedauernswerte Folgen, heißt es dort, zieht der gänzliche Mangel an Stellvertretung nach sich, besonders im Falle der Erkrankung von Lehrern an einer einklassigen Schule. Wenn die Krankheit längere Zeit dauert, so bleiben die Schulen oft wochenlang geschlossen und der Präfekt, an den die Ortsbehörden sich wenden, hat keinen Stellvertreter; ein Gehalt für den Stellvertreter ist auch nicht da. Die Stellvertretungskosten, welche sich doch mindestens auf 50fr monatlich belaufen, von dem oft geringen Einkommen des Lehrers abzuziehen, verursacht diesem eine erdrückende Last. Daher steht der Präfekt vor der Alternative, entweder die Schulinteressen leiden zu sehen oder aber durch Anordnung eines Stellvertreters das Einkommen eines durch Krankheit ohnehin in traurige Lage versetzten Lehrers fast auf nichts zu reduzieren.

In der Mehrzahl der Departements bestehen zwar Unterstützungskassen, aber die Mittel derselben reichen nicht aus für die Bedürfnisse, die zu decken sind. Der Dienst im Volksschulwesen ist der einzige, in welchem für momentane Stellvertretung nicht gesorgt ist, während es doch in Anbetracht der großen Anzahl von Beamten dort am notwendigsten ist. In allen andern Beamtenklassen giebt es Supernumerare, welche zur Aushilfe geschickt werden können, ohne das Einkommen des verhinderten Beamten zu schädigen.

1) Bulletin 495 p. 397. — 2) Die Classe enfantine ist eine Vorklasse zur Volksschule, welche Kinder von 5 bis 7 Jahren aufnimmt und nach besonderm Lehrplan arbeitet. Dieselbe wird bei dem Kapitel über die Kleinkinderbewahrschulen ausführlich behandelt. — 3) Bulletin 467 p. 803.

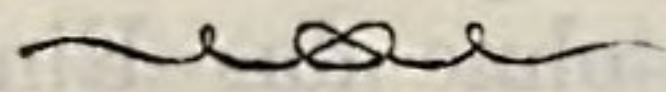
Der Minister schlägt deshalb vor, daß die Präfekten in den Departements, wo besondere Stellvertreter noch nicht sind, derartige Stellen schaffen; es erscheine genügend, wenn in jedem Volksschulinspektionsbezirk zur Vertretung ein Lehrer und eine Lehrerin angestellt werde. Diese Stellvertreter mit dem Titel und dem Einkommen eines Unterlehrers sollten zur Verfügung der Departementsverwaltung stehen und nach Bedürfnis zur Aushilfe geschickt werden. In der Zwischenzeit könnten sie dem Inspektor der Akademie oder dem Volksschulinspektor Schreibhülfe leisten. Die Stellvertreter können füglich aus der Zahl der abgehenden Seminaristen genommen werden, von denen keiner länger als ein Jahr in dieser provisorischen Stellung verbleiben soll. Die Generalräte würden ohne Zweifel die für das Gedeihen des Volksschulwesens und das Wohl der Lehrer so wesentlichen Auslagen gern bewilligen; der Minister hofft auch von der Kammer den nötigen Kredit zur Beihülfe zu erhalten.

Inzwischen war am 16. Juni 1881 das Gesetz über die Unentgeltlichkeit des Volksschulunterrichts publiziert worden; der Minister folgerte aus diesem Gesetz, daß es Pflicht des Staates sei, für die Gehälter der Stellvertreter aufzukommen, und erließ in diesem Sinne das Cirkular vom 9. November 1881,¹⁾ welches die Frage endgültig regelt.

Danach entscheidet der Minister folgendes:

In den Departements in welchen die Zahl der Laienschulen²⁾ geringer als 400 ist, soll eine Stelle für einen Ersatzlehrer geschaffen werden; zwei Stellen in den Departements, in welchen sich 400 bis 600 Schulen befinden; drei Stellen in den Departements mit mehr als 600 Schulen. Ersatzlehrerinnen sollen eine oder zwei je nach dem Bedürfnis angestellt werden.

Das Einkommen der Ersatzlehrer beträgt 1200 fr, das der Ersatzlehrerinnen 1000 fr, in welchen Summen die Wohnungsentschädigung enthalten ist. — Die Umzugs- und Reisekosten werden denselben besonders vergütet, und zwar auf Kosten der Departements.



1) Bulletin 473 p. 1803. — 2) In den von den Kongregationen geleiteten öffentlichen Volksschulen sorgt der Orden selbst für die Stellvertretung.

Schröder, Chr.

Das Volksschulwesen in Frankreich dargestellt nach den jetzt geltenden
Bestimmungen unter Berücksichtigung der geschichtlichen Entwicklung der
Schulgesetzgebung
Bd.: 1

1884

Paed.th. 5211-1

urn:nbn:de:bvb:12-bsb11870911-9